

## 104. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 15. März 1989

<b>Mitteilungen des Präsidenten</b>	9383 A	<b>Drastische Zunahme bei einer Reihe von Eigentumsdelikten im Jahr 1988</b>	
Fragestunde		Mündliche Anfrage 272	
Drucksache 10/4154	9383 B	des Abg. Paus (CDU)	9391 A
<b>Minister Prof. Dr. Jochimsen gegen Verlängerung der Düsseldorfer Startbahn?</b>		Dr. Krumsiek, Justizminister	
Mündliche Anfrage 265		(in Vertretung des Innenministers)	9391 C
der Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.)	9383 C	<b>Geschäftstätigkeit der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen, der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen und der Landesentwicklungsgesellschaft</b>	
Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie	9383 C	Beschlußeempfehlung und Bericht des II. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses	
<b>Polychlorierte Biphenyle (PCB)</b>		Drucksache 10/4100	
Mündliche Anfrage 267		(Einsetzungsbeschluß vom 7. März 1986	
des Abg. Wendzinski (SPD)		Drucksache 10/660 Neudruck)	9395 D
(siehe Anlage)	9505 A	Dr. Linssen (CDU)	9396 A
(Schriftliche Beantwortung durch den Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft – siehe Anlage)	9505 B	Wendzinski (SPD)	9402 B, 9422 A
<b>Unterschiedliche Beurteilungswise der Behörden gegenüber Roma und Sinti in Köln (im Anschluß an die Mündliche Anfrage Nr. 263)</b>		Schauerte (CDU)	9406 C
Mündliche Anfrage 269		Kuhl (F.D.P.)	9412 C
des Abg. Dr. Pohl (CDU)	9385 C	Wolf (SPD)	9417 A
Dr. Krumsiek, Justizminister		Bensmann (CDU)	9420 C
(in Vertretung des Innenministers)	9385 D	Ergebnis	9422 C
Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	9386 C	<b>Industriestrompreise</b>	
<b>Organhandel in Nordrhein-Westfalen – Kriminelle Organentnahme insbesondere bei Kindern aus der Dritten Welt</b>		Große Anfrage 35	
Mündliche Anfrage 270		der Fraktion der CDU	
des Abg. Schmidt (SPD)	9387 A	Drucksache 10/3776	9422 D
Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	9387 C	Frau Thoben (CDU)	9422 D
<b>Hessische Modellversuche zur Straffung der Bildungsdauer</b>		Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie	9423 D
Mündliche Anfrage 271		<b>Gesetz zur Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989 (Nachtragshaushaltsgesetz 1989)</b>	
des Abg. Reul (CDU)	9390 A	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Schwier, Kultusminister	9390 A	Drucksache 10/4010	
		Ergänzung der Landesregierung	
		Drucksache 10/4102	

<b>Beschlußempfehlung und Bericht des Hauhalts- und Finanzausschusses</b>		<b>Neue Entsorgungsstrukturen für die Klärschlammaufbereitung</b>	
Drucksache 10/4129		Antrag der Fraktion der CDU	
zweite Lesung	9425 C	Drucksache 10/4135	9472 B
Kniola (SPD)	9425 D	Stump (CDU)	9472 B, 9481 B
Schauerte (CDU)	9427 B	Gorlas (SPD)	9473 C
Wickel (F.D.P.)	9431 A	Ruppert (F.D.P.)	9476 B
Schultz (SPD)	9434 C	Kruse (CDU)	9477 A
Stump (CDU)	9436 D	Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft	9479 A
Dreyer (CDU)	9438 D	Ergebnis	9481 D
Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft	9439 C	<b>Gütesiegel für hochwertiges Fleisch</b>	
Ergebnis	9442 A	Antrag der Fraktion der F.D.P.	
<b>Sicherung und Entwicklung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen</b>		Drucksache 10/4141	
Antrag der Fraktion der CDU		Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.)	
Drucksache 10/3485		Steinkühler (SPD)	
Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Jugend und Familie		Jacobs (CDU)	
Drucksache 10/4161		Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft	
Frau Hieronymi (CDU)		Frau Witteler-Koch (F.D.P.)	
Hilgers (SPD)		Ergebnis	
Reichel (F.D.P.)		9489 A	
Gregull (CDU)		<b>Verwirklichung der Autobahnneubaustrecke A 33 von Osnabrück über Bielefeld nach Paderborn und Haaren</b>	
Hellwig (SPD)		Antrag der Fraktion der CDU	
Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales		Drucksache 10/4143	
Ergebnis		9489 A	
<b>Gebührenfreiheit für Großveranstaltungen</b>		Doppmeier (CDU)	
Antrag der Fraktion der CDU		9489 B, 9502 C	
Drucksache 10/3599		Hunger (SPD)	
Beschlußempfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung		Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.)	
Drucksache 10/4085		Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	
Paus (CDU)		9496 B, 9503 A	
Reinhard (SPD)		Dreyer (CDU)	
Tschoeltsch (F.D.P.)		9500 B	
Dr. Pohl (CDU)		Frau Witteler-Koch (F.D.P.)	
Dr. Schnoor, Innenminister		9503 B	
Ergebnis		Ergebnis	
9461 C		9503 C	
<b>Gentechnik – Chancen verantwortlich nutzen, Gefahren vermeiden</b>		Antrag der Fraktion der SPD	
Drucksache 10/4123		Drucksache 10/4123	
Kuschke (SPD)		9461 C	
von Unger (CDU)		9464 D	
Ruppert (F.D.P.)		9467 A	
Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft		9468 C	
Schmidt (SPD)		9470 C	
Ergebnis		9472 A	

**Entschuldigt waren für den 15. März 1989**

Dr. Rau , Ministerpräsident

Einert, Minister für Bundes-  
angelegenheiten (ab 14.00 Uhr)

Dr. Jochimsen, Minister für  
Wirtschaft, Mittelstand und  
Technologie (ab 14.30 Uhr)

Dr. Krumsiek, Justizminister (für den Nachmittag)

Dr. Schnoor, Innenminister (bis 13.00 Uhr)

SPD: Böcker  
Burger  
Grätz  
Dr. Heinemann (Essen) (für den Nachmittag)  
Dr. Kraft  
Frau Kraus  
Kupski  
Marmulla (bis 13.00 Uhr)  
Müller (Düren)  
Pflug  
Retz  
Schultheis

CDU: Evertz  
Frau Decking-Schwill  
Faber  
Dr. Fischer  
Goldmann  
Frau Hüls  
Jäcker  
Mohr  
Dr. Posdorf  
Schlotmann

F.D.P.: Dorn  
Schultz-Tornau

**Nachtrag zu den Entschuldigtenlisten  
der 101. und 103. Sitzung**

Für die 101. Sitzung am 22. 02. 1989 und die 103. Sitzung  
am 24. 02. 1989 war auch

Abg. Reichel (F.D.P.)

entschuldigt.

9382

**(A)** Beginn: 10.06 Uhr

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zu unserer heutigen 104. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie alle recht herzlich willkommen. Ich begrüße auch unsere Gäste auf der Zuhörertribüne und die Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich 29 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung, meine Damen und Herren, mache ich auf den Ihnen zugegangenen Nachtrag zur Tagesordnung der 106. Plenarsitzung am Freitag aufmerksam, wonach zu Beginn der Sitzung die von der F.D.P.-Fraktion beantragte Aktuelle Stunde zum Thema "Co-op" durchgeführt wird.

Ferner habe ich mitzuteilen, daß der Ministerpräsident und verschiedene Minister wegen anderer Verpflichtungen nur zeitweise im Hause sein werden; ich habe im Ältestenrat die Gründe im einzelnen dargelegt. Ich bitte dafür um Verständnis. Es ist aber sichergestellt, daß zu den einzelnen Punkten der Ministerpräsident bzw. die zuständigen Minister jeweils anwesend sind.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe Punkt 1 auf:

**(B)** Fragestunde

Drucksache 10/4154

Mit der genannten Drucksache liegen Ihnen die Mündliche Anfrage 265 als nicht erledigte Anfrage aus der letzten Fragestunde sowie die Mündlichen Anfragen 269 bis 273 vor.

Die Mündliche Anfrage 269 des Herrn Abg. Dr. Pohl von der Fraktion der CDU fällt nach Mitteilung der Landesregierung nicht, wie in der Drucksache 10/4154 ausgedrückt, in den Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, sondern in den des Innenministers und wird daher stellvertretend, da der Herr Innenminister heute morgen nicht anwesend ist, durch den Herrn Justizminister beantwortet.

Ich rufe nun die

Mündliche Anfrage 265

der Frau Abg. Thomann-Stahl von der Fraktion der F.D.P. auf:

Minister Prof. Dr. Jochimsen gegen Verlängerung der Düsseldorfer Startbahn?

Die Westdeutsche Allgemeine berichtet in der Ausgabe vom 3. Februar 1989: "Eine Verlängerung der Düsseldorfer Startbahn für den Interkontinental-Verkehr hält Reimut Jochimsen aus politischen und planungsrechtlichen Gründen für unrealistisch."

Teilt die Landesregierung diese Äußerung des für die Luftfahrt zuständigen Ministers, die überdies im Gegensatz zu dem einstimmigen Beschluß des Landtags Nordrhein-Westfalen steht, die Start- und Landebahn des Düsseldorfer Flughafens zu verlängern?

Ich bitte den Herrn Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie um Beantwortung. Sie haben das Wort, Herr Minister.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es besteht kein Anlaß für Zweifel, daß die Landesregierung im Einklang mit der einstimmigen Landtagsresolution handelt. Mit dem Landtag ist die Landesregierung der Auffassung, daß im Hinblick auf die Anforderungen des internationalen Luftverkehrs in der Zukunft der Verkehrsflughafen Düsseldorf neben dem Bau der Parallelbahn eine Anpassung der Hauptstart- und -landebahn an die Anforderungen für weite Nonstop-Interkontinental-Flüge mit Flugzeugen modernster Technologie benötigt.

Die Landesregierung ist sich aber auch der politischen und der rechtlichen Schwierigkeiten bewußt, die der Sicherung dieser Option entgegenstehen. Deshalb sieht die Landesregierung folgende Prioritätenfolge: Absoluten Vorrang haben alle Bemühungen um eine Realisierung der Kooperation der beiden rheinischen Großflughäfen. Daneben ist der schnelle Bau der Parallelbahn in Düsseldorf vordringlich erforderlich, um so einen sicheren Dauerbetrieb zu gewährleisten. Deshalb habe ich den Sofortvollzug angeordnet.

Schließlich wollen wir auch für den Flughafen Düsseldorf erreichen, Nonstop-Interkontinental-Flüge bis an die Westküste der USA und nach Ostasien durchführen zu können.

**(C)****(D)**

(A) Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Zu einer Zusatzfrage erteile ich der Fragestellerin, Frau Abg. Thomann-Stahl von der Fraktion F.D.P., das Wort.

Frau Thomann-Stahl (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister! Darf ich aus Ihren Worten entnehmen, daß die Berichterstattung in der Westdeutschen Allgemeinen unrichtig ist, daß Sie also die Verlängerung der Start- und Landebahn nicht für unrealistisch halten, sondern sie nicht nur anstreben, sondern auch für realisierbar halten?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Sie wissen, wie das mit Presseartikeln ist. Das ist eine sehr kurze Passage. Frau Kollegin Thomann-Stahl, lassen Sie mich erläutern, wo die Hauptschwierigkeiten für die Entwicklung dieser Option liegen, damit das Hohe Haus diese noch einmal zur Kenntnis nehmen kann.

In erster Linie ist hier der sogenannte Angerland-Vergleich zu nennen, der am 13. Mai 1965 vor dem Oberverwaltungsgericht Münster abgeschlossen wurde. Nach dem unmißverständlichen Wortlaut des Vergleiches ist eine Verlängerung der gegenwärtigen Hauptstart- und Landebahn nicht zulässig. Das Land hat in diesem Vergleich ausdrücklich erklärt, daß es keinen Antrag der Flughafengesellschaft genehmigen würde, der hinsichtlich eines Ausbaus der Start- und Landebahnssysteme über den Umfang des im Angerland-Vergleich festgeschriebenen Generalausbauplans hinausgehen würde. Eine Veränderung der im Angerland-Vergleich getroffenen Festlegungen, etwa im Wege der Interpretation, oder gar ihre Aufhebung, wäre ohne Konsens mit den Partnern bzw. mit den Rechtsnachfolgern des Angerland-Vergleiches kaum denkbar.

Ich werde in Gesprächen mit den Beteiligten auszuloten versuchen, wie die Hürde dieses Vergleiches zu überwinden ist. Ich halte aber ausdrücklich fest: Die Landesregierung sieht dadurch nicht die Zielbestimmung aufgehoben, die vorhandene Startbahn in Düsseldorf anzupassen. Ich halte es aber für unrealistisch, diese Schwierigkeiten, die ich eben geschildert habe, zu übersehen.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Für eine weitere Zusatzfrage erteile ich nunmehr Herrn Abg. Hardt von der Fraktion der CDU das Wort.

(C) Hardt (CDU): Herr Minister, habe ich Sie recht verstanden, daß die Landesregierung mit den betroffenen Parteien, die den Angerländer Vergleich geschlossen haben, Verhandlungen aufnehmen wird, um dieses Vertragswerk zu verändern?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Nein, Herr Kollege Hardt, das kann ich so nicht bestätigen. Wir wollen aber Gespräche, die der Ministerpräsident und ich im Januar begonnen haben, fortsetzen, um auszuloten, ob es erreichbar ist, daß die Partner des Angerländer Vergleiches - -

(Hardt (CDU): Und wenn nicht?)

- Noch nicht Verhandlungen, Herr Kollege Hardt, ich bitte diesen Unterschied doch zu sehen. Wir befinden uns in einer schwierigen und delikaten Situation.

(Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Ich möchte mit dem Handeln der Landesregierung dazu beitragen, daß dieses erfolgreich ablaufen kann. Aber ich darf Ihnen noch einmal wiederholen: Erste und absolute Priorität hat die Kooperation der beiden Großflughäfen. Ich habe in der Plenarsitzung im Januar dazu ausgeführt - ich darf Ihnen diese Passage noch einmal zur Kenntnis geben -:

(D) Es gilt zu prüfen, wie eine Anpassung der Hauptstart- und Landebahn für weite Nonstop-Interkontinentalverbindungen ermöglicht und zeitlich realisiert werden kann. Dabei läßt die Landesregierung keinen Zweifel daran, daß die in der Kooperation mit Köln/Bonn begründeten Entlastungspotentiale in vollem Umfang genutzt werden müssen. Schon heute läßt das Kölner Start- und Landebahnssystem uneingeschränkt solche Flüge mit modernstem Fluggerät und weltweiten Flugzielen zu.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Für eine weitere Zusatzfrage erteile ich nunmehr Herrn Abg. Aigner von der Fraktion der SPD das Wort.

Aigner (SPD): Herr Minister, einvernehmlich ist ja das Ziel, aus Sicherheitsgründen und aus flugtechnischen Gründen die Bahn zu verlängern. Sehen Sie außer dem Ausloten und dem Nachverhandeln zum Angerland-Vergleich, das Sie anstreben, noch andere

(Aigner (SPD))

- (A) Möglichkeiten, dem Ziel der Landebahnverlängerung näherzukommen? Gibt es da realistische Möglichkeiten?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Es sind zwei Dimensionen der Anpassung denkbar. Das Fluggerät macht es möglich, nicht die volle Länge ausschöpfen zu müssen, die die Lufthansa immer nennt. Wir sind bemüht, die Wirksamkeit der vorhandenen Hauptstart- und -landebahn im genehmigten Umfang voll auszuschröpfen. Insoweit sind auch konkrete Prüfungen im Gange.

Zum zweiten müssen wir eben die Option offenhalten, weil nicht sicher ist, daß sich das Fluggerät in den nächsten fünf bis zehn Jahren automatisch auf kürzere Start- und Landebahnssysteme auch für weite Nonstop-Intercontflüge einstellt.

Das sind die Alternativen. Sonst muß man den Angerland-Vergleich weiterentwickeln, interpretieren, und das geht nur im Einvernehmen.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Büssow von der Fraktion der SPD das Wort.

- (B) Büssow (SPD): Herr Minister, könnte nicht ein Gesprächspunkt mit den Umlandgemeinden bzw. den Beteiligten am Angerländer Vergleich sein, daß für die eventuelle Verlängerung der Hauptstart- und -landebahn den Umlandgemeinden angeboten würde, die Zahl der Flugbewegungen zu reduzieren? Wenn für Düsseldorf und für den Wirtschaftsraum Rhein/Ruhr diese Bahn von erheblichem Interesse ist, dann müßte die Flughafengesellschaft vielleicht auch bereit sein, sich gegenüber den Umlandgemeinden zu bewegen. Und diese Bewegung könnte so aussehen, daß man eine Reduzierung der Zahl der Flugbewegungen vornimmt. Könnte das Gesprächsgegenstand mit den Partnern des Angerland-Vergleichs sein?

Präsident Denzer: Herr Minister, bitte sehr!

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Herr Kollege Büssow, das ist eine interessante Anregung, die vielleicht zu gegebener Zeit in die Gespräche eingeführt werden kann. Zunächst muß man aber die Reihenfolge beachten. Mit dem Planfeststellungsbeschluß über die parallele Hauptstart- und -landebahn ist in

jedem Falle ein Deckel, wie man sagt, also eine Begrenzung der Höchstflugbewegungen in den sechs verkehrsreichsten Monaten verbunden. Ich gehe davon aus, daß unsere zweite Priorität, nämlich die Sicherung des Baus dieser parallelen Start- und -landebahn, jetzt absoluten Vorrang haben muß. Damit ist das ja schon geregelt.

Präsident Denzer: Danke sehr, Herr Minister! - Damit ist die Mündliche Anfrage 265 erledigt.

Ich rufe nunmehr die

Mündliche Anfrage 269

des Herrn Abg. Dr. Pohl von der Fraktion der CDU auf:

Unterschiedliche Beurteilungsweise der Behörden gegenüber Roma und Sinti in Köln (im Anschluß an die Mündliche Anfrage Nr. 263)

Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, daß die Stadtverwaltung Köln den Roma und Sinti Ausweise ausstellt, die von diesen als vollgültige Ausweise angesehen werden, während die Polizei diese Ausweise der Stadtverwaltung verwirft, weil sie weder Reisepässe noch Personalausweise sind?

Ich bitte den Herrn Justizminister in Vertretung des Herrn Innenministers um Beantwortung.

Dr. Krumsiek, Justizminister (in Vertretung des Innenministers): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Pohl, die Frage der Erteilung von Ausweisen durch die Stadt Köln an Roma und Sinti stellt sich wie folgt dar:

In ihrem Bemühen, die Situation der Roma und Sinti in Köln zu verbessern, hat die Stadt Köln Teilen dieser Bevölkerungsgruppe als Wohnquartier einen Parkplatz am Fühlinger See in Köln-Fühlingen zugewiesen. Den auf diesem Gelände angesiedelten Personen wurde von der Stadtverwaltung ein Ausweis ausgestellt, damit die Betroffenen nachweisen konnten, daß sie berechtigterweise auf diesem Platz siedeln. Ferner sollte der Ausweis die dort lebenden Roma und Sinti vor dem unkontrollierten Zuzug weiterer Personen dieser Minderheit schützen.

Das als Benutzerausweis - ich betone: Benutzerausweis - gedachte Papier, dessen Ausgabe an sich nicht zu beanstanden ist, enthielt indessen in der Rechtsordnung belegte Be-

(C)

(D)

(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) griffe wie "gemeldet ist" und erweckte durch die Formulierung "Diese Bescheinigung gilt als vorläufiger Ausweis im Stadtgebiet Köln bis zum 28. Februar 1989." den Eindruck, es handle sich um ein Identitätspapier. Die Betroffenen haben es offenbar selbst als ein solches angesehen und in dieser Weise auch verwandt.

Das hat dazu geführt, daß die Polizei diese Papiere beanstandet hat. Dem Nachweis der Identität dienen nämlich ausschließlich Personalausweis und Reisepaß.

Da die Gültigkeit der ausgegebenen sogenannten Benutzerausweise bis zum 28. Februar dieses Jahres befristet war und zur Zeit keine Ausweise mehr ausgestellt werden, hat das Problem durch Zeitablauf an Bedeutung verloren. Sofern die Stadt den Betroffenen erneut Benutzerausweise zu erteilen beabsichtigt, sollten diese als solche eindeutig gekennzeichnet sein und keine melde- und ausländerrechtlichen Angaben enthalten. Außerdem ist es zweckdienlich, vor der Ausgabe dieser Ausweise den Polizeipräsidenten Köln zu informieren. Der Oberstadtdirektor der Stadt Köln wird von uns entsprechend unterrichtet werden.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Zu einer Zusatzfrage hat der Fragesteller, Herr Abg. Dr. Pohl, das Wort.

- (B) Dr. Pohl (CDU): Herr Minister Heinemann, da Sie nach der letzten Plenarsitzung in der schriftlichen Beantwortung meiner Mündlichen Anfrage nach dem Durcheinander bei den Behörden in Köln geantwortet haben, es gebe dort keines, da sie jetzt durch den Herrn Justizminister in Vertretung des Herrn Innenministers gehört haben, welches Durcheinander es bei den Ausweisen gibt, da ich Ihnen darüber hinaus persönlich gesagt habe, daß es auch ein Durcheinander zwischen dem Jugendamt und der Polizei in Fragen der Aberkennung des Elternrechts gibt, und da ich Ihnen schließlich auch erklärt habe, daß es ein Durcheinander bei der Frage gibt, ob die Polizei tätig werden soll oder nicht und ob das Jugendamt Adressen herauszugeben hat oder nicht, darf ich Sie, hochverehrter Herr Minister, fragen: Wie steht die Landesregierung zu meiner Anregung, nunmehr alle Behörden - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Justizministerium und Innenministerium sowie die Stadtverwaltung und den Polizeipräsidenten Köln - an einen Tisch zu bringen, um sich endlich einmal über ein gemeinsames Verfahren unter den Behörden gegenüber den Roma und Sinti abschließend zu einigen?

Präsident Denzer: Herr Minister Heinemann, ich erteile Ihnen das Wort. (C)

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Zunächst möchte ich mich bei Ihnen, Herr Abg. Dr. Pohl, ganz herzlich bedanken. Sie bekunden mir immer wieder, so auch heute morgen, Ihre große Sympathie. Ich bitte Sie, daß Sie mir diese erhalten mögen.

Herr Kollege Dr. Pohl, ich werde nach den Osterferien mit den betroffenen Verwaltungen und mit den Fachleuten vor Ort - dazu gehören auch die Beteiligten aus Köln - ein Gespräch führen, um all diese Fragen, die sich dort stellen und die auch über diesen Rahmen weit hinausgehen, zu erörtern und auch Konsequenzen da zu ziehen, wo es notwendig ist. Diesen Konsequenzen vorangehen soll aber das eben erwähnte Gespräch, zu dem ich bis heute leider nicht gekommen bin. Ich werde versuchen, es sofort nach Ostern zu führen. Fragen dieser Art können dann geklärt werden.

In diesen Zusammenhang gehören aber auch noch viele andere Fragen, die mich sehr bedrücken. So bedrückt mich z. B. - ich will das erwähnen, weil Sie über den Rahmen der Fragestellung hinausgegangen sind - das große Durcheinander in Zirndorf, von wo die Entscheidungen nicht in der notwendigen Anzahl kommen. Dieses Versäumnis des Bundesinnenministers kostet die Länder jedes Jahr Milliardenbeträge, weil die Dauer der Verfahren dort zu lange ist. (D)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Zu einer weiteren Zusatzfrage hat der Fragesteller, Herr Abg. Dr. Pohl von der Fraktion der CDU, das Wort.

Dr. Pohl (CDU): Herr Minister, sehen Sie, nachdem Sie die Notwendigkeit eines solchen koordinierenden Gesprächs aufgezeigt haben, irgendwelche Möglichkeiten, bis dahin darauf hinzuwirken, daß die Behörden stillhalten und die unterschiedliche Presseberichterstattung vermieden wird, da die immerwährende Presseberichterstattung über dieses Durcheinander in Köln natürlich nicht gerade dazu beiträgt, die Staatsverdrossenheit des Bürgers zu senken?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort!

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich habe keinen Einfluß auf die Pressearbeit in Köln. Das ist Sache der Zeitungen. Dazu kann ich Ihnen nichts sagen. Ich habe Ihnen, Herr Dr. Pohl, dargestellt, was ich tun werde.

(A) Präsident Denzer: Herr Dr. Pohl, Sie haben das Wort zu einer letzten Zusatzfrage!

Dr. Pohl (CDU): Herr Minister, darf ich davon ausgehen, daß Sie nach dem Gespräch den Landtag, den zuständigen Ausschuß und auch mich über das Ergebnis dieser Unterredung unterrichten werden?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort!

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich bin sehr informationsfreudig. Natürlich werde ich über derartige Gespräche im zuständigen Ausschuß berichten, wenn es gewünscht wird. Ich bin aber auch bereit, Ihnen darüber Auskunft zu geben.

Präsident Denzer: Damit ist die Mündliche Anfrage 269 erledigt.

Ich rufe nunmehr die

Mündliche Anfrage 270

des Herrn Abg. Schmidt von der Fraktion der SPD auf:

Organhandel in Nordrhein-Westfalen - Kriminelle Organentnahme insbesondere bei Kindern aus der Dritten Welt

(B) Die Generalversammlung des Weltärztebundes hat bereits 1985 alle Regierungen aufgefordert, gesetzliche Regelungen gegen jeglichen Handel mit menschlichen Organen zu schaffen.

Presseberichte lassen allerdings vermuten, daß in der Bundesrepublik Deutschland mangels ausreichender gesetzlicher Regelungen kommerzielle Organhändler die fortschreitende Verelendung in der Dritten Welt ausnutzen, um dort lebenden Menschen zum Zwecke der Transplantation Organe zu entnehmen.

Terre des hommes und UNICEF untersuchen in diesem Zusammenhang auch das Verschwinden von Kindern in Mittelamerika. Die Übergänge zwischen illegalen Adoptionen und kriminellen Organentnahmen sind offensichtlich fließend.

Ich frage die Landesregierung, ob sie die Befürchtungen der Organisationen und der Medien teilt bzw. ihr solche Vorgänge in Nordrhein-Westfalen bekannt und welche Maßnahmen ggf. eingeleitet werden.

Ich bitte den Herrn Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales um Beantwortung.

(C) Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Versuche eines kommerziellen Handels mit menschlichen Organen sind über die Medien bekanntgeworden. Ich glaube, derart unglaubliche Vorgänge für Nordrhein-Westfalen ausschließen zu können. Die Arbeitsgemeinschaft der Transplantationszentren in der Bundesrepublik Deutschland hat am 13. November 1987 einen Transplantationskodex verabschiedet. Sie spricht sich darin für ein ausnahmsloses Verbot des Organhandels aus. Die Transplantationszentren in Nordrhein-Westfalen - das sind Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen, Köln und Münster -, die alle der Arbeitsgemeinschaft angehören, beteiligen sich nicht an einem Organhandel. Die fachlich-medizinischen Rahmenbedingungen hier bei uns lassen ebenfalls keinen Raum für einen Organhandel im großen internationalen Maßstab unter Ausnutzung der Ärmsten der Armen in der Dritten Welt. Ich betone: Die Dritte Welt darf kein menschliches Ersatzteillager für die Reichen dieser Welt werden.

(Beifall bei der SPD)

Herz, Leber und Bauchspeicheldrüse können derzeit nur vier bis sechs Stunden lang konserviert werden. Nieren können noch nach 36 bis 48 Stunden erfolgreich transplantiert werden. Sollte auch die Konservierung von Herz, Leber und Bauchspeicheldrüse für einen längeren Zeitraum möglich werden, müßten sehr umgehend gesetzliche Regelungen getroffen werden, die den Organhandel unter Strafe stellen. (D)

Für die Nierentransplantation ist aufgrund der längeren Konservierungszeit ein internationaler Nierenaustausch bedeutsam. Er unterliegt strengen, nachvollziehbaren Regelungen und Rahmenbedingungen. Alle Nierentransplantationen werden über den Zentralcomputer der Euro-Transplant in Leiden/Niederlande abgewickelt, und zwar auf der Grundlage des dort möglichen Datenabgleichs und der bestmöglichen Übereinstimmung der Gewebsmerkmale von Spender und Empfänger.

In Übereinstimmung mit den Gesundheitsministern und -senatoren der Länder und des Bundes sieht die Landesregierung in der Organspende einen Akt der Nächstenliebe, bei der jeglicher Mißbrauch von vornherein auszuschließen ist. Sie verurteilt die menschenverachtenden Versuche gewissenloser Geschäftemacher, die die Not in der Dritten Welt ausnutzen wollen. Es geht nicht an, den dort lebenden Menschen zum Zwecke der Transplantation Organe, insbesondere Nieren, gegen Bezahlung zu entnehmen. Sollten sich

(Minister Heinemann)

- (A) Ärzte bei uns an solchen Geschäften beteiligen, müßte ihnen die Approbation entzogen werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit eines hinzufügen. Transplantationen von Nieren, Herz und Leber sind heute erprobte Verfahren und anerkannte klinische Behandlungsmaßnahmen. Sie sollten behandlungsbedürftigen Menschen in unserem Lande unabhängig von ökonomischen Interessen und finanzieller Leistungsfähigkeit ausschließlich nach medizinischer Indikation zugute kommen.

Diese Entwicklung der Organtransplantation hat zugleich einen steigenden Bedarf an Transplantaten und damit auch Wartelisten und Wartezeiten mit sich gebracht. Um die Wartezeit in Zukunft zu verkürzen, muß die Bereitschaft zur Organspende in unserem Lande weiter gesteigert werden. Dem einzelnen Bürger muß noch stärker bewußt werden, daß er durch Spende eines Organs oftmals Leben retten kann.

Auch von dieser Stelle darf ich daher nochmals meinen Appell wiederholen, durch Unterschrift im Organspenderausweis, der bei der Stiftung für Organtransplantation in Neulsenburg erhältlich ist, die grundsätzliche Bereitschaft zur Organspende zu bekunden.

- (B) Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Zu einer weiteren Zusatzfrage hat der Fragesteller, Herr Abg. Schmidt von der Fraktion der SPD das Wort. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

Schmidt (SPD): Danke, Herr Präsident. Herr Minister, darf ich nochmals eine Zusatzfrage in diesem Zusammenhang anbringen? Wenn ich in der "Frankfurter Allgemeinen" lese, daß für 100 000 DM eine Niere aus einem fernöstlichen Land in der Bundesrepublik zu bekommen ist, dann muß ich mich natürlich fragen: Reichen unsere jetzigen gesetzlichen Regelungen, oder wo muß nachgearbeitet werden?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort!

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich habe diese Frage beantwortet. Bei den Organen, die nur kurze Zeit konserviert werden können, bin ich der Auffassung - das muß, wenn das geschieht, wenn das länger möglich ist, hier schon geschehen -, daß man da etwas gesetzlich tut. Ich darf Ihnen sagen, was die Bundesärztekammer bei der 37. Generalversammlung

- des Weltärztebundes 1985 zum Handel mit Organen gesagt hat - ich zitiere hier: (C)

In Anbetracht der Tatsache, daß in jüngster Vergangenheit Bestrebungen bekannt geworden sind, in den Ländern der Dritten Welt entnommene Nieren zur Transplantation in Europa und in den USA zu veräußern, verurteilt der Weltärztebund den Ankauf und Verkauf von Organen zur Transplantation und fordert die Regierungen aller Länder dazu auf, dafür Sorge zu tragen, daß jeglicher Handel mit menschlichen Organen unterbunden wird.

Nach meinem derzeitigen Erkenntnisstand wird bei Nierentransplantation über die bisherigen Meldemöglichkeiten einmal hier in Neulsenburg und einmal in Leiden eine starke Kontrolle vorgenommen. Die Zentren der Bundesrepublik Deutschland sind dort angeschlossen, und es ist insofern nicht möglich, hier bei den Zentren Transplantationen vorzunehmen, bei denen man den Spender nicht kennt.

Deshalb bin ich zur Zeit der Auffassung, daß hier Berufsrecht ausreichend ist. Ich sage noch einmal: Die Transplantation ist ja heute kein Risiko mehr, sondern das Risiko liegt darin, ob der Körper das neue Organ annimmt oder abstößt. Die erste Transplantation in Oeynhausen, die vorgestern dort durchgeführt worden ist, hat 45 Minuten gedauert. Insofern glaube ich, daß es zur Zeit ausreichend ist, daß sich aber bei einer noch größeren Transplantationsmöglichkeit dieses verstärkt. (D)

Was man nie ausschließen kann, Herr Abg. Schmidt, ist, daß es Ärzte gibt, die außerhalb dieser Zentren arbeiten. Wenn das immer schneller geht und immer einfacher ist, ist diese Gefahr um so größer. Wenn das erkannt wird, müssen natürlich gesetzliche Regelungen, die allerdings nicht Länderrecht, sondern nur Bundesrecht sein können, erfolgen.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Zu einer weiteren Zusatzfrage hat der Fragesteller, Herr Abg. Schmidt von der Fraktion der SPD, das Wort.

Schmidt (SPD): Danke, Herr Präsident. Herr Minister! Ich habe noch eine abschließende Frage zu diesem Komplex heute. Es geht uns um die legale Organtransplantation. Vielleicht sollten Sie uns auch nochmals erklären, wie denn im Augenblick die Kriterien für die Organverteilung insgesamt gesetzt sind.

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

(A) Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Zur Zeit werden jede Organentnahme, jede Organtransplantation und die auf Organe wartenden Patienten national und international registriert. Die Transplantation erfolgt - so ist es uns auch immer wieder bestätigt worden - nicht unter ökonomischen Gesichtspunkten, sondern nach der medizinischen Notwendigkeit und auch nach der Erfolgsaussicht.

Ich habe vorhin gesagt, die Transplantation ist nicht das Risiko, sondern ob das Gewebe des Empfängers das Gewebe des Spenders annimmt, und es wird vor der Transplantation - soweit es möglich ist - untersucht und auch geklärt, ob hier große Erfolgsaussichten von der Gewebezusammensetzung beim Spender und der Gewebezusammensetzung beim Empfänger vorhanden sind.

Die unter diesem Gesichtspunkt gesehene Erfolgsaussichten für den, der die Spende bekommt, für den, an dem die Transplantation vorgenommen wird, und medizinische Erkenntnisse über die Notwendigkeit der Transplantation sind maßgebend für die Entscheidung über die Transplantation, nicht wirtschaftliche Gesichtspunkte. Es wäre auch schlimm, daß ich, wenn ich Geld habe, mir das kaufen kann, und andere, die es nötiger haben, bei denen die Erfolgsaussichten auch größer sind, werden aufgrund der finanziellen Möglichkeiten ausgeschlossen. Das ist - so sagen uns die Kostenträger und auch die Deutsche Stiftung für Organtransplantation - sichergestellt, und ich muß mich nach den Aussagen darauf verlassen können.

(B)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Zu einer letzten Zusatzfrage hat das Wort der Fragesteller, Herr Abg. Schmidt von der SPD.

Schmidt (SPD): Danke schön. Herr Minister, letztlich ist es aber auch bei den gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen nicht gänzlich auszuschließen, daß die Bereiche, die auch in den Medien angesprochen sind - Stichwort: Illegale Adoption und kriminelle Organentnahme, also Organe, die zu uns kommen -, über Adoptionsbereiche entnommen werden und hier in Europa, in der Bundesrepublik, transplantiert werden. Es ist doch nicht ausgeschlossen, daß es solche Dinge in der Tat in der Bundesrepublik Deutschland oder gar in Nordrhein-Westfalen gegeben hat?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich kann nur von meinem

Kenntnisstand ausgehen. Kriminelle Handlungen sind nie ausschließbar. Man muß sie kennen, und jeder, der kriminelle Taten begeht, versucht, sein kriminelles Handeln zu vertuschen. Ich kann mich nicht dafür verbürgen, daß außerhalb der Zentren nicht etwas Derartiges geschieht oder geschehen ist. Ich hoffe es nicht!

(C)

Für die Zentren möchte ich mich schon konkret dazu äußern, daß ich der festen Überzeugung bin, daß dort alles geordnet zugeht, daß jeder Spender bekannt ist, daß dieser kriminelle Organhandel dort nicht möglich ist. Ob an den Rändern außerhalb dieser Zentren sich etwas abspielt, vermag ich bis in letzte nicht zu überschauen - ich müßte hellseherische Fähigkeiten haben.

Ich sage deutlich: Wenn so etwas Derartiges bekannt würde, auch nur der Verdacht sich äußern würde, werde ich dem mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln nachspüren und auch alle meine Möglichkeiten nutzen, daß derartigen Machenschaften das Handwerk gelegt wird. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Mehr kann ich zu dieser Frage nicht erklären und mehr kann ich dazu nicht sagen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Damit ist die Mündliche Anfrage 270 des Herrn Abg. Schmidt erledigt.

Bevor ich die Mündliche Anfrage 271 des Herrn Abg. Reul von der Fraktion der CDU aufrufe, wollte ich Ihnen zur Kenntnis bringen, daß Herr Abg. Tschoeltsch von der Fraktion der F.D.P., dessen Mündliche Anfrage 273 durch den Ministerpräsidenten zu beantworten wäre - der vertreten werden soll von Frau Ministerin Brunn -, mir mitgeteilt hat, daß er von der Möglichkeit Gebrauch macht, die Nr. 6 unserer Richtlinien für die Fragestunde vorsieht:

(D)

Ist der zuständige Minister nicht anwesend, so kann der Fragesteller dem Präsidenten erklären, daß er die Zurückstellung der Frage für die nächste Sitzung oder eine schriftliche Beantwortung wünscht.

Herr Abg. Tschoeltsch hat eine Zurückstellung und mündliche Beantwortung durch den Ministerpräsidenten gewünscht, so daß diese auf die nächste Tagesordnung gesetzt wird. Ich bitte davon Kenntnis zu nehmen, daß die Mündliche Anfrage 273 zurückgestellt und damit für heute erledigt ist.

(Präsident Denzer)

(A) Ich rufe nunmehr die

Mündliche Anfrage 271

des Herrn Abg. Reul von der Fraktion der CDU auf:

Hessische Modellversuche zur Straffung der Bildungsdauer

Wegen des Widerstandes der SPD-regierten Bundesländer einschließlich Nordrhein-Westfalens hat sich die Kultusministerkonferenz am 16. und 17. Februar 1989 nicht auf eine Zustimmung zu den Modellversuchen des Landes Hessen einigen können, mit denen Möglichkeiten einer Straffung der Bildungsdauer des Gymnasiums um ein Jahr erprobt werden sollen.

Warum hat Kultusminister Schwier diesen Modellversuchen in der KMK nicht zugestimmt?

Ich bitte den Herrn Kultusminister um Beantwortung. Sie haben das Wort, Herr Minister.

Schwier, Kultusminister: Danke schön, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nicht nur die SPD-regierten Länder haben dem Antrag Hessens in der KMK nicht zugestimmt, auch andere Länder wie Bayern und Baden-Württemberg waren - ich will das einmal vorsichtig ausdrücken - sehr zurückhaltend, und das mit Recht. Hessen beantragte einen Versuch, die 12jährige Schulzeit für das Gymnasium zu erproben. Hessen legte hierzu einen Antrag vor, der kaum erkennen läßt, wie das realisiert werden soll. Es wird aber der Anspruch erhoben, der Versuch solle auf alle Gymnasien übertragen werden können.

Mein bayerischer Kollege Hans Zehetmeier hat nach einer Meldung der Deutschen Presse Agentur gefordert, daß es für die Schule eines "durchstrukturierten, durchdachten und abgeklärten Gesamtvorschlages" bedürfe. Herr Kollege Reul, dieser Anforderung ist aus meiner Sicht kaum etwas hinzuzufügen.

Der hessische Antrag hat diese Bedingungen zunächst nicht erfüllt. Denn, wohlgemerkt, es handelt sich nicht um einen Versuch, schneller lernenden Schülern einen verkürzten Durchgang durch das Gymnasium zu ermöglichen - das ist längst erprobt, das kann man, und das ist in allen Ländern möglich -, sondern es handelt sich um einen strukturellen Versuch. Im Antrag findet sich kein Wort, wie sich der Versuch auf die anderen Schulformen auswirkt. Gibt es Auswirkungen auf Haupt- und Realschule? Wie soll der Versuch kontrolliert werden? Gibt es wissenschaftliche Begleituntersuchungen?

Die Kultusministerkonferenz hat mit Recht gesagt: Die Antragsunterlagen reichen nicht aus, um zu einem so weittragenden Versuch Stellung zu nehmen. Die Beseitigung von Unterrichtsausfall allein kann doch kein Ausgleich für ein wegfallendes Schuljahr sein. Also kann zum 1. August 1989 ein solcher Versuch nicht stattfinden.

Grundsätzlich aber sind wir in der Kultusministerkonferenz bereit, das Problem der Schulzeitdauer zu diskutieren. Die Gremien der Kultusministerkonferenz werden sich daher mit dem hessischen Antrag und mit dem grundsätzlichen Problem der Schulzeitdauer weiter befassen. Sie können sich darauf verlassen, Herr Kollege Reul, daß das in umfassender Weise geschieht.

Im übrigen erfolgte keine Ablehnung, sondern eine Vertagung auf die KMK-Sondersitzung am 24. April dieses Jahres.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Zu einer Zusatzfrage hat der Fragesteller, Herr Abg. Reul von der Fraktion der CDU, das Wort.

Reul (CDU): Danke sehr! - Herr Minister, die beiden Länder, von denen Sie sprachen, die nicht SPD-regiert sind, wären bereit gewesen, diesem Konzept zuzustimmen. Ich frage Sie, Herr Kultusminister, ob der Versuch, den Nordrhein-Westfalen vor einigen Jahren gemacht hat, auch bei der Kultusministerkonferenz angemeldet worden ist und ob darüber Bericht erstattet worden ist, ob also diese Maßstäbe, die Sie jetzt anlegen, auch damals Geltung gehabt haben.

Präsident Denzer: Herr Minister, ehe Sie antworten: Ich muß darauf achten - das sage ich nicht nur bei Ihnen, Herr Kollege Reul -, daß es sich um Zusatzfragen im Rahmen der Fragestellung handelt. Dies ist hier nicht der Fall. Sie können antworten, Sie müssen es nicht, Herr Minister.

Schwier, Kultusminister: Herr Kollege! Man kann einem Konzept ja nur zustimmen, wenn es eines gibt. Das ist meine Anmerkung dazu.

Zu dem Versuch in Nordrhein-Westfalen: Es handelte sich hier um einen Versuch der Bund-Länder-Kommission. Es war ein offiziell bei der Bund-Länder-Kommission angemeldeter Versuch. Das Ergebnis ist dieser Bund-Länder-Kommission und damit allen Ländern und dem Bundesbildungsminister auch mitgeteilt worden.

(C)

(D)

(A) Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Damit ist die Mündliche Anfrage 271 des Herrn Abg. Reul von der Fraktion der CDU erledigt.

Ich rufe nunmehr die

Mündliche Anfrage 272

des Herrn Abg. Paus von der Fraktion der CDU auf:

Drastische Zunahme bei einer Reihe von Eigentumsdelikten im Jahr 1988

Der Innenminister hat am 20. Februar 1989 die Kriminalstatistik für das Jahr 1988 vorgelegt.

Neben einigen Deliktsbereichen, in denen es eine leicht rückläufige Tendenz gab, fallen besonders drastische Zunahmen in folgenden Bereichen ins Auge:

- Raubüberfälle auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen + 15,6 %
- Wohnungseinbrüche + 13,6 %
- Taschendiebstähle + 33,4 %

Gerade bei den Wohnungseinbrüchen ist neben den häufig sehr hohen materiellen Einbußen eine erhebliche psychische Belastung der Opfer festzustellen. Die Geschädigten erleben einen Eingriff in ihre Privatsphäre. Eine solche Belastung, die sie danach mit sich herumtragen, wiegt oft schwerer als der Verlust des Eigentums. Zu Recht sind weite Teile der Bevölkerung wegen dieser alarmierenden Zahlen beunruhigt. Hinzu kommt, daß die Aufklärungsrate hier sehr niedrig ist. Die Kriminalpolizei ist den Herausforderungen nicht gewachsen. Sie verwaltet die Kriminalität in diesen Bereichen häufig nur noch. Hinzu kommt, daß hier immer stärker ausländische Tätergruppen in Erscheinung treten, die teilweise unter Mißbrauch der Möglichkeiten des Asylrechtes einreisen.

Der Innenminister hat laut einem Bericht der Westfälischen Rundschau vom 21.02.1989 bei der Vorstellung der Kriminalstatistik eine "personelle Verstärkung der Polizei" gefordert. Gleichzeitig "müsse die Polizei ihre Anstrengungen bei der Verbrechensbekämpfung erhöhen".

Wie will die Landesregierung konkret kurzfristig und mittelfristig auf die erschreckende Zunahme von Straftaten in den vorgenannten Bereichen reagieren?

Ich bitte den Herrn Justizminister in Vertretung des Herrn Innenministers um Beantwortung. Sie haben das Wort, Herr Minister.

Dr. Krumsiek, Justizminister (in Vertretung des Innenministers): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Anfrage greift aus einer umfangreichen Unterlage, mit der der Innenminister die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik für 1988 der Presse vorgestellt hatte, drei Deliktsbereiche heraus, bei denen die Fallzahlen gestiegen sind: nämlich bei Raubüberfällen auf Straßen, Wegen und Plätzen um 409 auf 3032, bei Taschendiebstahl um 2717 Fälle auf 10 841 und beim Wohnungseinbruch um 6232 Fälle auf 52 052.

Dies ist unvollständig, weil damit nicht nur der Eindruck erweckt wird, die Kriminalität insgesamt habe beängstigende Ausmaße angenommen, sondern weil gleichzeitig verschwiegen wird, daß selbst innerhalb der angeführten Deliktsbereiche zum Teil beachtliche Rückgänge der Zahlen registriert wurden. Die Raubüberfälle auf Geldtransporte sind um 14 % zurückgegangen, der Zechenschlußraub ist geringer geworden, ebenfalls gesunken sind z. B. der Diebstahl aus Schaufenstern, aus Boden- und Kellerräumen, die Zahl der Mopeddiebstähle ist um 2124 zurückgegangen, und die Automatendiebstähle sind sogar um 18,5 %, nämlich um 5514 Fälle, zurückgegangen.

Verschwiegen wird auch der Rückgang der Gesamtkriminalität um 2 % und die Tatsache, daß der Anteil der Gewaltdelikte an der Kriminalität noch niemals so niedrig war wie 1988. Er lag nämlich bei 2,29 %.

Auch im Vergleich der Bundesländer liegt Nordrhein-Westfalen mit einem Rückgang der Gesamtzahlen um 1,5 % durchaus im Trend. Nur Bayern und Hamburg haben 1988 Zuwachsraten. In allen anderen Ländern sind die Zahlen gesunken, im Bundesdurchschnitt um 2 %.

Gleichzeitig ist aber die Zunahme der vom Fragesteller angesprochenen Deliktsbereiche nicht auf Nordrhein-Westfalen beschränkt. Diese Entwicklung ist in allen Bundesländern, in der Tendenz auch in den EG-Staaten feststellbar. Wer den Eindruck vermitteln will, die steigenden Kriminalitätszahlen seien auf fehlende Präsenz der Polizei oder mangelnde personelle Ermittlungskapazität zurückzuführen, der übersieht, wie wir meinen, wichtige Faktoren.

Die von uns allen akzeptierten Ziele, möglichst viel Freiheit für den Bürger, weniger Kontrolle, mehr Wohlstand, haben auch nega-

(B)

(C)

(D)

(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) tive Seiten. Wenn mehr Menschen ihren Urlaub außerhalb ihrer Wohnung verbringen, stehen auch mehr Wohnungen und Häuser mit zum Teil sehr wertvollem Inventar leer. Die Möglichkeit für viele, ein Auto auch höherer Preisklasse zu kaufen, führt zu Schlangen unbeaufsichtigt parkender Kraftfahrzeuge mit zum Teil wertvollem zurückgelassenem Inhalt. Unbewachte Warenangebote erleichtern Diebstähle. Rationalisierungen im gewerblichen und betrieblichen Bereich führen zu leerstehenden Betrieben und Lagerhallen mit teurem Wareninhalt. Kurz: Die Möglichkeiten und die Versuchungen, Straftaten zu begehen, sind um ein Vielfaches angestiegen. Die Möglichkeiten der Polizei, präventiv und repressiv Einhalt zu gebieten, sind begrenzt.

In einer wie eben hier geschilderten gesellschaftlichen Situation kann keine Polizei für Kriminalitätszahlen verantwortlich gemacht werden. Hier gegenzusteuern, ist eine Aufgabe, zu der alle aufgerufen sind und die die Gesellschaft betrifft. Der Bürger selbst ist vor allen Dingen aufgerufen, seiner Verpflichtung zum Eigentumsschutz nachzukommen.

Dennoch bleibt auch ein Gutteil an Arbeit für die Polizei, die wir in die Lage versetzen müssen, auf jeden Fall die sozialschädlichen Kriminalitätsbereiche wirksam bearbeiten zu können.

- (B) Ich rufe deshalb in Erinnerung, daß wir 1989 für die Kriminalpolizei 50 zusätzliche Planstellen des gehobenen Dienstes geschaffen haben, daß 67 zusätzliche Planstellen des gehobenen Dienstes zur Vermeidung von Überstunden geschaffen wurden und Ende dieses Jahres mit Fachhochschulabsolventen besetzt werden können. Ich rufe in Erinnerung, daß die 1988 bewilligten 50 Planstellen mit Dienstzweigwechsel von der Schutzpolizei besetzt werden konnten und daß dies auch 1989 beabsichtigt ist. Ich rufe ferner in Erinnerung, daß Einstellungsermächtigungen für 1633 Polizeihauptwachmeisteranwärter erteilt wurden, die zwar vor allem und vorsorglich für das Ausfüllen der in den 90er Jahren entstehenden Personallücken gedacht sind, die sich bis dahin aber als Personalverstärkung auswirken.

Die Landesregierung tut im Rahmen des Möglichen und Notwendigen alles, um die innere Sicherheit weiterhin zu gewährleisten. Dabei sollte aber nicht unser gemeinsames Anliegen verschwiegen werden, daß wir auch die Konsolidierung unseres Haushaltes fortsetzen werden. Dieses Ziel setzt dem beliebigen Ausbau der Stellenpläne auch bei der Polizei klare Grenzen.

(C) Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Zu einer Zusatzfrage hat nunmehr das Wort Herr Abg. Dr. Lichtenberg von der Fraktion der CDU.

Dr. Lichtenberg (CDU): Herr Minister, Sie haben versucht, die katastrophale Progression bei der Eigentumskriminalität ein wenig zu differenzieren, insbesondere haben Sie auch auf die Wohnungseinbrüche hingewiesen. Von 1981 bis 1988, das heißt innerhalb von knapp sieben Jahren, hat sich, das wissen Sie, die Zahl der Wohnungseinbrüche fast verdoppelt. Das ist ja nun wirklich keine Bagatelle mehr, und das können Sie auch nicht wegdiskutieren. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung gerade auf diesem Gebiet?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Krumsiek, Justizminister: Herr Kollege Dr. Lichtenberg, ich glaube nicht, daß es sich hier um eine katastrophale Situation handelt, obwohl wir jeden Einbruch sehr ernst nehmen. Aber in einer Gesellschaft, die sich viel in Bewegung befindet, die in Europa herumreist - und ich habe das dargestellt -, stehen natürlich auch viele Wohnungen leer. Und da gibt es organisierte Kriminalität. Da gibt es nicht nur Kriminelle aus unserem eigenen Land, sondern auch solche, die aus anderen europäischen Ländern einreisen. Da muß ich Ihnen sehr offen sagen, daß mit dem abgeschlossenen Schengener Abkommen, wenn wir die Kontrollen an die Außengrenzen verlegen und auf die Kontrollen an den Grenzen zu den Beneluxstaaten verzichten - das ist ja etwas, was der Bundeskanzler unterzeichnet hat -, die Möglichkeiten der organisierten Kriminalität noch viel größer werden. Es wird die Aufgabe der Polizei sein, hier präventiv tätig zu sein. Dabei sind wir uns darüber im klaren, daß wir keine Kontrollstellen im Lande nach § 111 der Strafprozeßordnung einrichten können; es sei denn, Sie ändern auch Ihre Auffassung zu diesen Dingen; denn wir haben diese Kontrollstellen im Lande nur zur Bekämpfung von Terroristen eingesetzt.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Zu einer weiteren Zusatzfrage hat nunmehr das Wort der Fragesteller, Herr Abg. Paus.

Paus (CDU): Herr Justizminister, es waren immerhin letztes Jahr 52 000 ausgeräumte Wohnungen mit all den Folgen, die das für die Bewohner hat, die sich in den eigenen vier Wänden auf lange Zeit dann nicht sicher fühlen. Sagen Sie doch etwas zur Aufklärungsquote in diesem Bereich. Wie war konkret in den zurückliegenden Jahren die

(Paus (CDU))

- (A) Aufklärungsquote? Sind die Informationen zutreffend, daß sie im Schnitt zwischen 20 und 30 % liegt?

Präsident Denzer: Her Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Krumsiek, Justizminister: Mir ist hier eben - Sie wissen, daß ich diese Statistik als Vertreter des Kollegen Innenminister nicht im Kopf haben kann - bestätigt worden, daß das wohl um 30 % sein soll.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. Zu einer weiteren und letzten Zusatzfrage hat das Wort Herr Abg. Dr. Lichtenberg von der Fraktion der CDU.

Dr. Lichtenberg (CDU): Herr Minister, Sie haben bei Ihrer Antwort auf meine erste Frage anklingen lassen, daß es sich möglicherweise um herumreisende Banden, um organisierte Kriminalität handelt. Welche Rolle spielt in dem Zusammenhang die Beschaffungskriminalität von Drogentätern, und traten hier besonders auch Ausländer in Erscheinung?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

- (B) Dr. Krumsiek, Justizminister: Herr Kollege Dr. Lichtenberg, bei der organisierten Kriminalität spielt sehr häufig die Beschaffung der Betäubungsmittel eine große Rolle. Das ist etwas, was sowohl der Innenseite als auch der Justizseite große Sorgen bereitet. Sie wissen, daß gerade im grenznahen Bereich um 80 Prozent der Untersuchungshäftlinge daraus herrühren, daß sie gegen Betäubungsmittelvorschriften verstoßen haben. Es gibt also auch hier eine international operierende Kriminalität, gegen die wir uns wenden müssen.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich nunmehr Herrn Abg. Mietz von der Fraktion der CDU das Wort.

Mietz (CDU): Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß vor Jahren durch die Zentralisierung der Polizei die Bürgernähe abhanden gekommen ist? Dies hat sich sicher auch nachteilig auf die Aufklärungsquote bei den Wohnungseinbrüchen ausgewirkt. Ich frage Sie: Sind Sie mit mir der Meinung, daß wir baldmöglichst wieder eine bürgernahe Polizei schaffen müssen, um auch dieses Problem im Hinblick auf die Kriminalität wieder besser in den Griff zu bekommen?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Krumsiek, Justizminister: Herr Kollege Mietz, ich teile Ihre Auffassung nicht, daß durch die Zentralisierung die Leistungsfähigkeit der Polizei beeinträchtigt worden wäre; ganz im Gegenteil: Wir haben nach unseren Erfahrungen den Eindruck, daß die Effizienz gesteigert worden ist. Darüber hinaus ist es aber erforderlich, daß sowohl im ländlichen Bereich verstärkt kontrolliert wird als auch im städtischen Bereich insbesondere durch fußläufig eingesetzte Beamte Kontrollen erfolgen.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Für eine weitere Zusatzfrage erteile ich nunmehr Herrn Abg. Tschoeltsch von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Tschoeltsch (F.D.P.): Warum, Herr Minister, entlasten Sie die derzeit kritische Personalsituation der Polizei nicht durch die Einstellung von Angestellten? Denn nicht alle durchzuführenden Arbeiten müssen von vollausgebildeten Beamten wahrgenommen werden.

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Krumsiek, Justizminister: Sie wissen, daß polizeiliche Tätigkeit die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben ist und daß deswegen im eigentlichen polizeilichen Bereich nur Beamte eingesetzt werden können. Dort, wo der Einsatz von Angestellten zulässig ist, versuchen wir, auch Angestellte optimal einzusetzen.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Dr. Pohl von der Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Pohl (CDU): Herr Minister, kann die Landesregierung bestätigen, oder ist der Landesregierung bekannt, daß mir Kriminalbeamte in Köln mitgeteilt haben, im Bereich der Wohnungseinbrüche würden Tatverfolgungen nur noch aufgenommen, wenn die Anzeigenerstatter gleichzeitig Namen und Adresse des Täters mitteilen?

(Allgemeine Heiterkeit)

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Krumsiek, Justizminister: Herr Kollege Pohl, der Landesregierung kann natürlich nicht bekannt sein, was Kriminalbeamte Ihnen sagen; denn die Landesregierung ist bei diesen Gesprächen nicht zugegen.

(Dr. Pohl (CDU): Können Sie es denn bestätigen?)

(C)

(D)

(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) - Bestätigen kann ich das auch nicht; denn das ist eine immer wieder leicht sarkastisch aufgestellte Behauptung, die so nicht zutrifft.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Zu einer Zusatzfrage erteile ich nun Herrn Abg. Dr. Klose von der Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Klose (CDU): Herr Minister, wie ist die Schadenshöhe bei Wohnungseinbrüchen, bezogen auf einen Jahreszeitraum, zu beziffern, und wie hoch stellt sich der Schaden durchschnittlich für den Einzelfall dar?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Krumsiek, Justizminister: Herr Dr. Klose, ich kann diese Frage nicht beantworten. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, daß wir Ihnen das schriftlich mitteilen.

(Dr. Klose (CDU): Danke schön!)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Stallmann von der Fraktion der CDU das Wort.

Stallmann (CDU): Herr Minister, wir haben soeben die von Ihnen genannten Zahlen gehört. Es ist durchaus einsichtig, daß eine Verstärkung der Kriminalpolizei notwendig ist. Wann werden frühestens zusätzliche Beamte zur Verfügung stehen, und wie viele werden es sein?

(B)

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Krumsiek, Justizminister: Herr Kollege, das ist eine Frage der Haushaltsverhandlungen. Wir werden zügig einstellen, sobald das möglich ist.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Zur zweiten und letzten Zusatzfrage hat nunmehr Herr Abg. Dr. Pohl von der Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Pohl (CDU): Herr Minister, da mir bekannt ist, daß es neben Personalverstärkungen und Sachverstärkungen im Bereich der Bekämpfung der Wohnungseinbrüche auch andere Möglichkeiten gibt - zum Beispiel in den USA die Initiative der Polizei, gegenseitige Hilfe zum Schutz von Wohnungen und zur Überwachung von Wohnungen, wenn jemand abwesend ist -: Was hat die Landesregierung getan, um solche anderen Möglichkeiten auszuloten und zu initiieren?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort. (C)

Dr. Krumsiek, Justizminister: Herr Kollege Dr. Pohl, Sie wissen, daß die Kriminalpolizei ein umfangreiches Beratungsnetz eingerichtet hat. Sie wissen, daß die Kriminalpolizei immer wieder auf die Gefahren hinweist und daß die Kriminalpolizei anbietet, einzelne Wohnungseigentümer zu beraten. Sie wissen, daß es eine Vielzahl von Gesellschaften gibt, die auch zur Bewachung bereit sind.

Was ich mir nicht wünsche und mir nicht vorstellen kann, ist, daß sich Hauseigentümer in einer Weise selbst bewachen, wie Sie das in amerikanischen Großstädten täglich erleben können.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. - Zu einer zweiten Zusatzfrage hat der Fragesteller, Herr Abg. Paus von der Fraktion der CDU, das Wort.

Paus (CDU): Um die letzte Frage des Kollegen Pohl zu präzisieren: Es ging darum, in welcher Weise Initiativen der Bürger füreinander, ihre Wohnungen zu schützen, von der Kriminalpolizei unterstützt werden.

Meine Frage, Herr Justizminister, zielt darauf: Die Landesregierung hat anscheinend kein konkretes Datenmaterial über die Aufklärungsquote, die nach meiner Information erschreckend gering ist. Was will die Landesregierung ganz konkret tun? Der Innenminister hat in seiner Presseerklärung gesagt: personelle Verstärkung der Polizei und Verstärkung der Anstrengungen zur Verbrechensbekämpfung. Was heißt das konkret für die nächsten Monate, für die nächsten zwei oder drei Jahre? Dazu würden wir gern etwas hören, da doch immerhin jährlich über 50 000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen aufgebrochen werden. (D)

Dr. Krumsiek, Justizminister: Herr Kollege Paus, ich habe eben dargestellt, welche personellen Verstärkungen wir im Rahmen der Haushalte 1988 und 1989 vorgenommen haben. Ich kann mir vorstellen, daß für den Innenminister die innere Sicherheit ein Schwerpunkt bei seinen Haushaltsverhandlungen für 1990 sein wird. Wir können hier heute diesen Haushaltsverhandlungen nicht vorgreifen. Sie können aber davon ausgehen, daß das auch Gegenstand heftiger Erörterungen in der Landesregierung sein wird.

Vizepräsident Dr. Klose: Zu einer Zusatzfrage erteile ich dem Herrn Abg. Stallmann von der Fraktion der CDU das Wort.

- (A) Stallmann (CDU): Herr Minister! Sie haben vorhin die Haushaltsberatungen angesprochen, nachdem ich Ihnen die Frage der Verstärkung der Kriminalpolizei gestellt habe. Wieweit sind die Bemühungen gediehen, Beamte der Schutzpolizei stärker in die Kriminalitätsbekämpfung einzubeziehen? Wie wird gewährleistet, daß diese Beamten die erforderliche Qualifikation für diese Bekämpfung der Kriminalität erwerben können?

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, bitte schön.

Dr. Krumsiek, Justizminister: Es gibt inzwischen entsprechende Überlegungen. Dem Ausschuß ist zugesagt worden, darüber im Frühjahr zu berichten. Die Beratungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen, Herr Kollege Stallmann.

Vizepräsident Dr. Klose: Eine nächste Zusatzfrage wird Frau Larisika-Ulmke für die Fraktion der F.D.P. stellen. Bitte schön!

Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.): Herr Minister! Bei allem Verständnis, daß Sie etwas in Bedrängnis sind, weil der zuständige Fachminister nicht da ist, muß ich Sie noch einmal ganz konkret fragen:

Sind Sie wirklich bereit, nachdem die F.D.P.-Fraktion hier im Hause in dieser Woche einen Kongreß zur inneren Sicherheit abgehalten hat, diese Antworten, die Sie hier den meistens nicht fachkundigen Abgeordneten gegeben haben, auch den Polizeibeamten vor Ort zu geben? Sind Sie sich über die Aussagen, die Sie hier im Hause gemacht haben, im klaren?

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister!

Dr. Krumsiek, Justizminister: Frau Kollegin, ich glaube, es wäre unredlich, wenn es nach dem Kirchenlied ginge "Oh, daß ich tausend Zungen hätt!". Was ich hier vertreten habe, muß ich auch vor den einzelnen Polizeibeamten vertreten; und dazu bin ich auch bereit.

Vizepräsident Dr. Klose: Eine weitere Zusatzfrage hat Herr Abg. Mietz von der Fraktion der CDU.

Mietz (CDU): Herr Minister, wie beurteilen Sie dann die Aussage der Kriminalpolizei im Hinblick darauf, daß sie aus Personalmangel nicht mehr in der Lage ist, gegen diese Straftaten - zum Beispiel die Wohnungseinbrüche - in dem notwendigen Umfang zu ermitteln, sondern diese nur noch verwalten kann?

Können Sie mir konkret sagen, wie Sie hier Abhilfe schaffen wollen? Sind Sie der Meinung, daß Sie das durch Aufstockung mit 50 Kriminalbeamten jährlich schaffen können?

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister!

Dr. Krumsiek, Justizminister: Herr Kollege Mietz, Sie wissen, daß gerade der Komplex der Wohnungseinbrüche Gegenstand der Beratungen der Innenministerkonferenz ist und daß die Innenminister gemeinsam überlegen, wie sie vorgehen sollen. Sie wissen, daß dies auch ständiger Gesprächsstoff mit den Organisationen der Polizei ist. Dazu können wir Ihnen heute noch keine Patentrezepte anbieten. Ich glaube auch nicht, daß es je ein Patentrezept geben wird. Aber wir werden die Beratungen intensiv fortsetzen müssen.

(Mietz (CDU): Unbefriedigend!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Tschöeltsch von der Fraktion der F.D.P. zu einer weiteren Zusatzfrage!

Tschöeltsch (F.D.P.): Herr Minister, Sie haben die derzeit bestehende kritische Personalsituation nicht abgestritten. Ich frage Sie daher, warum die Landesregierung nicht bereit ist, in dieser prekären Situation auf die neunmonatige Besetzungssperre zu verzichten.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister!

Dr. Krumsiek, Justizminister: Herr Kollege Tschöeltsch: Sie wissen, daß die Landesregierung durch den Haushaltsgesetzgeber für dieses Jahr gebunden ist. Ich darf Ihnen aber auch sagen, daß die neunmonatige Besetzungssperre gerade in dem Bereich, den Sie ansprechen, sich kaum auswirkt.

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich stelle fest, daß weitere Zusatzfragen nicht vorliegen. Damit schließend diese Frage und zugleich die Fragestunde.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Geschäftstätigkeit der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen, der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen und der Landesentwicklungsgesellschaft

Beschlußeempfehlung und Bericht des II. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses  
Drucksache 10/4100  
(Einsetzungsbeschluß vom 7. März 1986  
Drucksache 10/660  
Neudruck)

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Ich erteile zunächst zu einer zusätzlichen mündlichen Berichterstattung dem Ausschußvorsitzenden, Herrn Abg. Dr. Linssen, das Wort.

Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Vorsitzender des II. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses darf ich Ihnen heute über die Tätigkeit des Ausschusses Bericht erstatten.

Der II. Parlamentarische Untersuchungsausschuß wurde aufgrund eines Antrages von Abgeordneten meiner Fraktion und der Fraktion der F.D.P. in der 18. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 7. März 1986 vom Landtag eingesetzt.

In Erfüllung des ihm erteilten Auftrages hat der Untersuchungsausschuß insgesamt 47 Sitzungen durchgeführt. In 33 Sitzungen haben wir Beweis durch die Vernehmung von Zeugen und die informatorische Anhörung von Sachverständigen erhoben.

Unsere hauptsächlichen Erkenntnisse beruhen gleichwohl auf dem Studium überaus umfangreicher Aktenberge. Bei der Durcharbeitung dieser mehr als 100 Ordner umfassenden Unterlagen und bei der Vorbereitung der Sitzungen des Ausschusses haben uns die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung und die Referenten der Fraktionen immer nachhaltig und sachkundig unterstützt.

- (B) Hierfür spreche ich ihnen meinen herzlichen Dank aus.

(Allgemeiner Beifall)

Mein Dank gilt auch den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses für ihre engagierte, aber letztlich stets sachliche Zusammenarbeit.

Parlamentarische Untersuchungsausschüsse, meine Damen und Herren, gelten in der Öffentlichkeit gemeinhin als Kampfesforen der politischen Parteien. Für den Bürger draußen im Lande hat es oftmals den Anschein, daß die Parteien die von einem Untersuchungsausschuß ermittelten Tatsachen sogleich gemäß ihren Wahrheiten zerreden und zu ihren Gunsten nutzen und interpretieren, so daß die Untersuchungsverfahren vielfach wie das bekannte Hornberger Schießen ergebnislos enden.

Nun, meine Damen und Herren, ich wäre unaufrichtig, wenn ich die Funktion eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses als Mittel der politischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition unter-

- (C) schätzen oder gar leugnen wollte. Untersuchungsausschüsse sind nun einmal die schärfste parlamentarische Waffe der Opposition.

Gleichwohl kann ich heute befriedigt feststellen, daß es dem II. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß gelungen ist, keine Proporz- oder Kompromißwahrheiten gefördert, sondern übereinstimmende Ergebnisse vorgelegt zu haben. Der Ihnen zugeleitete Untersuchungsbericht ist von den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses einstimmig verabschiedet worden.

Lassen Sie mich, bevor ich auf die sachlichen Ergebnisse unserer Untersuchungen eingehe, kurz einige Anmerkungen zum Verfahren machen.

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses erstreckte sich über drei Jahre. Die Verfahrensdauer überstieg damit, wenn auch nur geringfügig, sogar die Dauer des Parteispenden-Untersuchungsausschusses, des sogenannten PUA I in diesem Parlament.

Die Länge des Verfahrens hat mehrere Ursachen. Da ist zunächst der sehr komplexe und weitgefächerte Untersuchungsgegenstand zu nennen. Der in der Öffentlichkeit plakativ Neue-Heimat-Untersuchungsausschuß genannte Ausschuß hatte nicht nur das Geschehen um die Neue Heimat zu untersuchen. Das war nur ein Schwerpunkt, der sich wiederum unterteilte in die Vorgänge um die Rückabwicklung der Ergebnisabführungsverträge und das Verfahren auf Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen. (D)

Ein anderer Schwerpunkt unserer Untersuchungen war die Überprüfung der Geschäftstätigkeit der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes, und zwar seit ihrer Gründung. Hier galt es insbesondere die Ansteigerungs- und Verkaufspraxis der Anstalt bezüglich notleidend gewordener Objekte zu durchleuchten, die anrühigen Geschäftsbeziehungen der Wohnungsbauförderungsanstalt zu den Architekten Theissen und der Firma Interbau AG & Co KG zu untersuchen und auch der Frage der Wahrnehmung der Aufsichtspflicht über die WFA durch die Landesregierung und den Verwaltungsrat der Anstalt nachzugehen. Schließlich hatte der Untersuchungsausschuß als weiteren Schwerpunkt die Vorgänge um den Erwerb von ca. 2 400 Wohnungen durch die Landesentwicklungsgesellschaft zu überprüfen.

Trotz dieses umfangreichen Themenkatalogs hätte der Ausschuß seine Arbeit wesentlich früher beenden können, wenn er in seinen

(Dr. Linszen (CDU))

- (A) Untersuchungen nicht durch das geradezu überhebliche Verhalten der Westdeutschen Landesbank behindert worden wäre. Das Verhalten der Bank, meine Damen und Herren, ist so einmalig, daß ich es in seinen Grundzügen kurz skizzieren will.

Am 11. September 1987 hatte der Untersuchungsausschuß einstimmig beschlossen, im Rahmen der Untersuchungen des sogenannten LEG-1-Geschäftes, also Geschäfte der Landesentwicklungsgesellschaft, sämtliche Kreditunterlagen der Westdeutschen Landesbank bezüglich der geplanten Kreditgewährung an die Frankfurter Investorengruppe Brummermann zu Beweis Zwecken beizuziehen.

Das Anforderungsschreiben ging am 16. September 1987 heraus. Am 5. November 1987, also ca. acht Wochen später, meldete sich der Vorstandsvorsitzende der Westdeutschen Landesbank schriftlich und lehnte das Anforderungssuchen des Untersuchungsausschusses rundherum ab. Am 6. November 1987 zeigten die Rechtsanwälte Prof. Dr. Redeker und Prof. Dr. Dahs an, daß sie nunmehr für die Westdeutsche Landesbank aufträten. Das Mandat war den Anwälten bezeichnenderweise erst tags zuvor, nämlich am 5. November 1987, erteilt worden. Sie mögen hieraus ermessen, wie überaus wichtig die Bank die Anliegen des Untersuchungsausschusses tatsächlich genommen hat.

- (B) Nun, der Auftritt der Anwälte war recht kurz. Sie hatten offenbar sofort erkannt, daß die Westdeutsche Landesbank als Anstalt des öffentlichen Rechts natürlich verpflichtet war, dem Untersuchungsausschuß die angeforderten Unterlagen zu überlassen. Nur so ist es erklärlich, daß Sie auf Einreichung einer Schutzschrift verzichtet haben und sich auch in der Folgezeit nicht mehr als Rechtsvertreter der Bank gemeldet haben.

Ungeachtet dessen weigerte sich die Bank weiterhin hartnäckig, dem Untersuchungsausschuß Einsicht in die erbetenen Unterlagen zu gewähren. Erst nach zähen Verhandlungen zeigte sich die WestLB bereit, den Ausschußmitgliedern am 11. Januar 1988 in den Konferenzräumen der Bank einen ausgewählten Einblick in ihre Geschäftsunterlagen zu gewähren. Zur Verfügung gestellt wurden dem Ausschuß in diesem Termin aber nicht etwa die Originalunterlagen - wie vorher ausdrücklich vereinbart -, sondern nach Gutdünken der Bank zusammengestellte, ja sogar bearbeitete Fotokopien.

Schon eine erste Durchsicht der Akten offenbarte ihre Unvollständigkeit. Die fehlenden Unterlagen wurden aber erst nach weiteren

Mahnschreiben des Untersuchungsausschusses immer schön peu à peu, zuletzt unter dem 8. März 1988, nachgereicht.

Trotz einer Vollständigkeitserklärung des Vorstandes der Westdeutschen Landesbank ist der Untersuchungsausschuß bis heute nicht davon überzeugt, daß die WestLB dem Beweisbegehren des Ausschusses vollständig nachgekommen ist.

Ich darf im Namen aller Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses feststellen, daß es keinen Beibringungsverpflichteten gegeben hat, der den Anliegen - genauer: den gesetzlich berechtigten Forderungen - des Untersuchungsausschusses derart wenig Beachtung geschenkt hat. Ich halte das für eine Mißachtung des Status und der Funktion eines Untersuchungsausschusses. Durch das brüske Verhalten der Bank ist die Arbeit des Untersuchungsausschusses um Monate verzögert worden.

Meine Damen und Herren! Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß erkennt an, daß eine Bank daran interessiert ist, Einzelheiten über Geschäftsbeziehungen zu ihren Kunden gegenüber Dritten geheimzuhalten. Für dieses - ich will einmal sagen - altruistische Interesse, Schutz der persönlichen Daten des Bankkunden, haben wir volles Verständnis. Wenn aber der Kunde, wie in unserem Falle, ausdrücklich schriftlich auf die Wahrung seiner Geheimhaltungssphäre verzichtet hat, dann kann das Verhalten der Bank eigentlich nur von egoistischen Motiven getragen gewesen sein. Und in der Tat: Die Verweigerungshaltung der Bank war ganz offensichtlich in der Furcht der Westdeutschen Landesbank begründet, sich durch die Offenlegung von Fakten gegenüber dem Untersuchungsausschuß möglicherweise Schadensersatzforderungen Dritter auszusetzen.

Lassen Sie mich noch kurz einige Anmerkungen zu den Verfahrensregeln machen, nach denen wir gearbeitet haben. Im Land Nordrhein-Westfalen gilt seit dem 22. Januar 1985 das Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen. Im großen und ganzen war dieses Gesetz eine gute Arbeitsgrundlage. Manche Bestimmungen haben sich meines Erachtens aber als wenig praktikabel erwiesen. Ich will dies an zwei Beispielen offenlegen:

In seiner 9. Sitzung am 12. September 1986 beschloß der Parlamentarische Untersuchungsausschuß einstimmig, zu den Komplexen "Wohnungsbauförderungsanstalt" und "Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen" Beweis zu er-

(C)

(D)

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) heben. Im Ausschuß konnte keine Einigung darüber erzielt werden, welcher Beweisbeschluß zuerst ausgeführt werden sollte.

Nach ausführlicher Diskussion einigten wir uns schließlich darauf, die Beweisthemen von Sitzung zu Sitzung wechselnd, im sogenannten Reißverschluß-Verfahren, abzuarbeiten. Wir alle sind uns heute darüber einig, daß durch diese Vorgehensweise die Arbeitsbelastung der Ausschußmitglieder erheblich erhöht und die Übersichtlichkeit der Untersuchung beeinträchtigt worden ist.

(Zuruf des Abg. Wendzinski (SPD))

Die Beweisaufnahme im Reißverschluß-Verfahren hat sich, da stimmen Sie, Herr Kollege Wendzinski, sicherlich mit mir überein, als uneffektiv erwiesen. Meines Erachtens hat hier der 57. Deutsche Juristentag vom September vergangenen Jahres einen brauchbaren und vernünftigen Weg zur Lösung dieses Problems aufgezeigt. Er schlägt nämlich vor, daß über die zeitliche Reihenfolge der Beweisaufnahme der Vorsitzende, im Streitfall der Ausschuß mit einer Zweidrittelmehrheit zu entscheiden hat. Wir sollten uns überlegen, ob wir unser Verfahrensgesetz nicht entsprechend diesem Vorschlag, der ein reibungsloses und effektives Arbeiten garantiert, ändern sollten.

- (B) Als weiteres Beispiel für die Unpraktikabilität des bestehenden Verfahrensgesetzes nenne ich den im Januar 1987 ausgetragenen Konflikt über das Recht zur Einberufung des Untersuchungsausschusses in sitzungsfreien Zeiten. Wir haben seinerzeit zu dieser Frage ein Rechtsgutachten eingeholt, mit dessen Ergebnis nach meinem Dafürhalten eigentlich keine Partei so recht zufrieden sein kann.

Für meine Fraktion und für die Damen und Herren von der F.D.P. sind diese von mir genannten Beispiele Anlaß, darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoll ist, die Befugnisse des Ausschußvorsitzenden - wie es in anderen Bundesländern und im Bund schon lange üblich ist - zu stärken. Das Verfahrensgesetz muß meines Erachtens so geändert werden, daß der Vorsitzende eines Untersuchungsausschusses eine vom Landtagspräsidenten unabhängige Stellung erhält.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Dies sollte auch äußerlich dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß der Vorsitzende und sein Stellvertreter künftig vom Plenum gewählt werden. Einem in dieser Weise legitimierten Vorsitzenden müßte dann auch das Recht eingeräumt werden, den Ausschuß nach außen zu vertreten.

(C) Meine Damen und Herren! Ich will Ihnen nunmehr, eng zusammengefaßt, die wesentlichen Ergebnisse unserer Arbeit vorstellen.

Bei der Überprüfung der Geschäftstätigkeit der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuß eine Fülle von Mißständen aufdecken können, sowohl was die Ansteigerungs- und Verkaufspraxis notleidend gewordener Objekte angeht als auch was die Aufsicht über die Geschäftsführung der Anstalt durch den Verwaltungsrat und das zuständige Ministerium betrifft.

Generell hat sich uns im Laufe der Untersuchungen dieses Komplexes der Eindruck aufgedrängt, als sei die Wohnungsbauförderungsanstalt etwa bis zum Jahre 1984, bis zur Aufnahme staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren gegen zwei Mitarbeiter der Anstalt, als ein Privatunternehmen eines Mannes geführt worden, der, vorbei an Verwaltungsrat und Ministerium und unter Mißachtung der Geschäftsanweisung der Wohnungsbauförderungsanstalt, beraten von einem ihm ergebenen Hauptabteilungsleiter, seine Vorstellungen von Wohnungspolitik durchsetzte. Ich meine unseren ehemaligen Kollegen Friedrich Kinnigkeit, der nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag in den Vorstand der WFA befördert worden ist.

(D) Ich will das Thema der politischen Ämtervergabe nicht vertiefen. Wir sollten uns wirklich aber einmal ernsthaft fragen, ob es immer richtig ist, die sogenannten verdienten Politiker - unabhängig von ihrem Fach- und Sachverstand - in hochdotierte Posten zu hieven. Mehr Staatsferne täte solchen Institutionen oft gut.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Zurück zum Thema! Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß der Ansteigerungspraxis der Wohnungsbauförderungsanstalt in den 70er Jahren ein tragfähiges Konzept fehlte. Statt - wie es gesetzlich geboten war - im Einzelfall zu prüfen, ob bei einem sogenannten Rettungserwerb tatsächlich Verluste für das Landeswohnungsbauvermögen zu vermeiden oder zu minimieren waren, galt bei der WFA etwa in der Zeit von 1972 bis 1979 die Praxis, alle von der Anstalt beliebigen Objekte unabhängig von wirtschaftlichen Überlegungen zur Rettung der Sozialbindungen anzusteigern. Die Devise lautete: Ansteigern um jeden Preis!

Aufgrund dieser unreflektierten Ansteigerungspraxis stand die Wohnungsbauför-

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) derungsanstalt 1979 vor einer riesigen Wohnungshalde, die sie weder sachgerecht noch kostendeckend bewirtschaften oder veräußern konnte. Prompt folgte die völlig konzeptionslose Kehrtwendung um 180 Grad. Das Motto hieß: Weg an den ersten, weg mit Schaden!

Unter dieser Überschrift entwickelte die Wohnungsbauförderungsanstalt mit Beginn der 80er Jahre eine hektische Verkaufstätigkeit, die jeder kaufmännischen Sorgfalt Hohn spottete.

Es nimmt nicht wunder, daß die Anstalt schon nach kurzer Zeit in den Armen des Architekten Theissen landete. Zwischen Herrn Theissen und den Verantwortlichen der Wohnungsbauförderungsanstalt entwickelte sich sehr schnell ein herzliches Verhältnis, das beinahe schon in ein Abhängigkeitsverhältnis umschlug. Die Wohnungsbauförderungsanstalt bot ihre Objekte fast ausschließlich Herrn Theissen zum Verkauf oder zur Vermittlung an Dritte an. Der freie Grundstücksmarkt, die Einschaltung von Maklern oder die Möglichkeit der Insertion in Zeitschriften wurden vermieden, weil, wie Herr Kinnigkeit als Zeuge bekundete, die Objekte angeblich so schlecht waren, daß man froh war, überhaupt einen Interessenten gefunden zu haben.

Herr Theissen nutzte die Gunst der Stunde. Er veranlaßte, daß die Wohnungsbauförderungsanstalt ihm nahezu unrealistisch hohe Verkaufsangebote unterbreitete. Das war für ihn deshalb wichtig, weil er seine Maklerprovision - man höre und staune! - in Höhe von 10 % nicht etwa auf den tatsächlich vereinbarten Kaufpreis, sondern auf den Angebotspreis abrechnete.

(B)

Die Wohnungsbauförderungsanstalt zeigte sich äußerst willig bei diesen Angeboten. Genauso willig zeigte sie sich dann aber auch bei der Fixierung des endgültigen Kaufpreises. Nachlässe in Millionenhöhe gegenüber dem Angebotspreis waren keine Seltenheit. Hinzu kamen die Gewährung äußerst zins- und tilgungsgünstiger Restkaufpreishypotheken und die Einräumung hoher Rangvorbehalte.

Meine Damen und Herren, wie intensiv die Beziehungen von Herrn Theissen zur Wohnungsbauförderungsanstalt tatsächlich waren, läßt sich exemplarisch anhand der Verkäufe der Objekte Dortmund-Worderfeld und Remscheid, Timmersfeld, belegen.

Im Herbst 1981 beabsichtigte die Firma Interbau, die ihr von Herrn Theissen vermittelte Wohnanlage Dortmund-Worderfeld in Eigentumswohnungen umzuwandeln, wodurch

sie einen Gewinn von mindestens 10 Millionen DM erwirtschaftet hätte. Entgegen den vertraglichen Vereinbarungen wollte sie dabei ein ihr von der Wohnungsbauförderungsanstalt eingeräumtes Restkaufpreishypothekendarlehen nicht zurückzahlen, sondern auf ein anderes Objekt übertragen. Herr Kinnigkeit und Herr Erdmann von der Wohnungsbauförderungsanstalt traten nachhaltig für die Pläne der Firma Interbau ein. Dabei gingen sie sogar so weit, die Widerstände des eigenen Hauses durch eine Änderung des Geschäftsverteilungsplans brechen zu wollen. Gott sei Dank ist es nur beim Versuch geblieben.

(C)

Im Falle Remscheid, Timmersfeld, machte Herr Theissen dagegen richtig Kasse. Durch die Gewährung eines wirtschaftlich nicht zu rechtfertigenden Grundbuchvorbehalts gelang ihm mit voller Unterstützung und auf Kosten der Wohnungsbauförderungsanstalt eine private Kapitalschöpfung in Höhe von 145 000 DM. Es würde zu weit führen, die Pannen im Falle Remscheid, Timmersfeld, im einzelnen vortragen zu wollen. Der Untersuchungsausschuß hegt jedenfalls die Vermutung, daß die aufgetretenen Ungereimtheiten auf einem planvollen Zusammenwirken zum Nachteil der Wohnungsbauförderungsanstalt beruhen.

Die Verkaufsgeschäfte mit Theissen und der Firma Interbau sind am Verwaltungsrat der Wohnungsbauförderungsanstalt offenbar völlig unbeanstaltet vorbeigelaufen. Erklärlich wird diese Tatsache, wenn man die Protokolle über die Sitzungen des Verwaltungsrats der Wohnungsbauförderungsanstalt studiert. Daraus geht nämlich hervor, daß der Vorstand den Verwaltungsrat immer nur summarisch und höchst oberflächlich über seine Aktivitäten unterrichtete. Das kann allerdings den Verwaltungsrat nicht entschuldigen, gab er sich doch stets mit den Schütteren, eine effektive Kontrolle der Geschäftsführung der Anstalt nicht ermöglichenden Allgemeinangaben zufrieden.

(D)

Als geradezu skandalös, aber in der Gesamtschau wiederum typisch für die WFA bewertet der Ausschuß den Vorfall, daß sich das ehemalige Vorstandsmitglied Dr. Engelbergs im Dezember 1982, zu einer Zeit, als er noch als Direktor der Wohnungsbauförderungsanstalt tätig war, ohne Unterrichtung der übrigen Vorstandsmitglieder zu einem vertraulichen Informationsaustausch mit Geschäftspartnern der Wohnungsbauförderungsanstalt traf, die später die mit der Wohnungsbauförderungsanstalt geschlossenen Kaufverträge wegen arglistiger Täuschung anfochten. Dieser Vorgang gerät in den Verdacht einer strafbaren Handlung, wenn man erfährt, daß

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Dr. Engelbergs nur zehn Tage nach seiner Pensionierung im März 1983 offen als Vertreter dieser bezeichneten Geschäftspartner der Wohnungsbauförderungsanstalt auftrat.

Ich komme nun zum zweiten Schwerpunkt unserer Untersuchungen. Bei der durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 10. Mai 1985 erzwungenen Rückabwicklung der Ergebnisabführungsverträge war es das Ziel der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen, mit Hilfe der Bauminister des Bundes und der Länder aus selbstverschuldeten Schwierigkeiten wieder herauszukommen. Zwischen der Muttergesellschaft und ihren Töchtern waren jahrelang Gelder in Millionenhöhe hin- und hergeschoben worden. Die Rückabwicklung dieser Vermögensverschiebungen und der Ausgleich ihrer wirtschaftlichen Folgen hätten für die Neue Heimat Hamburg und für verschiedene Tochtergesellschaften den sicheren Konkurs bedeutet. Daher entwickelte die Neue Heimat Hamburg ein Konzept, nach dem ihr der volle Ausgleich der wirtschaftlichen Folgen zunächst erspart bleiben sollte: Sie zahlte nur das abgeflossene Kapitel zurück. Auf eine Verzinsung des Kapitals hatten die Anspruchsberechtigten zu verzichten. Der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen entgingen durch diese Konstruktion etwa 7,9 Millionen DM.

- (B) Der Ausschuß hält die gefundene Lösung zwar angesichts der seinerzeit unmittelbar drohenden Konkursgefahr für die Neue Heimat für vertretbar. Bedenklich erscheint ihm indes, wie schnell Minister Dr. Zöpel bereit war, den hausgemachten Sanierungsvorstellungen der Neuen Heimat zuzustimmen. Die öffentlich geäußerten Bedenken etwa der Länder Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen oder Niedersachsen hinsichtlich der Vereinbarkeit der vorgesehenen Problemlösung mit dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz und den gesellschaftsrechtlichen Vorschriften oder bezüglich des Berechnungsmodus wurden in Nordrhein-Westfalen nicht aufgegriffen. Nach der glaubhaften Aussage des Abteilungsdirektors beim Regierungspräsidenten Bock muß wohl heute noch davon ausgegangen werden, daß das Zahlenwerk der Neue Heimat Hamburg nicht einmal der Höhe nach überprüft worden ist, obwohl die Oberfinanzdirektion Düsseldorf gerade in diesem Punkt erhebliche Bedenken geäußert hat.

Der dritte Schwerpunkt unserer Arbeit betraf die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen.

Bei der Auswertung der in diesem Verfahren erhobenen Beweise gelangte der Ausschuß zu dem Ergebnis, daß das Aberkennungsverfahren

- (C) ren zumindest in den Jahren 1984 und 1985 vom Regierungspräsidenten nicht mit der gebotenen Dringlichkeit behandelt worden ist. Minister Dr. Zöpel räumte bei seiner Vernehmung auch unumwunden ein, daß man in der Anfangsphase des Verfahrens ohne weiteres zwei Monate hätte einsparen können. Abteilungsdirektor Bock veranschlagte die Einsparungsmöglichkeiten auf drei bis vier Monate. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß das Ministerium erst aufgrund der Tätigkeit unseres Untersuchungsausschusses auf eine Beschleunigung des Verfahrens drängte. In einem Schreiben an den Regierungspräsidenten vom 2. Mai 1986 heißt es - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

Wie Ihnen bekannt ist, befaßt sich der II. Parlamentarische Untersuchungsausschuß auch mit der verfahrensmäßigen Behandlung des obengenannten Antrages. In dieser Sache baldmöglichst zu einer Entscheidung zu kommen liegt im Interesse aller Beteiligten. Ich bitte Sie daher, mit Nachdruck darauf zu bestehen, daß die erbetenen Stellungnahmen bis spätestens

- dann folgt das Datum -

vorgelegt werden.

- (D) Dieser Brief stellt meines Erachtens das Eingeständnis der Landesregierung dar, daß das Verfahren um die Aberkennung der Gemeinnützigkeit zunächst verschleppt worden ist. Die Mahnung des Ministers ist der Versuch, die zu untersuchenden Vorgänge noch während des Untersuchungsverfahrens durch eigenes, positives Tun zu heilen.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß ist im übrigen der Auffassung, daß es dem Regierungspräsidenten bei ordnungsgemäßer Wahrnehmung der ihm obliegenden Aufsicht bereits vor dem Tätigwerden der Großbetriebsprüfungsstelle bzw. der Oberfinanzdirektion hätte auffallen müssen, daß die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen sich seit Beginn der 70er Jahre zumindest am Rande des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes bewegte. Auf einige der von der Großbetriebsprüfungsstelle aufgezeigten Verstöße gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz hat nämlich auch der Verband Rheinischer Prüfungsverbände, der die Neue Heimat prüfte, in seinen jährlichen Prüfberichten stets überdeutlich und klar hingewiesen. Wenn diese Prüfberichte des Verbandes gleichwohl beim Regierungspräsidenten über Jahre hinweg keine Bedenken oder kritischen Fragen ausgelöst haben, so liegt das nach der Überzeugung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum einen an der zu

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) knapp bemessenen personellen Ausstattung der Anerkennungsbehörden und zum anderen daran, daß dort Leute beschäftigt wurden, die von ihrer fachlichen Vorbildung her mit einer solchen Tätigkeit völlig überfordert waren.

Das letzte Thema, das den Ausschuß beschäftigt hat, war das sogenannte LEG-I-Geschäft, nämlich der Erwerb von genau 2 385 Wohnungen durch die Landesentwicklungsgesellschaft.

Dieser Vorgang ist ein Lehrstück dafür, wie eine mächtige Bank in Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen unter brutaler Ausnutzung - und hier zitiere ich im Original den Vertreter der Bank, Dr. Weiershäuser - der bedrohlichen Situation der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen zwei potentielle Geschäftspartner gegeneinander ausspielt und schließlich die Landesregierung über den Tisch zieht. Die Neue Heimat, die am Ende des Jahres 1985 wieder einmal kurz vor dem Konkurs stand, hatte, um die Bilanz des Geschäftsjahres 1985 "dicht" zu bekommen, in einer verzweifelten Aktion ca. 2 400 Wohnungen in Düsseldorf und Umgebung an eine Frankfurter Investorengruppe veräußert. Ohne überprüft zu haben, ob die Investoren überhaupt in der Lage waren, den vereinbarten Kaufpreis in Höhe von 142,5 Millionen DM zu finanzieren, wurden am 28./29. Dezember 1985 notarielle Kaufverträge abgeschlossen, und zwar in der Hoffnung, die Kaufpreisforderung bereits in die Bilanz einstellen zu können.

(B)

Nachdem Minister Dr. Zöpel Anfang Januar 1986 von dem Verkauf erfahren hatte, versuchte er sogleich, die Durchführung der Kaufverträge mit den Investoren zu verhindern und statt dessen die Landesentwicklungsgesellschaft als Erwerber der Wohnungen zu installieren. Als Berater für diese Transaktion bediente er sich der Westdeutschen Landesbank, und zwar ausdrücklich in ihrer Funktion als Staatsbank. Diese verhandelte jedoch in ihrer Rolle als reine Geschäftsbank auch mit den Investoren über eine Finanzierung der Kaufverträge vom Dezember 1985.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Dr. Linssen, ich muß Sie unterbrechen und darauf aufmerksam machen, daß Sie Ihre Redezeit inzwischen um fünf Minuten überschritten haben. Das ist bei einem Berichterstatter sicherlich etwas anders zu beurteilen als bei einem Redner, der für eine Fraktion spricht, aber ich wäre Ihnen doch dankbar, wenn Sie sich in etwa an das Zeitlimit halten würden.

Dr. Linssen (CDU): Vielen Dank. Wenn Sie mir noch fünf Minuten gäben, wäre ich dankbar; dann bin ich zu Ende.

(C)

Die Doppelgleisigkeit kam der Westdeutschen Landesbank äußerst gelegen. Sie hatte nunmehr zwei potentielle Kreditkunden, die am Erwerb desselben Objektes interessiert waren. Minister Dr. Zöpel wurde von der Bank signalisiert, sie werde einen Vertrag Landesentwicklungsgesellschaft/Neue Heimat finanzieren und die Investoren entlassen, wenn die Landesregierung bereit sei, den Kaufpreis in Höhe von 142,5 Millionen DM zu zahlen. Ein solcher Kaufabschluß brachte der Bank zwar nur die Kommunalkreditmarge, aber einen sicheren Schuldner.

Die Investoren, denen die Parallelverhandlungen mit dem Land sorgfältig vorenthalten wurden, ermunterte die WestLB, den Kaufpreis von 142,5 Millionen DM in Verhandlungen mit der Neuen Heimat zu drücken. Ein Erfolg dieser Bemühungen reduzierte zwar das Kreditvolumen der Bank, minimierte aber auch das Kreditrisiko im Personalkreditbereich. Die Investoren drückten daraufhin in zähen Verhandlungen mit der Neuen Heimat den Kaufpreis um etwa 8 Millionen DM, was die Bank dem Ministerium verschwieg. Minister Dr. Zöpel wurde vielmehr unzweideutig klargemacht, daß die WestLB die Durchführung der Verträge mit den Investoren vom Dezember 1985 finanzieren werde, wenn nicht vor Abschluß der den Anlegern in den Verträgen eingeräumten Rücktrittsfrist vom 28. Februar 1986 ein Vertrag zwischen der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen und der LEG zustande gekommen sei.

(D)

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß ist übereinstimmend der Auffassung, daß die Westdeutsche Landesbank bei der Durchführung des LEG-I-Geschäftes ihrer Rolle als Staatsbank ganz und gar nicht genügt, sondern eher im Gegenteil den Staat überverteilt hat. Aber auch die Neue Heimat hat die Landesregierung beim Abschluß des LEG-I-Geschäftes überverteilt. Sie gewährte der LEG nach Ausübung erheblichen Drucks zwar schließlich einen Bewirtschaftungskostenzuschuß als Eigentümerbeitrag in Höhe von rund 8,9 Millionen DM. Dabei verschwieg sie jedoch, daß ihr ein Abschluß mit der LEG die Zahlung einer Maklercourtage in Höhe von etwa 3,7 Millionen DM ersparte.

Lassen Sie mich noch etwas zu den "Filetstücken" sagen! Herr Minister Zöpel, "Filetstücke" eines zum bedingungslosen Verkauf gezwungenen Unternehmens finden bekanntermaßen als erste neue Eigentümer. Die Neue Heimat hatte bereits in den Jahren

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) 1983 und 1984 etwa 8 700 Wohnungen freihändig veräußert. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, daß das die Ladenhüter gewesen sein sollen und die "Filetstücke" zurückgehalten worden sind.

Der Untersuchungsausschuß erkennt zwar an, daß die LEG das Wohnungspaket von 2 400 Wohnungen unter dem - allerdings von der WestLB geschätzten - Verkehrswert in Höhe von 165,1 Millionen DM erworben hat. Aber bitte bedenken Sie, daß Sie nach Ihrem Konzept die in den Grundstücken ruhenden stillen Reserven nie werden nutzen können. Die Bewirtschaftung der Wohnungen ist nach Berechnungen Ihres Hauses allenfalls für die ersten fünf Jahre sichergestellt. Es ist daher zu befürchten, daß nach Ablauf dieser Zeit erhebliche Subventionsforderungen auf den Landeshaushalt zukommen werden.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Ich hatte betont, daß parlamentarische Untersuchungsausschüsse Arenen des politischen Kampfes sind. Das ist notwendig, und das soll auch so bleiben. Nur sollte der politische Kampf nicht Mann gegen Mann geführt werden, sondern in der Sache.

(Beifall des Abg. Wolf (SPD) - Zuruf des Abg. Hunger (SPD))

Ich bin davon überzeugt, daß der II. Parlamentarische Untersuchungsausschuß für ein solches Ringen ein gutes Beispiel geliefert hat, daß wir in den untersuchten Bereichen zu gemeinsamen Bewertungen gekommen sind, die Fehler, Versäumnisse und Versagen offenlegen und bei der Wohnungsbauförderungsanstalt, der Westdeutschen Landesbank, beim Regierungspräsidenten und auch im Zöpel-Ministerium zu Veränderungen führen müssen.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich danke dem Ausschußvorsitzenden, Herrn Abg. Dr. Linssen, für den Bericht.

Ich eröffne die Beratung. Ich erteile zunächst Herrn Abg. Wendzinski für die Fraktion der SPD das Wort.

Wendzinski (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man über den Untersuchungsausschuß II spricht, sollte man sich einiges vergewärtigen. Am 10. März 1989 hat im "Blickpunkt Düsseldorf" Herr Ralph Durchleuchter folgende Überschrift gewählt:

Den heftigen Worten von einst stehen nun moderate Töne gegenüber.

Das ist die Ausgangsbasis unserer Diskussion heute hier im Plenum. Deswegen muß man daran erinnern, was als Vorläufer hier im Plenum, draußen in der Öffentlichkeit, in den Medien gelaufen ist, um zu dem Untersuchungsausschuß zu kommen. Ein Rückblick in die Zeitgeschichte ist daher erforderlich, wenn wir uns an die Einsetzung des II. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses erinnern wollen, der über drei Jahre unter der Überschrift "Neue Heimat" gearbeitet hat.

Es war die Zeit, zu der in der CDU-Fraktion des Bundestages Papiere erarbeitet wurden, in deren Betreff es heißt:

Zeitplan für die parlamentarische Erörterung des Problemkomplexes "Neue Heimat" und Überlegungen zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses "Neue Heimat" durch den Deutschen Bundestag.

Was lag da näher, als die Bonner Inszenierung "Neue Heimat gleich DGB gleich SPD" durch die Aufführung des Stücks "Neue Heimat gleich DGB gleich SPD gleich Landesregierung in Düsseldorf" zu unterstützen, zumal der damalige Kanzlerkandidat der SPD Johannes Rau war! So wurde ein ganzes Bündel von Vorgängen zusammengeschnürt und daraus ein Untersuchungsauftrag gestrickt.

Der Untersuchungsausschuß hatte sich mit folgenden Punkten zu beschäftigen:

erstens: mit der Ansteigerung und Veräußerung von Mietwohnungskomplexen durch die Wohnungsbauförderungsanstalt,

zweitens: mit der Rückabwicklung von Ergebnisabführungsverträgen innerhalb des Gesamt Konzerns der Neuen Heimat,

drittens: mit dem Verfahren auf Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat,

viertens: mit dem Erwerb eines Erstpakets von 2 385 Wohnungen der Neuen Heimat durch die LEG.

Es ist wahrscheinlich ein einmaliger Vorgang, daß derart viele Komplexe einem einzigen Untersuchungsausschuß übergeben worden sind. Der gemeinsame Nenner aller zu untersuchenden Fragen ist allein die Tatsache, daß sie im Zuständigkeitsbereich des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Dr. Christoph Zöpel, angesiedelt sind.

Bei der Formulierung dieses komplexen Untersuchungsauftrages mag die Hoffnung Pate gestanden haben, man werde, wenn man nur

(C)

(D)

(Wendzinski (SPD))

- (A) lange genug untersuche, schon etwas finden. Dieses Rezept hat schließlich woanders zu Ministerrücktritten und sogar zu Schlimmerem geführt. Aber, meine Damen und Herren, wir sind nicht in Berlin bei Herrn Antes, wir sind nicht in Hannover und auch nicht in Kiel.

Wir legen heute einen Bericht vor, der kein Minderheitenvotum enthält und in dem ein Tadel an Christoph Zöpel und an der Landesregierung nicht zu erkennen ist. Und es gab nach Auffassung der Oppositionsfraktionen soviel Ungereimtheiten damals 1986!

Da hatte Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre ein Architekt aus Unna ungewöhnlich hohe Provisionen kassiert. Da drohte der Konkurs für die Neue Heimat. Da hatte die Oberfinanzdirektion Düsseldorf beim Regierungspräsidenten einen Antrag auf Aberkennung der Gemeinnützigkeit gestellt. Kollege Kuhl von der F.D.P. sprach damals, am 7. März 1986, von einem - ich zitiere - "Heuhaufen von NH, LEG, WFA, BGI, Gemeinnützigkeit usw." und stellte die Frage:

Ist der DGB mit der SPD gleichzusetzen oder die SPD mit dem DGB gleichzusetzen, oder ergibt beides - wenn man das mischt - die Landesregierung?

Das waren die Fragen. Und heute stellen wir fest: Von all dem, Herr Kuhl, ist nichts übrig geblieben.

- (B) Der Bericht deckt andere Schwachstellen und Unkorrektheiten auf.

Erstens: Die Wohnungsbauförderungsanstalt hat in den 70er Jahren unter der Verantwortung von zwei Innenministern, die der F.D.P. angehörten, ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Gesichtspunkte Wohnungen angesteigert. Um noch größeren Schaden zu vermeiden, mußten die Objekte schließlich mit Verlust veräußert werden.

Zweitens: Die WestLB hat sich im Zusammenhang mit dem Erwerb von 2 385 Wohnungen der Neuen Heimat durch die LEG in erster Linie bemüht, ihr eigenes Kreditengagement bei der Neuen Heimat zurückzuführen. Sie hat dabei ihre Aufgaben als Staatsbank vernachlässigt.

Drittens: Der Regierungspräsident hat seine Aufsicht über die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen zumindest in den Jahren 1974 bis 1979 nicht immer zureichend ausgeübt. Regierungspräsident war damals

Dr. Achim Rohde, heute Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion (C)

(Heiterkeit - Rohe (SPD): Dann wäre ich aber aus der Partei ausgetreten. - Kuhl (F.D.P.): Wir geben ihn nicht auf!)

- der F.D.P.-Landtagsfraktion, richtig!

Bevor ich auf den im Ausschuß behandelten Komplex im einzelnen eingehe, möchte ich dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, Herrn Dr. Linssen, danken für die sachliche, faire und konstruktive Leitung von 47 Sitzungen, deren Protokolle immerhin fünf Aktenordner füllen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dem Bild des neutralen, unparteiischen Vorsitzenden sind Sie im Gesamtbild des Verfahrens gerecht geworden - auch wenn ich als Sprecher der SPD-Fraktion oft das Gesetz beklagt habe, nach dem Sie ihre Rechte am Anfang sehr breit, mit einer langen Redezeit ausgenutzt haben; und wenn das Interesse dann nicht mehr vorhanden war, durften die Fraktionssprecher reden.

(Heiterkeit)

Trotzdem herzlichen Dank für das saubere und faire Verfahren!

Es war eine teilweise politisch turbulente Zeit, durch die der Untersuchungsausschuß geführt werden mußte. In Erinnerung haben wir alle noch die Bundestagswahl im Januar 1987. Bis auf einen einzigen Vorfall, auf den ich heute nicht zu sprechen kommen möchte - es war ja in der Urlaubszeit, Herr Dr. Linssen -, haben Sie immer bei aller Hektik den Überblick behalten und durch Ihre vorbildliche Verhandlungsführung zum erfolgreichen Abschluß des Untersuchungsverfahrens wesentlich beigetragen. Ich hoffe, daß ich Ihnen mit dem Lob der SPD-Fraktion in Ihrer eigenen Partei und Fraktion nicht Schaden zugefügt habe.

(D)

(Heiterkeit)

Aber Ehrlichkeit muß hier Ehrlichkeit bleiben. Und es war so.

Noch jemand hat an dieser Stelle ein Kompliment verdient: Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat am 18. Dezember 1984 das Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags verabschiedet. Ich kann heute feststellen: Dieses Gesetz hat in dem II. Untersuchungsausschuß seine Bewährungsprobe bestanden.

(Wendzinski (SPD))

- (A) Die Mehrheit im Ausschuß hat zu keinem Zeitpunkt ohne Rücksicht auf die Minderheit Ihre Vorstellungen durchgedrückt. Auch die Minderheit ist auf den Weg des Kompromisses geführt worden. So kam es zu dem von uns so genannten "Reißverschlußverfahren", nach dem zwei Beweiskomplexe gleichzeitig abgehandelt wurden. Herr Dr. Linszen, auch wenn Sie erwähnten, es sei schwierig gewesen, die Übersicht zu behalten - aber das zeichnet ja einige aus, daß sie auch in hektischen Situation die Übersicht behalten -, so glaube ich, daß das Verfahren, nach dem Reißverschlußprinzip vorzugehen, auch der Austarierung unseres Berichtes gedient hat.

Dadurch ist das Verfahren nicht gerade beschleunigt worden. Das gebe ich offen zu. Aber es ist ein Beleg dafür, daß Minderheit und Mehrheit gehalten waren, einen Weg zu finden, der für beide akzeptabel war und der Wahrheitsfindung optimal diene.

Ansonsten hat der Ausschuß Gutachten eingeholt zu der Frage der Außenvertretung, zu der Möglichkeit, Sitzungen in der sitzungsfreien Zeit abzuhalten. Diese Gutachten sind im UA II und im Ältestenrat akzeptiert worden. Sie sind damit auch eine Grundlage für die Arbeit weiterer Untersuchungsausschüsse dieses Landtags.

- (B) Gerade weil das Untersuchungsausschußgesetz in allen Verfahrensfragen Minderheit und Mehrheit zum Kompromiß angehalten hat, konnten wir uns der Empfehlung der Oppositionsfractionen, die Rechte des Ausschußvorsitzenden zu stärken, nicht anschließen. Nach Auffassung der SPD-Fraktion ist das Untersuchungsausschußgesetz eine hinreichende Arbeitsgrundlage auch für weitere Untersuchungsausschüsse. Vielleicht kann der Untersuchungsausschuß III etwas von diesen Erfahrungen des Untersuchungsausschusses II lernen: mit einem ganz geringen, minimalen Personaleinsatz ein optimales Ergebnis zu erzielen.

Ich darf nun zu den sachlichen Feststellungen des Untersuchungsausschusses kommen.

Christoph Zöpel hat in seiner Amtszeit dafür gesorgt, daß die Wohnungsbauförderungsanstalt bei der Ansteigerung und Veräußerung von Grundstücken nach kaufmännischen Grundsätzen verfährt. Er hat, als er von den im Bericht beschriebenen Vorgängen Kenntnis erhielt, die WFA angewiesen, ihm persönlich alle Verkäufe angesteigerter Mietwohnobjekte vorzulegen.

In der Frage, wie die Ergebnisabführungsverträge zwischen der Neuen Heimat Hamburg und ihrer Tochtergesellschaft abzuwickeln

sind, ist Christoph Zöpel schnell und bereitwillig auf das Konzept der Neuen Heimat eingegangen; aber auch die Oppositionsfractionen erkennen an: Die Haltung des Ministers war vertretbar. In dem Bericht wird ausgeführt - ich zitiere -:

Der auflösend bedingte Verzicht auf den Ausgleich der Zinsforderungen war die einzige Möglichkeit, auf der einen Seite die Unternehmensgruppe Neue Heimat zu erhalten und auf der anderen Seite dem Verlangen des Bundesverwaltungsgerichtes nach Rückabwicklung unzulässiger Gewinnabführungen Genüge zu tun.

Auch der Entschluß, in einem ersten Paket 2 385 Wohnungen von der Neuen Heimat auf die LEG zu überühren, war richtig. Christoph Zöpel hat mit diesem Geschäft, dem der Name LEG-I-Geschäft gegeben wurde, sichergestellt, daß die LEG auch die besseren der etwa 42 000 Wohnungen der Neuen Heimat in Nordrhein-Westfalen erwerben konnte. Andernfalls hätte ihm die Opposition wohl zu Recht vorgeworfen, er lege die Hände in den Schoß, während die Neue Heimat den wertvolleren Teil ihres Unternehmens verscherbele.

Mit diesem Geschäft wurde die Grundlage für die Überführung auch aller übrigen 40 000 Wohnungen der Neuen Heimat auf die LEG gelegt. Durch sein entschlossenes Handeln hat Christoph Zöpel dafür gesorgt, daß Tausende von Wohnungen der Neuen Heimat nicht zu Spekulationsobjekten verkamen. Gerade heute, wo wir wieder von Wohnungsknappheit, ja Wohnungsnot reden, besteht kein Zweifel mehr daran, daß diese politische Entscheidung richtig war.

(Zustimmung bei der SPD)

Es ist gar nicht auszudenken, wo wir heute stünden, wenn Christoph Zöpel diese Wohnungen im Interesse der Mieter nicht gerettet hätte. Das Verfahren auf Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat, das die Oberfinanzdirektion Düsseldorf eingeleitet und über das der Regierungspräsident in Düsseldorf zu entscheiden hatte, war von Anfang an von einem in diesem Ausmaß noch nicht dagewesenen publizistischen Störfeuer begleitet. Es begann mit Vorwürfen des Abgeordneten Doppmeier im "Westfalenblatt" vom 18. März 1986:

Dieses zeigt, daß der SPD-geführten Landesregierung offensichtlich jedes Mittel recht ist, eigenen Genossen zu helfen, wie ihnen auch jedes Mittel recht ist, den eigenen Machterhalt abzusichern ... Das,

(C)

(D)

(Wendzinski (SPD))

(A) was Sie jetzt sehen, ist ja schon der Einstieg in eine Situation, die in Ansätzen einer Korruption nahekommt.

Weiter heißt es dann von Herrn Doppmeier im "Westfalenblatt" am 20. März 1986:

Ich befürchte einen SPD-Skandal im Gemeinnützigkeitsskandal.

Zur Einschaltung des Prüfverbandes in das Verfahren sagte er:

Dieser Treppenwitz trägt die Handschrift der Regierung Rau. Die Prüfer müssen sich selbst prüfen.

In der Aktuellen Stunde des Westdeutschen Fernsehens vom 9. April 1986 erklärte Herr Doppmeier aus Ostwestfalen, Kreis Gütersloh:

Darüber hinaus muß ich feststellen, daß der Regierungspräsident diesen Antrag nach dem Motto "Dienst nach Vorschrift" behandelt.

Auch im "Westfalenblatt" am 10. April 1986 steht:

Doppmeier wirft dem Regierungspräsidenten

(Zuruf des Abg. Meyer zur Heide (SPD))

(B) dilettantische Ermittlung vor. Doppmeier und Kuhl sehen die Verschleppung bestätigt.

Damit, Herr Kollege, will ich in keiner Weise sagen, daß das eine typische Bezeichnung für Ostwestfalen ist, aber es ist bezeichnend für die CDU im Kreis Gütersloh. Da wollen wir uns ja nicht einmischen.

(Meyer zur Heide (SPD): Mit dieser Eingrenzung bin ich einverstanden!)

Herr Doppmeier erklärte in den "Westfälischen Nachrichten" am 10. April 1986:

Doppmeier beschuldigt die Landesregierung des fahrlässigen bis grob fahrlässigen Verhaltens.

Das sind Zitate von Herrn Doppmeier.

Herr Dr. Linssen, zwischendurch haben wir auch überlegt, ob wir nicht einmal einen Untersuchungsausschuß einsetzen müßten, Verhaltensweisen, Beleidigungen von Herr Doppmeier zu untersuchen und wie das noch

mit einem parlamentarischen System in Einklang zu bringen ist. (C)

(Zuruf von der SPD: Das wären zu viele!)

In der Westdeutschen Zeitung vom 5. Juli 1986 warnte die F.D.P.-Landtagsfraktion - ich zitiere -

vor der Gefahr, daß der Staat zum willfährigen Reparaturbetrieb der Neuen Heimat wird.

Die CDU appellierte an die Landesregierung, "keine Gefälligkeitsentscheidungen zu treffen". So geht das weiter. Erstaunt waren wir besonders, als am 23. Juli 1986 Biedenkopf erklären ließ, die Beschlußvorlage des RP grenze an "Rechtsbeugung". Weiter erklärte er den ganzen Vorgang zum "Skandal".

Am 2. Dezember 1986 vertrat Herr Doppmeier gegenüber dem "Handelsblatt" die

Auffassung, der Regierungspräsident habe keinen Ermessensspielraum. Ihm werde nichts anderes übrig bleiben, als der Neuen Heimat NRW die Gemeinnützigkeit abzuerkennen.

Ich will gar nicht mehr weiter zitieren, aber bei solchen Formulierungen wie "Rechtsbeugung" von Herrn Doppmeier in der Aktuellen Stunde des Westdeutschen Fernsehens am 18. Dezember muß ich doch einmal fragen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wo sind wir eigentlich, wenn solche Worte politisch einfach eingesetzt und Beamte beleidigt werden, die ihren Dienst nach Recht und Vorschrift leisten, wenn man ihnen unterstellt, daß sie willfährig sind und daß sie einzelnen Vorgesetzten gehorchen, die eine politische Funktion haben? (D)

Ich kann nur sagen: Ich bin froh, daß es unter der Regie von Herrn Dr. Linssen möglich war, dieses alles wegzubringen, den Sumpf beiseite zu schieben und zu einem einvernehmlichen Urteil zu kommen. Zu dem, was an Verleumdungen gegenüber Beamten formuliert wurde, sage ich: Wir schützen die Beamten unabhängig davon, wer die Regierung stellt und wer Regierungspräsident ist. Die Beamten in diesem Land leisten ihre Pflicht und leisten ihre Arbeit nach Gesetz und Recht.

(Zuruf von der CDU: Das glauben Sie doch selber nicht!)

- Da fängt es schon wieder an: "Das glauben Sie doch selbst nicht." Werfen Sie doch so

(Wendzinski (SPD))

- (A) etwas nicht in den Raum, ohne Beweise zu haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie beleidigen mit diesen Formulierungen Tausende von Beamten.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Bei diesen Zwischenrufen ist auch zu erkennen, welche schwierige Aufgabe Dr. Linssen hatte, diese Mitglieder seiner Fraktion auf den optimalen Weg eines Untersuchungsausschusses zu bringen.

Als der zweite Entscheidungsvorschlag des Regierungspräsidenten vorlag, zeichnete sich der Abgeordnete Kuhl in der "Westdeutschen Zeitung" am 20. November 1986 mit der Entgleisung aus:

Das ist ein weiteres Beispiel nordrhein-westfälischer Rechtsbeugung.

Die wütenden Vorwürfe, die in den Begriffen Genossenfilz, Gefälligkeitsentscheidung, Korruption und Rechtsbeugung gipfeln, sind widerlegt. In achtenswerter Haltung hat der Vorsitzende des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Neue Heimat" des Deutschen Bundestages, Dr. Hans Günter Hüsich, zu der Entscheidung erklärt, daß er deren

- (B) moralbildende Wirkung sehr hoch einschätze, deshalb dem Vorgang im Prinzip persönlich zustimmen würde.

Auch der Bundesminister der Finanzen hat keinen Anlaß gesehen, im Wege der Rechtsaufsicht einzuschreiten.

Ich will einige andere Formulierungen jetzt nicht vortragen, weil in einem Zwischengespräch Herr Dr. Rohde erklärt hat, daß sie nicht von ihm seien. Nach unseren Untersuchungen hat sie der Pressereferent der F.D.P.-Fraktion der Presse mitgeteilt, und dies stand in einem Zeitungsbericht ebenfalls vom November 1986. Ich will darauf nicht eingehen. Ich gehe davon aus, daß sich das, was Herr Rohde mir gesagt hat, in der Äußerung des Abteilungsleiters des Regierungspräsidenten widerspiegelt, dem wir bestimmte Äußerungen vorgehalten haben und der als Zeuge vernommen wurde. Dieser erklärte wörtlich:

Also, ich bin ein bißchen dadurch befangen, daß zu dem Zeitpunkt, als dieser Artikel gestanden hat, mir der Regierungspräsident Rohde gesagt hat, zum

Beispiel: Mit dem neuen Regierungspräsidenten werden Sie Ihre Freude haben. Das ist ein prima Kerl.

(C)

Dies als Aussage über Herrn Dr. Rohde!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, daß mit dem Abschlußbericht auch die Opposition anerkennt: Es gibt keinen Grund zum Einschreiten. Christoph Zöpel hat allen Anfeindungen zum Trotz im richtigen Augenblick die richtigen Entscheidungen getroffen. Dafür, Herr Minister, darf ich Ihnen ganz besonders im Namen der Mieter der Neue-Heimat-Wohnungen in diesem Lande recht herzlichen Dank sagen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Schauerte für die Fraktion der CDU das Wort.

Schauerte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Wendzinski: Sie haben den Kollegen Bensmann wohl absolut falsch verstanden. Ich halte solche künstlichen Versuche in diesem Hause, nach der die eine Seite die ist, die die Beamten schützt, und die andere Seite die ist, die die Beamten beleidigt, für absolut falsch und sachwidrig.

(Zustimmung bei der CDU)

Genau das hatte Peter Bensmann sagen wollen.

(D)

Wir schützen die Beamten natürlich, und wir wissen, daß sich alle 335 000 Mitarbeiter des Landes bemühen, ihre Pflicht zu tun. Aber wir können ja auch nicht ausschließen, daß es in dem einen oder anderen Fall Probleme gibt, und wenn es Probleme gibt, muß man seiner Aufsichtspflicht gerecht werden und darüber reden. Dann darf man aber nicht den einen in die Ecke stellen, als wollte er grundsätzlich Beamte beleidigen. Das war der Punkt, warum sich Herr Bensmann gemeldet hat, und das war völlig gerechtfertigt.

(Mernizka (SPD): Er hat etwas anderes gesagt. Das haben wir schon gehört!)

Wir haben in diesem Bericht auf ein abweichendes Votum, auf ein Minderheitenvotum, aus zwei Gründen verzichtet. Der erste Grund war: Wir wollten ein Stück gemeinsame Verantwortung des Parlaments dokumentieren.

(Hunger (SPD): Nein, Ihnen ist die Puste ausgegangen!)

(Schauerte (CDU))

- (A) - Sehen Sie: Sie haben das immer noch nicht begriffen. Sie haben den Bericht ja gar nicht gelesen; deswegen müssen Sie mit Zwischenrufen vorsichtig sein.

Der zweite Grund war: Dieser Bericht enthält Feststellungen, die die SPD mit unterschrieben hat und die der Landesregierung hochrote Köpfe verpassen müssen, wenn sie nicht alle schon so rot wären; denn es sind eine Vielzahl von sehr peinlichen und sehr belastenden Feststellungen darin, und uns kam es schon darauf an, die SPD an diesen Punkten mit im Boot zu halten, damit wir sagen können: Das wird auch von der SPD so gesehen. Denn dann haben wir ja Hoffnung, daß die Landesregierung das eine oder andere vielleicht doch ändert.

Es gibt aber darüber hinaus Dinge, die man einfach mündlich vortragen soll; das gehört ja auch zur Lebendigkeit des Parlaments.

Ich will mich im Moment mit der WFA nicht beschäftigen. Herr Dr. Linssen hat eine Menge dazu gesagt. Ich habe gehört, daß sich Herr Kuhl im Sinne einer Arbeitsteilung intensiv mit diesem Bereich beschäftigt, was die WFA betrifft. Wir haben dazu kaum unterschiedliche Bewertungen gehabt, so daß ich einmal davon ausgehe, daß ich das ein wenig schlabbern kann. Ich werde das nachher zusammenfassen, muß das aber nicht expressis verbis ausführen.

- (B) Ich möchte mich zunächst einmal mit dem Teil der Ergebnisabführungsverträge beschäftigen, der die Verhältnisse zwischen der Neuen Heimat Hamburg und der Neuen Heimat Düsseldorf betrifft. Hier spricht die Bewertung des Abschlußberichts für sich. Sie stellt nämlich fest, daß die Neue Heimat die Ergebnisabführungsverträge mit ihren Tochtergesellschaften deshalb abgeschlossen hat, um den Vermögensverfall des Konzerns aufzuhalten und um einen Konkurs des Gesamtkonzerns zu vermeiden. Deshalb hat sie bei der Rückabwicklung dieser rechtlich unzulässigen Verträge auch auf den Ausgleich von Zinsforderungen verzichtet.

Der Bericht stellt weiter fest:

Zwar mag die gefundene Lösung im Ergebnis angesichts der unmittelbaren Konkursgefahr der Neuen Heimat vernünftig gewesen sein; gleichwohl ist es bedenklich, wie schnell Minister Dr. Zöpel mit Zustimmung des Finanzministers Dr. Posser damals bereit war, dem von der Neuen Heimat Hamburg entwickelten Rückabwicklungskonzept zuzustimmen.

Dem möchte ich mich noch einmal etwas nähern. Dazu muß ich einfach ein wenig aus dem Bericht zitieren:

Durch Urteil vom 10. Februar 1982 hatte das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen den Bescheid des Regierungspräsidenten Düsseldorf vom 28. Februar 1978 auf rückwirkende Aufhebung des zwischen der Neuen Heimat Hamburg und der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages in zweiter Instanz bestätigt. Obwohl sich die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen der geringen Überzeugungskraft ihrer rechtlichen Argumentation genau bewußt war, scheute sie nicht davor zurück, die bisherigen, ohnehin gemeinnützigkeitsrechtlich bedenklichen Ergebnisabführungsverträge durch Vereinbarung vom 8. Juli

- also etwa vier Monate nach diesem Urteil -

rückwirkend zum 1. Januar 1981 noch wesentlich zu erweitern.

Da kann man einmal sehen, welchen Respekt die Neue Heimat in dieser Situation vor eindeutigen Gerichtsurteilen hatte!

In der Aufsichtsratssitzung vom 8. September 1982 wies der damalige Vorsitzende der Geschäftsführung der Neuen Heimat Hamburg und Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Dieter Hoffmann offen darauf hin, daß man gut beraten sei

- und dann ein wörtliches Zitat aus dieser Sitzung -,

"sich auf ein negatives Prozeßurteil des Bundesverwaltungsgerichts im Revisionsprozeß hinsichtlich der Ergebnisabführungsverträge einzustellen".

Er wußte also, daß es keinen Zweck hatte, verschärft aber die Abführungsregelung zugunsten der Konzernmutter und zu Lasten der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen.

Statt dessen sollte über Möglichkeiten nachgedacht werden, wie bei einer Abweisung der Revision des Regierungspräsidenten Düsseldorf entsprochen werden könnte - und darum Überlegungen der Neuen Heimat, wenigstens noch sieben bis zehn Jahre Möglichkeiten zu suchen, wie solche Abführungen laufen können.

Jetzt kommt der Punkt, an dem die Landesregierung dabei ist, und deswegen auch zu Recht die Bemerkung in dem Bericht, daß

(C)

(D)

(Schauerte (CDU))

(A) hier allzu schnell - man kann auch sagen: willfährig -

(Wendzinski (SPD): Das steht nicht darin!)

gefolgt wurde.

Wie der Vermerk vom 14. Januar 1983 über ein Gespräch zwischen Minister Dr. Zöpel, Staatssekretär Winter und Dr. Hoffmann am 22. Dezember 1982 belegt, zeigte sich die Landesregierung offen, sich an solchen Überlegungen zu beteiligen. Gedacht war an eine Initiative zur Änderung des längst novellierungsbedürftigen Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes.

Das war der Versuch, eine Lex specialis, eine Lex Neue Heimat mit Zustimmung von Herrn Zöpel zu schaffen. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Sie ist von der SPD hier mit festgestellt. Deswegen - das war einer der Punkte - sind wir dankbar, daß wir einen gemeinsamen Bericht bekommen haben.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung akzeptierte das von der Neuen Heimat Hamburg nach einem negativen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts entwickelte Rückabwicklungskonzept. Die öffentlich geäußerten Bedenken der Länder Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen hinsichtlich der Vereinbarkeit dieses Konzeptes insbesondere mit dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz wurden in Nordrhein-Westfalen nicht aufgegriffen.

(B)

Erst mit Schreiben vom 4. Juli unterbreitete die Neue Heimat Hamburg mit der Bitte um wohlwollende Prüfung offiziell Minister Dr. Zöpel ihre Vorstellung von der durchzuführenden Rückabwicklung. Dabei verschwieg sie, daß der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen unter dem 25. Juni eine von ihr bereits unterzeichnete fertige Rückabwicklungsvereinbarung vorgelegen hatte. Diese war bereits mehr als vier Monate vor der Einverständniserklärung von Minister Zöpel von der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen angezeichnet worden.

Ich denke, das zeigt, wie hier miteinander umgegangen wurde und wie trotzdem Minister Zöpel als Verantwortlicher immer wieder in großer Nähe zur Neuen Heimat eine Menge unternommen hat, um die Dinge relativ problemlos, relativ schnell und relativ angenehm lösen und regeln zu lassen. Aus CDU-Sicht kann aus diesem Verhalten die Willfährigkeit der Landesregierung entnommen werden, auch

durch das Recht nicht gedeckte Manipulationen der Neuen Heimat hinzunehmen.

(C)

Im übrigen ist mit Dr. Hüsich festzustellen, daß diese Landesregierung ebenso wie alle übrigen nicht die geringste Initiative zur Änderung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes ergriffen hat, obwohl ihr aus dem praktischen Umgang mit dem Gesetz gewisse Mängel bewußt waren.

Auch was die Anerkennung als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen nach § 19 Abs. 2 in Verbindung mit § 20 Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz betrifft, sagen wir aus CDU-Sicht, daß bei diesem Aberkennungsverfahren - und ich nehme hier ausdrücklich die Oberfinanzdirektion Düsseldorf aus, denn sie hat in hervorragender Weise die Sachverhalte ermittelt und ist tätig geworden - die Landesregierung schützende Hände über die Neue Heimat gehalten hat, damit das, was rechtswidrig war, nicht mit den notwendigen Konsequenzen bestraft und bedient wurde. Dies folgt einmal aus der skandalösen Dauer des Verfahrens, zu der Minister Zöpel zu Anfang der Untersuchung noch beteuerte, er habe Druck ausgeübt, daß das Verfahren beschleunigt werde. Im Zuge der Untersuchungen haben wir dann festgestellt, daß er diese anfängliche Äußerung zurücknehmen mußte, denn die Aktenlage war anders als das, was er uns ursprünglich gesagt hatte.

Die Aufsicht hat in diesem Bereich insgesamt nicht funktioniert, und für die Fragwürdigkeit der staatlichen Aufsicht spricht auch die Tatsache, daß der zuständige Abteilungsleiter beim federführenden Regierungspräsidenten vor Beginn der Untersuchungen im Städtebauausschuß die damals schon skandalöse Dauer des Aberkennungsverfahrens mit dem Personalmangel seiner Behörde begründete. Der Regierungsvizepräsident Gärtner, den wir etwas später vernahmen, sagte, diese schwierige Frage hätten auch mehr Mitarbeiter nicht gelöst. Hier wußte über weite Strecken die Rechte nicht, was die Linke tut. Vor allem ist immer wieder nur festzuhalten, daß alles besonders langsam ging, besonders schonend ging, nicht der nötige Druck zur Klärung ausgeübt wurde und man ein bißchen nach der Methode "Zeit heilt Wunden" voringing.

(D)

(Wendzinski (SPD): Das steht alles im Bericht nicht drin; das ist Ihre Interpretation!)

Man wollte nicht unnötig Konsequenzen und Schnelle hier einbringen. Man wollte im Grunde die schützenden Hände über der Neuen Heimat - auch wenn da schwere Fehler gemacht wurden - beibehalten.

(Schauerte (CDU))

- (A) Ich darf hier eine Bitte aussprechen: Der OFD-Antrag, um den es bei der Rückabwicklung ging, bezog sich nur auf den Prüfungszeitraum von 1974 bis 1979. Danach wird es noch eine Prüfung gegeben haben. Dieser Prüfungsbericht sollte sorgfältig analysiert werden. Wir bitten die Wohnungsbaupolitiker - da die Arbeit des Untersuchungsausschusses beendet ist -, sich diesen zweiten Fünfjahresberichtszeitraum sorgfältig anzusehen. Ich denke, auch da gibt es noch einiges nachzuschauen.

Ich will mich jetzt dem Punkt zuwenden, bei dem es um den Erwerb von 2 385 Wohnungen ging, das sogenannte LEG-I-Geschäft. Der Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß Minister Zöpel bei dem vereinbarten Kaufpreis den darin enthaltenen Provisionsanteil in Höhe von 7 Millionen DM unberücksichtigt gelassen hat. Er hat also ganz eindeutig zugunsten der Neuen Heimat zu teuer eingekauft. Denn die Provision mußte die Neue Heimat durch den Käuferwechsel nicht abführen. Das ist schon eine nennenswerte ernstzunehmende Besserstellung der Neuen Heimat, für die es keinen vernünftigen Grund gibt.

(Wendzinski (SPD): Herr Kollege, liegt es nicht an der WestLB, die nicht voll informiert hat?)

- Dann muß ich, wenn Sie sagen, daß die WestLB den Minister nicht voll informiert hat - das ist Ihre Aussage -, etwas anderes dazu sagen: Der Minister hat der WestLB blind vertraut und hat überhaupt nicht eine vernünftige Frage, was diesen Teil betrifft, gestellt.

(Wendzinski (SPD): Ist es denn nicht Aufgabe einer Staatsbank, im Interesse des Landes zu handeln?)

- Wenn Sie einen Vorwurf an die Staatsbank richten wollen, hätten Sie das ja hier gerne vorhin formulieren können, als Sie gesprochen haben.

(Wendzinski (SPD): Ich habe es formuliert!)

Ich denke, Herr Wolf kann das ja noch nachholen. Nur, der Punkt ist: Herr Minister Zöpel hat nicht erkannt, daß die WestLB vor allem auch eigene Bankinteressen hatte, diesen Gläubigerwechsel vorzunehmen und das sichere Land auf seine Seite zu bekommen, und deswegen war die WestLB zur Rückführung ihrer Kredite daran interessiert, einen möglichst hohen Kaufpreis zu bekommen. Die WestLB mußte doch zunächst an sich denken. Es war ein schweres Versäumnis des Wohnungs-

bauministers, daß er das nicht gesehen hat. Aufgrund dieser notwendigen Interessenkollision, die da war, durfte er nicht blind vertrauen - das hat er getan. Das ist ein Fehler, den er sich anrechnen lassen muß.

(Wendzinski (SPD): Sind wir uns einig, daß die WestLB ihre Funktion nicht wahrgenommen hat?)

- Wir waren uns einig bei dem Bericht; ansonsten beschränkt sich unsere Einigkeit auf wenig anderes.

Der Ausschuß hat ferner festgestellt, daß die Landesregierung blind in einem Zusammenspiel von NH NW und Westdeutscher Landesbank operierte. Ich kann das nur wiederholen. Beiden gelang es, im egoistischen Interesse die Landesregierung in das Geschäft zu bringen und dafür zu sorgen, daß ein zu hoher Betrag gezahlt wurde. Die Landesregierung hat nach Überzeugung der CDU, weil sie hier nicht aufgepaßt hat, in fahrlässiger Weise Landesvermögen aufs Spiel gesetzt - sie hat zuviel bezahlt. Das wäre so nicht notwendig gewesen. Sie hat sich von der Staatsbank massiv beeinflussen lassen und hat im Ergebnis 7 Millionen DM zuviel gezahlt.

Ich will zu meiner abschließenden Bewertung in vier Punkten kommen. Das erste ist eine kurze Bemerkung zur WFA. Die Wohnungsbauförderungsanstalt ist, nachdem wir uns damit über viele Sitzungen beschäftigt haben, als Anstalt des Landes sehr eingeschränkt eingerichtet und hat zum Teil sehr unklare Zuständigkeiten. Sie manövriert unglücklich und wenig effektiv zwischen den Mühlsteinen des Wohnungsbauministeriums, das immer wieder stärker eingreift in Einzelentscheidungen oder die Kontrolle nicht wirksam ausübt, und der WestLB. Wir haben in einigen Bereichen deutliche Merkmale von Pfründen und Parteibuchwirtschaft feststellen müssen mit einem eindeutigen Schwerpunkt in Richtung Genossenfilz.

(Henning (SPD): Das war Ihr Wunschtraum!)

- Nein, nein, wenn Sie sich an die Vernehmung von Kinnigkeit erinnern, wenn Sie sich an Kinnigkeit, Theissen, Interbau erinnern, wenn Sie sich an Grawert erinnern - all diese Dinge, die da hineinspielen, ich will die Peinlichkeiten nicht verlängern -

(Wendzinski (SPD): Was hat die SPD denn damit zu tun?)

dann ist das im Bereich der Wohnungsbauförderungsanstalt, über die ich rede, ein Ele-

(C)

(D)

(Schauerte (CDU))

- (A) ment von Genossenfilz, das uns bei der Untersuchung dieser Tatbestände sehr erschrocken hat.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wendzinski?

(Schauerte (CDU): Ja, gern!)

Wendzinski (SPD): Herr Schauerte, ich bin gern bereit, Ihnen zu konzedieren, daß Sie jetzt Ihre Interpretation vortragen, nicht die des Untersuchungsausschußberichtes. Aber ich frage Sie: Wenn Sie von Genossenfilz sprechen, wie können Sie sich dann vorstellen, daß die übrigen - Herr Engelbergs, F.D.P., bei dem wir sehr kritische Anmerkungen gemacht haben, und Herr Ullrich, CDU - diesem immer zugestimmt haben?

Schauerte (CDU): Herr Wendzinski, Sie wissen ganz genau, daß Herr Kinnigkeit eine Vielzahl von Entscheidungen sich absolut vorbehalten und den Rest davon herzlich wenig unterrichtet hat.

(Wendzinski (SPD): Die Beschlüsse waren einstimmig!)

- Aber die Hintergründe hat Herr Kinnigkeit für sich behalten. Das war doch eindeutig der gemeinsame Eindruck bei den Vernehmungen von Herrn Kinnigkeit, daß hier eine ausgesprochen schillernde Figur mit eigenartigen Querverbindungen und völlig ungeklärten Hintergründen vor dem Untersuchungsausschuß ausgesagt hat.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Sie werden sich doch daran erinnern, daß es bei keinem einen so großen Bedarf gegeben hätte, ihn wirklich eidlich zu vernehmen, weil die Wahrheitsliebe in diesem Bereich völlig unterentwickelt war. Da habe ich nun überhaupt keine Probleme. Diese Wahrheitsliebe wird er auch in anderen Bereichen nicht an den Tag gelegt haben.

(Wendzinski (SPD): Schillernd war für uns Dr. Engelbergs, F.D.P.!  
- Bensmann (CDU): Kinnigkeit war die schillernde Figur!)

Ich habe auf Ihre Frage geantwortet. Wenn ich von Parteibuchwirtschaft gesprochen habe, habe ich formuliert: mit einem eindeutigen Schwerpunkt in Richtung Genossenfilz. Wenn Sie genau zuhören, ist da auch ein Stück Kritik in andere Bereiche - und sei es hin und wieder der eigene - dabei. Nur, der eindeutige Schwerpunkt liegt nun einmal nach

- 23 Jahren SPD-Mehrheit in diesem Land bei Ihnen; das können Sie doch nicht abstreiten. (C)

Wir in der CDU denken, die Wohnungsbauförderungsanstalt muß, was ihre Aufgaben und ihre Zuordnung betrifft, an Haupt und Gliedern neu geordnet werden.

Zweite Bemerkung! Das LEG-Geschäft mit den 2 385 Wohneinheiten war kein Modell, wie Herr Zöpel es eingestielt hat, das Nachahmung verdient. Wir stellen die Frage, ob es nicht vielmehr der peinliche Versuch eines sozialdemokratischen Ministers war, unter dem Deckmantel des Mieterschutzes und unter Mißachtung bereits vertraglich gesicherter Rechte Dritter dem vor dem Zusammenbruch stehenden gewerkschaftlichen Konzern mit öffentlichen Geldern unter die Arme zu greifen. Auch das ein Stück in Richtung Genossenfilz, den ich unter meinem Punkt 1 angesprochen habe.

(Schultz (SPD): Sie haben überhaupt keinen Anhaltspunkt dafür.)

Preisverhandlungen hat er nicht geführt, den Preis hat er blind übernommen, Wertschätzungen wurden nicht vorgenommen.

(Schultz (SPD): Sie wiederholen die Verleumdungen, die Herr Doppmeier hier jahrelang verbreitet hat.)

- Wissen Sie, Herr Schultz, wenn Sie sich da so engagiert melden, will ich Ihnen einmal ein Beispiel nennen. Stellen Sie sich einmal einen privaten Wohnungsbaukonzern vor: Angenommen, der Herr Flick hätte Wohnungen in der Größenordnung von 50 000 gehabt, er wäre notleidend geworden, und er hätte den Verkauf durch das Land betreiben wollen.

(D)

(Schaufuß (SPD): Das ist schwer vorstellbar.)

Stellen Sie sich nur einmal vor, wie Sie als Genossen darauf geachtet hätten, was zuvor hätte alles geschehen müssen, damit das Land solche Wohnungen übernehmen dürfte!

(Schultz (SPD): Reden Sie nicht davon, was hätte geschehen müssen, sondern davon, was geschehen ist!)

- Das steht im Bericht, Herr Schultz. Darin steht, daß Sie alle diese Untersuchungen nicht haben vornehmen lassen, die Untersuchungen, ob die Wohnungen werthaltig sind, welchen Wert sie haben, welchen Kaufpreis man zahlen muß, wie hoch der Eigen-

(Schauerte (CDU))

(A) tümerbeitrag ist, all das ist unterlassen worden.

(Schultz (SPD): Kennen Sie die ganzen Expertisen nicht? Das ist alles gemacht worden.)

All das ist von der Landesregierung unterlassen worden.

(Dr. Farthmann (SPD): Über welchen Bericht reden Sie überhaupt?)

Deswegen sagen wir: Hier ist mit öffentlichen Geldern dem maroden Konzern unter die Arme gegriffen worden, ohne sorgfältig zu untersuchen, was man verantworten kann.

(Schultz (SPD): Warum schreiben Sie das nicht in den Bericht hinein? Sie werden Ihrer Aufgabe nicht gerecht.)

- Doch, sehr! Wir tragen das vor.

(Dr. Farthmann (SPD): Entweder gehört das in den Bericht, oder es wird nicht vorgetragen; sonst wäre es eine Pflichtverletzung desjenigen, der den Bericht zu erstatten hat.)

Dritter Punkt: die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat. Hier will ich noch einmal betonen: Die Oberfinanzdirektion hat korrekt und lobenswert präzise sachdienlich ermittelt.

(B) (Dr. Farthmann (SPD): Ein Possenspiel!)

Sie hat sich in diesen Untersuchungen als eine Behörde mit großem Sachverstand und mit einer unzweifelhaften Gradlinigkeit dargestellt.

Doch der Regierungspräsident Düsseldorf und das Haus Zöpel mußten durch eine hellwache kritische Öffentlichkeit und die Einsetzung des Untersuchungsausschusses daran gehindert werden, daß mögliche rechtswidrige Verhaltensweisen hier Platz greifen konnten und daß die Gelder zugunsten der nordrhein-westfälischen Neuen Heimat wieder zurückfließen mußten. Immerhin haben diese hellwache kritische Öffentlichkeit und die Einsetzung des Untersuchungsausschusses dafür gesorgt, daß Rückforderungen in einer Größenordnung von 60 Millionen DM nach Nordrhein-Westfalen realisiert wurden. Dieser Vorgang ist für den Minister Zöpel eine erhebliche Peinlichkeit.

(Schultz (SPD): Peinlich sind Sie!)

Mein vierter Punkt: die Verfahrensbeurteilung. Das Untersuchungsausschußgesetz

- Herr Dr. Linssen hat darauf hingewiesen - muß praktikabler gemacht werden. Herr Wendzinski, da sind wir völlig anderer Meinung als Sie. Sie haben dem Parlament gedankt, daß es ein solches Untersuchungsausschußgesetz installiert hat. Sie selbst wissen, daß es nicht praktikabel war. (C)

Der Vorsitzende muß nach den Vorstellungen der CDU gestärkt werden. Die Mitwirkung des Präsidenten muß aus dem Untersuchungsausschußverfahren bei der konkreten Anforderung von Beweisen etc., von Zeugenvernehmungen heraus. Und die Fraktionen müssen berechtigt werden, auch Zwischenergebnisse bei solch langen Verfahrensdauern öffentlich diskutieren zu können. Sonst ist jeder Untersuchungsausschuß, der zwei Jahre und länger dauert, der Untersuchungsausschuß, von dem am Ende gesagt wird: Wir wußten gar nicht mehr, daß es den noch gab. Das ist das zwingende Ergebnis der Gesetzeslage.

Da lacht Herr Wendzinski zufrieden, daß ihm das gelungen ist. Kompliment an der Stelle,

(Wendzinski (SPD): Wenn Sie das bestätigen! - Schaufuß (SPD): Sie sind ein Witzbold!)

- nur hat das mit dem Untersuchungsauftrag nichts zu tun. Das ist Vernebelungskunst, die beherrschen Sie hervorragend.

(Henning (SPD): Da war nichts drin, was Sie untersuchen wollten. - Zurufe von der SPD) (D)

Die Wahrheitsliebe einiger Zeugen - ich denke, das werden wir gemeinsam tragen - war beängstigend schwach entwickelt. Ich nenne da Herrn Minister Zöpel, Herrn Kinnigkeit und Herrn Dr. Lühje.

(Schultz (SPD): Das ist unerhört, was Sie da sagen! - Bensmann (CDU): Sie waren doch gar nicht dabei!)

- Wie kommen Sie denn darauf? Herr Schultz, ich habe wirklich das Gefühl, daß Sie ein unerhört kurzes Gedächtnis haben. Das wäre dann das einzig Unerhörte in diesem Zusammenhang. Herr Zöpel hat doch selbst vor dem Untersuchungsausschuß erklärt, daß er nicht immer verpflichtet sei, uns die Wahrheit zu sagen. Das hat er doch vor dem Untersuchungsausschuß erklärt.

(Zuruf von der SPD: Das ist falsch, Herr Kollege! - Wendzinski (SPD): Das ist hier geklärt! - Dr. Farthmann (SPD): Das ist unglaublich! - Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

(Schauerte (CDU))

- (A) - Aber diese Entschuldigung des Herrn Zöpel ist von CDU und F.D.P. in diesem Parlament nicht akzeptiert worden, weil sie nur halbherzig war.

(Dr. Farthmann (SPD): Flegelei ist das!)

- Das war die Diskussionslage hier im Hause, Herr Farthmann. Herr Zöpel hätte sich eindeutig entschuldigen können. Er hat es nicht getan.

(Wendzinski (SPD): Das ist hier im Parlament abschließend behandelt worden und im Bericht auch erwähnt. - Henning (SPD): Schmutzfink!)

Das Verhalten der WestLB gegenüber dem Ausschuß war über Strecken unerträglich. Das Verhalten der SPD - Sie haben ja auch Bewertungen vorgenommen - im Ausschuß

(Schaufuß (SPD): War auch unerträglich!)

war bei Beweisbeschlüssen und Anträgen streckenweise erkennbar auf Zeitgewinn ausgerichtet - nach dem Motto: Zeit heilt Wunden.

Wenn ich die Dauer des Verfahrens nun sehe, muß ich Ihnen, Herr Wendzinski, ein großes Kompliment machen: Sie haben mit einer Vielzahl Ihrer Beweisbeschlüsse und Ihrer Verhaltensweisen wirklich eine Länge des Verfahrens herbeigeführt, die dann bei dem Schlußbericht auf eine Öffentlichkeit stößt, die das Thema schon gar nicht mehr kennt, weil die Zeit dahin gegangen ist. Dickes Kompliment für diese strategische Leistung, das Verfahren so weit in die Länge zu ziehen, daß wir am Ende nur noch eine sehr eingeschränkte thematische Aufmerksamkeit sichern können.

- (B) Wir haben gemeinsam ein Stück Licht in schwierig einsehbare Ecken der Landespolitik gebracht. Insoweit ist uns der gemeinsame Bericht sehr wichtig, weil er wenigstens an den Stellen, an denen er auch Peinlichkeiten aufdeckt, jetzt die Unterschrift der SPD trägt.

Während unserer Beratungen sind einige notwendigen Konsequenzen gezogen worden. Ich habe schon auf einige hingewiesen, wir haben sie auch laufend feststellen können. Wir haben Handlungsbedarf in einigen Punkten für die Zukunft aufgezeigt, was verbessert werden muß. Ich denke, insgesamt war unsere Arbeit mühsam, zeitraubend, aber

nicht nutzlos. Das ist ja bei Politikern schon eine ganze Menge. (C)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich erteile Herrn Abg. Kuhl für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Kuhl (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Wendzinski! Wenn Sie während Ihrer Ausführungen vorhin festgestellt haben, daß Dr. Achim Rohde Fraktionsvorsitzender der SPD ist, muß ich Ihnen an dieser Stelle sagen - Sie haben es ja dann auch selber korrigiert -: Wir geben ihn gar nicht her, wir behalten ihn.

(Lachen bei allen Fraktionen - Blumenberg (SPD): Den können Sie gerne behalten!)

- Ist doch schön: Ich liege doch immer richtig, wenn Sie sich echauffieren.

Ich will noch eine Vorbemerkung machen, Herr Kollege Wendzinski; denn ich habe in der Tat gedacht, ich wäre hier auf einer völlig anderen Veranstaltung. Ich hatte auch das Gefühl, daß ich fast drei Jahre lang den Untersuchungsausschuß kaum begleitet hätte, nachdem ich Ihr Loblied auf diese Landesregierung gehört habe. Ich denke, man sollte da durchaus das eine oder andere korrigieren. Ich würde in der Tat auch einmal den anderen Kollegen empfehlen, diesen Bericht - immerhin 132 Seiten - zu lesen, denn, wie es Kollege Schauerte vorhin auch sagte, da kommt die Landesregierung in der Tat nicht so gut weg, wie Sie das hier dargestellt haben. (D)

Aber lassen Sie mich zu Beginn der Ausführungen auch im Namen der F.D.P.-Fraktion Dank sagen, nämlich schlicht und einfach an den Ausschußassistenten und an die Mitarbeiter des Ausschusses, denn sie haben es in der Tat nicht leicht gehabt und hatten ein sehr schwieriges Programm zu absolvieren.

Ich will auch etwas zur Zusammenarbeit zu Beginn im Ausschuß sagen. Es hat sich schon gezeigt - auch mit dem dann dokumentierten Bericht -, daß es sie noch gibt: Es gibt sie noch, die Gemeinsamkeit der Demokraten. Ich glaube, das haben wir mit diesem einvernehmlichen Bericht, so wie er uns heute vorliegt, dargestellt, auch wenn ich einige Bewertungen, Herr Kollege "Wendschinski"

(Wendzinski (SPD): Wendzinski!  
- Henning (SPD): Er ist sonst beleidigt!)

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) - gut, Herr Wendzinski! -, in der Tat völlig anders sehe. Ich werde das auch noch darstellen.

Lassen Sie mich deshalb auch an den Anfang stellen, daß die Rücktrittsfordernngen, die seinerzeit von der F.D.P. erhoben wurden, nach meiner Auffassung durchaus berechtigt gewesen sind, auch wenn sie nicht im Untersuchungsergebnis ihren Niederschlag gefunden haben. Ich glaube, man muß nach wie vor sehen, daß es neben einer moralischen und politischen Verantwortung auch die rechtliche Verantwortung der Landesregierung gibt.

Ich darf auch noch einmal daran erinnern, auch wenn es Ihnen nicht gefällt - das weiß ich -: Alleine dieses eine Wort "Ja", das Herr Minister Zöpel am 16. März auf die Frage nach den Zielkonflikten, ob eine Landesregierung falsch informieren dürfe, ausgesprochen hat, war für einen solchen Rücktritt ausreichend.

Er hat zwar im nachhinein erklärt, daß jedes Regierungsmitglied verpflichtet sei, dem Parlament jederzeit die Wahrheit zu sagen. Aber ich will hier etwas wiederholen, was ich schon einmal gesagt habe: In vielen anderen europäischen Staaten wäre ein solcher Minister mit einer solchen Aussage zu dem Zeitpunkt in keiner Regierung haltbar gewesen.

(Zuruf des Abg. Schultz (SPD))

- (B) Ja, er wäre sogar einen Schritt weiter gegangen und hätte von sich aus den Rücktritt erklärt.

(Zuruf des Abg. Schultz (SPD))

- Doch, ich will Ihnen diese Beispiele jetzt nicht aufzählen, wir kennen Sie aber aus England, wir kennen Sie aus Griechenland, und wir kennen sie aus vielen anderen europäischen Staaten.

(Wolf (SPD): Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!)

Dieser Ausschuß hat auf den Tag fast genau drei Jahre gebraucht, bis das Ergebnis nun heute vorliegt. Das hat im Grunde nichts damit zu tun, daß der Ausschuß nicht genügend getagt hätte oder daß die Mitglieder des Ausschusses Verhandlungen verschleppt hätten, sondern es hat auch damit zu tun, daß sich die Landesregierung eben nicht besonders kooperativ gezeigt hat. Wir haben auf viele Vorlagen sehr lange Zeit warten müssen, und wir mußten zwischendurch auch beim Präsidenten intervenieren, die Landesregierung aufzufordern, um überhaupt an die Unterlagen zu kommen, die wir dringend benötigten.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch folgende Feststellung treffen: Wir haben zwar nach den Leichen im Keller gesucht; diese Leichen haben wir nicht gefunden.

(Zuruf von der SPD: Weil keine da waren!)

Aber der Leichengeruch ist geblieben, und er ist auch dokumentiert in dem Bericht und in der Beschlußempfehlung des Untersuchungsausschusses.

(Schultz (SPD): Es ist unanständig, was Sie da machen!)

- Bei Ihnen ist alles unanständig, was andere tun, Herr Kollege Schultz.

(Schultz (SPD): Das ist nicht so, aber was Sie im Augenblick tun, ist unanständig!)

- Ich werde das im einzelnen begründen.

Damit komme ich zum ersten Schwerpunktbereich, nämlich zur WFA. Ich glaube, während der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses ist deutlich geworden, daß die Wohnungsbauförderungsanstalt, geführt von einem Vorstand und einem Verwaltungsrat, seinerzeit eingerichtet wurde, um die ihr übertragenen Aufgaben - ich zitiere - als Organ der staatlichen Wohnungspolitik unter Berücksichtigung der geltenden wohnungs- und siedlungspolitischen Zielsetzungen zu erfüllen. Sie hat sich dabei um wirtschaftliche und kaufmännische Gesichtspunkte zu kümmern und diese zu beachten.

Erkennbar geworden ist, daß der Vorstand von vielen Geschäften innerhalb der WFA nichts wissen wollte, daß der Verwaltungsrat in vielen Bereich überhaupt nichts gewußt hat und dies auch noch für gut befand. In diesem Verwaltungsrat führt immerhin ein Minister den Vorsitz.

(Wendzinski (SPD): Was haben Sie gegen Burkhard Hirsch?)

- Ich komme gleich dazu; warten Sie ab. Der jetzige Minister heißt nicht Burkhard Hirsch, sondern Christoph Zöpel.

(Wendzinski (SPD): In der Zeit hieß er Burkhard Hirsch!)

- Ich komme darauf, Herr Kollege. Keine Panik!

Der Vorstand hat auf Verlangen dem Verwaltungsrat jederzeit Rechenschaft oder Auskunft

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) über alle Angelegenheiten der WFA zu erteilen. Dies ist vom Verwaltungsrat bis 1985 - und das erstreckt sich in der Tat nicht auf die Zeit, in der Burkhard Hirsch Innenminister war -

(Wendzinski (SPD): Auch!)

nie gewünscht worden. Der Verwaltungsrat hat dies immer, wie es eine Zeugenaussage im Untersuchungsausschuß auch belegt, als Geschäft der laufenden Verwaltung betrachtet; ihm erschien dies alles so wichtig nicht.

Wirtschaftliche und damit auch kaufmännische Überlegungen, wie sie eigentlich hätten angestellt werden müssen, sind bei der WFA, insbesondere was die Ansteigerungspraxis angeht, nicht angestellt worden. Man hat die Objekte nicht einmal besichtigt; man hat sich überhaupt keine Gedanken darüber gemacht, welcher finanzielle Aufwand auf die WFA und damit auf das Land zukommen würde. Man hat sich auf das verlassen, was in einer Darlehensakte, die man einmal flüchtig gesehen hatte, stand.

- (B) Ich habe gerade gesagt, daß der Verwaltungsrat nichts wissen wollte. Es ist deutlich geworden, daß es eben keine kritische Hinterfragung der Ansteigerungs- und Verkaufspraxis in den Sitzungen bis 1985 gegeben hat. Auch der Vorsitzende des Verwaltungsrats zu diesem Zeitpunkt, gleichzeitig Minister für Landes- und Stadtentwicklung in diesem Lande, Dr. Christoph Zöpel, hat erst am 17. April 1985 dem Vorstand der WFA Weisung erteilt, alle Zwangsversteigerungsfälle und Verkäufe ihm persönlich vorzulegen. Grund dafür - das wissen Sie auch - war nicht etwa die bessere Einsicht, daß hier irgend etwas falsch lief, sondern Grund waren die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Bochum, die inzwischen Ermittlungsverfahren gegen mehrere Mitarbeiter der WFA eingeleitet hatte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, welche Erinnerungslücken die Vorstandsmitglieder der WFA im Untersuchungsausschuß hatten. Ich möchte bewußt zwei Herren namentlich nennen, nämlich Herrn Kinnigkeit und Herrn Engelbergs. Letzterer sprach im Zusammenhang mit den Verkäufen - ich zitiere wörtlich mit Erlaubnis der Frau Präsidentin -:

Wer sein Geld auf irgendeine charmante Weise unterbringen will, muß auch andere Dinge schlucken.

Dies war nicht nur Auffassung von Herrn Engelbergs, sondern auch des Vorstands und macht deutlich, mit welchem Engagement dieser hochbezahlte Vorstand gearbeitet hat.

(C) Lassen Sie mich an die fast stereotype Aussage des Herrn Kinnigkeit, früher einmal Landtagsabgeordneter der SPD in diesem Hause, erinnern. Wenn Sie sich die Protokolle ansehen, werden Sie immer wieder finden: "Nein, nein ... ich weiß von nichts", "Nein, nein ... ich kann mich nicht erinnern". Das werden auch die Kollegen der SPD, die in diesem Ausschuß mitgearbeitet haben, bestätigen. Es ist für einen so hoch bezahlten Mann wirklich ein merkwürdiges Verhalten, sich nun wirklich auch an nichts mehr erinnern zu können.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abg. Kuhl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wendzinski?

(Kuhl (F.D.P.): Ich gestatte grundsätzlich und immer Zwischenfragen, Herr Kollege!)

- Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Wendzinski (SPD): Ich dachte, nur von mir!

(Kuhl (F.D.P.): Nein!)

- Jetzt bin ich aber enttäuscht.

(D) Herr Kollege, vor dem Hintergrund Ihrer moderaten Töne zur WFA frage ich Sie: Ist Ihnen bekannt, daß der Fachausschuß des Landtags, der sich mit der Funktionalreform beschäftigte, in der Wahlperiode 1975 bis 1980 - dem Ausschuß gehörte zum Beispiel auch Herr Kollege Worms an; Burkhard Hirsch war der zuständige Minister - der Auffassung war, die WFA sollte aufgelöst und in die WestLB eingegliedert werden, weil immerhin 400 Mitarbeiter bei der WestLB für den gleichen Zweck arbeiten, dies bei allen Fraktionen des Parlaments aber keine Mehrheit gefunden hat?

Kuhl (F.D.P.): Damit haben Sie mir keinen "hereingetan", wie Sie, nachdem Sie das Mikrofon ausgeschaltet hatten, gesagt haben.

(Wendzinski (SPD): Ich habe das Mikrofon hereingeschoben!)

Ich komme darauf am Ende meiner Rede noch einmal zurück, Herr Kollege Wendzinski, nämlich dann, wenn ich das Ergebnis - nicht die Bewertung - für die F.D.P. vortragen werde. Der Sachverhalt ist mir im übrigen bekannt. Allerdings war ich zu dem Zeitpunkt nicht Mitglied dieses Parlaments.

Ich wollte noch darauf hinweisen, daß es in bezug auf die Verkäufe die Aussage des Herrn Erdmann gibt, auch mit Blick auf die von uns untersuchten Provisionsabsprachen.

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) Dieser hat gesagt - und das muß man sich wirklich einmal genüßlich auf der Zunge zergehen lassen -: "Wenn man die Akten gelesen hätte - wenn man sie gelesen hätte! -, bevor man Verträge unterzeichnet, hätte man darauf kommen können ...." Das ist, denke ich, in der Tat bezeichnend für die Arbeitsweise, die dort an den Tag gelegt worden ist, denn man hat die Akten nicht gelesen, man hat sich auf irgend etwas verlassen, was man mündlich gehört hat.

Meine Damen und Herren, die Verkäufe, die wir in vielen Fällen untersucht haben - auch mit Blick auf die Geschäftsbeziehungen der WfA zu dem Architekten Theissen aus Unna -, haben gezeigt, daß sich hier eine landes-eigene Anstalt in einem wirklich nicht mehr erträglichen Maße in die Abhängigkeit eines Privatmannes begeben hat. Dies ist lange Zeit weder der Aufsicht noch dem Minister noch dem Verwaltungsrat aufgefallen. Ich kann nur immer wieder konstatieren: Dies ist in der Tat ein merkwürdiges Verfahren.

Abschließend zu diesem Themenbereich möchte ich folgendes sagen: Der damalige Innenminister Burkhard Hirsch - ich komme damit auf Ihre Frage zurück, Herr Kollege Wendzinski - hat vor dem Untersuchungsausschuß auch erklärt, daß er 1979 mit dem Vorstand der WFA und in seinem Hause Gespräche geführt hat, um die Praxis der Ansteigerungen und Verkäufe bei der WFA zu ändern. Nur - und dann kommt das Problem -: Er ist dazu leider nicht mehr gekommen. Warum ist er nicht dazu gekommen? Nicht, weil er es nicht mehr wollte,

(B)

(Wendzinski (SPD): Er hatte bereits vier Jahre Amtszeit!)

sondern weil die F.D.P. zu dem Zeitpunkt - leider Gottes aus meiner Sicht - nicht mehr in den Landtag gekommen ist. So konnte er seine Absicht nicht mehr ausführen. Aber es gab 1980 einen Nachfolgeminister, und der hieß eben Dr. Zöpel. Dem war dies alles bekannt, oder dem hätte dies alles bekannt sein müssen, jedoch hat er erst sehr, sehr spät, nämlich weitere 5 Jahre später, darauf reagiert.

Nun zu dem zweiten Komplex, den Ergebnisabführungsverträgen! Zu dem Bereich der Ergebnisabführungsverträge, die die Neue Heimat mit Wirkung vom 1. Januar 1975 mit ihren Regionalgesellschaften - damals unter der Regie des damaligen Regierungspräsidenten Hans Otto Bäumer - geschlossen hat, muß man sagen, daß erst der nächste Regierungspräsident, nämlich Achim Rohde, als erster herausfand, daß die Ergebnisabführungsverträge nicht zulässig sind. Hierdurch kam

- dies merke ich in aller Deutlichkeit an - Gott sei Dank das erste offizielle Verfahren gegen die Neue Heimat zustande, das dann auch in der Tat das längste Verfahren gewesen ist und mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes endete. Ich glaube, man muß an dieser Stelle in der Tat dem Regierungspräsidenten Rohde danken, daß er selbst gegen den Widerstand der Landesregierung nach 1980 - und in dieser Landesregierung saßen keine F.D.P. Minister mehr - diese Verfahren nach wie vor durchgeführt hat. Es war dann nicht der Regierungspräsident Rohde, der der Neuen Heimat immerhin rund 7 Millionen DM Zinsen geschenkt hat, denn dieser Regierungspräsident Rohde war zu dem Zeitpunkt nicht mehr im Amt. Es gab einen anderen Regierungspräsidenten.

(C)

Hinzufügen muß man, daß diese Angelegenheit Herr Minister Dr. Zöpel mit Zustimmung des damaligen Finanzministers Dr. Posser durchgeführt hat, wobei er - so ist es im Bericht nachlesbar - in einem bedenklichen Maße schnell dem von der Neuen Heimat Hamburg entwickelten Rückabwicklungskonzept zugestimmt hat - zu Lasten des Landes Nordrhein-Westfalen, denn unter heutigen Gesichtspunkten hätte diese Rückabwicklung der Zinsansprüche den Verfall der Neuen Heimat sicherlich beschleunigt, aber das Ende wäre vielleicht, im Zusammenhang gesehen, unter dem Strich erheblich besser, auch wirtschaftlich besser gewesen.

Ich will noch ein Dankeschön sagen, nämlich der Oberfinanzdirektion Düsseldorf, die aufgrund ihrer Prüfungen die Verstöße gegen das Gemeinnützigkeitsgesetz durch die Neue Heimat aufgedeckt hat.

(D)

Meine Damen und Herren, wenn in der Bewertung des Ausschusses einvernehmlich zu lesen ist, daß es erhebliche Zweifel gibt, ob die dem Regierungspräsidenten Düsseldorf als Anerkennungsbehörde obliegende Aufsicht über die Neue Heimat NRW immer zureichend ausgeübt worden ist, dann liegt doch der Schwarze Peter im Grunde wieder bei der Landesregierung, weil diese für das Personal zuständig ist. Es wird wohl einen Grund gegeben haben, warum sie dem Regierungspräsidenten nicht mehr Leute, nicht fachlich qualifiziertere Mitarbeiter an die Hand gegeben hat.

Berücksichtigen muß man auch - das erwähne ich ganz bewußt -, daß es der Regierungspräsident Hans Otto Bäumer gewesen ist, der den ersten Prüfungsbericht 1974 erhielt, in dem die Ertragslage der Neuen Heimat sehr negativ geschildert wurde. Ich will ihm daraus gar keinen Vorwurf machen, aber auch

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) die Prüfungen der Jahresabschlüsse 1975, 1976 und folgende zeigten, daß die Ertragslage in der Tat nicht zufriedenstellend war. Es wurde allerdings auch - das darf ich zitieren - in allen Prüfungsberichten immer davon gesprochen: "Die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft ist gegeben." Insofern muß man auch sagen, daß im Bereich des Regierungspräsidenten, bei dem überwiegend, gerade in dieser Abteilung, Juristen tätig sind, die einen solchen Prüfungsbericht eben nicht so beurteilen, wie es ein Wirtschaftsprüfer tun muß, zwar korrekt gehandelt wurde, aber die Waffengleichheit zwischen Regierungspräsident und den kriminell handelnden Organisatoren der Neuen Heimat nicht gegeben war. Von einer solchen Waffengleichheit kann absolut keine Rede sein.

Man muß in diesem Zusammenhang auch - das will ich nicht verschweigen - dem Prüfungsverband den Vorwurf machen, daß er zusätzlich zu seinen offiziellen Prüfungsberichten Mahnschreiben an die Neue Heimat richtete, in denen dann, wie in dem Schreiben vom 3. Oktober 1975, zu lesen stand, "daß sich der Prüfverband nicht mehr in der Lage sieht, ohne die Klärung bestimmter Problembereiche bei der nächsten Bilanz ein Testat zu erteilen". Diese Art von Schreiben ist sicherlich hilfreich, aber sie hilft nur dann, wenn sie auch der zuständigen Behörde vorgelegt wird, die dann zu prüfen hat und aufgrund eines solchen Schreibens, in dem das Testat in Frage gestellt wird, wahrscheinlich ganz anders geprüft hätte. Es hilft aber nicht, wenn man sie dem Geprüften überweist, der überhaupt kein Interesse daran hat, ein solches Schreiben weiterzuleiten. Dieses hätte man in der Tat in den Prüfbericht hineinschreiben müssen.

- (B) Lassen Sie mich abschließend in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß das Aberkennungsverfahren, nachdem der Antrag der Oberfinanzdirektion vorlag, weder von dem Regierungspräsidenten - und der hieß zu diesem Zeitpunkt Strich - noch von dem zuständigen Ministerium mit der gebotenen Sorgfalt und Dringlichkeit behandelt wurde. Auch dies haben wir festgestellt. Bewertungen darüber konnte der Untersuchungsausschuß dann aber in einigen Bereichen nicht mehr anstellen, weil das Parlament in seiner Gesamtheit eine Erweiterung des Untersuchungsauftrages nicht mehr genehmigt hat. Aber als Liberaler - das kann ich in der Tat konstatieren - bin ich heilfroh, daß es mein Fraktionsvorsitzender, Dr. Achim Rohde, gewesen ist, der das Verfahren gegen die Neue Heimat angestrengt und bis zum Bundesverwaltungsgericht "siegreich" durchgeführt hat.

(Henning (SPD): "Siegreich!")

- "Siegreich!", Sie haben das richtig verstanden, Herr Kollege. (C)

Dritter Bereich: Erwerb der 2 385 Wohnungen der Neuen Heimat. - Ich will nicht all das wiederholen, was die Kollegen Vorredner hier schon gesagt haben; denn Sie kennen das ja in großen Bereichen.

Aber einiges will ich dazu doch noch sagen; denn es ist doch einiges an Merkwürdigkeiten hier passiert.

(Zuruf von der SPD: Das ist wohl wahr!)

Es ist auch bezeichnend, daß ja diese ganzen Merkwürdigkeiten die Öffentlichkeit letztendlich weiterhin tangieren werden, denn es wird weiterhin zu Verfahren kommen, es laufen ja Verfahren in dem Zusammenhang, und insofern konnte auch der Untersuchungsausschuß hier in viele Bereiche nicht hineingehen.

Man muß, glaube ich, auch sagen, daß, wenn von den prognostizierten Gewinnerwartungen gesprochen wird, auch der andere Erwerber, diese private Käufergruppe, unter den heutigen wohnungswirtschaftlichen Voraussetzungen - die waren zu dem Zeitpunkt völlig anders - sicherlich Gewinne gemacht hätte.

Aber man darf dann auch nicht verschweigen, daß zum Beispiel alles das, was Peat/Marwick in seinem Gutachten geschrieben hat, in den Häusern noch nicht überall durchgeführt worden ist. Das kostet nämlich eine ganze Menge Geld; und dann wäre auch die Bilanz sicherlich ganz anders. (D)

(Zuruf des Abg. Schultz (SPD))

Ich denke, man darf auch nicht verschweigen, daß letztendlich der Rettungsversuch, den die Landesregierung unternommen hat, um die Neue Heimat zu retten, unter dem Strich gescheitert ist.

(Schultz (SPD): Es war nie der Versuch gemacht worden. Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

Ich denke nur an die Mieterhöhung, die ja direkt nach dem Verkauf, noch im Dezember, dann den Mietern vorgelegt worden ist.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende!

Kuhl (F.D.P.): Frau Präsidentin, ich komme dann auch zum Schluß.

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) Aber hier kann man nicht ausschließen, unter dem Strich, zusammenfassend, daß die Rücktrittsforderungen seitens der F.D.P.-Fraktion durchaus berechtigt waren. Zweifel an dem gesamten Verfahren sind geblieben, was der Aufklärung nicht guttut. Aber die Staatsanwaltschaft wird weiterhin die Verfahren durchführen.

Ich wollte Herrn Kollegen Wendzinski noch einen Satz - darf ich den noch sagen? - über die WFA sagen. Das ist das Fazit, auch für die F.D.P.: Diese WFA gehört in dieser Form, Herr Kollege, in der Tat aufgelöst. Wir könnten uns vorstellen, daß das Bankgeschäft weiterhin bei der WestLB, bei der es ja ohnehin durchgeführt wird, bleibt und die WFA dann in eine Abteilung des Ministeriums zurückgeführt wird.

Mein letzter Satz: Der Untersuchungsausschuß ist dem Auftrag gemäß beendet. Der faule Geruch ist geblieben. Letztendlich entscheiden werden die Gerichte.

(Beifall bei der F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abg. Wolf.

- (B) Wolf (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute den einstimmig verabschiedeten Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II. Der Kollege Schauerte ist ein Beispiel dafür, daß auch Einstimmigkeit keine Garantie dafür ist, daß Fehlinterpretationen vorgenommen werden. Herr Kollege Schauerte, der Bericht, den wir gemeinsam verabschiedet haben, gibt keinen Beleg für die Unterstellung der Willfährigkeit der Landesregierung. Das möchte ich noch einmal deutlich herausstellen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn bei Ihrem Redebeitrag hinter mir des öfteren das Wort von der Unkorrektheit fiel - ich möchte es hier nicht zitieren, sondern ich möchte es nett machen -, dann möchte ich sagen, daß Ihr Temperament auch bei Einstimmigkeit nicht ausschließt, daß Sie ausbüchsen aus der Einstimmigkeit und daß Sie noch einmal den Versuch machen, ein Mini-Minderheitenvotum zu präsentieren,

(Henning (SPD): Temperament war das nicht!)

da das Ihrem Temperament zu eigen ist. Das muß man hinnehmen: Wenn Schauerte redet, dann weiß man, da wird nicht mit dem Florett gefochten, sondern mit dem Degen zuge-

schlagen. Ich akzeptiere das und nehme das so hin, obwohl ich bedaure, daß da noch ein Ausbüchsen passiert ist. (C)

Meine Damen und Herren, wir haben uns im Untersuchungsausschuß nicht nur mit der Praxis und der Aufsicht der Wohnungsbauförderung durch die WFA und die WestLB, den Regierungspräsidenten und das Ministerium beschäftigt. Auslösendes Moment dieses Untersuchungsausschusses waren ja aktuelle Vorgänge um die Neue Heimat.

Ich möchte sagen, daß angesichts der stürmischen Sitzungen, die wir hier im Plenum erlebt haben, die auch nicht immer Sternstunden des Parlamentes waren, die sachliche Zusammenarbeit aller Fraktionen im Untersuchungsausschuß hier noch einmal deutlich als positiv hervorgehoben werden muß. Dies gilt auch für die souveräne Sitzungsleitung des Herrn Abg. Dr. Linssen; das muß ich an dieser Stelle persönlich, auch wenn das schon mehrfach betont worden ist, noch einmal verdeutlichen und mich dafür bedanken.

Das war keine Selbstverständlichkeit, weil wir vor allem in der Anfangsphase in einem Spannungsfeld zwischen der Sachaufklärung und der Suche nach öffentlicher Wirkung standen. Und, Herr Kollege, gerade der Hinweis in Ihrem Beitrag, man müßte auch einmal zwischenzeitlich ein Resümee ziehen und in die Öffentlichkeit bringen können, unterstreicht ja, daß es natürlich ein solches Interesse gibt.

(D) Ich bin aber der Meinung, daß es gut war - und das gilt auch für den Beitrag von Herrn Kuhl -, daß wir nicht nach dem "Geruch" geurteilt haben, sondern wirklich geguckt haben, ob es Leichen gibt, und wir haben keine gefunden. Das haben wir einstimmig festgestellt.

Der Einstieg in das Thema Neue Heimat war sehr emotionsgeladen: Es gab zwei unterschiedliche Grundauffassungen und auch Arbeitsansätze, die unsere Arbeit nicht immer erleichtert haben. Landesregierung und SPD haben sich nicht - das möchte ich noch einmal ganz deutlich sagen - vor das Mißmanagement und Fehlverhalten der Neuen Heimat und anderer gestellt.

Wir wollten aber im Interesse der Mieter und des Wohnungsmarktes und des Landes eine sozialverträgliche und sachgerechte Lösung.

Die Oppositionsparteien hatten zumindest am Anfang einen anderen Ansatz. Ich versuche das einfach so auszudrücken, daß es eine Begehrlichkeit gab, dieses Thema zu partei-

(Wolf (SPD))

- (A) politischen Zwecken auszuschlachten. Diese Einschätzung von mir wird durch ein Thesenpapier der CDU-Bundestagsfraktion vom Mai 1986 gestützt, über das wir ja auch diskutiert haben, in dem darauf hingewiesen wird, daß es darauf ankomme, dieses Thema jetzt möglichst oft öffentlich zu erörtern, um SPD und Gewerkschaften in die Defensive zu bringen, um sie in ihrer Glaubwürdigkeit zu erschüttern. Es gab keine Skrupel, daß ein solches Vorgehen den Konkurs des angeschlagenen Wohnungsbaukonzerns und damit den Verlust von Sozialwohnungen noch zusätzlich herbeiredet.

(Doppmeier (CDU): Reden Sie einmal darüber, wer dieses alles herbeigeführt hat! - Henning (SPD): Hört, hört!  
- Weitere Zurufe von der SPD)

- Herr Kollege Doppmeier, auf Ihre bemerkenswerten Beiträge in diesem Zusammenhang komme ich gleich noch.

(Doppmeier (CDU): Sie müssen über die Ursachen reden! - Henning (SPD): Herr Doppmeier schämt sich immer noch nicht!)

Ich habe das nicht gesagt, um Ihnen im Rahmen dieser Debatte einen mitzugeben, sondern ich meine, Abschlußdebatten - -

(Doppmeier (CDU): Sie müssen mal sagen, wer die vielen Mieter laufend betrogen hat!)

- (B) - Darüber lassen Sie uns gleich reden!  
- Lassen Sie uns zunächst einmal zu einem Kernpunkt kommen, über den wir uns hier verständigen sollten. Es geht ja nicht nur um die Beratung von Details - Was ist falsch gemacht worden? Was muß man besser machen? Wo muß man ansetzen? Welche Richtlinien muß man ändern? -; Abschlußdebatten über Untersuchungsausschüsse sollten auch Gelegenheit sein, grundsätzliche Fragen aufzuwerfen und nachdenklich zu werden. Ich meine, Herr Kollege Doppmeier, ohne Sie da besonders hervorheben zu wollen, auch Sie sollten nachdenklicher werden; denn angesichts der Wahlen von Hessen und Berlin müssen wir uns alle gemeinsam fragen, ob der Umgang, den wir miteinander pflegen

(Weiss (CDU): Mit der AL?)

- wobei das Thema Neue Heimat ja nicht ein Lehrbeispiel parlamentarischer Kultur war -, nicht mit ursächlich für Parteienverdrossenheit war und ob die Stärkung der politischen Mitte nicht bei der Art und Weise anfängt, wie wir miteinander umgehen. Das

(C) gilt auch für die Wahl der Worte, mit denen wir hier an diesem Mikrophon ab und zu in der Hitze des Gefechts versuchen, dem Gegner so richtig einen mitzugeben.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Doppmeier?

(Wolf (SPD): Von Herrn Abg. Doppmeier immer sehr gerne, Frau Präsidentin!)

- Herr Abg. Doppmeier!

Doppmeier (CDU): Herr Kollege, wollen Sie damit sagen, daß am Beispiel der Neuen Heimat aus Ihrer Sicht der richtige Umgang ist, solche Probleme erst gar nicht aufzudecken, sondern sie gewissermaßen unter den Teppich zu kehren? Ist das Ihr neues Parlamentsverständnis?

Wolf (SPD): Herr Kollege Doppmeier, das war nicht mein Parlamentsverständnis, das ist nicht mein Parlamentsverständnis. Hier ist nichts unter den Tisch gekehrt worden.

(Zustimmung des Abg. Wendzinski (SPD))

Wir haben mit unterschrieben, was Sie in diesen Untersuchungsausschußbericht aufgenommen haben wollten. Sie haben möglicherweise nicht verstanden, was ich sagen wollte,

(Zuruf von der SPD: Der versteht gar nichts.)

(D) daß wir nämlich angesichts der Wahlergebnisse alle nachdenklich werden und fragen sollten: Wo liegen denn die Ursachen? Sind wir nicht ein Teil der Ursache?

(Zuruf von der SPD: Damit überfordern Sie ihn.)

- Ich lasse beim Herrn Kollegen Doppmeier das Wort "Überforderung" nicht gelten. Ich weiß, daß es sehr lange dauert, bis es ankommt, aber wenn es ankommt, dann sitzt es.

(Heiterkeit - Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Doppmeier, die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet:

(Doppmeier (CDU): Denken Sie an den Umgang!)

Ist alles, was nicht der eigenen Meinung entspricht, auf Teufel komm raus zu verdammen? Ist staatliches Handeln in jedem Falle, in dem Fehler vorkommen - welches Handeln

(Wolf (SPD))

- (A) unterliegt nicht Fehlern? -, ein Skandal? Auch die Wahl der Worte schafft da schon Probleme in der Öffentlichkeit. Wir dürfen uns nicht wundern, daß der Ruf der Politik seit Jahren sinkt, wenn wir selbst uns gegenseitig, wenn es nicht nötig ist, mit Schlamm bewerfen.

Von daher, Kollege Linssen, ist das LEG-1-Geschäft ein Lehrstück auch in anderer Weise, als Sie es dargestellt haben, richtig dargestellt haben. Es ist ein Lehrstück, wie Politik eigentlich nicht ablaufen sollte.

Am 13. Oktober 1986 - Herr Kollege Doppmeier, jetzt komme ich zu Ihnen - äußerten Sie hier, daß das sogenannte LEG-1-Geschäft - der Kauf von 2 385 Wohnungen der Neuen Heimat durch die Landesentwicklungsgesellschaft - ein Skandal sei. Sie forderten den Minister zum Rücktritt auf.

Den Kauf von 37 000 Wohnungen der Neuen Heimat durch die LEG nannten Sie im Dezember 1987 bedrückend und empörend; dadurch werde der Landeshaushalt auf viele Jahre hin mit riesigen Defiziten belastet.

Wie sieht denn die Wirklichkeit heute aus, Herr Kollege Doppmeier? Es sind noch nicht einmal zwei Jahre vergangen. Trotz erheblicher Investitionen in die Instandsetzung und Instandhaltung der gekauften Wohnungen ist das Ergebnis der Bewirtschaftung in den Jahren 1987 und 1988 positiv. In der "Westfälischen Rundschau" stand zu lesen, daß alleine für die 2 385 Wohnungen ein Ertrag von 900 000 DM im Jahre 1988 unter dem Strich zur Verfügung stand.

(B)

Sie können mir sagen, das sei Erbsenzählerei - möglicherweise -; für uns war eines wichtiger: Durch den Kauf dieser 40 000 Wohnungen ist für 40 000 Mieterfamilien ein Stück mehr Sicherheit geschaffen worden, trotz Ihrer gegenteiligen Kassandrarufe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vorher - und da muß ich an den Kollegen Kuhl noch anknüpfen, der sagte, das Vorhaben der Landesregierung, das sie mit dem Kauf der Wohnungen der Neuen Heimat vorgehabt hatte, sei gescheitert - -

(Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU))

- Wie bitte? Wollen Sie das einmal wiederholen?

(Doppmeier (CDU): Das ist der real existierende Partikularsozialismus!)

- Ich weiß jetzt nicht, in welchem Zusammenhang Sie das sehen. Aber in dem Zusammen-

hang ist es sicherlich nicht anzuwenden. Der Kauf der Wohnungen war nicht nur, Herr Kollege Doppmeier, sozialpolitisch und wohnungspolitisch sinnvoll, sondern auch wirtschaftlich gerechtfertigt. Was wäre denn geschehen, Herr Kollege, wenn die Landesentwicklungsgesellschaft die Wohnungen nicht gekauft hätte? Die öffentlichen Mittel, die auf diesen Wohnungen lagen und die aufgrund bundesrechtlicher Vorschriften nachrangig abgesichert waren, wären mit hoher Wahrscheinlichkeit in einem Konkursfall untergegangen. Herr Kollege Doppmeier, ich möchte Sie bitten, noch einmal zuzuhören; denn hier geht es nicht um Partikularsozialismus,

(C)

(Doppmeier (CDU): Ein neuer Begriff für Sie, nicht?)

sondern auch um die Frage parlamentarischer Kultur, wobei Sie nicht immer ein Lehrbeispiel guter parlamentarischer Kultur waren. Ich hoffe, Sie werden es in Zukunft sein.

Wir sollten aus diesen Vorgängen lernen, daß der Erfolg parlamentarischer Parforceritte oft nur kurzlebig ist und sich manchmal schneller ins Gegenteil verkehrt, als man denkt.

Was bringt der Bericht des Untersuchungsausschusses II für unser künftiges Handeln? Es gilt ja nicht nur zu bewerten, sondern auch aus Fehlern zu lernen. Ich meine, eine Erkenntnis sollte uns der Bericht auf jeden Fall auf den Weg geben: daß Wohnungspolitik - eine Politik, die sehr langlebige Güter schafft - mit langem Atem betrieben werden muß.

(D)

(Zustimmung des Abg. Schultz (SPD))

Die unvermietbaren oder schwer vermietbaren Objekte, die im Mittelpunkt unserer Beratungen standen, waren Ergebnis einer Wohnungspolitik der 60er und 70er Jahre, in der eine ausreichende Prüfung von Lage, Ausstattung, Architektur und Infrastruktur dieser Objekte nicht immer sichergestellt war und die von daher dann in einer Zeit, als die Nachfrage sank, nicht mehr nachgefragt wurden. Wir sind heute in einer Situation, in der Ähnliches wieder passieren könnte.

Machen wir uns doch nichts vor: Der Wohnungsmarkt ist leergefegt, Sozialwohnungen werden vor allen Dingen in den Ballungsräumen dringend gebraucht, die Fehler der letzten Jahre rächen sich auf bittere Weise vor allen Dingen für Sie, wie die Wahlergebnisse ja zeigen. Das Gesetz zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen von 1983, das eher ein Mieterhöhungsgesetz war, die

(Wolf (SPD))

- (A) Einstellung des Sozialwohnungsbaus 1985 durch die Koalition in Bonn, und auch das, was mit der Gemeinnützigkeit in nächster Zeit passiert, sind ja Beispiele dafür, wie man Politik kurzlebig macht, um dann anschließend nach wenigen Jahren zu merken, was man damit eigentlich angerichtet hat.

Noch vor drei Monaten hat Bundesbauminister Oskar Schneider erklärt, die Wohnungsversorgung sei ausgezeichnet in der Republik, der Markt funktioniere, eine Wohnungsnot gebe es nicht. Nun bekommen Sie für Ihre wirklichkeitsfremde Einschätzung der Realität die Quittung, und auf einmal gibt es hektische Betriebsamkeit.

Das Thema Wohnungspolitik wird wiederentdeckt. Aber, meine Damen und Herren von der Opposition, in Zeiten, in denen nicht Sachargumente, noch nicht einmal die Ergebnisse der Volkszählung zu notwendigen Veränderungen in der Wohnungsbaupolitik geführt haben, sondern nur der Liebesentzug der Wählerinnen und Wähler, sind Kurzschlußreaktionen möglicherweise angesagt. Von daher ist die Gefahr groß - ich schätze es jedenfalls so ein -, daß sich die Fehler, über die wir jetzt gerade debattiert haben, wiederholen könnten.

Von daher rege ich an, daß wir nicht nur heute hier mit einer gemeinsamen Verabschiedung dieses Untersuchungsausschußberichtes unsere gemeinsame Arbeit im Untersuchungsausschuß beenden, sondern daß wir auch versuchen, in der Wohnungspolitik mehr Gemeinsamkeiten zu finden. Der Bericht "Neuorientierung der Wohnungspolitik" der Expertenkommission, die von der Landesregierung berufen worden ist, wäre dazu Gelegenheit. Ich meine, die Probleme, auf die wir heute gemeinsam zu reagieren haben, Bund und Land, sind es wert, daß wir auch hier mehr Gemeinsamkeit versuchen, damit die Fehler, die wir hier zu Recht monieren, in Zukunft nicht wieder eintreten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung.

(Zuruf des Abg. Bensmann (CDU))

- Herr Bensmann, hier liegt keine Wortmeldung vor. Aber bitte, Sie haben das Wort.

(Zuruf von der SPD: Es ist doch alles gesagt!)

- Die CDU-Fraktion hat noch sechs Minuten Redezeit. (C)

Bensmann (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

(Frau Friebe (SPD): Herr Präsident!)

- Herr Präsident! Ich bitte um Entschuldigung.

Vizepräsident Dr. Riemer: Also, das Wort "Vorsitzender" ist die deutsche Bezeichnung des lateinischen Wortes "Präsident".

(Heiterkeit)

Bensmann (CDU): Ich bin sicher, der Herr Präsident verzeiht mir, Frau Vizepräsidentin. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, als erstes: Ich freue mich, daß Sie, Herr Minister Zöpel, wieder da sind. Man hatte schon den Eindruck, daß Sie die Wahrheiten, die wir im gemeinsamen Bericht des Untersuchungsausschusses festgestellt haben, und die Peinlichkeiten hier nicht in Person durch Ihre Präsenz zur Kenntnis nehmen wollten.

(Dr. Farthmann (SPD): Die Peinlichkeiten waren bei der CDU! - Wendzinski (SPD): Nur bei der Lümmelei war er nicht anwesend! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Herr Wendzinski, Sie können sich gleich auch noch zu Wort melden. (D)

Nun etwas zu der Kritik an Herrn Schauerte. Also, Herr Wendzinski, wir haben drei Jahre mit dem Untersuchungsausschußgesetz arbeiten müssen. Das heißt, wir hatten überhaupt nicht die Möglichkeit, einmal etwas politisch dazu zu sagen. Ich glaube, das ist doch wohl hier die Stunde des Parlaments, auch dieses, was wir gemeinsam festgestellt und bewertet haben, einmal dem Bürger zu sagen. Ansonsten, Herr Schultz, hätten wir ja eine parlamentarische Lesestunde einrichten und jeder hätte den U-Ausschußbericht lesen können. Dann hätten wir uns die Zeit schenken können. Ich glaube, wir haben gemeinsam ein anderes Verständnis von der Behandlung des Ergebnisses eines Untersuchungsausschusses.

(Schultz (SPD): Wenn Sie bei der Wahrheit bleiben, ist das alles in Ordnung!)

Nichts anderes, Herr Schultz, hat Herr Schauerte eben gesagt.

(Bensmann (CDU))

- (A) Ich stelle auch mit allem Nachdruck hier fest: Was Herr Schauerte hier an diesem Pult eben gesagt hat, sind keine Fehlinterpretationen, sondern das waren die Bewertungen, die wir gemeinsam in unserem U-Ausschuß getroffen haben.

Ich möchte einmal versuchen, zwei Dinge zu interpretieren. Und zwar wurde von uns gemeinsam festgestellt - ich zitiere, Herr Präsident -:

Die Neue Heimat habe die Landesregierung bei der Abwicklung des Geschäfts übervorteilt.

Ich meine jetzt das LEG-I-Geschäft.

Meine Damen und Herren, was heißt denn eigentlich "übervorteilt"? Das heißt doch im Verständnis der Bürger: Man hat mehr Geld bezahlt, als nötig war. Das heißt doch für uns als Parlamentarier: Man hat im Grunde genommen zu viele öffentliche Gelder, Steuergroschen, ausgegeben, obwohl man ja eigentlich von der Verfassung her den Auftrag hat, möglichst sparsam damit umzugehen. Wenn hier steht, daß man "übervorteilt" wurde, dann ist dieses nicht geschehen.

Herr Wendzinski, wenn das so ist - und wir haben das gemeinsam festgestellt -, dann stellt sich die weitere Frage: Ist es bewußt gemacht worden? Dann ist es wirklich schlimm. Oder ist es aus Unkenntnis gemacht worden? Dann ist es mehr als peinlich. Oder war es, was sich wie ein roter Faden durch die meisten Anhörungen im Untersuchungsausschuß zog, einfach die Interessenkollision, die die handelnden Personen hatten?

(B)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wendzinski zu?

Bensmann (CDU): Nein. - Ich möchte das einmal an dem Hauptbeteiligten, Minister Zöpel, festmachen. Ich habe Sie auch im Ausschuß gefragt, Herr Minister: Welchen Hut hatten Sie eigentlich auf, als Sie immer entschieden haben? War es der des Ministers,

(Zuruf von der SPD): Er trägt nur Mützen!

der verfassungsgemäß für die Bürger dieses Landes zu handeln hat? War es das Gewerkschaftsmitglied und damit auch Träger der Neuen Heimat, Herr Zöpel? War es der Genosse Zöpel, Mitglied der SPD? War es der Vorsitzende des Verwaltungsrates der WFA? Oder war es vielleicht sogar der gute Freund des Hauses der Westdeutschen Landesbank?

Meine Damen und Herren, es ist unstrittig: Wir konnten in diesen Filz - ich sage das in aller Deutlichkeit - nicht Klarheit bringen, und wir konnten auch mit letzter Sicherheit nicht feststellen, wo im einzelnen unrechtmäßig gehandelt wurde. Aber auch das den Bürgern in diesem Lande zur Kenntnis: Gerichte befassen sich zur Zeit noch damit.

(C)

(Zuruf des Abg. Heidtmann (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD)

- Natürlich! Gehen Sie doch zur Staatsanwaltschaft in Bochum! Dort sind noch Aktenberge aufzuarbeiten. Und fragen Sie einmal die Mitglieder der Westdeutschen Landesbank, wie ihre Prozeßabteilung die eine oder andere Sache sieht.

(Heidtmann (SPD): Der Ausschußbericht sagt eindeutig: Es war nichts!)

Zwei Schlußbemerkungen! Herr Wolf, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, daß wir alle es uns gewünscht hätten, diesen Untersuchungsausschuß mit fast 100 Sitzungen eher zu beenden. An dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön an den Vorsitzenden Dr. Linssen, der es verstanden hat, die Arbeit trotz der weiß Gott teilweise geschickt vorgetragenen Verzögerungstaktik des Herrn Wendzinski und seiner Freunde noch einigermaßen auf den Weg zu bringen.

Ich sage das - Herr Wolf, Sie haben das eben auch mit allem Nachdruck gesagt - auch bezüglich der Ernsthaftigkeit. Ich habe sehr wohl beobachtet, wie Herr Wendzinski, als dies hier eben kritisiert wurde, sich mit Herrn Farthmann ein Auge zugezwinkert

(D)

(Heiterkeit bei der SPD)

und gesagt hat: Das ist uns gut geglückt.

(Zurufe von der SPD)

Da wird aber eines deutlich, und daran haben Sie mitgeholfen: wie Sie Deckungstruppe für das Ministerium Zöpel waren, bei dem wir Monate auf die Unterlagen gewartet haben.

(Henning (SPD): Dieser Harlekin! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Auch das ist eine Frage der politischen Ehrlichkeit. Da hat die SPD-Fraktion im U-Ausschuß Deckungstruppe gespielt, und daß die Art und Weise, wie man von dem Ministerium Aussagen bekam, manchmal peinlich war, das hat ja auch der Kollege Wolf hier eben durch seinen Wortbeitrag bestätigt.

(Bensmann (CDU))

**(A)** Zum Schluß ein Fazit:

Erstens. Ich bin sehr sicher und lege dabei nur einmal die Berichterstattung in der Westfälischen Rundschau zugrunde, die ja weiß Gott nicht im Verdacht steht, der CDU nahezustehen, daß sich auch die Bürger ihre Gedanken machen und bewerten werden, wozu ein solcher Filz führen kann.

Zweitens. Noch einmal mit allem Nachdruck: Die Außenwirkung von drei Jahren Arbeit im U-Ausschuß mit sehr viel Zeitaufwand und diesem Ergebnis ist für das Parlament nicht ausreichend. Wir sollten gemeinsam daran gehen, das Untersuchungsausschußgesetz zu ändern, damit die Bürger nicht erst nach drei Jahren erfahren, was wir dort getan haben, sondern aktuell darüber informiert werden, wie letztendlich parlamentarische Dinge, die aus gemeinsamer Sicht nicht in Ordnung sind, von diesem Hause aufgearbeitet werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Wendzinski von der Fraktion der SPD das Wort.

Wendzinski (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedaure, daß nach einer so langen Arbeit im Untersuchungsausschuß und einem einstimmigen Votum heute dieser Bericht zerredet und falsch interpretiert wird,

**(B)** (Zustimmung bei der SPD)

anstatt ihn als ein Stück Parlamentarismus zur Stärkung dieses Hauses zu sehen.

Ich halte fest:

Erstens. Der Bericht ist einstimmig angenommen worden.

Zweitens. Von seiten der CDU wird erklärt, die Strategie der SPD oder von Wendzinski sei aufgegangen. Wenn Sie uns dies unterstellen, dann zeigen Sie zugleich Ihre eigene Schwäche; denn wir haben von vornherein immer gesagt, wir wollten objektiv an einer möglichst zügigen Bearbeitung mitwirken. Dies haben wir getan - nichts anderes!

Drittens. Wenn Sie hier von "Filz" sprechen, muß ich noch einmal klarmachen: Das war die Strategie der CDU Bonn und Düsseldorf 1986. Wir haben im Untersuchungsausschußbericht eindeutig nachgewiesen, daß es keinen Filz SPD/Neue Heimat/Gewerkschaft und dergleichen gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eindeutig nachgewiesen worden!

**(C)**

Viertens. Wenn Sie hier darlegen, die Kaufsumme für das LEG-I-Geschäft wäre zu hoch gewesen, dann haben wir dies im Untersuchungsausschuß ebenfalls untersucht und festgestellt, daß dies nur darauf zurückzuführen ist, daß die WestLB ihre Funktion als Staatsbank nicht optimal wahrgenommen hat. Sie hat das Land Nordrhein-Westfalen nicht entsprechend ihrer Funktion als Staatsbank informiert. Hier liegt eindeutig der Fehler!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren! Ich schließe jetzt die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Beschlußempfehlung des Ausschusses in Drucksache 10/4100 lautet, den Bericht des II. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Kenntnis zu nehmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist die Beschlußempfehlung bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle den Mitgliedern des II. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses und denen, die dazu beigetragen haben, den umfangreichen Untersuchungsbericht zu erstellen, im Namen des Hauses für ihre intensive Arbeit sehr herzlich danken.

(Allgemeiner Beifall)

**(D)**

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Industriestrompreise

Große Anfrage 35  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 10/3776

Gestatten Sie mir zunächst den Hinweis, daß die Fraktion der CDU gemäß § 95 Absatz 3 der Geschäftsordnung beantragt hat, die Große Anfrage auf die Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung zu setzen, obwohl die Antwort der Landesregierung noch nicht vorliegt.

Zu einer zusätzlichen mündlichen Begründung der Großen Anfrage durch die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Thoben das Wort.

Frau Thoben (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß: Ich spreche zur Geschäftsordnung und darf im Rahmen einer Geschäftsordnungsdebatte nicht zur Sache reden, sondern nur zur Unfähigkeit der

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Landesregierung, sich in der Sache zu äußern. Ich werde mich streng an diese Vorgabe halten.

Zum Sachverhalt! Wir bringen am 7. November 1988 eine Große Anfrage unter der Überschrift "Industriestrompreise" ein. Sie umfaßt ganze elf Fragen, mit denen wir von der Landesregierung Auskunft erbitten.

Am 6. Dezember teilt uns die Landesregierung mit, daß sie bis Ende 1989 braucht, um diese elf Fragen zu beantworten. Am 14. Februar legt die Landesregierung 15 Seiten vor, in denen sie ihre angebliche energiepolitische Position beschreibt.

Dieser angebliche Konsens und das, was die Landesregierung darunter versteht, kann ja nur dann ausreichend beschrieben werden - so jedenfalls unser Verständnis -, wenn man in wichtigen Fragen der Energiepolitik die Sachverhalte kennt und sie vortragen kann.

Ich frage das Hohe Haus allen Ernstes: Halten Sie es für angemessen, daß eine Landesregierung in einer zentralen Frage des Landes zwar vorgibt, auf 15 Seiten ihre energiepolitische Position zu beschreiben, aber nicht in der Lage ist, elf Fragen, und zwar weit überwiegend Fragen, die bewertenden Charakter haben, wo die politische Bewertung der Landesregierung gefordert wird, in kürzerer Frist als der geplanten zu beantworten? - Nur wenige Beispiele!

(B)

Braucht man tatsächlich ein Jahr, um die Frage zu beantworten: "Ist die Landesregierung bereit, die Gründe für die Strompreisunterschiede in der EG gutachterlich untersuchen zu lassen"? Und braucht man tatsächlich ein Jahr, um die Frage zu beantworten: "Wie beurteilt die Landesregierung die Auffassung, daß aus den gleichen Vorsorgegedanken heraus auch die fortgeschrittenen Reaktorlinien wie der Hochtemperaturreaktor und der Schnelle Brüter als Option auf die Zukunft aufrechterhalten und weiterentwickelt werden sollten"?

Ich könnte Ihnen weitere Beispiele vortragen. Von den elf Fragen, die wir der Landesregierung gestellt haben, erwarten wir in zehn Fragen eine politische Willenserklärung durch die Landesregierung. Die nachdenklichen Menschen in unserem Land fragen sich angesichts eines solchen Verhaltens schon: Kann man, darf man ohne Kenntnisse der eigenen Position so tun, als ob sich auf 15 Seiten die energiepolitische Situation beschreiben ließe, und kann man angesichts der Bedeutung der Strom- und Energiekosten für die wirtschaft-

liche Entwicklung in unserem Land, für energieintensive Branchen, für kleine und mittlere Unternehmen sich ein Jahr Zeit lassen, um seine Position zu beschreiben? (C)

Wir haben einleitend zu unserer Großen Anfrage eindeutig unterstrichen, wie bedeutsam Strompreise und Energiekosten für die Wirtschaft in unserem Land sind, und wir haben auch beschrieben, welchen Teil an Gestaltungsmöglichkeiten die Landesregierung hat. Wir wollten nicht mehr und nicht weniger wissen als: Wie gedenkt denn die Landesregierung, die ihr zustehende Kompetenz auszus schöpfen, sieht sie Möglichkeiten, bei Strompreisnachteilen ihr Recht als Behörde, die Stromtarife genehmigt, so auszuschöpfen, daß es nicht zum Nachteil von Arbeitsplätzen in unserem Land wird?

Meine Damen und Herren, wir halten das, was dem Parlament und der Wirtschaft hier zugemutet wird, für unerträglich. Ein Journalist hat vor wenigen Wochen in einer Tageszeitung darauf hingewiesen, daß sich der Ministerpräsident dieses Landes ganz offenkundig bei überschaubaren Problemen und überschaubaren Fragestellungen wohlfühlt. Nun ist unsere Große Anfrage zweifellos eine überschaubare, und wir stellen Fragen, die wir für unser Land für sehr bedeutsam halten. Unser Eindruck ist: Selbst dieser kleine Ausschnitt überfordert ihn. Wir möchten deshalb nachdrücklich darum bitten, die Beantwortung der Großen Anfrage zu beschleunigen.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort für die Landesregierung dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Herrn Prof. Jochimsen.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat die Große Anfrage "Industriestrompreise" auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung setzen lassen. Sie hat das in ihrem schriftlichen Antrag damit begründet, daß die vorgesehene Beantwortung - im Herbst, Frau Kollegin Thoben, und nicht Ende 1989 - von ihrer politischen Bedeutung einiges an Gewicht verloren haben dürfte, wenn sie erst im Herbst vorliegt. Mit anderen Worten: Die CDU hält es für notwendig, die Große Anfrage zügiger zu beantworten.

(Zustimmung bei der CDU)

Jetzt wird hier sogar noch eine Differenzierung zwischen Fragen, die man ganz schnell

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) beantworten könnte, und Fragen, für die man vielleicht ein bißchen länger brauchte, angeboten. Das ist aber dem Wesen Großer Anfragen fremd. Große Anfragen werden insgesamt beantwortet, wenn Sie beantwortet werden, und es ist ja in das Belieben der Landesregierung gestellt, ob sie eine Große Anfrage beantworten will. Wir haben entschieden: Wir wollen diese Große Anfrage beantworten, und wir haben dafür einen Zeitraum genannt.

Meine Damen und Herren, auch im Anschluß an die Debatte, die wir in der vorigen Plenarsitzung hatten, als Sie eine andere Große Anfrage, die den Kollegen Matthiesen bedarf - Abfallbeseitigungspläne -, hier auf die Tagesordnung zu setzen beliebten, ist ja die Frage die, wozu Sie überhaupt Große Anfragen stellen.

(Dr. Farthmann (SPD): Das möchte ich auch einmal wissen!)

Geht es um den ehrlich gemeinten Wunsch einer Fraktion, eine möglichst umfassende und sachliche Aufklärung auf eine Anzahl komplexer Fragen zu erhalten, oder werden solche Anfragen aus Gründen der Effekthascherei an die Exekutive gestellt? Meine Damen und Herren von der Opposition, dann könnte die Landesregierung in der Tat auf eine detaillierte Beantwortung verzichten, sie könnte sich mit einer pauschalen und kurzgegriffenen Stellungnahme begnügen.

- (B) Meine Damen und Herren von der Opposition, ich habe bisher die Anfragen der CDU-Fraktion so verstanden, daß es auch ihr um die Sache und nicht um einen Publizitätseffekt ging. Wenn das so ist - und ich bin eigentlich immer noch geneigt, das zu unterstellen, auch nach Ihrer Einlassung, Frau Kollegin Thoben; denn Sie haben ja jetzt gesagt: schneller, aber wir wollen die Antwort haben -, dann müssen Sie auch Verständnis dafür haben, daß in unserer Antwort die Problematik umfassend und gründlich dargestellt werden soll, so, wie dies erfragt worden ist.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Thoben zu?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Nein, ich möchte jetzt im Zusammenhang vortragen. Sie können nachher gern eine Frage stellen.

Dies ist nur in der Zeitspanne möglich, die die Landesregierung für die Antwort vorgegeben hat: Herbst 1989. Diese Frist ist ja bisher auch von der CDU-Fraktion akzeptiert

worden. Denn am 6. oder 7. Dezember ist nicht widersprochen und gesagt worden: Das ist uns aber alles viel zu lang. Jetzt, nachdem wir Mitte Februar ein Konsenspapier vorgelegt haben, schreiben Sie, die Beantwortung der Großen Anfrage sei aus Ihrer Sicht eine Voraussetzung dafür, daß man überhaupt über Konsens reden könne. Mich berührt das merkwürdig; denn Sie wollen doch Sachaufklärung en détail haben und nicht nur allgemeine und pauschale Aussagen.

Sie stellen die Industriestrompreise in einen globalen Zusammenhang. Sie weisen auf die großen Zukunftsaufgaben des Landes hin, auf die Notwendigkeit, in Nordrhein-Westfalen eine dreiviertel Million Arbeitsplätze und wettbewerbsfähige Standortbedingungen zu schaffen - das ist jetzt Text Ihrer Großen Anfrage -; Sie sprechen die Beschäftigungschancen nicht nur im großindustriellen Bereich, sondern auch bei gewerblichen Mittelständlern und Handwerkern an, die gefährdet seien, wenn ein kostengünstiges und wettbewerbsfähiges Energieangebot nicht gewährleistet werde.

Sie fragen an, ob bestimmte Strompreisvergleiche nicht nur in bezug auf Frankreich, sondern in bezug auf die einzelnen EG-Staaten zutreffend sind; auch diese Frage bezieht sich auf eine Vielzahl unterschiedlicher Abnehmergruppen und nicht nur, wie die Überschrift suggeriert, auf die sogenannte stromintensive Industrie.

Schließlich wird durch die Große Anfrage detaillierte Auskunft über die prognostische Entwicklung im Falle verstärkter Nutzung regenerativer Energien erwünscht.

Dieses alles hat bei uns die Notwendigkeit ausgelöst, umfangreiche Rückfragen bei zahlreichen Beteiligten, nicht nur in der Bundesrepublik, einzuholen. Wir sind dabei, das zu tun. Wir möchten deshalb nicht gern von der Zeitbestimmung abgehen, die wir Ihnen hier genannt haben und die Sie bisher auch akzeptiert hatten.

Angesichts dieser Bandbreite von Fragestellungen frage ich mich wirklich, warum jetzt eine Geschäftsordnungsdebatte vom Zaun gebrochen wird, anstatt abzuwarten, in welcher Weise die Landesregierung ihrer Beantwortungsaufgabe nachkommt.

Wir haben alle noch in Erinnerung, wie lange uns eine einzige Detailfrage aus dem Gesamtkomplex des von Ihnen angesprochenen Themas, nämlich die Stromimporte aus Frankreich, im Wirtschaftsausschuß beschäftigt hat. Auch dieser Umstand sollte Beweis dafür sein,

(C)

(D)

(Minister Dr. Jochimsen)

(A) wie fragwürdig Ihre heutige Aktion erscheint.

Schließlich ist es ja auch nicht das erste Mal - wenn Sie nur auf pauschale Antworten Wert legen -, daß wir über Energiepolitik, Kohle, Strom, Umwelt und Energienutzung hier debattieren, mal substantiierter und mal weniger, wie in der letzten Aktuellen Stunde leider zu verzeichnen war.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich aus dem Gesamtzusammenhang der letzten Plenarsitzung, wo wir auch die Arbeitsergebnisse der Mikat-Kommission breit erörtert haben, sagen, was die Ausführungen der Mikat-Kommission enthalten:

Hiernach kann als generelle Einschätzung dieser Experten festgehalten werden, daß ein relevanter Strompreinsnachteil für Unternehmen in den Montanregionen,

(Frau Thoben (CDU): Zur Sache!)

die nach Musterpreisregelungen versorgt werden, jedenfalls im bundesdeutschen Vergleich nicht besteht.

Diese Aussage wird auch erhärtet durch die regelmäßigen Erhebungen des Bundeswirtschaftsministeriums über die Durchschnittserlöse der EVU im Sonderabnehmerbereich, wo ja Nordrhein-Westfalen im Flächenstaatenvergleich immer noch am niedrigsten liegt.

(B) (Frau Thoben (CDU): Also können Sie doch beantworten! Reden Sie doch zur Sache!)

- Nein, Sie fragen ja viel weiter, verehrte Frau Kollegin Thoben. Sie haben ja nicht nur Bundesvergleiche eingefordert, sondern Sie haben gesagt: mit jedem Mitgliedstaat der EG, und zwar für unterschiedliche Stromabnehmerpakete.

(Frau Thoben (CDU): Sind Ihnen die Brüsseler Statistiken nicht bekannt?)

Meine Damen und Herren, ich mahne also Verständnis dafür an, daß die Landesregierung im Interesse der Sache daran festhält, im Herbst eine umfassende und sachgerechte Bestandsaufnahme des von Ihnen angesprochenen Problemkreises vorzulegen. Daß wir die Industriestrompreisproblematik sehr ernst nehmen, können Sie aus den regelmäßig von uns vorgelegten Kartellberichten der Landesregierung in den letzten Jahren entnehmen, wo wir stets ein umfangreiches Kapitel auch mit Handlungsratschlägen an die Beteiligten aufgenommen haben.

(C) Ich sage aber noch einmal: Es kann nicht Sinn einer Großen Anfrage sein, dem Parlament und der weiteren Öffentlichkeit bloß zeigen zu wollen, daß man kluge Fragen stellen kann. Es gehört zur parlamentarischen Redlichkeit, die dafür angegebenen und akzeptierten Fristen zu beachten. Halten wir uns an ein Wort von Paul Valerie: "Fragen bezeugen die Weite eines Geistes, Antworten seine Feinheit."

(Beifall bei der SPD - Tschoeltsch (F.D.P.): Au, au, Herr Minister!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, meine Damen und Herren. Dann ist die Beratung geschlossen und der Tagesordnungspunkt für heute erledigt.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Gesetz zur Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989 (Nachtragshaushaltsgesetz 1989)

Gesetzesentwurf der Landesregierung  
Drucksache 10/4010

Ergänzung der Landesregierung  
Drucksache 10/4102

Beschlußempfehlung und Bericht des  
Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 10/4129  
zweite Lesung

(D)

Neben den genannten Drucksachen haben Sie mit Drucksache 10/4155 einen Änderungsantrag der Fraktion der CDU und mit Drucksache 10/4173 einen Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. erhalten. Beide Änderungsanträge werden in die Beratung einbezogen.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Schauerer von der Fraktion der CDU das Wort. - Er ist nicht da. Meine Damen und Herren, dann beginnen wir mit der SPD, und da erteile ich Herrn Abg. Kniola das Wort.

Kniola (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mich in dem, was ich hier zum Nachtragshaushalt zu sagen habe, auf den Bereich beschränken, der den Wissenschaftshaushalt betrifft.

Zunächst einmal will ich eine allgemeine Bemerkung zu den CDU-Anträgen machen. Es ist aus meiner Sicht verwunderlich, daß unter dem Gesichtspunkt eines auf Strukturverände-

(Kniola (SPD))

- (A) rung angelegten Bundesgesetzes ausgerechnet im Bereich Forschung und Technologie der Vorschlag der Landesregierung durch den Änderungsantrag der CDU in ganz erheblichem Maße gekürzt werden soll.

Ich halte das angesichts der Notwendigkeiten im Bereich von Wissenschaft und Forschung eigentlich für völlig unverständlich. Ich würde auch sehr bitten, daß die Kolleginnen und Kollegen von der CDU über diesen Teil ihres Änderungsantrages, nämlich generelle Kürzung im Bereich Forschung und Technologie, noch einmal nachdenken.

Einen anderen Punkt will ich hier offen und ehrlich ansprechen. Das ist die Frage - wir haben das im Wissenschaftsausschuß ein bißchen salopp mit "Betonfassadensanierung" gekennzeichnet -, inwieweit in dem Entwurf der Landesregierung einiges an Maßnahmen enthalten war, was so aus unserer Sicht nicht Bestandteil eines entsprechenden Nachtragshaushaltes sein sollte. Wir haben aus eigenen Überlegungen heraus, aber auch im Gespräch mit den Kollegen der beiden anderen Fraktionen die gemeinsame Überzeugung gewonnen, daß wir im Nachtragshaushalt für den Einzelplan 06 Veränderungen vornehmen sollten, um auch gegenüber dem Bund deutlich zu machen, daß das Strukturhilfegesetz und unser Nachtragshaushalt in Erfüllung dieses Strukturhilfegesetzes nicht dazu genutzt werden, um Landesmittel zu ersetzen, sich notwendige Sanierungsmaßnahmen vom Bund finanzieren zu lassen.

- (B) Wir haben von daher eine Reihe von Vorhaben aus dem Entwurf der Landesregierung herausgestrichen und haben in dem Bereich der verbleibenden Maßnahmen - dieses langen Katalogs von Nummer 11 bis Nummer 58 - einige Akzente gesetzt.

Die Akzente darf ich noch einmal kurz wiederholen. Erstens haben wir gesagt - dies ist völlig unstrittig, wenn man auch das Bundesgesetz liest -: Wir müssen dort Maßnahmen aufnehmen, die dem Umweltschutz und - ich darf vielleicht hinzufügen - auch der Arbeitssicherheit dienen.

Es sind dann eine Reihe von Einzelmaßnahmen beschlossen worden. Sie finden sie bei den verschiedensten Universitätsstandorten wieder, wo es z. B. darum geht, daß die Unterbringung von gefährlichen Chemiekalien richtig geregelt wird, daß Abwässer aus Hochschullaboratorien neutralisiert, geklärt werden, bevor sie in die allgemeine Kanalisation entlassen werden. Sie finden also eine Reihe von Maßnahmen, die dazu dienen, daß dem Umweltschutzgedanken als einem wesent-

- lichen Zielgesichtspunkt des Bundesgesetzes Rechnung getragen wird. (C)

Der zweite Punkt, den wir gesehen haben und den ich auch für sehr wichtig halte, ist der, daß wir eine Reihe von Maßnahmen im Hochschulbereich, die natürlich zum Teil auch bauliche Sanierungsveränderungsmaßnahmen sind, darauf ausgerichtet haben, daß das energiepolitische Ziel der Energieeinsparung berücksichtigt wird, was auf der einen Seite natürlich als Energieeinsparungsziel insgesamt strukturpolitisch bedeutsam ist, auf der anderen Seite - das will ich hier genauso deutlich sagen - aber dazu führt, daß unsere Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen in einem wesentlichen, sie mit Kosten belastenden Bereich, nämlich Ausgaben für Heizung, für Klimatisierung, von entsprechenden Kosten entlastet werden. Ich halte dieses auch mit den Zielen des Bundesgesetzes für vereinbar.

Was ich als weiteren Punkt im Zusammenhang mit dem Energieeinsparen ansprechen will: Wir bemühen uns soweit als möglich auch dort Verknüpfungen zu Forschungsvorhaben herzustellen. Ich darf hier beispielhaft eine entsprechende Maßnahmen im Heizkraftwerk der Universität Dortmund nennen, wo wir gerade das strukturpolitische Ziel verfolgen, durch Veränderungen im Heizwerk dazu zu kommen; moderne Konzepte der Abwärmenutzung zu entwickeln, beispielhaft zu realisieren. Ich denke, das paßt geradezu ideal in die Ziele, die uns hier vorgegeben sind.

(D) Wenn man sich kritisch mit diesen - ich darf das Stichwort noch einmal nennen - "Betonfassadensanierungen" beschäftigt, muß man sehen, daß dabei auch Maßnahmen enthalten sind, die über den Aspekt der Gebäudesanierung dazu führen, daß wir neuen, zusätzlichen Raum schaffen, um andere Aktivitäten am Hochschulstandort befriedigen zu können. Beispielhaft darf ich hier den Hüffer-Stift in Münster nehmen - ein Altbau, der saniert werden muß, damit er für neue, ganz andere Zwecke überhaupt nutzbar ist. Es geht also nicht darum, die notwendigen Reparaturmaßnahmen an Dach und Fach vorzunehmen - die wären sicherlich nicht in dem Gesetzesziel unterzubringen -, sondern darum, ein Gebäude technisch und baulich so umzurüsten, daß es für moderne, strukturelevante Hochschulzwecke genutzt werden kann.

Lassen Sie mich als letztes noch ansprechen, was wir als Konsequenz aus unserer Reduzierung bei diesen Bauunterhaltungsmaßnahmen gesagt haben: Wir wollen ganz zielgerichtet ein zusätzliches Institut in unseren Katalog aufnehmen. Wir wollen auch ganz bewußt

(Kniola (SPD))

- (A) dieses zusätzliche Institut nicht an einer Universität unterbringen, sondern als ein An-Institut an einer Fachhochschule gründen.

Es ist auch ein wichtiger Aspekt, daß wir die generelle Öffnungsmöglichkeit unserer Hochschulgesetze, daß An-Institute an Fachhochschulen möglich sind, hier im konkreten Einzelfall einmal nutzen. Ich denke, daß dafür die Märkische Fachhochschule mit Ihrem Schwerpunkt Korrosionsschutz ein wichtiger und richtiger Standort ist.

Lassen Sie mich insgesamt noch eine kleine Bemerkung machen: Sie merken, wenn man sich den Katalog genau anschaut, wenn man sieht, daß wir erneut in die Geräteinvestition in dem Bereich unter 150 000 DM bei Geräten im Einzelfall hineingehen müssen - wo wir schon 30 Millionen im Normalhaushalt veranschlagt haben - und hier noch einmal 30 Millionen DM draufsatteln, daß wir in der Schwierigkeit sind, die durch den Bundesgesetzgeber dadurch entstanden ist, daß er gesagt hat: Alle Maßnahmen, die eigentlich durch das Hochschulbaufinanzierungsgesetz förderungsfähig sind, sind nicht bezuschbar aus dem Bereich des Strukturhilfegesetzes.

Wenn diese Sperre nicht vorhanden wäre, wären wir, wie ich denke, insgesamt noch zu anderen für die Hochschulen interessanteren Maßnahmen gekommen. Wir haben uns aber auf diese Gesetzesvorgabe einstellen müssen und haben uns darauf eingestellt. Ich meine,

- (B) daß mit unseren Änderungsanträgen dem Strukturgesichtspunkt, so wie er vorgegeben wurde, auch ausreichend Rechnung getragen worden ist.

Von daher bitte ich um Zustimmung zu dem veränderten Beschlußvorschlag für Einzelplan 06 und um Ablehnung der Änderungsanträge von F.D.P. und CDU.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Darf ich jetzt Herrn Abg. Schauerte fragen, ob er bereit ist zu reden?

(Schauerte (CDU): Er ist bereit!  
- Frey (SPD): Nehmen Sie nicht soviel Papier mit!)

- Bitte sehr, ich erteile Ihnen das Wort.

Schauerte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute in zweiter Lesung den Nachtragshaushalt zum Haushaltsplan 1989 des Landes Nordrhein-Westfalen. Grundlage dieser Beratung ist

- ich kann es gar nicht oft genug wiederholen - der Tatbestand, daß die Bundesregierung 756 Millionen DM Strukturhilfemittel für das Land Nordrhein-Westfalen pro Jahr zur Verfügung stellen will. Das ist das größte Landesentwicklungsprogramm, das je eine Bundesregierung für das Land Nordrhein-Westfalen vorgelegt hat.

(C)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Frage ist, wie dieses Geld eingesetzt wird. Wir meinen - und wir halten damit an unserer bisherigen rechtzeitig mitgeteilten Linie fest -, daß es sich für das Land Nordrhein-Westfalen gebietet, eine Offensive für den Umweltschutz als großen Schwerpunkt für dieses Programm zu entwickeln, der gleichzeitig die Gewähr bietet, daß alle Regionen unseres Landes in den Genuß dieser Mittel kommen, so daß vermieden wird, daß es wieder zu Schwerpunktbildungen bekannter Ausprägung kommt, nach denen insbesondere sozialdemokratisch regierte Mehrheitsregionen den entscheidenden Vorteil haben.

Wir haben einen Änderungsantrag vorgelegt und Anträge in den Ausschußberatungen gestellt. Alle diese Anträge sind wieder einmal mit der absoluten SPD-Mehrheit abgelehnt worden, ohne daß sich für uns erkennbar überhaupt eine Diskussion gelohnt hätte. Gerade noch ist über den Umgang miteinander und über parlamentarischen Stil gesprochen worden. Wenn auf der Tagesordnung für eine Ausschußsitzung "Beratung" steht, im Grunde aber erkennbar ist, daß eine Beratung gar nicht mehr beabsichtigt ist, weil man seine Mehrheitsmeinung in Beton gegossen hat und kein Jota davon abzuweichen bereit ist, sollten wir, Herr Präsident, wirklich einmal überlegen, ob wir so etwas noch "Beratung" oder nicht besser "Sitzung" oder "Zusammenkunft" nennen sollten. Einen wirklichen Beratungsverlauf stelle ich mir und stellt sich, wie ich glaube, auch die Mehrheit der Bürger draußen im Lande anders vor.

(D)

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Henning (SPD): Aber Sie sind doch hergekommen und haben es sofort festgestellt! Wir beraten es doch noch!)

- Wir haben die Frage gestellt, ob Sie diskutieren wollen. Und darauf haben Sie besonders kluge Bemerkungen gemacht. Sie sind ja auch dafür bekannt.

(Henning (SPD): Bei Ihnen fällt einem einfach nichts anderes ein! - Heiterkeit bei der SPD)

Ich komme zu den Einzelplänen. Wir haben die Ansätze, die die Landesregierung für Einzel-

(Schauerte (CDU))

- (A) plan 08 vorsieht, zu streichen beantragt, nicht weil wir der Meinung sind, wir hätten in wirtschaftlichen Bereichen keinen Nachholbedarf oder solche Zwecke seien nicht anzupacken. Vielmehr wollen wir ganz bewußt das Defizit im Umweltbereich nach vorn stellen. Wir sind auch sicher, daß die Landespolitik, die die Probleme im Umweltbereich angeht, die letztlich auch Standortprobleme für Industrieansiedlung, Wohnqualität, für die Beliebtheit einer Region, für die man sich entscheidet, sind, den größten Erfolg haben wird. Es gilt, die Umweltdefizite beherzt und konsequent anzugehen und damit eine umweltnahe Wirtschaftsstrukturpolitik zur Steigerung der Attraktivität des Standorts Nordrhein-Westfalen zu betreiben.

Noch eine generelle Bemerkung! Wir beantragen, grundsätzlich die Anträge zu streichen, mit denen die SPD Minderausgaben zur Erwirtschaftung des Landesanteils vorsieht. Wir halten den Weg über Minderausgaben für absolut falsch. Denn davon werden in der Regel wieder einmal investive Ausgaben im weitesten Sinne betroffen.

(Trinius (SPD): Nein!)

Die Minderausgaben werden nicht bei den Personalausgaben erwirtschaftet. Sie werden sie bei den Sachausgaben ansetzen wollen. Herr Trinius, Sie haben diese Einschränkung gemacht; das will ich gern zur Kenntnis nehmen. Aber auch dieser Aufwand ist in weitestem Sinne investitions- und ausgabewirksam; jedenfalls ist er anders zu bewerten, als es Personalausgaben sind.

(B)

Deswegen halten wir diesen Weg für falsch. Wir schlagen eine eindeutige und nachvollziehbare Deckung für die etwa 24 Millionen DM, die es, wie ich glaube, komplett wären, aus dem Bereich der Aufwendungen für Zinsen vor. Wir können aufgrund der günstigen Steuereinnahmesituation ganz erheblich weniger neue Schulden machen. Wenn unsere Nettoneuverschuldung sinkt, können wir Aufwendungen für Zinsen sparen. Das, was wir bei den Zinsaufwendungen sparen werden, wird deutlich mehr sein als die 24 Millionen DM, die wir hier veranschlagen. Das ist also ein seriöser Deckungsvorschlag.

Was die Einzelpläne 03 - Innenminister -, 04 - Justizminister - und 05 - Kultusminister - anbetrifft, so beantragen wir die Streichung der globalen Minderausgaben. Ansonsten stimmen wir den Maßnahmen im Prinzip zu.

Interessant ist, daß der erste Debattenredner zu Einzelplan 06 des Ministers für Wissenschaft und Forschung gesprochen hat. Wir

wollen, daß für Wissenschaft und Forschung mehr ausgegeben wird, als die Landesregierung es in ihrem Nachtragshaushalt vorsieht.

(C)

(Kniola (SPD): Weniger steht in der Vorlage!)

- Nein, Sie müssen richtig rechnen. Wir wollen, daß tatsächlich etwa 10 Millionen DM mehr für Wissenschaft und Forschung ausgegeben werden, als der Nachtragshaushalt vorsieht. Wir wollen die vorgesehenen 29 Millionen DM für Dachreparaturen streichen. Das ist keine Ausgabe für Wissenschaft und Forschung, sondern, damit wir uns da richtig verstehen, eine Ausgabe, die aus dem normalen Landeshaushalt hätte vorgenommen werden müssen. Bei der Verabschiedung des Strukturhilfegesetzes in Bonn ist nicht daran gedacht worden, daß Fassadenerneuerung, Fenstereinbau und Dachreparatur aus Strukturmitteln des Bundes bedient werden sollen. Das ist ein peinliches Armutszeugnis für die Landespolitik; deswegen lehnen wir das ab.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Das heißt, die wirklich für die Wissenschaft und Forschung verfügbaren Mittel erhöhen wir um 10 Millionen DM.

Eine Bemerkung: Das Projekt "An-Institut an der Märkischen Fachhochschule" betreffend das Gebiet Korrosionsschutz, ausgestattet mit einer Million DM, begrüßt die CDU ausdrücklich. Entsprechend haben wir im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung und im Ausschuß für Haushalt und Finanzen votiert.

(D)

Ich komme jetzt zum Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Auch dazu sagen wir im Prinzip ja. Lediglich bei einer Ausgabe sind wir der Meinung, daß das so nicht in Ordnung ist. Es handelt sich um die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 300 000 DM für Zuschüsse an die Technologieberatungsstelle beim DGB-Landesbezirk NW e.V., Oberhausen, für die Ausstattung mit Weiterbildungstechnik. Auch in der Vergangenheit haben wir zu diesem Institut unsere eigenen Vorstellungen deutlich formuliert.

(Zuruf von der CDU)

- Eben. Die Trägerschaft gefällt uns so nicht, und im Zweifel ist der Träger verpflichtet, mit eigenen Mitteln in eine solche Maßnahme einzusteigen und nicht nur und ausschließlich die Hand aufzuhalten, und zwar in Richtung öffentliche Hand.

(Schauerte (CDU))

- (A) Der entscheidende Punkt ist für uns der Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft. Da findet das statt, was wir politisch wollen.

Wir wollen, Herr Minister Matthiesen, daß in diesem Einzelplan der Betrag von 202 Millionen DM in den relevanten Bereichen um 375 Millionen DM auf 577 Millionen DM erhöht wird. Das ist ein unzweideutiges, ein ganz klares Bekenntnis zur Verstärkung der Anstrengungen im Umweltschutzbereich. Wir würden sehr gerne einmal aus Ihrem Hause hören, warum Sie eine solche Kraftanstrengung des Parlaments nicht auf Ihre Mühlen lenken, sondern sich immer noch bequem in den Sessel zurücklehnen.

(Wendzinski (SPD), am Rednerpult vorbeigehend: Wer gute Arbeit leistet, darf das!)

- Dann verstehe ich jetzt auch, warum Sie stehen müssen, Herr Wendzinski.

Wir wollen Titel 883 10 - Zuweisungen für Gefährdungsabschätzungen und Sanierungsuntersuchungen im Zusammenhang mit kommunalen Planungen für die Wiedernutzbarmachung von Altstandorten -, bisher mit 9,75 Millionen DM zusätzlich ausgestattet, um 40,25 Millionen DM auf 50 Millionen DM erhöhen.

- (B) Wir wollen die Zuweisungen an den Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverband auf 55 Millionen DM ansetzen, denn wir denken, daß es nicht länger Sinn hat, über die Sanierung von Altlasten zu reden, aber nichts zu tun. - Dazu wird nachher mein Fraktionskollege Stump noch das Notwendige sagen. -

Die Mittel für die Gewässerunterhaltung wollen wir von 12,4 Millionen DM um 27,6 Millionen DM auf 40 Millionen DM aufstocken - ein Antrag, der Sinn macht, der erforderlich ist, wenn man sich den Zustand der Gewässer in Nordrhein-Westfalen ansieht.

Die Summe für Abwassermaßnahmen soll von 170 Millionen DM um 115 Millionen DM auf 285 Millionen DM gesteigert werden. Man kann nicht am laufenden Bande über Altlasten, Sanierungen und die Bedrohung des Grund- und Trinkwassers durch defekte Kanäle diskutieren, auf der anderen Seite aber nicht die entsprechenden Haushaltsmittel dafür zur Verfügung stellen. Wir tun das mit diesem Antrag und sind wirklich auf die Stellungnahme der Umweltpolitiker sehr gespannt.

Nun zur Dorferneuerung, die ja, wenn ich mir anschauere, was Herr Minister Zöpel, der

hier sehr tüchtig ist, für die Städtebauförderung aufwendet, sträflich vernachlässigt wird. Was die Dorferneuerung betrifft, ist Herr Minister Matthiesen ausgesprochen schlafmützig. Für diese Dorferneuerung wollen wir einen neuen Ansatz von 60 Millionen DM aufgenommen sehen. Wir sind der Meinung, daß die Landesregierung - und dies wird sicherlich ein grundsätzlicher Konflikt werden, den wir miteinander auch öffentlich auszustehen haben - auf dem Auge der dörflichen Entwicklung absolut blind ist, allerdings ein Vergrößerungsglas vor Augen hat, wenn es um die Zurverfügungstellung von Geldmitteln für die Großstädte in unserem Lande geht. Wir wollen Gerechtigkeit auch für den ländlichen Raum und halten deswegen gerade diesen Ansatz für einen wichtigen politischen Ansatz.

Ferner wünschen wir, daß die Zuschüsse für Abfallverwertungs- und -beseitigungsanlagen kräftig erhöht werden. Herr Minister Matthiesen, auch auf diesem Gebiet haben wir große Defizite. Hier muß es vorangehen. Eingangs habe ich dargelegt, weshalb wir uns für die Offensive für den Umweltschutz entschieden haben - eine Entscheidung, die uns bei der Not, die in anderen wirtschaftlichen und haushaltsmäßigen Bereichen zu beklagen ist, nicht leichtgefallen ist. Aber hier ist wohl der größte Handlungsbedarf.

10 Millionen DM wollen wir für den sich auf die Zuweisungen an die Gemeinden für Naturschutz und Landschaftspflege beziehenden Titel haben - eine Sache, die Sie sicherlich auch gerne sehen würden. Ich verstehe nur nicht, warum Sie sie nicht durchsetzen, Herr Matthiesen.

Wir kommen dann zum Einzelplan 11.

Wir wollen die Zuweisungen in dem Bereich des Titels 331 00 um 10 Millionen DM erhöhen.

Wir wollen bei dem Ansatz für Um- und Ausbaumaßnahmen von Landstraßen einen Betrag bis zu 5 Millionen DM. Wir alle wissen aus den Sitzungen unserer Straßenbauamtskommission, welchen enormen Berg an Umbaumaßnahmen wir vor uns herschieben. Wir wollen die Summe für dieses Gebiet um 16,6 Millionen DM auf 33 Millionen DM erhöht sehen.

Wir wollen den Betrag für Maßnahmen des Landesstraßenbauplanes um 27 Millionen DM aufgestockt sehen - dafür gilt das gleiche, was ich eben gesagt habe. Wir gehen ja sehr großzügig mit sicherlich notwendigen Straßenbaumaßnahmen um, wenn ich an die Rheinquerung und ähnliche Dinge denke, bei denen wir über Größenordnungen von 5, 6, 7,

(C)

(D)

(Schauerte (CDU))

- (A) 800 Millionen DM - je nachdem, wie man es gerne hätte - reden, während bei dem Landesstraßenbauprogramm bisher ein Betrag von 5,5 Millionen DM, bei dieser Titelgruppe, ausgebracht ist. Das sind geradezu Beträge, die jeden Vernünftigen böse machen müssen. Wir wollen in diesem Bereich etwas tun, denn auch Ortsumgehungen sind ein konkreter Beitrag zur Umweltpolitik. Wir denken dabei nicht an sehr große Maßnahmen, sondern an die vielen planfertigen Ortsumgehungsmaßnahmen, die draußen im Lande warten und die seit Jahren wegen verweigertem Geldeinsatz nicht umgesetzt werden. Das muß sein.

(Wendzinski (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

- Doch! Ich kann Ihnen allein bei mir im Wahlkreis sechs Maßnahmen nennen, die im Prinzip fertig sind, wo es am Geld scheitert. Wir kommen so nicht weiter, wir bekommen sie nicht in die Dringlichkeit hinein, da muß etwas geschehen, Herr Wendzinski, nicht nur in Dortmund, sondern auch in Kirchhundem.  
- Damit wir uns da richtig verstehen!

(Beifall bei der CDU - Zurufe der Abg. Wendzinski und Henning (SPD))

Dann habe ich gesagt, daß wir die globalen Minderausgaben nicht wollen, auch nicht beim Verkehrsminister.

- (B) Bei den Maßnahmen zur Stadterneuerung streichen wir einen Ansatz von 74 Millionen DM, und da wird uns von den Sozialdemokraten gesagt, damit würden wir gegen die gemeinsame Entschließung verstoßen, die dieser Landtag verabschiedet hat unter dem Gesichtspunkt "Flächenrecycling, Zurverfügungstellung von Grundstücken". Diese Aussage ist absolut falsch. Der entscheidende Engpaß bei der Grundstückspolitik des Landes für Gewerbeansiedlungen und Industrieansiedlungen ist nicht die Frage, daß wir zu wenig Flächen haben, sondern ist die Tatsache, daß wir enorm viele Flächen haben, die nicht genutzt werden können, weil sie bis heute nicht saniert sind. Das heißt, der Schlüssel liegt hier. Wer schnell Bewegung in die Industrieflächenstruktur und Gewerbeflächenstruktur des Landes bringen will, muß beim Sanieren anfangen.

(Minister Matthiesen: Und Sanierungstechnologien vor Ort akzeptieren!)

- Und Sanierungstechnologien vor Ort akzeptieren!

(Minister Matthiesen: Ich könnte Ihnen Bürgerinitiativen nennen!)

- Schauen Sie sich Ihre Parteiliebe aber auch an! (C)

(Minister Matthiesen: Ja, sie sind alle gleich!)

- Sehen Sie! Aber Sie sind an der Landesregierung, das heißt, Sie können ruhig etwas ungleicher sein!

Wir müssen diese Flächen saniert bekommen, und deswegen setzen wir hier im Bereich des Matthiesen-Ministeriums 90 Millionen DM im Prinzip für Flächensanierungsmaßnahmen ein. Wir sind sicher, daß wir damit einen wichtigeren Beitrag zur Zurverfügungstellung von Gewerbeflächen leisten als er bisher im Zöpel-Ministerium vorgesehen ist. Es kann bei wirklicher ökologischer Abwägung doch nicht dahin gehen, daß wir am laufenden Bande nur weitere - weil das einfacher ist - grüne neue Gewerbeflächen kaufen, sondern wir sollten uns beim Umbau unserer Industriestruktur wirklich konzentriert um die Frage kümmern, wie wir die alten Flächen flott bekommen. Und deswegen haben wir gesagt, wir gehen mit diesem Geld in das Matthiesen-Ministerium hinein und nehmen den Ansatz des Ministeriums, das das auf den grünen Wiesen machen will, zunächst einmal ein bißchen zurück, denn der Bedarf ist in dem anderen Bereich größer und die Wirkung, die schnelle umsetzbare Wirkung für unser Land, ist es ebenfalls.

Ich denke, daß wir somit eine sehr vernünftige Alternative zu dem Verwendungsvorschlag dieser 756 Millionen DM, wie die Landesregierung und die SPD das offensichtlich wollen, unterbreitet haben. (D)

Wir sind für eine gerechte Verteilung an alle Regionen. Wir werden eine weitere einseitige Bevorzugung bestimmter Regionen politisch nicht akzeptieren. Wir haben mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, daß die LIP-Mittel auch für ZIM-Regionen sein sollen. Das ist also eine erneute Schwerpunktbildung, die eigentlich nicht sinnvoll ist. Wir hatten gedacht, daß LIP dann in die überwiegenden Regionen des Landes fließt - Landesinvestitionsprogramm -, die den ZIM-Regionen nicht unterliegen, und deswegen kann das nicht der gerechte Verteilungsschlüssel sein, den wir hier mit Nachdruck einfordern. Es wird zwar bei dem erkennbaren Ziel keine Doppelförderung pro Objekt geben, Herr Trinius, aber es wird eben die Doppelförderung in der Region geben, und wir wollen hier wirklich eine gerechte Verteilung.

(Trinius (SPD): Sie streichen LIP vollständig!)

(Schauerte (CDU))

- (A) Ich komme zum Schluß. Wer die Umweltschutzprobleme in diesem Lande löst, und zwar zeitnah löst, steigert die Attraktivität, erhöht den Wettbewerbspart des Landes Nordrhein-Westfalen, erleichtert Ansiedlungen und sorgt dafür, daß das Land Nordrhein-Westfalen europaweit eine bevorzugte Adresse wird, wie es unsere Lage eigentlich verlangt. Deswegen bitten wir die Sozialdemokraten noch einmal sehr herzlich, sich diesem etwas anderen, aber mit einem klar erkennbaren Schwerpunkt ausgerichteten Vorschlag zu nähern. Er würde unserem Lande hervorragend bekommen. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die F.D.P.-Fraktion spricht Herr Abg. Wickel. Ich erteile ihm das Wort.

Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir unterhalten uns oder debattieren inzwischen zum dritten Male über diese 756 Millionen DM, die wir als Strukturhilfe vom Bund in Bonn erhalten. Wenn man die Debatten und Diskussionen verfolgt, ist eins festzuhalten: An den Standpunkten, als es ursprünglich eingebracht wurde, als es durch die Beratung ging, bei der heutigen Abschlußdebatte, hat sich wenig geändert. Jeder erkennt dankbar diese 756 Millionen DM für das Land an, aber die Schwerpunkte, die man setzen will, werden sehr unterschiedlich, und zwar deutlich unterschiedlich, in den Fraktionen gewichtet.

- (B) Bevor ich auf die konkreten Anträge eingehe, die meine Fraktion in der abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses gestellt hat und bewußt zur heutigen zweiten Lesung nochmals zur Abstimmung stellt, doch noch ein kritisches Wort zu den Projekten, die die Landesregierung im Nachtragshaushalt vorgesehen hat.

Ich beginne mit den Investitionsvorhaben aus dem Bereich des Innen- und des Justizministers. Da verstehen wir einfach nicht, was ein neues Dienstgebäude der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Soest, was neue Unterkünfte in einer Polizeikaserne und was Erweiterungen der Fachhochschule für Rechtspflege in Bad Münstereifel mit der Stärkung der Wirtschaftskraft zu tun haben sollen. Das wird nach unserer Auffassung wohl ein ewiges Geheimnis der Landesregierung bleiben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU).

Meine Damen und Herren! Wohlgermerkt, wir wenden uns nicht gegen die Maßnahmen als solche. Die Maßnahmen mögen ja aus Sicht der

Landesregierung vernünftig sein. Aber - und hier sind wir eindeutig - mit Strukturhilfe haben sie nun gar nichts zu tun.

(C)

(Erneut Beifall bei der F.D.P. und CDU)

Ebensowenig haben Bauunterhaltungsmaßnahmen im Einzelplan 06 mit der Beseitigung von Strukturdefiziten zu tun. Wenn es also in den Universitäten durchregnet, die Fenster nicht dicht sind oder sonstige Probleme auftauchen, dann ist das letztlich das gewaltige Defizit, das sich in den vergangenen Jahren in diesem Bereich angestaut hat, das nicht abgearbeitet, nicht repariert wurde. Hier schlagen wir als Alternative vor, meine Damen und Herren: Die Landesregierung muß den Landeshaushalt umschichten. Wenn derartige Defizite im Einzelplan 06 entstehen,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

dann muß die Landesregierung eben diese Umschichtung durchsetzen und nicht Strukturhilfemittel zur Reparatur verwenden.

Meine Fraktion, die F.D.P.-Fraktion, hat hierzu in den Haushaltsberatungen zig Anträge gestellt, aber sie wurden abgelehnt. Wenn man auch sagen muß, jede dieser Maßnahmen ist uns sympathisch, dann muß man auch anfügen: Hochschulen sind Landeseigentum. Wenn ich Hauseigentümer bin, dann möchte ich den einmal sehen, der mir glaubt, wenn ich zu ihm komme und sage: "Bei mir regnet es durch. Gib mir dein Geld, damit mein Haus in Ordnung gebracht werden kann."

(D)

Das Land hat die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, seine Gebäude nicht verkommen zu lassen. Es hat dafür zu sorgen, daß der Putz nicht bröckelt und daß es nicht durchregnet, und das hat nichts mit dem Bund zu tun. Deshalb gehören neue Fenster, neuer Verputz, das Abdichten von Flachdächern eben nicht in das Strukturhilfegesetz, denn dafür sind die Strukturhilfemittel nicht gedacht.

Nach unserer Auffassung betreibt die Landesregierung hier ein sehr durchsichtiges Spiel. Sie verlagert ureigenste Landesaufgaben in den Strukturhilfebereich, entlastet so den Landeshaushalt und - man darf den Faden ja weiterspinnen - will dann mit geschönten Zahlen des nächsten Haushalts in den Landtagswahlkampf gehen und sagen: "So habe ich die Neuverschuldung heruntergefahren", indem sie einfach Aufgaben verlagert hat.

(Lachen des Ministers Schleißer)

(Wickel (F.D.P.))

- (A) - Herr Finanzminister, aus Ihrer Sicht ist das natürlich schön, aus der Sicht der SPD-Fraktion ist das auch schön.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Es ist schön, aber falsch!)

Aber wir legen es auf Wiedervorlage; und wenn Sie kommen und die Fahne hochhalten: "Wir haben die Neuverschuldung gesenkt", dann weisen wir Ihnen nach, wodurch Sie sie gesenkt haben.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Zurück zu den Vorhaben im Einzelplan 06! Die SPD-Fraktion hat eine Reihe von Änderungen beantragt und auch durchgesetzt, mit denen nach unserer Auffassung im wesentlichen eine Reparatur durch eine andere ersetzt wurde. Früher nannte man das deutsch "Flickschusterei". Am System hat sich dabei nichts geändert.

Nun ist im Haushalts- und Finanzausschuß ausgeführt worden, durch diese Änderungsanträge käme es zu echten Verbesserungen, was Umweltschutz und anderes anbelange, etwa durch die Sanierung von Chemikalienlagern, des Abwassernetzes, durch Energieeinsparungen in landeseigenen Universitätsgebäuden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bauunterhaltung kann doch nicht nur bedeuten, daß den Studenten die Gebäude nicht über den Köpfen zusammenbrechen! Für uns gehört selbstverständlich auch dazu, daß in einem solchen Gebäude der Kanal funktioniert, daß überall dort, wo mit Chemikalien gehandelt wird, ordnungsgemäß gehandelt wird, daß die Umwelt nicht vergiftet und auch nicht gefährdet wird.

(B)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das sind selbstverständliche Dinge für jemanden, der sein Haus in Ordnung hat und auch in Ordnung halten will. Wieso diese Dinge hier bei den Strukturhilfemitteln auftauchen, ist uns schleierhaft. Der Einsatz von Strukturhilfemitteln in diesem Zusammenhang ist nach unserer Auffassung sogar ein Mißbrauch, weil hierfür das Land alleine zuständig ist. Die Abwälzung derartiger Kosten auf diese Bundeshilfe halten wir für verantwortungslos.

Nun zu den Anträgen meiner Fraktion! Wir haben wenigsten den Versuch unternommen, zu retten, was aufgrund der verkorksten Regierungsvorlage - wie wir sie sehen - noch zu retten war. Wir haben unsere Anträge in zwei Schwerpunktbereichen konzentriert, die wir folgendermaßen nennen: die Verbesserung

der Qualifizierungsinfrastruktur und die Verbesserung der Ansiedlungsinfrastruktur. (C)

Zuerst zur Qualifizierungsinfrastruktur! Wir wollten die Zuweisungen insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung und Qualifikation und der Forschungsförderung erhöhen. Wir haben Erhöhungen beantragt für Werkstätten an den berufsbildenden Schulen, für höhere Zuweisungen an Berufsbildungszentren, an Branchenqualifikationszentren und andere. Das Volumen beträgt insgesamt 11 Millionen DM. Hier haben wir uns relativ sicher gefühlt, weil die Mikat-Kommission in der Fülle von Empfehlungen gerade das Thema Qualifikation besonders herausgearbeitet und herausgestellt hat. Diese Empfehlungen wollten wir in unseren Anträgen aufgreifen und natürlich auch umsetzen.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Wir sind da schneller als die Landesregierung!)

Ein Beispiel ist die Empfehlung, daß die technische Ausstattung der Berufsschulen und anderer Einrichtungen der Fortbildung und Umschulung eben den Ansprüchen neuer Technologien gerecht wird. Ich lege Ihnen diese Änderungsanträge - es handelt sich um die Anträge unter II Nummer 3, Nummer 5 b und c sowie Nummer 6 a und b -, meine Damen und Herren, besonders ans Herz.

Im Forschungsbereich haben wir eine Aufstockung - oder, wenn Sie wollen, die Umschichtung - um 25 Millionen DM vorgeschlagen, und zwar für Geräteinvestitionen, für die Fraunhofer-Gesellschaft, für neue Forschungseinrichtungen und anderes. Auch hier sehen wir uns durch die Empfehlungen der Mikat-Kommission voll bestätigt; denn wenn es uns gelingt, hier bestehende Defizite möglichst schnell abzubauen, ist dies ein ganz entscheidender Impuls für die Investitionsentscheidungen der Wirtschaft in unserem Lande. Nur so kann wirklich Wirtschaftskraft gestärkt werden, so wie es der Sinn und Zweck des Strukturhilfegesetzes ist.

(D)

Zu unserem zweiten Schwerpunkt, der Ansiedlungsinfrastruktur! Auch hier folgen wir den Empfehlungen der Mikat-Kommission; denn was sollte es für einen Sinn haben, eine solche Kommission einzusetzen, wenn man den Bericht nicht entsprechend auswertet und die Empfehlungen nicht beachtet.

(Zustimmung des Abg. Tschoeltsch (F.D.P.))

Hier meinen wir genau die Empfehlungen unter den Ziffern 91 bis 100, in denen die Kommission feststellt, daß in Nordrhein-

(Wickel (F.D.P.))

- (A) Westfalen nicht generell von einem Gewerbeflächenengpaß gesprochen werden kann, daß aber ein - und hier zitiere ich - "entscheidendes Verfügbarkeitshemmnis in der Altlastenfrage liegt". Die Mikat-Kommission hat bemängelt, daß die Entscheidungskompetenz über Kauf und Verkauf von Grundstücken nicht allein der Landesentwicklungsgesellschaft überlassen bleiben dürfe und hat das bisher gehandhabte Verfahren als zu umständlich bezeichnet. Die Landesentwicklungsgesellschaft sollte die zu sanierenden Grundstücke nicht erst teuer kaufen - dafür gehen zur Zeit über 80 % der Mittel drauf -, sondern sanieren, dekontaminieren, aufbereiten. Hier finden wir uns auch mit unserer Zielsetzung der Vergangenheit voll wieder. Das entspricht dem, was wir immer kritisiert haben, daß hier die Vorratspolitik nicht entsprechend gehalten wird.

Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuß beantragt und wiederholen heute diesen Antrag, nicht einen Grundstücksfonds aufzustocken, sondern den Gemeinden zusätzlich 58 Millionen DM zur Verfügung zu stellen, aus denen sie die Aufarbeitung von Industriebrachen finanzieren können. Ergänzend haben wir die Aufstockungen des Titels beantragt, aus dem Gefährdungsabschätzungen und Sanierungsuntersuchungen im Zusammenhang mit ihren Planungen für die Wiederbenutzbarmachung von Altstandorten finanziert werden sollen, und zwar um 5,25 Millionen DM auf insgesamt dann 15 Millionen DM.

- (B) Zur Abrundung noch der Hinweis auf einen weiteren Antrag von uns: Die Zuweisungen an die Kommunen für naturnahen Wasserbau und Gewässerunterhaltung sollten um 7,6 Millionen DM auf dann 20 Millionen DM aufgestockt werden.

Abschließend möchte ich noch auf einen Antrag meiner Fraktion in diesem Zusammenhang hinweisen, mit dem wir versucht haben, ein weiteres echtes Ärgernis im Nachtragshaushalt auszumerzen. Sie wissen, zumindest aus den bisherigen Beratungen ist ja deutlich geworden, daß Land und Gemeinden für ihre Vorhaben jeweils 10 % Eigenmittel vorweisen und beisteuern müssen. Hier bleibe ich bei meiner Aussage aus dem Haushaltsausschuß: Hier hat die Landesregierung Trick 17 gezogen. Sie will ihren Eigenbeitrag aus globalen Minderausgaben finanzieren. Das sind vom Volumen her 29,5 Millionen DM - bestimmt kein Problem bei der Größe des Landeshaushalts. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir daran denken - darüber unterhalten wir uns ja morgen -, was wir an Rückstellungen und dergleichen und überhaupt an Minderausgaben in den Landeshaushalten in den letzten

Jahren hatten, dann kann es doch nicht richtig sein, dieses Rezept zu verwenden. Man sollte dann auch so ehrlich sein, hier die Mittel tatsächlich zur Verfügung zu stellen, (C)

(Minister Schleißer: Sicher!)

damit sie zusätzlich eingesetzt und ausgegeben werden können.

Wir wollen, wenn schon diese Mittel verwandt werden, daß dann auch die Neuverschuldung gesenkt werden kann, aber nicht mit der Methode, wie hier operiert wird.

Die Landesregierung setzt also keinen Pfennig Eigenmittel ein.

(Minister Schleißer: Ja sicher!)

Das belegt für uns sehr augenscheinlich, welchen Stellenwert das Strukturhilfegesetz des Bundes bei der Landesregierung hat. Wir sind der Auffassung, daß es nicht richtig sein kann, die Chance, die wir mit diesem Gesetz und den 756 Millionen DM aus Bonn haben, bürokratisch zu vertun.

Die F.D.P.-Fraktion ist der Auffassung, daß unsere Anträge geeignet sind, dem Nachtragshaushalt Akzente in Richtung auf Zukunftsbewältigung, auf Strukturwandel zu geben.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Ein paar Bemerkungen noch, meine Damen und Herren, zu den Änderungsanträgen der anderen Fraktionen! Ich sehe hier eine Fülle von Übereinstimmungen. Die SPD weiß, daß wir uns im Haushaltsausschuß bei 05 und 06 der Stimme enthalten haben, weil, obwohl die Richtung stimmte, die Beträge für uns zu weit auseinander waren. Die CDU weiß, daß wir in vielen Anträgen mit ihr stimmten, daß wir in anderen Anträgen dagegen sein mußten. (D)

Wir haben Probleme, wenn die CDU den gesamten Ansatz im Einzelplan 08 streichen will; denn damit fällt berufliche Weiterbildung, Berufsausbildung und damit ein Schwerpunktförderbereich des Strukturhilfegesetzes unter den Tisch. Das können wir nicht nachvollziehen. Hier kann ich kein Konzept erkennen. Wenn wir feststellen, wie man Brachflächen aufbereiten und sanieren könnte, dann müßte man dem CDU-Antrag folgen, 181 Millionen DM für die Gemeinden zu streichen. Meine Damen und Herren, auch das fällt uns etwas schwer, denn hier kann nicht ein Schwerpunkt der Beseitigung struktureller Mängel liegen.

(Wickel (F.D.P.))

- (A) Herr Kollege Schauerte war eben herrlich. Wir lernten ihn von einer ganz neuen Seite kennen, ich würde sagen von der grünen Seite, wenn Sie so wollen. Diese Einzelanträge sind, so wie sie Herr Kollege Schauerte vorgetragen hat, auch sympathisch. Nur, wir finden da nicht die Synthese. Wenn wir einmal bei den Spruchweisheiten oder Schlagworten des Landes bleiben, die Synthese zwischen Ökonomie und Ökologie zu finden, dann klappt da irgendwo eine Lücke.

(Stump (CDU): Der Antrag ist schlüssig!)

- Herr Kollege Hardt, darauf können wir noch zurückkommen.

(Zuruf des Ministers Matthiesen)

- Der Kollege Matthiesen ist hier also in einer euphorischen Stimmung. Er sieht schon wieder irgendwelche Lücken, in die er eindringen kann. Ich kann ihm da, glaube ich, nicht helfen. Aber was soll es, ein bißchen Spaß muß auch sein.

(Zuruf des Abg. Hardt (CDU))

- Herr Hardt, man sollte alles nicht so eng sehen. Sie wissen ja, die ärmsten Menschen sind die, die morgens vor dem Spiegel stehen und sich nicht leiden können.

(Hardt (CDU): Bei mir ist das anders.)

- (B) Also, lassen Sie uns hier das debattieren, so wie wir die einzelnen Schwerpunkte sehen. Deshalb haben wir ja auch ganz deutlich in den abschließenden Beratungen und in den Abstimmungen des Haushaltsausschusses das getan, was wir für richtig halten und was Sie auch gemacht haben: Einmal haben wir gegen die Regierungsvorlage gestimmt, einmal haben wir gegen CDU, einmal gegen SPD gestimmt, wie es eben die Schwerpunkte der einzelnen Fraktionen hier verdienten.

Letzter Punkt! Es geht um die vier Stellen, die die Landesregierung beantragt hat. Hier sind wir allerdings der Auffassung: Wenn man ein solches Programm abwickeln soll, wenn 756 Millionen DM zusätzlich ausgegeben werden sollen, dann muß man der Landesregierung auch die Möglichkeit geben, dieses Geld umzusetzen. Das kann sie nur, wenn sie diese vier zusätzlichen Stellen bekommt. So kritisch wir auch Stellenvermehrungen gegenüberstehen: in diesem Falle stimmen wir den vier Stellen im Einzelplan 12 zu.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD erteile ich nunmehr dem Herrn Abg. Schultz das Wort.

Schultz (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat in den letzten Jahren den Strukturwandel unseres Landes nach Kräften gefördert.

Trotz der traditionellen Probleme, die wir in den Bereichen Kohle und Stahl hatten und haben, sind wir auf dem Wege der Umstrukturierung weiter vorangekommen, als einige hier in diesem Hause es wahrhaben wollen. Gerade gestern hat die Presse gemeldet, daß die NRW-Wirtschaft nach Feststellung der Landeszentralbank 1988 wieder mit dem Wachstumstempo der übrigen Bundesländer Schritt gehalten, teilweise sogar noch stärker zugelegt hat. Das verarbeitende Gewerbe - das ist der industrielle Kernbereich - steigerte seine Produktion in Nordrhein-Westfalen um 5 % und damit stärker, als es dem Bundesdurchschnitt entspräche, der 4 % beträgt.

Eine andere Meldung aus den letzten Tagen: Auf der Messe in Hannover zur Computer- und Informationstechnologie, sicher einer der wichtigsten Zukunftsbranchen, war kein Land der Bundesrepublik so stark vertreten wie Nordrhein-Westfalen.

Der jetzt vorgelegte Nachtragshaushalt ist ein weiterer Baustein auf dem Wege zu einem noch stärkeren Strukturwandel. Wir wollen unser Land fitmachen für die Anforderungen der Zukunft, fitmachen auch im Hinblick auf das, was im Zuge der europäischen Einigung auf uns zukommt.

(Dautzenberg (CDU): Fassadensanierung der Hochschulen!)

Die öffentliche Hand muß vor allem dafür Sorge tragen, daß es eine Infrastruktur in unserem Lande gibt, die Unternehmen wie Arbeitnehmern wie Bildungssuchenden optimale Arbeits- und Lebensbedingungen bietet.

Natürlich sind ausreichende und auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zugeschnittene Gewerbe- und Industrieflächen dabei von ganz besonderer Bedeutung. Seit 1976 hat das Land mit Mitteln der Städtebauförderung die Erschließung von 5 050 Hektar gewerblicher Baufläche gefördert. Sie müssen sich das vorstellen: Das ist etwa die Fläche von 5 000 großen Sportplätzen. Davon warten noch 1 500 Hektar erschlossener Gewerbeflächen auf ansiedlungswillige Betriebe.

(C)

(D)

(Schultz (SPD))

- (A) Das Land hat jedoch schon sehr früh erkannt, daß man in einem derart dicht besiedelten Land wie Nordrhein-Westfalen nicht immer nur neue Gewerbegebiete auf der grünen Wiese erschließen kann; im Mittelpunkt der Bemühungen um die Mobilisierung von Industrie- und Gewerbeflächen muß vielmehr die Reaktivierung der gerade wegen des Strukturwandels anfallenden Brachflächen stehen.

1980, also vor nunmehr neun Jahren, hat deshalb das Land als erstes Bundesland überhaupt den Grundstücksfonds zur Reaktivierung von Zechen-, Industrie- und Verkehrsbrachen eingerichtet. Mit Mitteln des Grundstücksfonds sind bisher Brachgrundstücke mit einer Fläche von 1 600 Hektar erworben worden. Etwa die Hälfte des Grundstücksbestandes soll erneut für eine gewerbliche Nutzung aufbereitet werden, und mit den anderen Flächen werden oft sehr dringend benötigte Grün- und Frischluftzonen in dichtbesiedelten Stadtbereichen eingerichtet.

Der Haushalt 1989 stellt für die Zwecke des Grundstücksfonds 84 Millionen DM bereit. Wir halten die Aufgabe des Flächenrecyclings für so bedeutsam, daß nunmehr in den Nachtragshaushalt weitere 44 Millionen DM für diesen Zweck eingesetzt werden. Wir messen der Wiedernutzung der brachgefallenen Flächen eine hohe Priorität bei, um in den Ballungsgebieten unseres Landes die noch nicht besiedelten Flächen zu schonen und der Wirtschaft dennoch attraktive Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen.

(B)

Weitere 30 Millionen DM stellt das Land in dem vorliegenden Nachtragshaushaltsplan den Gemeinden für die Zwecke der Stadterneuerung zur Verfügung. Mit diesen Mitteln können vorzugsweise die Erschließung von gewerblichen Bauflächen, die Sicherung von Betrieben an vorhandenen Standorten und das kleinteilige Flächenrecycling gefördert werden.

Meine Damen und Herren! Der Lebenswert einer Region ist ein außerordentlich wichtiger Standortfaktor. Die Standortentscheidungen von Betrieben werden immer stärker durch das vorhandene soziale, kulturelle und städtebauliche Umfeld beeinflusst. Seit vielen Jahren betreibt Nordrhein-Westfalen die Politik der behutsamen Stadterneuerung. Mit dieser Politik haben wir bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Kein Land in der Bundesrepublik setzt für Stadterneuerung derart hohe Mittel ein wie Nordrhein-Westfalen.

Das Ergebnis dieser Politik ist bundesweit und darüber hinaus auch international anerkannt. Wenn es im Gegensatz zu anderen altindustriellen und dichtbesiedelten Industrieregionen bei uns keine oder keine nennenswerten Slums gibt, meine Damen und Herren, dann ist dies nicht zuletzt auch ein Ergebnis einer gezielten Stadterneuerungspolitik, also planvollen staatlichen Handelns. (C)

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Neue Heimat!)

- Wenn der Kollege das Stichwort "Neue Heimat" einwirft, dann muß ich daraus entnehmen, lieber Kollege, daß Sie die Problematik von Slums nicht wirklich begriffen haben.

(Frechen (SPD): Niveaulos!)

Die Mittel des Nachtragshaushalts verstärken noch einmal die Anstrengungen des Landes. Sie signalisieren sozusagen, daß wir diesen Weg der Stadterneuerung zur Steigerung von Lebensqualität, zur Steigerung auch von Standortqualität verstärkt fortsetzen wollen.

Meine Damen und Herren! Vor drei Wochen haben wir hier im Landtag einen gemeinsamen Antrag aller drei Fraktionen eingebracht, diskutiert und verabschiedet. In diesem Antrag wird auch die Bedeutung des Grundstücksfonds für die Sanierung und die Aufbereitung von Brachflächen unterstrichen. Der Grundstücksfonds des Landes braucht in Zukunft erhebliche Mittel, um die oft schwierige Beseitigung von Altlasten auf diesen Flächen zu bewältigen. Ich betone noch einmal: Dieser Antrag ist gemeinsam von allen Fraktionen hier verabschiedet worden. (D)

Ich halte diese gemeinsame Initiative deshalb für so außerordentlich bemerkenswert, weil die Mobilisierung von attraktiven Industrie- und Gewerbeflächen in der Tat einer der Schlüssel für einen erfolgreichen Strukturwandel ist. Um so weniger kann ich nun allerdings verstehen, wenn die Kollegen der CDU - dies begann für uns erkennbar im Verkehrsausschuß - beantragt haben, die Mittel für den Grundstücksfonds und für die Zwecke der Stadterneuerung von zusammen 74 Millionen DM zu streichen und dafür die Straßenbaumittel zu erhöhen.

Meine Damen und Herren! In dem gemeinsam vor drei Wochen hier verabschiedeten Antrag ist ausdrücklich und sehr ausführlich über diese Problematik des Grundstücksrecyclings und der Brachflächen diskutiert und auch gemeinsam ein Konzept entwickelt worden, wie das gemacht werden kann.

(A) Präsident Denzer: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dreyer von der Fraktion der CDU?

(Schultz (SPD): Aber gerne!)

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort!

Dreyer (CDU): Herr Kollege, würden Sie mir zustimmen, daß es keinen Gegensatz zu der gemeinsamen Zustimmung zu dem Antrag geben muß, wenn man bedenkt, daß wir eine völlig andere Aufteilung der Mittel vorgenommen haben? Das eine schließt doch das andere gar nicht aus.

Schultz (SPD): Herr Kollege Dreyer, ich kann Ihnen da nicht zustimmen. Ich kann Ihnen da ausdrücklich nicht zustimmen; denn wenn Sie Flächen recyceln wollen, müssen Sie diese Flächen erst haben. Der Vorläufer zu dem Antrag, den wir gemeinsam hier verabschiedet haben - -

(Dreyer (CDU): Es geht doch um Strukturhilfemittel!)

- Nun lassen Sie mich doch einmal ausreden! Der Vorläufer des gemeinsam hier verabschiedeten Antrages zur Gewerbeflächenpolitik kam ja von Ihnen. Da war von einem Gewerbe- und Industrieflächennotstand die Rede, da haben Sie beklagt, daß es nicht genügend Flächen gibt. Aus diesem Ihrem Antrag, Ihrer Initiative, wurde eine gemeinsame Initiative aller Fraktionen. Das will ich Ihnen gern bescheinigen.

(B)

Nur, drei Wochen später widerrufen Sie die Ziele dieser von Ihnen eingeleiteten Initiative. Da sage ich: Das kann ich nicht verstehen.

(Dreyer (CDU): Im Nachtragshaushalt geht es um etwas anderes!)

Meine Damen und Herren, etwas anderes kann ich auch nicht verstehen: Vor wenigen Monaten hat die CDU-Fraktion hier im Landtag die Erhöhung der Mittel für den Städtebau durch den Bund in den höchsten Tönen gelobt. Heute kommen Sie her und fordern die Reduzierung von Mitteln für den Städtebau. Das kann doch wohl nicht wahr sein. Ich kann nur sagen: Ich sehe darin eine Konzeptionslosigkeit, die wir nicht mitmachen können. Ich behaupte sogar, bei Ihnen weiß die eine Seite der Fraktion nicht, was die andere Seite wirklich will.

Wir bleiben demgegenüber bei unserem Ziel, die öffentlichen Mittel

(Abg. Dautzenberg (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- ich komme jetzt zum Schluß, vielleicht haben Sie noch Redezeit - dort einzusetzen - -

(C)

Präsident Denzer: Es ist Ihr gutes Recht, Herr Abgeordneter, eine Frage abzulehnen.

Schultz (SPD): Herr Präsident, ich habe nur noch einen Satz zu sagen. Danach können Sie doch hierherkommen und Ihre Meinung dann preisgeben.

Präsident Denzer: Herr Dautzenberg, das ist sein gutes Recht!

Schultz (SPD): Also, wir bleiben der Meinung, die öffentlichen Mittel sollen und müssen dort eingesetzt werden, wo der Lebenswert, die Zukunftschancen und die Arbeitsmöglichkeiten in unserem Lande gestärkt werden. Dabei sind Grundstücksfonds und Stadterneuerung zentrale Bestandteile dieses Konzeptes. Sie dürfen nicht geschwächt, sondern sie müssen gestärkt werden. Deswegen bitten wir Sie, die Vertreter der Opposition, von Ihren Anträgen Abstand zu nehmen und dem Entwurf des Nachtragshaushaltplanes zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der CDU hat nunmehr Herr Abg. Stump das Wort.

Stump (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion, die wir hier erleben, macht deutlich, daß man in der Verwendung der Strukturhilfemittel durchaus verschiedener Meinung sein kann. Die CDU-Fraktion hat sich zur Aufgabe gestellt, hier einen Schwerpunkt festzumachen, und zwar in dem Bereich "Umweltschutz".

(D)

Das heißt nicht, daß man andere Maßnahmen damit nicht akzeptieren will, sondern die Entscheidung ist, den Umweltschutz in den Fordergrund zu stellen, weil es sicherlich, Herr Kollege Wickel, zwischen Ökonomie und Ökologie einen engen Zusammenhang gibt. Denn das, was wir ökologisch zu bewirken versuchen, hat durchaus auch ökonomische Vorteile für das Land Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren! Vor diesem Hintergrund werden wir allerdings auch nicht die Erinnerung los, daß wir in diesem Parlamentsaal insbesondere von der Landesregierung den Ruf nach Bonn permanent vernehmen. Das ist eine gewohnte Pflichtübung - auch der Mehrheitsfraktion -; und genau dieser Ruf nach Bonn hat zur Überraschung derjenigen, die gerufen haben, lautstarken Widerhall gefunden.

(Stump (CDU))

- (A) Mit großer Freude stellen wir für die CDU-Fraktion fest, daß eben dieser Ruf gehört wurde und hier Strukturhilfemittel in Höhe von 756 Millionen DM für das Land Nordrhein-Westfalen bereitgestellt werden. Wir stellen allerdings auch überrascht fest, daß diese Landesregierung und die Mehrheitsfraktion auf diese positive Reaktion gar nicht vorbereitet waren.

Im Vorfeld der Erarbeitung des notwendig gewordenen Nachtragshaushaltes wurde daher Hektik ausgelöst. Das Ergebnis spiegelt den Vorgang wieder. Das, was wir mit dem Strukturhilfeprogramm des Bundes eigentlich bezwecken wollten, nämlich, den Umstrukturierungsprozeß des Landes Nordrhein-Westfalen zu beschleunigen, wird mit dem Nachtragshaushalt so nicht erreicht.

Auch von wesentlichen, zusätzlichen Anreizen zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Landes, mit der neue Strukturen - zum Beispiel auch in der Entsorgung - aufgebaut werden sollten, ist nicht allzuviel zu bemerken. Vielmehr setzt die Landesregierung dort auf Reparatur, wo Versäumnisse der Vergangenheit vorliegen. Dabei verliert sie sich auch noch in Kleinigkeiten.

Wenn ich den Kollegen Schultz höre, der sagt, wir wollen unser Land fitmachen für die Zukunft, so kann ich Ihnen nur sagen, Herr Kollege Schultz, mit Fassadenerneuerung bekommen wir das nicht hin.

- (B) (Beifall bei CDU und F.D.P. - Schultz (SPD): Lesen Sie mal lieber nach!  
- Dautzenberg (CDU): Fassadenerneuerung können die aber gut!)

Ich wiederhole: Die Strukturhilfe kann und darf einfach nicht für derartige Dinge eingesetzt werden, wenn damit Versäumtes nachgeholt werden soll und mit Sicherheit eben ein Landeshaushalt mit seinen allgemeinen Mitteln erhalten müßte, wenn man vorsorglich tätig geworden wäre.

Erschreckend ist festzustellen, daß der Nachtragshaushalt mit der aufgezeigten Verwendung der Strukturhilfemittel den ländlichen, besser gesagt den kreisangehörigen, Raum weitgehend unberücksichtigt läßt.

Diese Vernachlässigung, meine Damen und Herren, ist so nicht hinnehmbar. Sie ist auch ein gravierender Fehler dieser Landespolitik. Ich denke, das, was wir im Umweltausschuß vom Kollegen Alt-Küpers gehört haben, wo Breitseiten gegen den ländlichen Raum abgefeuert wurden, macht deutlich, daß hier

andere Denkmodelle in der SPD-Fraktion Priorität besitzen.

(C)

Meine Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion hat den Nachtragshaushalt zum Anlaß genommen, die Strukturhilfemittel zu bündeln, und zwar im Interesse des Umweltschutzes. Wir wollen dem Umweltschutz in unserem Land einen besonderen Schub geben. Wir wollen uns weniger mit Theoriediskussionen herumschlagen, wir wollen handeln, weil es um den Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen nach wie vor noch nicht zum besten steht.

Der Zustand des Grund- und Trinkwassers ist besorgniserregend. Die Gewässergüte unserer Fließgewässer ist entgegen den Äußerungen des zuständigen Fachministers weiterhin unbefriedigend.

(Wendzinski (SPD): Vorwiegend durch die landwirtschaftlichen Betriebe!)

- Sehen Sie, Herr Kollege Wendzinski, da hatte ich hier einen Satz in meinem Redemanuskript stehen, der lautete: "Und diese Angriffe des Abg. Alt-Küpers ergänzen die Angriffe des Abg. Wendzinski, die der Landwirtschaft gelten." Diese Breitseiten fahren Sie regelmäßig gegen die Landwirtschaft ab. Ich habe im Interesse eines gemäßigten Tones hier darauf verzichtet; vorgesehen waren sie, und prompt helfen Sie mir schon wieder ins Konzept hinein. Vielen Dank!

(Wendzinski (SPD): Die Landwirte sagen doch, die Bonner Landwirtschaftspolitik sei schuld.)

(D)

- Lieber Herr Kollege Wendzinski, da ich mir sicher bin, daß Sie weiterhin Ihre Aufmerksamkeit einbringen: Die Bodenbelastung ist riesengroß, besonders erkennbar an der Vielzahl der Altlasten und der defekten Abwasserkanäle in unseren Städten und Gemeinden.

Die Waldschäden sind weiter besorgniserregend. Die Luftverschmutzung ist weiterhin groß. Ebenso wie die Umsetzung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung - ich meine die Entstickung - ist eine schnelle Umsetzung der TA Luft erforderlich.

Die Müllberge machen uns Sorge. Die Deponie- und Verbrennungskapazitäten sind begrenzt. Neue Standorte werden kaum durchgesetzt. Der Mülltourismus blüht.

Meine Damen und Herren! Ich spare an dieser Stelle auch gar nicht aus, daß wir Druck machen müssen bei der generellen Einführung des schadstoffarmen Autos bzw. des geregelten Dreiwegekatalysators.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

(Stump (CDU))

- (A) - Ich sage das bewußt, weil ich dann auch Ihrer Zustimmung gewiß bin. Ich will an dieser Stelle noch etwas ganz anderes sagen, was vielleicht ungewöhnlich ist: Es gibt keinen roten Umweltschutz, es gibt keinen schwarzen Umweltschutz, es gibt keinen blau-gelben Umweltschutz, es gibt nur den Umweltschutz, und den müssen wir im Land wie im Bund einfordern im Interesse unserer Schöpfung, die wir zu bewahren haben.

(Beifall bei der CDU - Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Bravo, richtig!)

Das heißt aber auch ganz konkret, daß wir die Handlungsfelder der Landespolitik auszumachen haben. Hier stellen wir eben Handlungsdefizite fest, und hier ist auch der Ort, wo wir dies sagen dürfen.

Ich will damit aber auch deutlich machen, daß wir keinen Grund haben, die Situation zu beschönigen, auch wenn der zuständige Minister dazu immer wieder neigt, seine Politik weltmeisterlich darzustellen, und jede Chance nutzt, wenn er glaubt, auf einen anderen zeigen zu können, um den Verschiebebahnhof nach Bonn in Bewegung zu setzen nach dem Motto: Haut den Lukas, und das natürlich mit viel Spektakel. - Stimmt es, Herr Minister?

(Minister Matthiesen (lachend): Wenn Sie es sagen!)

- (B) Der Minister kalkuliert dabei die Betroffenheit der Bürger ein. Die Menschen werden immer sensibler: Alles, was mit Gift und mit sonstigen Belastungen zu tun hat, veranlaßt sie, sich gegen alles zu wehren, und sie wehren sich auch gegen Standorte, so zum Beispiel in der Abfallentsorgung.

Der gleiche Minister beklagt, daß er bei seinen umweltpolitischen Bemühungen, insbesondere wenn es um Abfallentsorgungsanlagen geht, nicht verstanden wird. Die eigenen Genossen laufen ihm vor Ort fort. Umsetzungsorientierte Handlungskonzepte der Landesregierung bleiben aus, wie dies auch die Mikat-Kommission beklagt.

Meine Damen und Herren! Wir benötigen eine vom Konsens geprägte umweltpolitische Offensive. Die CDU will ihren Beitrag leisten, ganz besonders im Rahmen dieser Nachtrags Haushaltsberatung. Wir wollen erhebliche Mittel bereitstellen, und zwar für die Natur- und Landschaftspflege, für die ökologische Fortentwicklung unserer Städte und Dörfer, für den Gewässerausbau und die Weiterentwicklung der Abwassermaßnahmen, für die

(C) Abfallentsorgung, für die Bewältigung der Altlastenproblematik, für den Lärmschutz und die Umweltforschung.

An dieser Stelle möchte ich noch zwei Dinge anfügen: Da gibt es eine landesweit verteilte Zeitung der SPD-Landespartei, die bereits dieses Strukturhilfeprogramm in Teilen verarbeitet und unter anderem darstellt: Große Leistung für den Entwässerungsbereich; es stehen 340 Millionen DM zur Verfügung.

Meine Damen und Herren! Da wird das Ergebnis des Arbeitskreises Umwelt der SPD-Fraktion, Stand Dezember 1988, verarbeitet. Tatsächlich aber wird genau nur die Hälfte im Landeshaushalt eingesetzt.

(Schultz (SPD): Das ist ganz anders!)

Ich denke, Sie sollten aktueller berichten und die Menschen in diesem Land nicht mit falschen Zahlen im März 1989 konfrontieren.

Herr Kollege Schultz, auch zu Ihnen: Reduzierung der Städtebauförderungsmittel. Natürlich müssen wir uns ernsthaft darüber unterhalten, ob es Sinn macht, in der Schwerpunktbildung zunächst Städtebauförderung zu 300 % stärker zu fahren und gleichzeitig Städtebauförderung in der Weise zu vernachlässigen, daß wir unsere Abwasserkanäle im Untergrund, d. h. unter der Erdoberfläche, unter den schönen bunten Pflastersteinen, nicht in Ordnung bekommen. Die Priorität muß lauten: Kanalsanierung und dann Städtebausanierung im Oberflächenbereich. Ich denke, das ist eine ordentliche Anschauung, die wir als CDU-Fraktion vertreten.

(D) Meine Damen und Herren! Die Redezeit ist beendet. Ich bedaure das; ich wollte noch etwas sagen. Aber ich denke, dies reicht auch. Vielen Dank! Stimmen Sie dem CDU-Antrag zur Änderung des Nachtragshaushalts zu, und wir befinden uns in einem großen Konsens des Umweltschutzes in diesem Plenum.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Die CDU hat noch drei Minuten Redezeit; die werden wahrgenommen von Herrn Abg. Dreyer. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dreyer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich habe mich nur zu Wort gemeldet, um die unsinnige Unterstellung des Kollegen Schultz zurückzuweisen, die Ver-

(Dreyer (CDU))

- (A) kehrspolitiker der Union hätten die Städtebaupolitiker über den Löffel barbiert.

(Schultz (SPD): Warum so böse?)

So etwa hat er sich ausgedrückt, oder er hat gesagt, die eine Hand habe nicht gewußt, was die andere getan hat. Völlig falsch!

Herr Kollege Schultz, nehmen Sie zur Kenntnis: Dem Verkehrsausschuß hat der volle Antrag vorgelegen, aus dem hervorging, daß wir 100 Millionen DM für Verkehrsmaßnahmen einsetzen wollten. Für welche anderen Zwecke die 756 Millionen DM disponiert werden sollten, ist vorhin von Herrn Schauerte und auch vom Kollegen Stump vorgetragen worden.

Uns ging es darum, im Einzelplan 11 dafür zu sorgen, daß 20 Millionen DM für die Finanzierung der Rahmenvereinbarung mit der Deutschen Bundesbahn eingesetzt werden, weitere 20 Millionen DM für die Förderung nichtbundeseigener Eisenbahnen und 60 Millionen DM für die Förderung des Straßenbaus, insbesondere von Ortsumgehungen.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schultz zu?

(Dreyer (CDU): Ja!)

Wenn sie nicht zu lang ist, werde ich Ihnen eine Minute zugeben.

(B)

(Dreyer (CDU): Danke schön!)

- Herr Abg. Schultz, Sie haben das Wort.

Schultz (SPD): Herr Kollege Dreyer, ich mußte doch diesen Eindruck gewinnen, nachdem Ihr Kollege Doppmeier im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen den von Ihnen eingebrachten Antrag zur Reduzierung der Städtebaufördermittel überhaupt nicht kannte. Ist Ihnen das nicht bekannt gewesen, daß er gar nicht wußte, was Sie vorhatten?

Dreyer (CDU): Ich gehe davon aus, Herr Kollege Schultz, daß Sie einen völlig falschen Eindruck bekommen haben. Dies war ja in der Fraktion vorher so beschlossen worden.

(Lachen bei der SPD)

Ich möchte noch einmal sagen: Uns ging es vor allem eben auch darum, Ortsumgehungen stärker zu fördern. Angesichts der Witterung ist tatsächlich die Situation vorhanden, daß Baubeschleunigung stattfinden kann. Es wäre doch schlimm, wenn Baustellen liegenblieben,

weil nicht das Geld vorhanden ist, um die zügige Weiterführung tatsächlich in Angriff zu nehmen.

(C)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter! - Nunmehr hat für die Landesregierung der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Herr Matthiesen, das Wort.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung ist nicht nur grundgesetzlich, sondern auch politisch zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet. Deshalb ist die Landesregierung - das ist gar keine Frage - natürlich für diese Finanzhilfe des Bundes, die im übrigen auch anderen Bundesländern zugute kommt, wie Sie wissen, dankbar. Aber das hat mit Almosen und gnädigem Akt nichts zu tun, sondern das ist die grundsätzliche und grundgesetzlich verankerte Pflicht der Bundesregierung, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen.

So wie das für die Bundesregierung gilt, so gilt das auch für die Landesregierung innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen. Deshalb ist das vorgelegte Modell zur Verteilung der Strukturhilfemittel keine Benachteiligung der ländlichen Räume, wie Sie hier der Öffentlichkeit suggerieren wollen, sondern ein ausgeglichenes Modell, das alle Regionen unseres Landes, Städte und Dörfer umfaßt, weil die Landesregierung dem gesamten Land Nordrhein-Westfalen verpflichtet ist und dafür auch Politik macht.

(D)

Wenn hier nun über den Schwerpunkt Umweltschutz geredet wird, hört das ein Umweltminister natürlich gern. Nur er fragt sich, was Sie denn zu dieser plötzlichen Kehrtwendung bewegt hat.

(Dreyer (CDU): Wir sind schon lange für Umweltschutz.)

Wenn ich mir nämlich Ihren Antrag angucke, den Sie morgen beim Tagesordnungspunkt "Landesentwicklungsprogramm" stellen, und Ihnen diesen im Wortlaut vorlese, empfehle ich Ihnen dringend, eine Stelle in Ihrer Fraktion zu schaffen, die künftig Ihre Reden untereinander koordiniert, damit man Klarheit erkennen kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Hier heißt es nämlich - das Landesentwicklungsprogramm ist ja das Gesetz, das die politischen Perspektiven und Ziele der Entwicklung unseres Landes festlegt -:

(Minister Matthiesen)

- (A) Für die Landesplanung und Raumordnung müssen soziale, ökologische und ökonomische Ziele gleichgewichtig sein.

Wenn Sie diesen Maßstab, den Sie morgen in das Gesetz hineinschreiben wollen, heute bereits für Ihre Debatte gelten lassen, haben Sie zu dem ausgewogenen Konzept der ökologischen und ökonomischen Erneuerung der Landesregierung keine vernünftige Alternative zu bieten.

(Zustimmung bei der SPD)

Das hindert aber Herrn Schauerte nicht, sich hier noch hinzustellen und über den Flächenengpaß zu lamentieren, womit er in der Sache durchaus begrenzt Recht hat, sich gleichzeitig zum Sprachrohr der Freifläche zu machen und - was wir gerne hören - uns damit bestätigt, die wir immer gesagt haben: erst sanieren und dann Freifläche und nicht umgekehrt. Aber morgen stellen Sie einen Antrag zum Landesentwicklungsprogramm, in dem Sie den Satz der Landesregierung in dem Gesetzentwurf abändern wollen, der da lautet: "Dementsprechend ist der Sicherung und Entwicklung des Freiraums besondere Bedeutung beizumessen." Da sprechen Sie sich dafür aus, daß es durch eine andere Formulierung keine Ideologisierung des Freiraumschutzes geben darf. Was gilt denn nun?

(Zurufe von der CDU)

- (B) Was gilt denn nun? Ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, verehrter Herr Kollege Stump, ihre Reden wirklich vorher überprüfen zu lassen, damit man jedenfalls noch ein einheitliches Konzept in dem, was Sie politisch wollen, erkennen kann.

Das zweite, was ich sagen will: Man muß auch mit Ihnen über Ihr ordnungspolitisches Verständnis reden. Sie wissen, daß nach der Gemeindeordnung und nach anderen Gesetzen die Gemeinden unseres Landes prinzipiell verpflichtet sind, zum Beispiel die Investitionen im Abwasserbereich oder im Hausmüllbeseitigungsbereich aus Gebühren zu decken. Die Landesregierung weiß um den hohen Investitionsbedarf. Sie stellt im Landeshaushalt - nicht aus Strukturhilfemitteln - für die Abwasserbeseitigung für die nächsten zehn Jahre rund 4 Milliarden DM zur Verfügung, um den Gemeinden bei den großen Investitionen zu helfen, und sie stellt im Rahmen der Verteilung der Strukturhilfemittel für die wichtige Aufgabe der Kanalsanierung rund 3,4 Milliarden DM zur Verfügung.

Was wollen Sie denn nun? Wollen Sie ordnungspolitisch gelten lassen, daß auch der

Bürger als privater Verursacher irgendwo noch über angemessene Gebührenerhöhungen an den Umweltschutzinvestitionen beteiligt wird, oder wollen Sie dieses ordnungspolitisch richtige Prinzip außer Kraft setzen, indem Sie 100-%-Förderung der Gemeinden durchführen? Das kann keinen Sinn machen. (C)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir helfen den Gemeinden wesentlich, um auch notwendige Gebührenerhöhungen in der Zukunft sozial erträglich zu halten und zu gestalten. Daß das aber zu einer 100-%-Förderung ausarten darf, kann es nicht geben, weil Umweltschutz zum Nulltarif auch für unsere Bürger nicht zu haben ist. Das müssen wir laut und deutlich sagen.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Minister! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stump?

(Minister Matthiesen: Ja, mit dem größten Vergnügen!)

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Stump (CDU): Herr Minister! Da keiner hier im Saal davon ausgeht, daß eine hundertprozentige Förderung gewünscht ist, stimmen Sie mir aber dennoch zu, daß die Abwassergebühren, die in diesem Lande zur Zeit von den Bürgern in den Gemeinden verlangt werden - über 3 Mark, in vielen Fällen über 5 und 6 DM -, bereits längst eine angemessene Beteiligung der Bürger am Umweltschutz darstellen und daß das Land hier gefordert ist, mehr zu investieren und helfend einzuwirken, als jetzt mit den angesetzten Zuschußbeträgen von nur noch 20 bzw. 30 Prozent bewirkt werden kann? (D)

(Zustimmung bei der CDU)

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Ich stimme Ihnen zu; die Landesregierung beabsichtigt dies auch. Wir werden in den nächsten zehn Jahren aus Mitteln des Landeshaushalts rund 4 Milliarden DM an Zuschüssen zur Verfügung stellen, und wir werden - ausgehend von unterschiedlichen Lastzahlen, um den Problemen in den ländlichen Gebieten stärker Rechnung zu tragen - die Zuschüsse staffeln, wie Sie es auch wissen. Das ist das uns mögliche Modell einer wirksamen Hilfe.

Im übrigen arbeiten wir damit ein NRW-Gewässerschutzprogramm in der Größenordnung von 29 Milliarden DM für die nächsten zehn Jahre bei den Kommunen ab, 19 Milliar-

(Minister Matthiesen)

- (A) den DM für die Modernisierung von Kläranlagen, für Stickstoff- und Phosphatelimination und 10 Milliarden DM für die Kanalsanierung. Von der Industrie werden wir für die nächsten zehn Jahre ebenfalls 20 Milliarden DM einfordern müssen. - Mit insgesamt 50 Milliarden DM ist dies nun in der Tat das größte ökologische Umrüstungsprogramm, das es jemals in einem Bundesland in vergleichbarer Art gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Was den Immissionsschutz anbetrifft, sollten Sie künftig ein bißchen zurückhaltender sein. Sie wissen sehr genau, daß wir das Programm zur Entschwefelung mit einem Investitionsvolumen von 11 Milliarden DM abgeschlossen haben, daß wir jetzt beim Entstickungsprogramm mit einem Investitionsvolumen von 4 Milliarden DM sind und daß wir mit dann insgesamt 15 Milliarden DM Umrüstungsinvestitionen nur bei den Kohlekraftwerken ein Programm in einer zeitlichen Dichte und mit einer Zielrichtung abgewickelt haben, wie es das in Europa - ja, ich sage: weltweit - so noch nicht gegeben hat. Eine große umweltpolitische, technologiepolitische Leistung!

(Beifall bei der SPD - Hardt (CDU): Wer hat diese 15 Milliarden DM denn bezahlt? Sie als Minister?)

- (B) - Nein! Wissen Sie, wenn intelligente Umweltpolitik für die CDU nur darin besteht, Steuermittel in Anspruch zu nehmen, dann vernachlässigen Sie in schlimmer Weise das notwendige Verursacherprinzip in unserer Gesellschaft.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Hardt und Stump (CDU) - Dr. Pohl (CDU): Ein alter Rabulist!)

Das gilt im übrigen auch für das Problem der Altlasten. Sie wissen sehr genau, daß Nordrhein-Westfalen als altes Industrieland ein Riesenproblem zu bewältigen hat. Sie wissen, daß wir rund 12 400 Altstandorte und Altlasten registriert haben, von denen 10 % zum Teil oder voll sanierungsbedürftig sind. Wir haben vier Finanzierungsinstrumente:

1. Förderung aus dem Landeshaushalt für Kommunen, in denen Altlasten wichtige Rechtsgüter gefährden, nämlich Trinkwasser oder Leib und Leben oder Wohnbebauung.
2. Wir haben den Altlastensanierungsverband gegründet, der übrigens, Herr Kollege Stump, keine Steuermittel haben soll,

sondern der sich aus Lizenzgebühren speisen soll, die diejenigen aufzubringen haben, die uns die Menge des Sondermülls beschere, was ordnungspolitisch vernünftig ist. (C)

(Zustimmung bei der SPD)

3. Wir haben Altlastensanierung jetzt im Rahmen des Strukturhilfeprogramms.

4. Wir haben das dankenswerte Engagement des Bodenfonds und der LEG.

Mit diesen vier Instrumenten werden wir künftig noch stärker als bisher Fortschritte erzielen. Nur, eines können wir damit nicht - da ist nicht die Landesregierung gefordert, sondern da sind Sie wie andere auch gefordert -: Sanierungstechnologie vor Ort akzeptabel machen; denn alles, was Sie sagen, steht und fällt in der Realisierung mit einsetzbarer Entgiftungstechnologie.

(Zustimmung bei der SPD)

Solange Entgiftungstechnologie vor Ort als Vergiftungstechnologie diffamiert wird - auch unter Einbeziehung von politischen Parteien, die damit billige Parteitaktik betreiben - und sie auch daran beteiligt sind, ist Ihr Jammern über den Flächenengpaß nicht allzu glaubwürdig!

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

(D) Im übrigen lassen Sie sich noch einmal folgendes sagen: Die großen Konzerne oder Firmen, die über kontaminierte Grundstücke verfügen, würden lieber heute als morgen sanieren, wenn sie das Grundstück nach der Sanierung und dem Bezahlen der immer noch zu hohen Sanierungskosten noch vermarkten könnten. Das Problem sind Sanierungsverfahren, die noch zu teuer sind. Wenn wir sie aber billiger machen wollen, müssen wir mehr sanieren und mehr Konkurrenz in den Markt hineinbringen. Das wiederum hat die Akzeptanz und Unterstützung technologischer Notwendigkeiten durch alle Parteien vor Ort zur Voraussetzung.

(Zustimmung bei der SPD)

Es geht kein Weg daran vorbei. Deshalb kann ich abschließend nur sagen, daß der Schwerpunkt Umweltpolitik bei Ihnen nur eine taktische Variante ist. Sie ist ansonsten in Ihrer Konzeption bisher nicht erkennbar. Von daher fühlt sich die Landesregierung mit ihrem ausgewogenen Konzept der ökologischen und ökonomischen Erneuerung bei der Ver-

(Minister Matthiesen)

- (A) teilung der Strukturmittel auch durch diese Debatte mehr als nur bestätigt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über die beiden vorliegenden Änderungsanträge, Drucksachen 10/4155 und 10/4173, ab.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4155 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Der Antrag ist damit abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/4173 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Wer ihm entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4129 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen.

(B)

Die dritte Lesung des Gesetzentwurfs erfolgt, wie Ihnen bekannt ist, am Freitag.

Ich rufe jetzt Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Sicherung und Entwicklung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 10/3485

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Jugend und Familie  
Drucksache 10/4161

Mit der Drucksache 10/4161 liegt Ihnen die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Jugend und Familie vor, wonach der Antrag der Fraktion der CDU abgelehnt werden soll.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Frau Abg. Hieronymi von der Fraktion der CDU.

Frau Hieronymi (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Jugend

und Familie hat Ihnen empfohlen, den Antrag der CDU zur "Sicherung und Entwicklung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen" abzulehnen.

(C)

Es handelt sich um eine Grundsatzfrage der Jugendpolitik in unserem Lande. Und deshalb hält es die CDU für notwendig, daß wir hier im Plenum über diese, von der CDU als nicht richtig erachtete Ablehnung des Antrages miteinander sprechen.

Die SPD hat die Ablehnung des Antrags mit der im Bericht nachzulesenden Begründung versehen, sie sei der Meinung, daß den materiellen Anliegen des Antrages der CDU durch die Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1989 entsprochen worden sei.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wenn die SPD meint, wir würden vor lauter Begeisterung über die im Haushalt 1989 zusätzlich eingesetzten 20 Millionen DM für die offene und verbandliche Jugendarbeit diese Aktion automatisch für eine Sicherung und Weiterentwicklung der inhaltlichen Arbeit halten, dann irrt sie gründlich; denn nicht das Geld allein sichert die Jugendarbeit, sondern die Frage, wofür es ausgegeben wird.

(Heckelmann (SPD): Es schafft die Voraussetzung, Frau Kollegin!)

- Zusätzliche Förderungsmittel, Herr Kollege Heckelmann, können sogar zu einer außerordentlichen Gefährdung der offenen und verbandlichen Jugendarbeit in diesem Lande führen, wenn die Grundstrukturen der Förderung gleichzeitig geändert werden. Und genau das hat die SPD durch die Beschlüsse im Rahmen der Haushaltsberatungen und im Ausschuß getan.

(D)

Lassen Sie mich zunächst feststellen, in welchen Punkten wir übereinstimmen; denn ich bedaure es außerordentlich, daß es durch eine, wie ich finde, unzureichende fachliche Beratung im Ausschuß - einer Beratung, die auch die Träger der offenen und verbandlichen Jugendarbeit zu dem Zeitpunkt, als erste Beratungsunterlagen vorlagen, nicht mehr einbezogen hat - hier zu einer solchen jugendpolitisch kontroversen Diskussion kommt.

Übereinstimmend fordern wir und halten es für richtig, daß die Erhöhung der Mittel für die offene und verbandliche Jugendarbeit erreicht werden konnte. Nachdem in den letzten Jahren insgesamt 480 Millionen DM im Landesjugendplan Nordrhein-Westfalen gekürzt

(Frau Hieronymi (CDU))

- (A) worden sind, war dieser Betrag dringend überfällig.

Übereinstimmung herrscht auch in der Frage der notwendigen Flexibilität, die die Landesförderung erhalten muß, um den Anforderungen der Jugendarbeit vor Ort tatsächlich besser gerecht werden zu können, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

(Heckelmann (SPD): Das ist immerhin eine gute Erkenntnis!)

Übereinstimmung herrscht drittens darüber, daß den Kommunen eine größere Entscheidungskompetenz in der Jugendpolitik zukommen sollte, als sie sie bisher besitzen, um die Ortsnähe besser verwirklichen zu können.

In diesen drei Grundsatzpunkten haben wir eine grundsätzliche Übereinstimmung. Wir wären sehr froh, wenn sich dies auch in konkreten Beschlüssen niederschlagen könnte. Das ist leider nicht der Fall, und deshalb müssen wir die Diskussion heute führen. Wir müssen sie deshalb führen, weil die CDU nicht bereit ist, solchen Veränderungen zuzustimmen, die gleichzeitig die Grundlagen der bisherigen, bewährten Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen gefährden.

Ich möchte mich hier schwerpunktmäßig zu dem Bereich "Offene Türen" äußern; mein Kollege Gregull wird nachher zu dem Bereich der verbandlichen Arbeit Stellung nehmen.

- (B) Die SPD-Landtagsfraktion hat in der Zeit nach der ersten Beratung dieses Antrages hier im Plenum grundlegende Änderungen in der Förderung der offenen und verbandlichen Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Haushalt 1989 durchgeführt. Dies sind im wesentlichen folgende Änderungen:

Erstens: Durch § 10 a des Haushaltsgesetzes wurden die Kommunen für die Entscheidungen über die Förderung der offenen Jugendarbeit zuständig. Sie wurden dies unter Voraussetzungen, die an die Substanz offener Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen gehen. Erste Voraussetzung: Die Kommunen müssen sich in Zukunft zu zwei Dritteln an den Kosten der offenen Jugendarbeit beteiligen. Zweite Voraussetzung: Die Landesregierung spricht nur noch eine Bestandsgarantie für die bestehenden Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, d. h. die offenen Türen, die kleinen offenen Türen und die teiloffenen Türen, bis zum 31. Dezember nächsten Jahres aus. Danach gibt es für keine offene Tür in Nordrhein-Westfalen mehr eine Bestandssicherung für ihre Förderung durch das Land.

Zweitens: Die Zweckbindung bei der Förderung offener Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen wurde aufgehoben. Bisher wurden Einrichtungen der Offenen Tür durch den Landesjugendplan gefördert. Durch Beschluß der SPD wird es in Zukunft nur noch Betriebskostenzuschüsse an die offene Jugendarbeit geben, ohne jegliche Zweckbindung für die Einrichtungen der offenen Tür. - Beides sind wesentliche und grundlegende Änderungen der offenen Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen.

Dritter Punkt: Der Haushaltsansatz im Landesjugendplan für die offene Jugendarbeit in Höhe von 64 Millionen DM wurde um 8 Millionen DM erhöht. Meine Damen und Herren, mit diesen 8 Millionen DM hätten wir das erreicht, was Sie von der SPD vor einem Jahr noch gefordert haben: die Warteliste der Einrichtungen, die bisher nicht unter die Landesförderung fallen, abzubauen. 212 offene Türen in diesem Lande warten seit Jahren auf eine Landesförderung. Sie bräuchten einen Betrag von rund 8 Millionen DM, das heißt exakt denselben Betrag, der im Haushalt für die offene Jugendarbeit neu zur Verfügung steht. Wir sind froh, daß er zur Verfügung steht. Wir hielten es nur für notwendig, daß damit diesen Einrichtungen geholfen würde.

Und was haben Sie gemacht? Sie haben einen Teil dieser 8 Millionen DM, nämlich 1,8 Millionen DM, endlich zur Aufhebung der Wiederbesetzungssperre verwandt. Dazu hatten Sie unsere Zustimmung; das war für die Einrichtungen dringend notwendig. Sie haben dann aber die restlichen 6,2 Millionen DM, die erstmals zusätzlich für die offene Jugendarbeit zur Verfügung standen, nicht den Einrichtungen, die darauf warten, nämlich den offenen Türen, zur Verfügung gestellt, sondern Sie haben einen entsprechenden Antrag der CDU, die Warteliste abzubauen, abgelehnt.

Sie wollten mit diesen zusätzlichen Haushaltsmitteln neue Einrichtungen, die bisher nicht in die Förderung des Landes aufgenommen werden konnten, berücksichtigen. Das bedeutet exakt das, was wir bei der ersten Beratung hier im Landtag gesagt haben: Ihnen geht es nicht um die Sicherung und Weiterentwicklung der Jugendarbeit in den offenen Türen in unserem Lande, um den Abbau der Warteliste, um die Stärkung der Einrichtungen offener Jugendarbeit, die darauf warten, sondern Ihnen geht es um etwas ganz anderes. Sie wollen völlig neue Förderungsbereiche in unserem Lande ermöglichen. Sie wollen, daß soziokulturelle Arbeit stärker gefördert wird als bisher. Darüber können wir sehr gern reden. Aber wir kön-

(C)

(D)

(Frau Hieronymi (CDU))

- (A) nen nicht darüber sprechen, wenn dies zu Lasten der bestehenden Einrichtungen geht, die dringend auf eine Landesförderung warten.

Sie haben dann ohne Beratung im Ausschuß mit den Trägern entschieden, daß wir nicht - wie im Ausschuß einvernehmlich beschlossenen - Richtlinien für die Vergabe dieser zusätzlichen Mittel erarbeiten, sondern daß dieses Geld möglichst schnell verausgabt werden soll, bevor diese Richtlinien, die zur Zeit vom Ministerium in Verbindung mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Arbeitsgemeinschaft offener Türen in Nordrhein-Westfalen erarbeitet werden, im Ausschuß beschlossen worden sind, damit die Offenen Türen in unserem Land nur ja nicht an dieses Geld, das sie ziemlich genau in dieser Größenordnung brauchen, herankommen.

(Zurufe von der SPD)

- (B) Deshalb stimmen wir in grundlegenden Fragen nicht überein. Wir möchten insbesondere den jungen Menschen in unserem Lande, die sich mit hohem beruflichen und ehrenamtlichem Engagement in unseren Offenen Türen einsetzen, sagen, daß wir als CDU ihnen gern helfen wollten und daß dies von der SPD abgelehnt worden ist. Denn Sie von der SPD haben beschlossen, daß in Zukunft nur solche Einrichtungen gefördert werden können, die bisher keine öffentlichen Mittel - von den Kommunen und auch vom Land - bekommen haben. Das heißt: Alle kleinen offenen Türen, alle teiloffenen Türen, die bis jetzt versucht haben, die unzureichende Landesförderung durch ehrenamtliches Engagement aufzufangen, fallen aus dieser Förderung heraus. Alle unsere kleinen offenen Türen in Nordrhein-Westfalen haben heute schon eine öffentliche Förderung, nämlich da, wo die Kommunen für ausgefallene Landesmittel eingesprungen sind. Diese Einrichtungen berücksichtigen Sie bei den neuen Haushaltsmitteln, die zur Verfügung stehen, nicht.

Berücksichtigt werden können auch nur solche Einrichtungen - neue Einrichtungen, bisher nicht geförderte Einrichtungen -, bei denen die Kommunen bereit sind, zwei Drittel des Förderungsbetrages aus kommunalen Geldern aufzubringen.

Wir haben deshalb folgende Situation. Wir haben Einrichtungen, die bisher in Erwartung endlich kommender Landesmittel aus kommunalen Mitteln gefördert wurden. Diesen Einrichtungen kann jetzt nicht geholfen werden. Statt dessen sollen neue Einrichtungstypen, die bisher keinerlei Förderung erhalten haben, mitten im Haushaltsjahr 1989 gefördert

- (C) werden, wobei die Kommunen dann über einen Nachtragsetat - oder wie auch immer - auf einmal zwei Drittel der Kosten auf den Tisch legen sollen.

Meine Damen und Herren von der SPD, das wird zu deutlichen und schwerwiegenden Verschiebungen in den Jugendhilfeeats der Kommunen führen, weil die Kommunen das Geld, das ihnen das Land jetzt abpressen will, irgendwoher nehmen wollen. Ich denke, Sie wissen es selbst genau: Dies kann keine Kommune zusätzlich leisten, sondern diese Forderung des Landes, zusätzliche Einrichtungen, die bisher nicht gefördert worden sind, im laufenden Haushaltsjahr 1989 in Höhe von zwei Dritteln der Kosten über einen Nachtragsetat zu fördern, geht an die Substanz der bisherigen Jugendhilfeförderung in unseren Kommunen.

Deshalb hat ja auch schon der Städte- und Gemeindebund der Regelung, die Sie beschlossen haben, mit aller Entschiedenheit widersprochen. Er hat gesagt, daß diejenigen Kommunen, die bisher schon Landesmittel vorfinanziert haben, jetzt bestraft werden, weil sie die neuen Landesmittel nicht in Anspruch nehmen können. Die Kommunen, die bisher nichts oder nicht ausreichend gefördert haben, werden durch diese Lösung, die Sie vorsehen, jetzt bevorzugt.

- (D) Meine Damen und Herren, Sie können der Meinung sein, daß diese massive Änderung und Gefährdung der offenen Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen richtig ist. Sie können das so wollen, weil Sie andere Jugendarbeit wollen. Sie können aber nicht sagen, daß damit unser Antrag erledigt ist.

Ich möchte Ihnen das aus der Vielfalt der Forderungen, die in unserem Antrag stehen, nur an zwei Beispielen deutlich machen.

Die CDU fordert, daß die Landesregierung allen Bestrebungen eine Absage erteilt, die den Landesjugendplan als sinnvolles Instrument der Jugendpolitik aushöhlen und inhaltlich zugunsten soziokultureller und schulischer Angebote verändern wollen. Meine Damen und Herren! In ihren Beschlüssen hat die SPD die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der Landesjugendplan nicht mehr wie bisher die grundsätzlichen Förderungsstrukturen offener Jugendarbeit vorgibt, indem er z. B. die Einrichtungsarten nennt, sondern nur noch ganz allgemein festlegt: "Gefördert wird offene Jugendarbeit".

Damit ist offenbar, daß die SPD das inhaltliche Steuerungsinstrument der Jugendpolitik des Landes aushöhlt. Kleinkarierte bürokratische

(Frau Hieronymi (CDU))

- (A) tische Vorschriften, wie groß mindestens die Teeküche sein muß oder wie hoch das Fenster im Obergeschoß sein muß, wie es heute der Fall ist, wollte niemand von uns. Aber die Frage, ob es nur noch "offene Jugendarbeit" heißt oder ob wir sehr klar vorgeben, wie die grundlegenden Strukturen offener Jugendarbeit in unserem Lande sein sollten - in Fortführung, Sicherung und Weiterentwicklung der bisherigen Einrichtungen der offenen Tür in Nordrhein-Westfalen -, das ist sehr wohl die Alternative. Deshalb ist das, was Sie beschlossen haben, eine Aushöhlung des Landesjugendplanes. Genau das, was wir befürchtet und in unserem Antrag beschrieben haben, ist durch die von Ihnen herbeigeführte Beschlußlage eingetreten.

Zweiter Punkt: Im Antrag der CDU wird die Landesregierung aufgefordert, den Landesjugendplan als wirkungsvolles Instrument der Landesjugendpolitik zu nutzen, um damit der jugendpolitischen Verantwortung des Landes gerecht zu werden und sie nicht auf die Kommunen abzuwälzen. Auch hier ist genau das eingetreten, was wir befürchtet haben. Sie haben zwar die Mittel im Landesjugendplan für die offene Jugendarbeit um 8 Millionen von 64 auf 72 Millionen DM erhöht; Sie haben aber für die bestehende Förderung der 64 Millionen DM nur eine sehr begrenzte Bestandssicherung ausgesprochen, nämlich bis zum Ende nächsten Jahres.

(Dr. Farthmann (SPD): Ja, das ist meistens so.)

- (B) Bezüglich der Förderung, die durch die zusätzlichen 6,2 Millionen DM erfolgen soll, und bezüglich der Förderung, die ab 1991 generell erfolgen soll, stehlen Sie sich aus der landespolitischen Verantwortung und wälzen sie auf die Kommunen ab, weil Sie den bisher schon außerordentlich hohen Finanzanteil der Kommunen durch Ihre Beschlüsse noch deutlich erhöhen.

Heute schon haben wir in der offenen Jugendarbeit einen Anteil der kommunalen Förderung in Höhe von 53 %, eine Förderung des Landes in Höhe von 33 % und einen Eigenanteil der Träger in Höhe von 14 %. Meine Damen und Herren, die neuen Maßnahmen im Jahre 1989 und die offene Jugendarbeit insgesamt ab dem 1. Januar 1991 fördert das Land nur unter der Voraussetzung, daß die Kommune mindestens das Doppelte der Förderung des Landes selbst erbringt. Das heißt, wir werden in Zukunft - und für die zusätzlichen Haushaltsmittel schon dieses Jahr - eine Zweidrittelförderung durch die Kommunen haben müssen und eine Eindrittelförderung durch das Land. Nur unter diesen Voraussetzungen

ist das Land überhaupt noch bereit, die Mittel für die offene Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen zu verausgaben. (C)

Meine Damen und Herren, wenn dies nicht genau das ist, was wir gesagt haben - nämlich das Abwälzen der jugendpolitischen Verantwortung in immer stärkerem Maße auf die Kommunen -, dann weiß ich es nicht.

Fragen Sie vielleicht einmal die Kämmerer oder die Jugendamtsleiter, die Ihnen das ja schon über die Landschaftsverbände im Rheinland und in Westfalen in aller Deutlichkeit gesagt haben! Die Kommunen werden in Zukunft mit einer Finanzierung der offenen Jugendarbeit belastet, die dazu führt, daß der Konkurrenzdruck innerhalb der offenen und der verbandlichen Jugendarbeit in den Kommunen immer stärker wird. Die Möglichkeit für Einrichtungen und Verbände, aus kommunalen Mitteln gefördert zu werden, wird immer schwieriger, weil sich das Land durch diese jetzt vorgesehene veränderte Zuständigkeit, durch die veränderten Förderungszwecke und die verringerte Landesförderung im Verhältnis zur heutigen Landesförderung gegenüber den Kommunen

(Heckelmann (SPD): So ein Quatsch!)

aus der landespolitischen Verantwortung, wie befürchtet, herausgezogen hat.

Meine Damen und Herren von der SPD und auch von der F.D.P., wenn Sie dem wie im Ausschuß folgen wollen, dann können Sie dies tun! Für uns ist dies eine so grundlegende Veränderung der Förderungsstruktur der Jugendarbeit in unserem Lande, daß wir darüber ausdrücklich eine Debatte und eine Abstimmung im Plenum herbeiführen möchten. (D)

(Beifall bei der CDU - Heckelmann (SPD): Frau Kollegin, das ist eine Verdrehung der Tatsachen wider besseres Wissen! Aber haargenau!)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Hilgers für die Fraktion der SPD.

Hilgers (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU-Fraktion wurde mit dem Bemerkung gestellt, das Land steige aus dem Landesjugendplan und aus der Förderung der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen aus. Kurze Zeit später, nachdem Sie das hier so begründet haben, haben wir Ihnen das Gegenteil bewiesen. Wir haben den Landesjugendplan um 18 Millionen DM erhöht, 8 Millionen DM mehr für die offene Jugendarbeit, 10 Millionen DM mehr für die verbandliche Jugendarbeit. Wir haben Ihnen also

(Hilgers (SPD))

- (A) das völlige Gegenteil von dem bewiesen, was Sie uns unterstellt haben. Das ist der erste Sachverhalt.

Der zweite Fakt, Frau Kollegin Hieronymi, ist, daß wir bei der offenen Jugendarbeit die Entscheidungsfreiheit der Kommunen wollen. Wir wollen Innovation in der offenen Jugendarbeit, Weiterentwicklung. Dafür wollen wir den Kommunen Geld geben.

(Zuruf der Frau Abg. Hieronymi (CDU))

Ein Begriff wie die Bestandssicherung ist einfach innovationsfeindlich, weil er nämlich daran hindert, neue Einrichtungen zu errichten und andere, die vielleicht nicht mehr gebraucht werden, entsprechend zu verändern oder abzubauen. Sich den Aufgaben zu stellen heißt, daß man auch Bestände in Frage stellen können muß.

(Zuruf der Frau Abg. Hieronymi (CDU))

Es ist nicht unsere Aufgabe - das ist unsere Position -, sondern es ist Aufgabe der Städte und Gemeinden selbst.

Sie haben einen Fehler im Denkansatz hier offen zutage treten lassen, als Sie bei all Ihren Kalkulationen ständig einrichtungsbezogen und nicht jugendamtsbezogen dachten: Das Förderverfahren ab 1990 in diesem Land wird sich nicht auf eine konkrete Einrichtung beziehen, sondern auf die Jugendämter, die dann die Mittel selbst verteilen. Das ist der entscheidende Punkt.

(B)

Wenn Sie dann von Finanzierungsquoten pro Einrichtung sprechen, ist das einfach sachlich falsch. Alle Zahlen, die da genannt sind, beziehen sich auf die Gesamtmittel der offenen Jugendarbeit in den Kommunen. Eine Umfrage hat ergeben,

(Frau Hieronymi (CDU): Nein!)

daß wir bei dem Verhältnis eins zu zwei wahrscheinlich unter dem liegen, was Städte und Gemeinden heute schon aufbringen. Sie bringen mehr als das Doppelte dessen auf, was das Land für diese Zwecke aufwendete.

(Frau Hieronymi (CDU): Ja!)

Es war nicht unsere Absicht, kommunale Mittel durch Landesmittel zu ersetzen, sondern es war unsere Absicht, mit neuen Mitteln neue Jugendarbeit zu fördern. Das ist der entscheidende Punkt. Wir wollten mehr offene Jugendarbeit und nicht eine Verlagerung beim staatlichen Förderungsprozeß, daß dann anstatt der Kommunen das Land die

Mittel aufbringt. Das war nicht die Absicht. Deswegen gibt es einige Sicherungsmaßnahmen, die Sie hier falsch beschrieben haben. Aber im Prinzip gibt es sie.

(C)

Nun will ich Ihnen sagen: Es gibt einen berechtigten Vorwurf, den man der SPD-Fraktion und der Landesregierung hier machen kann. Das ist nämlich der, daß wir uns seit Juli 1988 nicht in fünf, nicht in zehn, nicht in zwanzig, sondern in viel mehr Sitzungen - Arbeitskreis, Ausschuß, Gespräche mit AGOT, mit jedem Verband mehrmals einzeln - mit der Sache beschäftigt haben. Wir haben hier eine sehr umfassende demokratische Beteiligung aller gemacht. Das ist also genau das Gegenteil von dem, was Sie behauptet haben.

(Bensmann (CDU): Stimmt nicht!)

Wir haben eine Anhörung im Ausschuß gemacht. Wir haben jeden in diesen Entscheidungsprozeß einbezogen, den man nur einbeziehen kann, und das nicht nur einmal, sondern so oft, daß es uns nicht mehr gelungen ist, dieses neue Förderverfahren am 1. Januar 1989 komplett in Kraft treten zu lassen.

(Zuruf der Frau Abg. Hieronymi (CDU))

Wir haben vor lauter Beteiligung aller Betroffenen die notwendige Frist zum Haushaltsjahr 1.1.1989 nicht einhalten können und müssen jetzt die neuen Mittel nach dem neuen Verfahren verteilen und die alten Mittel nach dem alten Verfahren, weil die schon rechtlich bewilligt waren. Das ist die Situation.

(D)

Wenn Sie sagen, wir hätten die Träger nicht beteiligt, spricht das schon dem Ablauf des Verfahrens hohn. Das ist einfach nicht so.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege, entschuldigen Sie, daß ich Sie unterbreche. Lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Bensmann zu?

Hilgers (SPD): Nein, Herr Präsident, ich will jetzt zum Schluß kommen.

(Zuruf des Abg. Bensmann (CDU))

Das ist eine Diskussion, die schon solange geht, daß es - das muß ich Ihnen echt sagen - einem schwerfällt, alles hundertmal herunterzubeten. Ich habe das schon so oft zu diesem Thema gesagt, daß es mir wirklich schwerfällt, daß hier zum hundertdreißigsten Male zu sagen.

(Bensmann (CDU): Wenn es dadurch doch richtiger wäre!)

(Hilgers (SPD))

- (A) Also, ich komme zum Schluß. Ihr Antrag ist in allen Teilen durch die Realität überholt. Wir haben viel mehr getan, als Sie von uns verlangt haben. Wir haben die Jugendarbeit nicht nur gesichert, wir haben Sie ausgebaut. Wir haben der offenen Jugendarbeit neue Entwicklungschancen gegeben, und wir werden deswegen Ihren Antrag als völlig überholt hier im Plenum ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort dem Herrn Abg. Reichel für die Fraktion der F.D.P.

Reichel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der CDU-Fraktion behandelt die offene und die verbandliche Jugendarbeit. Ich will mich zu beiden Themenkomplexen äußern und natürlich den Schwerpunkt auf die derzeitige Diskussion setzen, die wir auch im Ausschuß über die offene Jugendarbeit geführt haben.

Ich kann, soweit dieser Antrag offene und verbandliche Jugendarbeit als unverzichtbare Aufgabe der Landespolitik herausstellt - und das ist ja der wesentliche Satz in Ihrer Präambel -, diesen Antrag unterschreiben, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Ich kann ihn schon deshalb unterschreiben, weil es uns, denke ich, gemeinsam große Sorgen bereiten muß, wie stark der Zulauf gerade von Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen, von Schülern aus Nordrhein-Westfalen zu den neuen rechtsextremen Gruppen ist.

(B)

Ich denke, daß die Aufgabe von Jugendpolitikern angesichts dieser Situation nicht erst damit beginnt, die Jugendverbände zu stärken - was wir selbstverständlich tun müssen -, sondern daß sie bereits damit beginnt, in den eigenen Parteien dafür zu sorgen, daß rechte Tendenzen keine Chance haben. Jede Partei, die jetzt in der Hoffnung auf rechte Wählerstimmen an dumpfe ausländerfeindliche Affekte appelliert, baut Jugendlichen geradezu eine Brücke zu den Republikanern und zur NPD, wie man in Frankfurt gesehen hat.

(Zustimmung bei F.D.P. und SPD)

Mit rückwärtsgewandten Sprüchen, die Jugendlichen das Gefühl vermitteln, ganz so schlimm seien die Thesen der neuen Rechten doch gar nicht, begehen wir als Jugendpolitiker meiner Meinung nach einen außerordentlich schwerwiegenden und langwirkenden Fehler.

Die junge Generation in der Bundesrepublik ist in einen nie dagewesenen Wohlstand

hineingeboren worden, und diesen Wohlstand, meine Damen und Herren, verdanken wir in allererster Linie unserem Handel mit anderen Völkern. Das ist also überhaupt kein Grund für Ausländerfeindlichkeit. Ich sage das im Rahmen dieser Debatte, weil es nämlich eine ganz zentrale Aufgabe der Jugendverbände in Nordrhein-Westfalen ist, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen.

(C)

(Allgemeiner Beifall)

Die Jugendverbände sollen vornehmlich ja den engagierten Jugendlichen Grundlagen unserer Gesellschaft vermitteln: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Fairneß, Toleranz. Wenn das so ist, dann heißt das natürlich, daß neue Herausforderungen an die Gesellschaft, Probleme, die die Gesellschaft zu lösen hat, auch immer zu der Frage führen: Wie gut vorbereitet sind eigentlich diejenigen in der Jugendarbeit, die dann an der Lösung dieser Probleme mitwirken? Wie gut vorbereitet sind sie auf die Fragen, die sie von jungen Menschen gestellt bekommen? Damit sind wir beim Thema "Weiterbildung" für die ehrenamtlichen und die hauptamtlichen Mitarbeiter in der Jugendarbeit.

Ich will das einmal an einem Beispiel deutlich machen. Derjenige, der eine Gruppe junger Sportler zu betreuen hat, soll ja nicht nur dem einzelnen dazu verhelfen, seine Sprungleistung von 1,70 m auf 1,78 m zu steigern, sondern der soll den Jugendlichen im Verein auch erläutern können, was denn dahintersteckt, wenn ans Vereinsgebäude der Spruch "Ausländer raus!" gesprüht wird. Er soll mit ihnen doch von einer gut informierten, vernünftigen Grundlage aus darüber reden können.

(D)

Da der genannte Betreuer in aller Regel ein ehrenamtlicher ist - was ja auch so sein soll; denn wir wollen doch das ehrenamtliche Engagement stärken -, stellen sich hier Fragen an die Weiterbildung der Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit. Wer ehrenamtliches Engagement stützen will - und das wollen wir -, der darf Ehrenamtliche nicht mit neuen Aufgaben alleinlassen. Ich habe den Eindruck, daß wir die Weiterbildungsanstrengungen für ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendarbeit qualitativ verbessern müssen.

(Zustimmung der Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.))

Darüber hinaus müssen wir uns, so denke ich, einmal aufgabenkritisch mit dem Verhältnis hauptamtlicher auf der einen und ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Jugendverbandsarbeit auf der anderen Seite be-

(Reichel (F.D.P.))

- (A) beschäftigen. Das entscheidende Kriterium ist für mich dabei: Wie groß ist der Multiplikatoreffekt beim einzelnen Hauptamtlichen? Wieviel ehrenamtliches Engagement bewirkt eigentlich der einzelne Hauptamtliche in welchem unserer Verbände? Ich habe den Eindruck, daß unsere Verbände sehr unterschiedlich attraktiv und sehr unterschiedlich von Jugendlichen nachgefragt sind und daß die Berücksichtigung der einzelnen Verbände, was hauptamtliche Mitarbeiter anbelangt, nicht immer mit der Attraktivität, die dieser Verband für Jugendliche hat, und mit den Möglichkeiten korrespondiert, eine entsprechende Anzahl Jugendlicher zu erreichen. Wir müssen uns meines Erachtens im Blick auf diesen Multiplikatoreffekt aufgabenkritisch mit den hauptamtlichen Mitarbeitern in der Jugendarbeit beschäftigen.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ich halte nichts von Ihrer Forderung, die Einrichtungen der Jugendarbeit, wie Sie schreiben, zeitgerecht und bedarfsorientiert auszustatten. Ich halte diese Forderung nicht für seriös. Wer meint, bei der Ausstattung öffentlich finanzierter Jugendfreizeitstätten mit dem privaten Freizeitmarkt mithalten zu können, der sagt nicht die Wahrheit. Und wenn er es versucht, kämpft er letztlich gegen Windmühlenflügel.

- (B) Unsere Position war schon im Herbst vergangenen Jahres, als Sie diesen Antrag eingebracht haben - Sie erinnern sich, daß wir darüber hier auch eine Kontroverse hatten -, die Jugendverbände aus eigenen Einrichtungen herauszuholen und sie in den Stand zu setzen, ihre Veranstaltungen in Einrichtungen der nordrhein-westfälischen Gastronomie durchzuführen, die ja inzwischen auf ganz unterschiedliche Aktivitäten eingestellt ist, auch auf Aktivitäten der Jugendverbände.

Wir halten das für den richtigeren Weg, als sich der Illusion hinzugeben, Jugendfreizeitstätten, die den Jugendverbänden selbst gehören, jeweils auf den neuesten Stand der Technik bringen zu können. Das können wir gar nicht. Da ist einfach der private Markt schneller.

Wir wollen, daß die Nachfragemacht der Jugendverbände - und wenn sie alle aus den eigenen Einrichtungen hinausgingen, würden sie eine solche Macht darstellen - die Angebote, die Jugendlichen auf dem privaten Freizeitmarkt gemacht werden, qualitativ verbessert. Das ist unsere Hoffnung. Das ist der Weg, den wir für richtig halten.

Die Kernfrage aber ist die der offenen Jugendarbeit. Der Nordrhein-Westfälische

Städte- und Gemeindebund hat in seiner Zuschrift vom August vergangenen Jahres an alle Fraktionen für meine Begriffe richtigerweise festgestellt, daß das im Moment wohl das Kernproblem der Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen ist. In diesem Punkt halten wir den Antrag der CDU-Fraktion für enttäuschend. Deshalb können wir ihm auch letztlich nicht zustimmen. Die Probleme der offenen Türen lassen sich nicht einfach damit zusammenfassen, daß zuwenig Geld da sei.

Wir haben nicht einfach zu wenige Einrichtungen. Wir haben zu wenige Einrichtungen, wo Jugendliche tatsächlich hingehen. Wir haben nämlich eine ganze Menge Einrichtungen, meine Damen und Herren, in die nur noch die hauptamtlichen Mitarbeiter gehen, aber die Jugendlichen nicht mehr. Die Probleme lassen sich nicht auf den Nenner bringen, es sei schlicht zuwenig Geld da. So einfach ist das nicht.

Wir brauchen in erster Linie Veränderungen im Kreise der Empfänger. Wir brauchen neue Entscheidungsstrukturen, die diese Veränderungen herbeiführen, und die Entscheidungsstrukturen, die solche Veränderungen am wirkungsvollsten, am effektivsten und im Blick auf die, die wir erreichen wollen, auch am besten erfüllen, können nur darin liegen, daß vor Ort die Entscheidung darüber fällt, welche Jugendeinrichtung angeboten wird.

Es ist nun einmal eine Tatsache, daß das Angebot für Jugendliche in Bad Godesberg anders auszusehen hat als in Wanne-Eickel oder Herne. Es hat anders auszusehen in einem bürgerlichen Vorort von Düsseldorf als in einem Arbeiterstadtbezirk. Wir müssen doch bedarfsgerechte Angebote schaffen. Wer kennt die eigentlich besser als die vor Ort tätigen Kommunalpolitiker? Ich halte es daher für falsch, am Einheitsmuster nach dem Düsseldorfer Arbeits- und Gesundheitsministerium festzuhalten. Geben wir Spielraum in die Kommunen!

Da sich die F.D.P.-Fraktion mit der Mehrheitsfraktion in diesem Hause in dieser Frage einig ist, was diese Tendenz anbelangt, sind wir natürlich in zweierlei Hinsicht enttäuscht von der tatsächlichen Politik der Mehrheitsfraktion dieses Hauses. Einen Punkt hat der Kollege Hilgers bereits angesprochen. Wir diskutieren seit Mitte letzten Jahres darüber, daß es sinnvoll ist, dezentrale Entscheidungen zu treffen. Wir haben seit 1982 einen Projektgruppenbericht aus dem Bereich der Landschaftsverbände vorliegen, der ja auch in diese Richtung weist - über Details kann man sich streiten -; aber wir sind auch in diesem Jahr noch nicht in der Lage gewesen, Konse-

(C)

(D)

(Reichel (F.D.P.))

- (A) quenzen im Hinblick auf den Löwenanteil der Haushaltsmittel zu ziehen. Das heißt, der Löwenanteil der Haushaltsmittel für offene Jugendarbeit wird in diesem Jahr, im Jahre 1989, nach Richtlinien vergeben, die wir gemeinsam für veraltet halten. Das ist ein außerordentlich unbefriedigender Zustand. Wir hätten uns hier ein etwas schnelleres Vorgehen und schnellere Konsequenzen aus richtigen Überlegungen seitens der SPD-Fraktion gewünscht.

Das zweite - und das verschärft das Problem - ist, daß Sie in diesem Jahr anhand von, wie Sie sagen, Eckpunkten zur Förderung von Jugendeinrichtungen eine freie Spitze, also die Aufstockungsmittel, nach neuen Kriterien vergeben wollen. Bis dahin ist das in Ordnung. Doch daß Sie die neuen Kriterien nur anwenden und die zusätzlichen Mittel nur zufließen lassen wollen, wenn es sich um neue Einrichtungen handelt, das halte ich für einen Bruch mit der Zielsetzung, durch dezentrale Entscheidungen zu besseren Angeboten zu kommen.

(Heckelmann (SPD): Das ist ganz richtig! - Zuruf des Abg. Bensmann (CDU))

- (B) Durch eine solche Konzentration nur auf neue Einrichtungen werden ja diejenigen bestraft, die in der Vergangenheit bereits attraktive Angebote für Jugendliche geschaffen haben. Daß das haushaltsrechtlich nicht anders geht, Herr Bensmann, ist völlig klar, aber das korrespondiert ja mit dem Punkt, den ich eben kritisiert habe. Wenn man sich rechtzeitig überlegt hätte, wann welche Entscheidung zu treffen wäre, dann wäre dieser Bruch nicht aufgetreten. Jetzt ist er da, und ich halte es für bedauerlich, daß er da ist. Es werden diejenigen Kommunen bestraft, die bereits früher als der Landtag darüber nachgedacht haben, wie eigentlich zeitgerechte Angebote für Jugendliche aussehen. Das halte ich für bedauerlich.

Ich bin, meine Damen und Herren, auch ein bißchen verärgert darüber, daß in der Beschlußempfehlung, die uns heute vorliegt, diese Position, die ich auch im Ausschuß schon erläutert hatte, nicht auftaucht. Und daß die Position der F.D.P. in der Beschlußempfehlung überhaupt unzutreffend verkürzt ist, das habe ich dem Ausschußvorsitzenden auch schriftlich mitgeteilt. Ich stelle das deshalb hier noch einmal in der Ausführlichkeit so dar.

Meine Damen und Herren, ich will die Positionen meiner Fraktion noch einmal kurz zusammenfassen, so wie sie auch aus dem Entschließungsantrag, den wir im Rahmen der

- Haushaltsberatungen gestellt hatten - Drucksache 10/3893 -, hervorgehen: (C)

Erstens. Wir wollen mehr Entscheidungs- und Verantwortungsspielraum vor Ort, um flexibler zu sein, Trends und Bedürfnisse in der Jugendszene, die sich ständig ändert, sinnvoll aufzugreifen.

Zweitens. Wir wollen diesen Entscheidungsspielraum dauerhaft sichern durch eine entsprechende gesetzliche Grundlage. Da ist das GFG nur eine sehr unbefriedigende Grundlage, weil es ja jedes Jahr neu verabschiedet wird. Zwar ist es formell gesehen ein Gesetz, aber doch eines, was keine dauerhafte Investitionssicherheit gibt. Das wäre natürlich alles dann etwas leichter, wenn Sie dem Vorschlag meines Kollegen Dr. Riemer vor zwei Jahren zugestimmt hätten, hier Gemeindefinanzierungsrahmengesetze zu schaffen, um wenigstens für einen Zeitraum von fünf Jahren Planungssicherheit für die Kommunen zu schaffen.

Drittens. Da schon heute - das auch an Sie, Frau Kollegin Hieronymi - der größte Teil der Mittel für offene Kinder- und Jugendarbeit, wie wir wissen, aus den Kommunen kommt, haben wir überhaupt keine Angst vor den Entscheidungen, die dort in den Kommunen fallen. Wenn die offene Kinder- und Jugendarbeit nun ein zentraler Bereich der kommunalen Selbstverwaltung ist, dann haben wir keine Angst vor Entscheidungen, die dort in der Sache getroffen werden. Wir wollen daher die Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen auch nicht dadurch konterkariert sehen, daß ein entsprechend verschärfter Eingriffsmechanismus für das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales geschaffen wird für den Fall, daß einem die Entscheidungen in den Kommunen dann nicht gefallen. Wir haben Vertrauen in die Selbständigkeit der Kommunen, die vor Ort richtigen Entscheidungen zu treffen. (D)

Viertens. Wir halten einen obligatorischen Freizeitstättenbedarfsplan nicht für nötig. Wir sind der Auffassung: In allen Städten und Gemeinden erfolgt eine stetige Bedarfsanalyse im Rahmen der Jugendhilfeplanung.

Es reicht daher aus unserer Sicht aus, Jugendfreizeitstättenplanung - in welcher Form auch immer - vorzuschreiben; wir brauchen hier nicht auf ein bestimmtes Instrument zu gehen.

Fünftens. Wir brauchen eine neue Aufgabendefinition für die Landesjugendämter. Wenn die Entscheidungen zukünftig stärker vor Ort fallen sollen - und das ist unser Wunsch -

(Reichel (F.D.P.))

- (A) dann werden natürlich Kapazitäten in den Landesjugendämtern frei, die entweder abgebaut oder umgeleitet werden können - letzteres ist für meine Begriffe wirklich einen klugen Gedanken wert -, umgeleitet werden in eine qualifizierte und fachkompetente Beratung der örtlichen Jugendämter, um der Befürchtung vorzubeugen, daß vor Ort keine sachgerechten Entscheidungen fallen können.

Wie gesagt, wir haben diese Befürchtung nicht. Aber wenn man die Aufgabenstellung für die Landesjugendämter in bestimmten Bereichen so umgestaltet, daß fachkompetente Beratung in Zukunft noch stärker für die örtlichen Jugendämter zu leisten ist, dann, denke ich, kann man überhaupt keine Befürchtung mehr haben, daß vor Ort Entscheidungen fallen, die uns als Landesgesetzgeber, als Haushaltsgesetzgeber und damit demjenigen, der für das Geld zuständig ist, nicht gefallen könnten.

All diese Ansätze, meine Damen und Herren, sind in dem Antrag der CDU-Fraktion leider nicht berücksichtigt. Es geht den Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion - Frau Hieronymi hat es auch sehr deutlich gesagt - offenbar stärker um Besitzstandswahrung. Ich bin allerdings der Meinung, meine Damen und Herren, daß Besitzstandswahrung in der Jugendpolitik kein erstrebenswertes Ziel ist.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

- (B) Ich halte es gerade in diesem Bereich für notwendig, sich den sehr schnell wandelnden Bedürfnissen Jugendlicher sinnvoll anzupassen, statt vorhandene Einrichtungen zu schützen; die müssen sich da dem entsprechenden Wettbewerb stellen.

Letzter Punkt: Wir haben Frau Hieronymis Äußerungen und auch dem Antrag der CDU-Fraktion entnehmen können, daß Sie offensichtlich große Befürchtungen haben, was die Ausweitung soziokultureller Zentren zu Lasten von offenen Jugendeinrichtungen angeht.

Wir teilen diese Befürchtung nicht, schon deshalb nicht, weil im Vordergrund stehen muß, daß es in den Kommunen kommunikative Zentren, kommunikative Orte gibt, wo auch Jugendliche hingehen, unter anderem soziokulturelle Zentren. Die Jugendlichen gucken ja nicht nur auf das, was am Eingang steht, sondern darauf, ob eine solche Einrichtung attraktiv - aus welchen Gründen auch immer - ist. Es würde zu weit führen, die Gründe jetzt im einzelnen aufzulisten.

Wenn das im Vordergrund steht, dann steht doch automatisch im Hintergrund, meine

Damen und Herren, wie die Einrichtung, zu der Jugendliche dann gehen, sich letztlich nennt. Ich bin allerdings der Meinung, wir tun den Offenen Türen einen großen Gefallen damit, wenn wir ihnen ermöglichen, attraktive bedarfsgerechte Angebote zu machen über Dezentralisierung der entsprechenden Entscheidungen; denn dann sind sie auch in der Lage, mit diesen soziokulturellen Zentren in die Konkurrenz zu treten. (C)

(Zuruf der Frau Abg. Hieronymi (CDU))

Genau das halten wir für richtig. Setzen wir die Offenen Türen doch in den Stand, mit den soziokulturellen Zentren zu konkurrieren! Und das geht nur über den Weg dezentraler Entscheidungen über diese Einrichtungen.

(Frau Hieronymi (CDU): Aber nicht zu Lasten!)

Meine Damen und Herren, das war in aller Kürze die Positionsbestimmung für die F.D.P.-Fraktion.

(Beifall bei der F.D.P. - Minister Heinemann: So kurz war es ja auch nicht!)

Vizepräsident Dr. Klose: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Gregull für die Fraktion der CDU das Wort.

Gregull (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst zwei Vorbemerkungen zu den Ausführungen von Herrn Hilgers machen. Herr Hilgers, Sie rühmen Ihr Verfahren, wie Sie es 1989 mit den 6 Millionen DM halten. Ich muß Ihnen aber dagegenhalten: Das, was Sie tun, ist eine eklatante Benachteiligung und eine ungerechte Behandlung der Kommunen, die bis heute schon für die Jugendarbeit mehr als andere getan haben. (D)

(Zustimmung bei der CDU)

Zweitens: In dem, was Sie heute an Vorentscheidungen, bezogen auf die offene Jugendarbeit, getroffen haben, haben Sie nicht das gehalten, was Sie den Verbänden zugesagt haben, nämlich in deren Einvernehmen. Ich habe nicht feststellen können, daß es über die Vergabe der Mittel 1989 zwischen Ihnen und den Verbänden Einvernehmen gibt. Insofern haben Sie Ihre Zusage diesbezüglicher Art nicht gehalten.

Das sollten zwei Bemerkungen zur Einführung sein. Im übrigen möchte ich mich der verbändlichen Jugendarbeit zuwenden.

(Gregull (CDU))

- (A) Wir hatten in unserem Antrag "Sicherung der offenen und verbandlichen Jugendarbeit" die Landesregierung aufgefordert, folgende Punkte zu erfüllen:

erstens, für die Bildungsaufgaben der verbandlichen Jugendarbeit wieder ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen;

zweitens, die internationale Verständigung und Begegnung junger Menschen, innerdeutsche Kontakte und Berlinreisen besonders zu fördern;

drittens, die Förderung freiwilligen Engagements junger Menschen in sozialen Aufgaben und zum Schutz der Umwelt neu aufzunehmen;

viertens, die Kinder- und Jugenderholung als einen gemeinsamen Erlebnisraum ausreichend zu unterstützen;

fünftens, das Sonderurlaubsgesetz in Abstimmung mit den Praktikern in den Jugendverbänden und -gruppen auf seine Effektivität hin zu überprüfen;

sechstens, die Einrichtungen der Jugendarbeit zeitgerecht und bedarfsorientiert auszustatten.

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, wollten diesen Antrag für erledigt erklären. Zum guten Schluß lehnen Sie ihn ab. Sie begründen Ihre Entscheidung mit dem Hinweis, daß durch verschiedene Ansatzserhöhungen im Landesjugendplan wesentliche Teile unserer Forderungen erfüllt seien.

(B)

Wir sehen das anders! Ich nenne einige Gründe für unsere Einschätzung:

Erstens: Als der Landesjugendplan 1951 unter der Regierung Karl Arnold ins Leben gerufen wurde, war er mit einem Finanzvolumen von 34,2 Millionen DM bei einem Haushalt des Landes von 2,4 Milliarden DM ausgestattet. Der Anteil des Landesjugendplans 1951 lag also bei 1,42 % des Gesamthaushalts.

Der Landesjugendplan 1989 umfaßt zwar ein Finanzvolumen von 232,3 Millionen DM, bei einem Gesamthaushalt in Höhe von 62,9 Milliarden DM beträgt der Anteil des Landesjugendplanes daran heute aber nur 0,35 %. Wenn Sie also, meine Damen und Herren, mit der Leistung der Regierung Karl Arnold gleichziehen wollen, dann müssen Sie den Landesjugendplan um weitere 670,9 Millionen DM aufstocken.

Zweitens: Die Förderung freiwilligen sozialen Engagements junger Menschen bei den Aufga-

ben des sozialen Bereiches sind nicht neu in die Förderung aufgenommen worden. (C)

Drittens: Eine Überprüfung des Sonderurlaubsgesetzes

(Zuruf des Abg. Heckelmann (SPD))

mit den Praktikern der Jugendverbände und den Gruppen auf seine Effektivität hin, Herr Heckelmann, hat nicht stattgefunden. Die Erhöhung des Ansatzes um 500 000 DM ist zwar zu begrüßen, sie ändert aber nichts an dem grundsätzlichen Mangel des Gesetzes.

Viertens: Unsere Forderung, die Einrichtungen der Jugendarbeit zeitgerecht und bedarfsorientiert auszustatten, ist nicht erfüllt worden.

Die Jugendpolitik der Landesregierung gibt auch keine Antwort auf die Folgen der demographischen Entwicklung. Während im Jahre 1985 10 Millionen Jugendliche im Alter zwischen 18 und 25 Jahren in der Bundesrepublik lebten, werden es im Jahre 2000 nur noch 6 Millionen Jugendliche sein. Das bedeutet: immer weniger Kinder und Jugendliche. Ihre Eltern müssen immer mehr Ressourcen, mehr Zeit und Geld aufwenden, damit Kinder andere Kinder, Jugendliche andere Jugendliche sehen, mit ihnen spielen und die Welt erfahren können.

Ohne politische Gegensteuerung werden die ländlichen Bereiche diesbezüglich austrocknen, und alle haben trotzdem das Gefühl, in einem überbevölkerten Land zu leben. Diese Verinselung kindlicher Lebensverhältnisse wirft nicht nur einen finanziellen Aspekt auf, indem sie deutlich macht, daß der demographische Rückgang keineswegs lineare Einsparungen mit sich bringt nach dem Motto: weniger Jugendliche, weniger Jugendhilfe. Diese These wird nicht begründet und wird nicht durchhaltbar sein.

(D)

Mir geht es aber mehr um den konzeptionellen Aspekt, um Fragen an die Jugendhilfe im allgemeinen, etwa nach der richtigen Mischung von Professionalisierung und Ehrenamt bzw. nach der Laienkompetenz. An die Jugendarbeit im besonderen muß sich die Frage stellen, welche Angebote dazu geeignet sind, von jungen Menschen der heutigen Tage angenommen zu werden.

Es ist folgendes festzustellen: Die Zahl junger Menschen geht zurück, das politische Interesse und die Beteiligung wachsen. Diese erhöhte Beteiligungsbereitschaft läuft aber an den formalen Organisationen, wie Parteien, Gewerkschaften und Jugendverbänden, weit-

(Gregull (CDU))

- (A) gehend vorbei. Dagegen ist der Zulauf junger Menschen zu extremistischen Parteien und Organisationen besorgniserregend angestiegen.

Herr Kollege Reichel, für mich gilt das nicht nur für die rechtsextremistischen, sondern auch für die linksextremistischen Gruppierungen. Jugendverbände und Politiker beklagen dies aus ernster Sorge. Ich glaube aber nicht, daß uns parlamentarische Debatten - so legitim sie auch sein mögen - helfen werden, dieses Phänomen in den Griff zu bekommen. Sowohl diese parlamentarische Aufwertung als auch die gewaltsame Verhinderung von nicht verbotenen Miniveranstaltungen rechtsextremer Gruppen wie etwa der Republikaner in Remscheid durch linksextreme Gruppierungen unter Beteiligung der Grünen und einiger Sozialdemokraten sind eher dazu angetan, diesen rechten Gruppierungen einen Stellenwert und eine Publicity zu verschaffen, die sie sonst nie erreicht hätten.

Helfen kann nur eine offensive Jugendarbeit der Verbände und eine offensive Jugendhilfe der Politik. Es empfiehlt sich aber - auch hier eine Relativierung -, vor einer Überschätzung der Politik zu warnen in einer Zeit, in der oft vorschnell die Ursachen für persönliche und soziale Probleme der Gesellschaft zugeschrieben und Lösungen vom Staat erwartet werden.

- (B) Das Risiko "Jugend" läßt sich politisch nicht auflösen. Das bedeutet aber keineswegs, daß die Politik aus der Verantwortung für dieses wichtige Feld entlassen werden kann. So ist auch die Landesregierung gefordert, die Jugendverbände und -gruppen dabei zu unterstützen, Angebote, Inhalte und Formen der Jugendarbeit zu entwickeln, damit sie den Bedürfnissen der jungen Menschen von heute gerecht werden.

Damit es aber ganz klar ist: Offensive Jugendhilfe kann die traditionellen Aufgaben und Leistungen nicht ersetzen, sondern es geht lediglich darum, diese zu ergänzen. Dabei muß Eigenverantwortlichkeit und Gemeinschaftsfähigkeit Ziel aller Arbeit sein.

Das von der SPD durchgesetzte Förderungsverfahren hinsichtlich der offenen Jugendarbeit, insbesondere der von den Kommunen geforderte Eigenanteil von mindestens 66,6 % gefährdet nicht nur die offenen Einrichtungen, sondern es besteht auch die Gefahr, daß Kommunen diese Eigenanteile durch Kürzungen bei der verbandlichen Jugendarbeit aufbringen werden.

Ich stelle fest: Die verbandliche und offene Jugendarbeit ist auch in Zukunft unverzicht-

bar. Sie ist keineswegs gesichert, geschweige denn ist sie ausreichend weiterentwickelt. Die CDU-Fraktion wird dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren und sich auch in Zukunft energisch dafür einsetzen, daß Bewährtes gesichert und durch neue Ansatzpunkte ergänzt wird.

(C)

Meine Damen und Herren! Sie können diesen Antrag mit Ihrer Mehrheit niederstimmen, aber gehen Sie davon aus: Wir kommen darauf zu geeigneter Zeit zurück.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Hellwig für die Fraktion der SPD das Wort.

Hellwig (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß gestehen: Ich habe im September 1988 die Initiative der CDU-Fraktion in diesem Hause mit einer gewissen Genugtuung gesehen. Aussagen wie "Sicherung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit" und "Unverzichtbarer Teil der Landespolitik ist die Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen" kamen mir sehr gelegen. Ich habe gedacht, es könne nicht schaden - im Gegenteil: es ist sehr förderlich -, wenn alle Fraktionen in diesem Hause die schwierige Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendverbänden, deren große Probleme im Umgang mit vielen Jugendlichen in den Einrichtungen einmal wieder diskutieren, um dann gemeinsam gewisse Konsequenzen daraus zu ziehen. Ich hatte also große Sympathie für Ihre Initiative.

(D)

Alle Parteien müssen sich sehr eindringlich fragen lassen, ob es nur an den Jugendlichen oder an den Organisationen liegt, daß die demokratischen Parteien von einem großen Teil der jungen Menschen zumindest sehr distanziert betrachtet werden. Daß dies bei der CDU wie bei uns ein Thema sein muß, halte ich für selbstverständlich.

Nur, meine Damen und Herren von der CDU: Die Art und Weise, wie Sie diskutieren und wie Sie im Ausschuß debattiert haben, lassen die Annahme zu, daß Sie entweder nicht ganz verstanden haben, was hier eigentlich gelaufen ist, oder daß es Ihnen um ganz andere Dinge geht, die außerhalb unserer Betrachtungen liegen.

(Zurufe der Abgeordneten Frau Hieronymi und Bensmann (CDU))

- Wissen Sie, Herr Kollege Bensmann, ich kenne wirklich sehr gut die Jugendszene in Nordrhein-Westfalen und weiß und bedaure

(Hellwig (SPD))

- (A) es, daß das Stichwort "Jugendpolitik" bei der CDU in den letzten 10, 15 Jahren nicht mehr vorkommt. Von daher war ich sehr froh, daß diese Initiative von Ihnen kam. Aber Sie haben mit der Debatte heute den Verantwortlichen in den Organisationen und Einrichtungen leider nicht den Beweis erbracht, daß sich das in den 90er Jahren bei Ihnen ändert. Herr Kollege Reichel hat dazu bereits einige Ausführungen gemacht, die ich voll unterstreiche.

Worum ging es uns bei unserer Initiative, die Sie hier so kritisieren? - Der SPD-Fraktion und der Landesregierung ging es zunächst einmal darum, ein Signal an die Verbände und Organisationen zu geben, deren Mitarbeiter seit vielen Jahren in diesem Lande ehrenamtlich ihre Arbeit tun, sich Woche für Woche an vielen Tagen und Abenden in ihrer Freizeit und in den Ferien mit Kindern anderer Leute beschäftigen und versuchen, sie vernünftig mit zu erziehen, ihnen sinnvolle Perspektiven zu geben, was etwa die Freizeitgestaltung angeht, und ihnen darüber hinaus etwas an echter demokratischer Bildung zu vermitteln.

Das war unser Hauptanliegen, nachdem wir ihnen in den 80er Jahren wegen der hohen Arbeitslosigkeit zugunsten von Programmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zugemutet hatten, in ihrer Arbeit auf der Stelle zu treten. Deshalb haben wir als Signal 20 Millionen DM zusätzlich zu dem, was die Landesregierung bereits eingesetzt hatte, für deren Arbeit zur Verfügung gestellt.

- (B) Es ging uns weiterhin darum, Mut zu machen, neue, vielleicht auch alte, verschwundene oder nicht mehr im Blickpunkt des jeweiligen Bereichs stehende Jugendinitiativen zu ergreifen. Wir wollten neue Impulse geben, ihnen klarmachen, daß sie zum Beispiel auch neue Formen der Jugendarbeit durch einen Anteil aus dem Landeshaushalt honoriert bekommen.

Es ging uns weiterhin darum, Signale an die Mitarbeiter zu geben, daß ihre Arbeitsplätze sicher sind, daß wir ihre Arbeit anerkennen, indem wir 1989 Mittel für mehr Stellen zur Verfügung stellen. Wir wollten aber auch an die Jugendämter der Städte und Gemeinden in diesem Lande Signale geben, weil wir den Eindruck haben, daß in vielen Jugendämtern und Kommunalparlamenten angesichts der großen Probleme vor Ort - Drogen, Arbeitslosigkeit - die wichtige Arbeit für die Demokratie, nämlich die Jugendarbeit vor Ort, nicht mehr richtig zur Kenntnis genommen wird. Sie mit zusätzlichen Mitteln zu provozieren, damit Jugendarbeit wieder ein Schwerpunkt in der Kommunalpolitik wird,

war auch ein Ziel. Ich weiß, wovon ich rede, meine Damen und Herren. Und wenn Sie ehrlich sind, werden Sie das auch nachvollziehen können. Es gibt eine ganze Reihe von Jugendämtern, die bis heute nicht einmal den Einstieg in eine vernünftige kommunale Jugendarbeit gefunden haben. (C)

(Zustimmung des Abg. Wessel (SPD))

Das zu ändern, dazu dienen unsere Signale.

(Zurufe der Abgeordneten Frau Hieronymi und Bensmann (CDU))

Sie sollten auch einmal ehrlich sich selbst gegenüber sein. Wir alle wissen doch, daß in den Flächenländern, in denen Sie zum Teil absolute Mehrheiten haben, die Jugendarbeit durch zusätzliche kommerzielle Angebote zum Beispiel von Sparkassen abgelöst wird, daß nicht bei den Jugendverbänden Jugendpfleger eingestellt werden, weil Kommunen und Land kein Geld zur Verfügung stellen, sondern daß durch Banken die Kunden von morgen gefördert werden sollen, aber nicht in dem guten Sinne und unter dem Gesichtspunkt vernünftiger Bildungsarbeit, wie es die Jugendverbände verstehen.

Wenn Sie auch im Hinblick auf die offene Jugendarbeit ehrlich sind, müssen Sie zugeben, daß wir im Lande Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr mit 72 Millionen DM Landesmitteln mehr tun als alle anderen Flächenländer der Bundesrepublik zusammen. (D)

(Zustimmung bei der SPD)

daß für viele Länder Jugendarbeit gar kein Thema ist, sondern daß sie die Jugend sich selbst überlassen und kein Interesse daran haben, Jugendpolitik zum Bestandteil der Landespolitik zu machen.

Es ist wichtig, hier zu akzeptieren, daß wir die Jugendverbände gegen die Fülle von kommerziellen Angeboten auch einmal wieder ermutigen wollen, ihre Tätigkeiten zu verstärken. Das waren unsere Überlegungen bei diesen Punkten.

Weiterhin sprechen Sie von der offenen Jugendarbeit. Ihre Position dazu kann ich nun überhaupt nicht begreifen. Die CDU prangert manchmal an, wir hätten viel Bürokratie, zuviel Bürokratie. Das können wir in manchen Punkten sehr gut nachvollziehen. Jetzt aber passiert etwas, was in der Tat ungewöhnlich ist. Wir sagen nämlich den zuständigen Jugendämtern und freien Trägern: Bevor wir neue Richtlinien erlassen, habt ihr die Chance, uns eure Überlegungen und Erfahrungen

(Hellwig (SPD))

(A) gen aus der örtlichen Jugendarbeit mitzuteilen.

(Zuruf der Frau Abg. Hieronymi (CDU))

Ich weiß, wie oft Richtlinien die Perspektiven verengen und dazu geführt haben, daß gute Ideen nicht verwirklicht werden konnten, weil die Richtlinien es nicht zuließen. Jetzt sagen wir: Am Schluß eines Antragsverfahrens schauen wir uns die individuellen Anträge der Träger an und entscheiden dann, wie diese Richtlinien letztlich auszusehen haben. Sie, verehrte Frau Kollegin Hieronymi, haben dazu hier ein paar Dinge ausgeführt, die überhaupt nicht stimmen.

Selbstverständlich kann jeder Träger, jeder Antragsteller, der im letzten oder vorletzten Jahr einen Antrag in Richtung offene Jugendarbeit an die Landschaftsverbände gerichtet hat, diesen Antrag modifiziert nun wieder dem Ministerium vorlegen. Wir haben sogar in den Eckdaten einige Fakten genannt. Ich will versuchen, sie mit meinen Worten zu verdeutlichen.

Wir haben erklärt, daß wir in den Fällen, in denen sinnvolle offene Einrichtungen bisher z. B. nur durch AB-Maßnahmen ihre Arbeit fortführen konnten, eine Sicherheit mit Hilfe von Landesmitteln einführen werden. Wir haben ferner ausgeführt, daß auch kleine oder teiloffene Türen, die manchmal ein ganz interessantes Konzept haben und unabhängig vom Raumangebot auch mit hauptamtlichen

(B) Mitarbeitern arbeiten wollen, die Möglichkeit bekommen, diese Fördermittel zu erhalten, allerdings alles unter einer Prämisse, nämlich daß diese Einrichtung eben nicht nur einer bestimmten Gruppe vor Ort vorbehalten bleibt, sondern daß flächendeckend in dem jeweiligen Wohnbezirk oder in der Gemeinde alle interessierten jungen Menschen die Chance haben müssen, diese Einrichtung zu besuchen. Wir sollten abwarten, wie diese Anträge aussehen.

Frau Vizepräsident Friebe: Ich sehe, daß Herr Hellwig zustimmt, und erteile daher Frau Abg. Hieronymi das Wort zu einer Zwischenfrage.

Frau Hieronymi (CDU): Herr Hellwig, der Ausschuß für Jugend und Familie hat in seiner letzten Sitzung am 9. März 1989, also vor wenigen Tagen, Eckpunkte für die Förderung der Betriebskosten von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit in 1989 für den Aufstockungsteil beschlossen.

(Hellwig (SPD): Das ist mir bekannt; ich war ja dabei.)

(C) Sie sprechen für mich in Rätseln, weil ich nicht nur in der Sitzung dabei war, sondern auch den Beschluß vor mir liegen habe. Ich möchte Sie, Herr Hellwig, deshalb fragen: Wie soll ich den Punkt 5.1 in diesem Papier verstehen, wo es heißt:

Die Förderung muß von Trägern für eine bestimmte, zusätzlich in die Förderung aus Landesmitteln einzubeziehende Einrichtung beantragt werden. Die Einrichtung darf im Umfang der beantragten Förderung nicht bisher aus öffentlichen, d. h. kommunalen Mitteln, gefördert worden sein.

Frau Vizepräsident Friebe: Kommen Sie bitte zu Ihrer Frage.

(Zurufe von der SPD: Die Frage!)

Frau Hieronymi (CDU): Ich habe gefragt. Herr Hellwig, das ist beschlossen. Wenn Sie vielleicht erklären könnten, was es heißt, wenn Sie sagen, diese dürften doch öffentlich gefördert werden.

Hellwig (SPD): Sie werden, wenn Sie das genau lesen, eine Deckungsgleichheit zwischen dem, was ich gesagt habe, und dem, was dort steht, feststellen. Nämlich: Wenn es sich um eine Einrichtung handelt, die bisher voll zum Beispiel vom Jugendamt finanziert worden ist - da gibt es eine ganze Reihe von Ambitionen -, dann ist das sicherlich nicht unser Bier. Aber wenn eine Einrichtung vorhanden ist, die bisher nur ihre Projekte mittels AB-Maßnahmen hat durchführen können, dann kann sie jetzt Anträge auf Einstellung festangestellter Mitarbeiter stellen. Wenn z. B. eine kleine Offene Tür - und deshalb habe ich bewußt dieses Beispiel genannt - nunmehr aufgrund einer völlig veränderten Konzeption den Charakter einer bisherigen Offenen Tür erfüllt, dann ist nur der Umfang der bisherigen Förderung nicht anzurechnen. Auch wenn eine neue Konzeption vorliegt, die mehr Mittel erfordert, dann wird das Ministerium das zu berücksichtigen haben. Das ist doch der entscheidende Punkt dabei.

(D) Sie müssen doch einsehen, meine Damen und Herren von der CDU, Sie kommen doch vielfach aus ländlichen Bereichen, wo bisher offene Jugendarbeit so gut wie gar nicht stattfindet.

(Zuruf von der CDU: Eine gute verbandliche Jugendarbeit!)

- Eine gute verbandliche Jugendarbeit - das will ich nicht bestreiten. Ich habe daher gesagt: wo eine offene Jugendarbeit kaum stattfindet.

(Hellwig (SPD))

- (A) Unser gemeinsames Interesse muß es doch, da es auch dort Probleme gibt, sein, daß in den Gebieten, die bisher für offene Jugendarbeit kein Geld ausgeben, künftig ein entsprechendes Angebot vorhanden ist. Sie wissen, meine Damen und Herren von der CDU, daß die Förderung offener Jugendarbeit eigentlich Aufgabe der Kommunen ist. Das Land will mit dieser zusätzlichen Finanzierung dafür sorgen, daß die Gemeinden ihre Pflicht tun.

Ein Letztes! Herr Kollege Gregull hat hier einige Vorstellungen entwickelt. Ohne auf die Polemik einzugehen, möchte ich Sie nur um eines bitten. Ich glaube, daß die Jugendverbände und -einrichtungen auch deshalb Vertrauen zu uns haben, weil sie wissen, daß wir hier nicht anders reden als irgendwo im Lande oder bei ihnen selbst.

Sie waren bisher gut beraten, uns ernst zu nehmen mit unseren Argumenten, unabhängig davon, wo wir sie geäußert haben. Sie werden da keinen Widerspruch kennen.

Nur, wenn Sie das auch für sich gelten lassen möchten, dann darf ich Sie herzlich bitten, bei der kommenden Jugendhilfegesetzgebung, die ja Frau Süßmuth eingebracht hat, mit uns dafür zu sorgen, daß dieses neue Jugendhilfegesetz noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages verabschiedet wird.

- (B) Alles andere, was Sie hier sagen, bleiben Sprüche, wenn Sie auf Bundesebene - und dort haben Sie die Mehrheit - nicht dafür sorgen, daß wir die gesetzlichen Voraussetzungen für die Jugendarbeit in unserem Lande bekommen, daß wir auch jedem Kämmerer und Stadtdirektor dann sagen können: Das ist eine gesetzliche Aufgabe, dazu bist du verpflichtet!

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Heinemann das Wort.

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte bereits in der Plenardebatte am 15.09. zu dem Antrag der CDU ausführlich Stellung genommen. Was ich damals gesagt habe, gilt heute ebenso. Und da ich mich nicht gerne wiederhole, werde ich heute nur wenige Bemerkungen in Kürze machen und nicht noch einmal alles das sagen, was damals hier diskutiert wurde und was ich von einigen Rednern am Anfang der Debatte ein zweites Mal und dann auch oft in Wiederholung gehört habe.

(C) Lassen Sie mich zunächst zwei Vorbemerkungen machen, und zwar zunächst zu Ihnen Herr Reichel, der Sie darauf hingewiesen haben, daß wir die Bewirtschaftung der Mittel durch das Haushaltsgesetz 1989 vorgenommen haben. Wir wissen, Herr Reichel, daß das auch geschah, weil damals wenig Zeit war. Das Haushaltsgesetz ist ein Jahresgesetz und deshalb für eine dauerhafte gesetzliche Regelung völlig ungeeignet.

Wir werden dies im Rahmen eines Fachgesetzes gesetzlich regeln. Wir werden deshalb vorschlagen, daß das Ausführungsgesetz zum Jugendwohlfahrtsgesetz hier das geeignete Fachgesetz ist.

Herr Gregull, Sie werden mir auch zugestehen, daß ich zu Ihren Vorbemerkungen die Auffassung vertrete: Wenn man keine Argumente hat, kommt man zu Erklärungen, die kaum nachvollziehbar sind.

(Zuruf des Abg. Bensmann (CDU))

Wenn Sie von einer Bestrafung der Gemeinden, die etwas tun, sprechen, dann muß ich Ihnen sagen: Das ist falsch. Wir bestrafen niemanden. Wir nehmen den Gemeinden nichts, sondern wir versuchen, daß bei den Gemeinden, bei denen bisher nicht genügend geschehen ist - das ist ja im Prinzip eine Aufgabe der Kommunen, und wir helfen den Kommunen -, zukünftig ein stärkeres Engagement erfolgt.

(D) Wir machen genau das Gegenteil von dem, was der Bund macht, Frau Hieronymi. Wir helfen den Gemeinden, und zwar mit Mitteln, mit Zuwendungen auf freiwilligem Wege. Der Bund übernimmt nicht einmal seine grundgesetzlichen Verpflichtungen gegenüber den Ländern und Gemeinden.

(Oh-Rufe bei der CDU)

Ja, wir brauchen uns das nur einmal näher im Aussiedlerbereich anzusehen, dann werden Sie mir sicherlich recht geben.

(Zuruf der Frau Abg. Hieronymi (CDU))

- Ich weiß ja, daß Sie da uneinsichtig sind. Was soll ich mich da noch lange streiten.

Wenn Sie, Herr Gregull, im Prozentsatz des Haushaltsanteiles einen Vergleich zu 1950 bringen, dann muß ich sagen: Das ist ein Argument, das wirklich jeder Sachlichkeit entbehrt. Wenn Sie sich einmal von 1951 bis heute die Aufgabenvermehrung im Landesetat ansehen, dann werden Sie mir recht geben, wenn ich sage, daß solche Vergleiche nicht nur hinken, sondern völlig unangemessen sind.

(Minister Heinemann)

(A) Das ist nur ein Beispiel. 1951, so glaube ich, ist kaum etwas für Kindergärten, für Horte, für Krabbelstuben ausgegeben worden. Wir haben von 1951 an in diesem Bereich Leistungen des Landes quasi von null an auf mehr als eine halbe Milliarde DM pro anno erweitert.

Wenn ich all dieses mit hinzurechne, dann werde ich sicherlich auf Beträge kommen, die im Grunde nicht einmal mehr vertretbar sind. Also, Ihre Argumentation ist alles andere als seriös oder ernst zu nehmen.

Lassen Sie mich aber dennoch mit wenigen Bemerkungen auch auf die jüngste Entwicklung zurückschauen. Ich kann hier erneut betonen und möchte Herrn Hellwig hier bestätigen, daß das Land Nordrhein-Westfalen in seinen jugendpolitischen Leistungen - ich betone das ausdrücklich noch einmal - im Vergleich zu allen anderen Bundesländern an der Spitze steht.

Das gilt vor allem für die beispiellose Förderung im Rahmen des Landesjugendplanes. Dies ist in den seit 1969 vorgelegten vier Jugendberichten dokumentiert. Diese Dokumente enthalten eindeutige Beweise für die Unhaltbarkeit der von der CDU in ihrem Antrag aufgestellten Behauptungen.

Der Vorwurf im CDU-Antrag, daß die Landesregierung in den letzten Jahren den Veränderungen in den jugendpolitischen Aufgaben nicht gerecht geworden sei, geht schlicht an den Tatsachen vorbei.

(B)

Wie ich ebenfalls bereits in der Plenardebatte vom 15. September 1988 erklärt habe, war seit 1977 das drängendste Jugendproblem unserer Zeit die Bekämpfung der Arbeitsplatznot und der Arbeitslosigkeit junger Menschen. Hier hat die Landesregierung die absolute jugendpolitische wie allgemeinpolitische Priorität gesehen.

Für die Schaffung von Schulungs-, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für in der Mehrzahl junge Menschen hat die Landesregierung in diesen Jahren jährlich zwischen 500 Millionen DM und 700 Millionen DM bereitgestellt. Auch das sind Leistungen, die 1951 nicht notwendig waren.

Auch mit dieser Leistung für die Jugend stehen wir absolut einsam an der Spitze auch im Vergleich der Länder.

Von den Tatsachen widerlegt wird auch die weitere Behauptung im CDU-Antrag, es drohe ein schrittweiser Ausstieg des Landes aus der Jugendpolitik. Frau Hieronymi, Sie haben das

vorhin mehrmals gesagt; deshalb wird es aber nicht richtiger. (C)

Das Gegenteil ist der Fall: Das Land Nordrhein-Westfalen hat durch zusätzliche 22,5 Millionen DM oder eine Steigerung um 13,5 Prozent für die Jugend- und Jugendsozialarbeit im Landesjugendplan 1989 alle diejenigen Lügen gestraft, die weiterhin an einer die Jugendpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen abwertenden Legendenbildung festhalten.

Von dieser beträchtlichen Anhebung des Landesjugendplanes entfallen auf die verbandliche Jugendarbeit einschließlich der kulturellen Jugendarbeit 10,75 Millionen DM, auf die offene Jugendarbeit 8 Millionen DM und auf die übrige Jugendarbeit einschließlich der Investitionsförderung 3,75 Millionen DM.

Aus der Erhöhung der Fördermittel für die verbandliche Jugendarbeit hebe ich besonders ein Mehr von rund 4 Millionen DM - 27 % - für Jugendbildungsmaßnahmen hervor. Sind Sie nicht mit mir der Auffassung, daß gerade in dieser Situation, in der wir uns befinden, in der kritischen Situation vieler junger Menschen auch zu den Systemen, in der Bildungsarbeit Ungeheures geleistet werden muß? Die Landesregierung hat mit diesem Haushalt hier Schwerpunkte der Leistung gesetzt, und darum sollten wir uns alle bemühen.

Ebenso bewerte ich ein Plus von 3,5 Millionen DM - 24 % - für Jugendbildungsreferenten. Wenn ich die Wiederbesetzungssperre für diese Kräfte aufhebe, dann kann ich die bisher geförderten 262 Kräfte noch zusätzlich verstärken. Haben wir nicht gerade hier die Notwendigkeit, geeignete Menschen für das politische Gespräch, das überzeugende Gespräch mit den jungen Menschen, weiterzubilden und auszubilden, um nicht durch Leichtfertigkeit oder Unachtsamkeit eine Entwicklung zuzulassen, die alle Demokraten eines Tages bereuen könnten? (D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von den Erhöhungsmitteln für die offene Jugendarbeit von 8 Millionen DM wird nach Abzug des notwendigen Betrages für den Wegfall der Wiederbesetzungssperre der weitaus größte Teil für die Einbeziehung zusätzlicher, bisher nicht öffentlich geförderter Einrichtungen verwandt werden können.

Sie sprechen immer die bestehenden und die vor der Tür stehenden offenen Türen an. Ich muß Ihnen sagen, ich habe mir davon einige angesehen. Ich bin der Auffassung, daß es sinnvoll ist - und deshalb verstehen ich Ihre Kritik auch nicht -, nach Möglichkeit eine

(Minister Heinemann)

- (A) standortnahe Entscheidung zu treffen, weil nur die standortnahe Entscheidung die Fehlinvestition öffentlicher Gelder verhindern kann. Ich war bei einigen - ich sage das einmal so - und habe mich gefragt, ob man das Skatspielen einiger Hauptamtlicher mit derartigen Förderungsmitteln bezahlen soll. Genau da möchte ich zukünftig keine Fehlinvestitionen haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich habe mir das angesehen und bin der Auffassung, daß hier eine Verlagerung nach unten eine wesentliche Verbesserung der Situation erbringt.

Aus der Erhöhung für die übrige Jugendarbeit möchte ich noch eines besonders erwähnen: die erstmalige Bereitstellung von einer Million DM für die Förderung zukunftsweisender Initiativen.

Ich betone bewußt - und lege auf diese Betonung besonderen Wert - den Betrag von 500 000 DM für die Fahrten zu Gedenkstätten von Verbrechen des Nationalsozialismus. Das ist für mich auch eine notwendige Schwerpunktförderung. Ich meine - ich betone die Entwicklung der letzten Zeit; ich brauche das wohl im einzelnen nicht zu erläutern -, daß wir gar nicht genug junge Menschen mit der jüngsten Geschichte Deutschlands vertraut machen können, daß wir nicht genug junge Menschen zu diesen Gedenkstätten schicken können, damit man ihnen dort einmal dokumentieren kann, wohin Ausländerfeindlichkeit, wohin Rassenhaß, wohin Verfolgung von Menschen, nur weil sie eine andere Meinung oder eine bestimmte Religion haben, führt.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Dazu sage ich auch: Je mehr Wahlkampf wie in Frankfurt gemacht wird, desto mehr müssen wir auf der anderen Seite tun, junge Menschen darüber aufzuklären, wohin eine solche Entwicklung in unserem Lande führt, damit diese Entwicklung gebremst und verhindert werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Herr Reichel, da sind wir völlig einer Meinung. Da sehe ich Schwerpunkte, da sehe ich gewaltige Schwerpunkte, und dafür sollten wir uns gemeinsam anstrengen, daß diese Entwicklung uns in unserem Lande nicht auch eines Tages erwischt und vielleicht eines Tages auch die Gemeinsamkeit der Demokraten keine Wirkung mehr hat.

Insofern appelliere ich, daß man hier nicht all das, was an positiver Veränderung vorgenommen wird, in der öffentlichen Diskussion herunterredet, sondern versucht, das, was hier verändert wird, nach draußen hin objektiv und auch offensiv zu vertreten.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Danke schön. - Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse abstimmen. Der Ausschuß für Jugend und Familie empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 10/4161, den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 10/3485 abzulehnen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Dann kann ich feststellen, daß die Beschlußempfehlung angenommen und somit der Antrag der Fraktion der CDU abgelehnt ist.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Gebührenfreiheit für Großveranstaltungen

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 10/3599

Beschlußempfehlung des Ausschusses für  
Innere Verwaltung  
Drucksache 10/4085

(D)

Nach der Beschlußempfehlung ist vorgesehen, den Antrag der CDU-Fraktion für erledigt zu erklären.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Paus für die Fraktion der CDU das Wort.

Paus (CDU): Herr - - Nein, Entschuldigung! Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Antrag konnte - das hat die Präsidentin zu Recht festgestellt - durch die Erklärung des Innenministers im Innenausschuß erledigt werden. Ich nutze aber gerne die Gelegenheit, in einem kurzen Beitrag zu sagen, um was es bei dem Antrag letztlich ging.

Das Verhalten des Innenministers, das wir mit diesem Antrag aufgegriffen haben, erschien und erscheint uns typisch für blanken parteipolitischen Opportunismus

(Oh! bei der SPD)

und für den beliebigen Umgang mit hehren Verfassungsprinzipien.

(Paus (CDU))

- (A) Kurz zum Sachverhalt! Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1983: Polizeikostenverordnung des Landes Baden-Württemberg. Die Landesregierung Baden-Württemberg will zum Beispiel die Kosten für das Räumen bei Blockadeaktionen, so unter anderem für das Wegtragen von rechtswidrigen Störern, von diesen erstatten lassen. Späth: "Nach dem Motto 'Jeder zahlt seinen Träger selbst.'" Unser Innenminister argumentiert mit schwerstem Geschütz: mit der Verfassung nicht vereinbar,

(Minister Dr. Schnoor: Richtig!)

das staatliche Gewaltmonopol, Herr Innenminister, dürfe nicht kommerzialisiert werden.

Hehre Worte, die dann einige Zeit später, im Sommer 1988, nicht mehr galten; denn die Lage hatte sich geändert. Es drohte etwas für die medienpolitischen Grundvorstellungen der SPD Unvorstellbares: Der DFB will plötzlich nicht mehr mit den Monopolisten von ARD und ZDF, sondern mit den privaten Fernsehveranstaltern verhandeln. Plötzlich gilt nicht mehr, was gestern an hehren Grundsätzen verkündet wurde. Der DFB wird vom Innenminister massiv öffentlich bedroht - etwa sinngemäß -: Wenn ihr tatsächlich mit den von uns abgelehnten Privaten abschließt, denn werden wir bei euch einmal kräftig für die Kosten der Polizeieinsätze abkassieren. Zusätzlich packte der Innenminister noch die große Klatsche der Kommunalaufsicht aus der Tasche, nach dem Motto: Wir wollen doch einmal nachrechnen, ob die Bundesligavereine denn tatsächlich alles an Stadionmiete abkassieren, was gerechtfertigt ist, oder ob sie denn da nicht ungerechtfertigte Zugeständnisse machen.

(B)

Herr Innenminister, das war blanke Erpressung ohne Rücksicht auf die hehren Grundsätze von gestern. Der Bürger gewinnt zu Recht den Eindruck, daß Verfassungspositionen von dieser Landesregierung nach dem Prinzip der Beliebigkeit gehandhabt werden, so wie es gerade paßt.

Es kümmert Sie anscheinend dabei auch überhaupt nicht, ob das, was Sie denn da verkündet haben, praktikabel war. Ich denke nur an die Stichworte, die wir diskutiert haben: Open-air-Veranstaltungen, Demonstrationen, Streikaktionen der Gewerkschaften oder ähnliches. Wollen Sie in all diesen Fällen ebenfalls abkassieren, wenn dort Polizeieinsätze erforderlich sind?

Wie ging es weiter? Ganz kurz: Das Thema hatte bald kein großes öffentliches Interesse mehr. Die Bürger stellten fest, daß sich für sie bei den Sportübertragungen nichts Wesent-

liches geändert hatte. Der Innenminister brachte seine Initiative, die er mit großen Worten in die Öffentlichkeit getragen hatte, noch in die nächste Innenministerkonferenz. Dort ließ er sie noch kurz ansprechen. Es gab keine Beschlüsse. Das Thema wurde geräuschlos weggepackt. So weit zu unserem Antrag.

(Minister Dr. Schnoor: Waren Sie dabei?)

- Herr Innenminister, ich habe zufällig erfahren, was dazu im Protokoll steht; da steht nämlich schlicht der eine Satz drin: Das Thema wurde erörtert - ohne jede Konsequenz.

(Minister Dr. Schnoor: So ist es!)

Herr Innenminister, wir hoffen, daß wir mit unserem Antrag ein wenig dazu beigetragen haben, dieses Beispiel des für Sie typischen parteipolitischen Taktierens, des Opportunismus in die öffentliche Erinnerung zurückgebracht zu haben.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD: Meine Güte! Das kennen wir doch!  
- Weitere Zurufe von der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Reinhard das Wort.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

(D)

Reinhard (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte mich heute zu diesem Punkt eigentlich gar nicht zu Wort melden. Aber die Ausführungen des Kollegen Paus haben mich veranlaßt, von dieser meiner Meinung abzugehen und trotzdem hier ein paar Worte zu sagen, nachdem Herr Kollege Paus sehr wortreich einige moralische Kategorien, wie politischer Opportunismus usw., eingeführt hat.

(Paus (CDU): Moralischer Opportunismus!)

- Ja, Opportunismus ist eine moralische Kategorie, Herr Kollege Paus.

Ich will Ihnen dazu folgendes sagen: Wer ist denn von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, noch glaubwürdig? Wir haben im Innenausschuß einstimmig beschlossen, die Sache für erledigt zu erklären und hier im Plenum nicht mehr dazu zu reden.

(Zustimmung bei der SPD)

(Reinhard (SPD))

- (A) Kann man sich auf Ihr Wort denn überhaupt noch verlassen?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Was haben denn parlamentarische Beschlüsse und Absprachen überhaupt noch für einen Sinn, wenn aus Gründen des Opportunismus so verfahren wird, weil das Fernsehen es gerne hätte, daß Sie hier redeten? Das ist der eigentliche Grund.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich muß sagen, ich bin darüber tief enttäuscht. Das verschlechtert das Klima, das ansonsten sehr gut ist. Ich bedauere außerordentlich Ihre Ausführungen, Herr Kollege Paus. Das ist nicht im Sinne einer sachgemäßen parlamentarischen Erledigung.

(Zuruf von der SPD: Pohl ist der Scharfmacher! - Zustimmung bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich erteile das Wort nunmehr Herrn Abg. Tschoeltsch für die Fraktion der F.D.P.

(Weitere Zurufe von der SPD)

- (B) Tschoeltsch (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Reinhard, was Sie eben angesprochen haben, sich an Absprachen, die getroffen wurden, zu halten, kann natürlich keine Einbahnstraße sein. Meine Fraktion hat es reihenweise erlebt, daß im Ältestenrat vereinbart wurde, Anträge und Gesetzentwürfe zu überweisen,

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

und Sie haben kraft Mehrheitsbeschluß in Ihrer Fraktion beispielsweise alles in der ersten Lesung abgetötet oder Überweisungsanträge abgelehnt oder Anträge durch direkte Abstimmung erledigt. Also bitte keine Einbahnstraße. Da sollte jeder an die eigene Brust klopfen.

(Zurufe von der SPD)

Zur Sache selbst, meine Damen und Herren, Herr Minister - ich kann es kurz machen -: Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, daß Sie Ihr Ansinnen nicht mehr haben, die Kosten für Polizeieinsätze bei Großveranstaltungen

(Minister Dr. Schnoor: Kommerziellen Großveranstaltungen!)

- jawohl, kommerziellen Großveranstaltungen - den Veranstaltern anzulasten. Wir begrüßen

diese Wandlung, die Sie vorgenommen haben. Sollten Sie dennoch diesen Gedanken in der Zukunft noch einmal aufgreifen, möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, daß Sie natürlich damit rechnen müssen, daß sich diese kommerziellen Veranstalter umsehen und prüfen werden, ob eventuell private Sicherheitsdienste dann kostengünstiger sind. Daß Sie das wollen, kann ich mir nicht so ganz vorstellen. Sie müssen das ganz reiflich überlegen. Vielleicht war auch dies einer der Gründe, warum Sie Abstand genommen haben. (C)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Pohl für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Pohl (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Reinhard, Ihre Entrüstung oder gar Ihre moralische Entrüstung verstehe ich gar nicht.

(Zurufe von der SPD)

Unser Parlamentarischer Geschäftsführer hat der SPD-Fraktion mitgeteilt, daß wir hier zu diesem Thema reden wollen. Das muß ja wohl als Mitteilung genauso genügen, wie Ihre Mitteilung jeweils nach dem Ältestenrat uns genügen muß, daß Sie nicht überweisen, sondern statt dessen direkt abstimmen wollen.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber offensichtlich messen Sie hier mit zweierlei Maß. (D)

(Zurufe von der SPD)

Aber dann, hochverehrter, liebster Herr Kollege Reinhard, bitte nicht mit dieser moralischen Entrüstung. Die ist völlig fehl am Platze.

(Zurufe von der SPD)

Und nun zum Inhalt: Lieber Herr Minister, es hat niemanden so sehr erfreut wie mich persönlich, daß Sie nun dieses Wollen zurückgestellt haben. Als wir nämlich in der vorigen Legislaturperiode wie Baden-Württemberg auch einmal über die Kostenpflicht der Demonstranten bei Demonstrationen nachgedacht haben, da haben Sie gesagt: O Gott, die Welt fällt zusammen. Jetzt aber, bei den Sportveranstaltungen, als es Ihnen im Interesse der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aus populistischen Gründen so erschien, als müßten Sie etwas tun, da sind Sie in den Ring gegangen, Herr Minister! Genau das ist nämlich der Punkt!

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) Herr Kollege Reinhard, daß Ihnen das unangenehm ist, daß wir Sie und den Herrn Minister stehenden Fußes bei rein populistischem und opportunistischem Tun erwisch haben, das ist nämlich Ihre Entrüstung! Das lassen Sie sich einmal vorhalten.

(Zustimmung bei der CDU - Oh-Rufe bei der SPD)

Da kann ich zum Schluß ja nur sagen, Herr Minister: Im Himmel ist mehr Freude über einen Sünder, der Buße tut, als über 99 Gerechte, die der Buße nicht bedürfen. Aber eines merken Sie sich - Herr Kollege Tschoeltsch hat das angesprochen -: Wenn du eine Sünde hier getan hast und keine mehr tust, dann gehe hin und sündige auch fuderhin nicht. Kommen Sie also nicht zukünftig noch einmal mit solchem dusseligen Antrag!

(Beifall bei der CDU - Erneut Oh-Rufe bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren! Das Wort hat der Herr Innenminister; bitte sehr!

- (B) Dr. Schnoor, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das, was der Kollege Pohl gerade als "dusseligen Antrag" dargestellt hat, ist geltende Rechtslage in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Zur Zeit führt der hessische Innenminister eine Umfrage durch, wie wir es denn nun mit den Gebühren bei Großveranstaltungen hielten. Und der baden-württembergische Innenminister hat dazu eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben. Das ist also das, was Sie hier als "dusselig" bezeichnen; was geltendes Recht in drei von der CDU regierten Ländern ist.

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Pohl (CDU): Warum ist der denn zurückgezogen, Herr Minister?)

- Ich sage Ihnen gleich etwas dazu.

Der Innenausschuß hat ja empfohlen, den Antrag für erledigt zu erklären. Meine Damen und Herren, der Antrag war längst erledigt, als er von der CDU hier gestellt wurde.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich habe mich eigentlich gewundert, daß wir so häufig darüber debattiert haben. Ich wurde dabei an ein Buch erinnert, das ich vor vielen Jahren zum erstenmal in die Hand bekam, nämlich die "Parodien" von Robert Neumann. Ich weiß nicht, wer von Ihnen das Buch schon einmal in der Hand gehabt hat.

Darin gibt es eine wunderbare Nietzsche-Parodie, in der so schön gesagt wird: (C)

Wohl dem, der um einen Bart streitet, obgleich er kein Kaiser ist.

So kommt mir das Ganze hier vor.

(Heiterkeit bei der SPD)

Hier wird wirklich um des Kaisers Bart gestritten.

Worum geht es eigentlich? Diese Frage hat mit der Gebührenerhebung bei Demonstrationen überhaupt nichts zu tun.

(Demonstrative Zurufe von der CDU: Nein, nein!)

- Sie hat damit überhaupt nichts zu tun, sondern hier geht es um eine ganz andere Frage: ob bei kommerziellen Großveranstaltungen die Veranstalter zu den Kosten im Wege der Gebührenerhebung mit herangezogen werden können, so wie wir übrigens auch Gebühren bei der Erteilung von Waffenscheinen und anderen öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten erheben.

Aber der Antrag, Herr Kollege Paus, ist ja von Ihnen nur gestellt worden, weil Sie sonst im Bereich der inneren Sicherheit nichts zu bieten haben und weil Sie krampfhaft nach Themen suchen, um sich etwas darzustellen.

(Zustimmung bei der SPD) (D)

Sie sollten sich wirklich etwas Besseres einfallen lassen!

Der Antrag war also bereits erledigt; denn der eine Teil des Antrags lautete:

Dem Innenminister wird aufgegeben, sich nicht an die Innenministerkonferenz zu wenden.

Das ist etwas ungewöhnlich, daß der Landtag so etwas beschließt; aber immerhin: Er kann das ja tun. Nur war zu dem Zeitpunkt, als der Antrag gestellt wurde, die Diskussion in der Innenministerkonferenz längst abgeschlossen.

(Paus (CDU): Nein, als er gestellt wurde, nicht!)

- Das mag sein. Aber als er hier damals debattiert wurde, hätten Sie ihn schon zurückziehen sollen, Herr Kollege Paus. Das wäre Ihnen besser bekommen.

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) In der Innenministerkonferenz gab es in dieser Frage deshalb keinen Beschluß, weil ein einziger Kollege der Meinung war, es sei besser, keine Gebühren zu erheben. Alle anderen hätten gern das getan, was Sie als "dusselig" bezeichnet haben, verehrter Herr Kollege Pohl; nur ein Kollege, der gleichzeitig Sportminister ist, meinte, wir sollten es lieber bleiben lassen.

Da wir auch der Auffassung sind, aus Konkurrenzgründen könne man es sich in der Bundesrepublik nicht leisten, daß ein Land so und ein anderes Land anders verfährt, haben wir erklärt: Wir schließen die Akten. Das ist die ganze Wahrheit. Und deswegen ein solcher Aufstand? Da wird ein Antrag zu einem Zeitpunkt eingebracht, zu dem die Innenministerkonferenz die Sache längst erledigt hat.

(Paus (CDU): Das stimmt nicht!)

Dann wird die Sache mehrfach im Innenausschuß behandelt, extra zurückgestellt, damit ich auch anwesend bin, um dort noch einmal zu erklären, sie sei erledigt - was alle bereits wußten -, und dann wird es im Plenum noch einmal debattiert, daß es erledigt ist. Mein Gott, wir haben Wichtigeres zu tun, als uns mit solchen Anträgen zu befassen!

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schauerte?

(B)

(Minister Dr. Schnoor: Ich bin eigentlich gleich fertig. Aber gern, Herr Schauerte; wenn Sie noch etwas sagen möchten! Sie können aber auch nach hier oben kommen. Wir können ja noch länger über einen solchen Antrag debattieren.)

- Also, Herr Schauerte, Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage.

Schauerte (CDU): Herr Minister, Sie haben gerade gesagt, Sie hätten die Akten wegen der Einheitlichkeit der Linie aller Innenminister geschlossen.

(Minister Dr. Schnoor: Ja!)

Heißt das, daß Sie Ihren Vorschlag ansonsten aufrechterhalten, daß Sie es eigentlich nach wie vor für richtig halten?

(Lachen des Ministers Dr. Schnoor)

Dr. Schnoor, Innenminister: Muß ich Ihnen eigentlich mein Innerstes offenbaren, verehrter Herr Schauerte? Ich glaube, dazu bin ich nicht verpflichtet. Herzlichen Dank!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(C)

Wir kommen zur Abstimmung. Die Beschlußempfehlung des Ausschusses in Drucksache 10/4085, schon mehrmals angesprochen, lautet, daß der Antrag für erledigt zu erklären wäre. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist die Beschlußempfehlung einstimmig angenommen und der Antrag der Fraktion der CDU für erledigt erklärt worden.

Meine Damen und Herren! Ich rufe den Punkt 7 unserer Tagesordnung auf:

Gentechnik - Chancen verantwortlich nutzen, Gefahren vermeiden

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 10/4123

Zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abg. Kuschke für die Fraktion der SPD das Wort.

Kuschke (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Soweit wir als Kolleginnen und Kollegen noch hier im Hohen Hause anwesend sind - und das sieht ja auf manchen Seiten etwas licht aus -, sollten wir uns doch sehr intensiv mit diesem Thema "Gentechnik" beschäftigen. Ich glaube, zwei Vorgänge in Nordrhein-Westfalen, die in der jüngsten Vergangenheit durch die Schlagzeilen unserer Presse gegangen sind, zeigen, daß eigentlich vor unserer eigenen Haustür die Bio- und Gentechnik in Forschung und industrieller Produktion ein neues Stadium erreicht haben.

(D)

Ich spreche hier vom Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung in Köln, das im letzten Jahr beim Bundesgesundheitsamt den Antrag auf Genehmigung eines Experiments gestellt hat, für das erstmalig in der Bundesrepublik gentechnisch veränderte Pflanzen im Freiland ausgepflanzt werden sollen, also des Experiments, das wir im normalen Sprachgebrauch in den letzten Monaten unter dem Stichwort "Petunien" kennengelernt haben. Und ich spreche von der Firma Grüenthal in Aachen, die Ende November beim Regierungspräsidenten in Köln den Genehmigungsantrag zum Bau der ersten gentechnischen Produktionsanlage in Nordrhein-Westfalen eingereicht hat.

Die Gentechnik in Industrie und Forschung steht in Nordrhein-Westfalen am Beginn einer neuen Ära. Deshalb fordert die Fraktion der SPD in ihrem Antrag "Gentechnik - Chancen

(Kuschke (SPD))

(A) verantwortlich nutzen, Gefahren vermeiden" die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für die Schaffung eines Gentechnik-Stammgesetzes einzusetzen, in dem die Voraussetzungen für

- gentechnische Arbeiten in geschlossenen Systemen in Forschung, Entwicklung und Produktion,
- die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Umwelt,
- das Inverkehrbringen von Produkten, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten oder daraus bestehen, und
- die Verbreitung, den Transport und die Lagerung entsprechender Produkte

geregelt werden.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist immer eine sehr komplizierte Diskussion, ob eigentlich bei gentechnischen Eingriffen eine neue Qualität entsteht. Aber ich denke, es gibt eine Reihe von Kriterien, aufgrund derer man behaupten kann, daß es deutliche Unterschiede zwischen den Mechanismen der Evolution, wie sie in der Natur ablaufen, und den gentechnischen Veränderungen, die vom Menschen im Reagenzglas vollzogen werden, gibt. Ich will hierzu vier Kriterien nennen.

Erstens: Gentechnische Eingriffe ermöglichen eine dramatische Verkürzung der Zeitspanne, die die Natur für vergleichbare Veränderungen brauchen würde.

(B) Zweitens: Diese gentechnischen Eingriffe führen zu Veränderungen der genetischen Nachbarschaftsbeziehungen im Organismus selbst.

Drittens: Sie ermöglichen den Genaustausch über die Artgrenzen hinweg.

Viertens: Schließlich erlauben gentechnische Eingriffe möglicherweise zum ersten Mal in der Naturgeschichte, neue Erbinformationen künstlich herzustellen, ohne daß ältere verwandte Vorformen vorfindbar sein müssen.

Durch gentechnische Eingriffe entstehen neue Lebewesen insofern, als sie nicht im Wechselspiel mit anderen Organismen auf der Erde entstanden sind. Und: Ihre Eigenschaften haben sich noch nicht als umweltverträglich im Zusammenspiel mit anderen komplexen Systemen bzw. anderen komplexen Organismen bewährt.

In dieser "Neuheit" und damit Unbestimmbarkeit der Wechselwirkungen solcher Organismen mit der Umwelt liegt das eigentliche Risiko

der Gentechnologie bzw. der Organismen, die auf experimentellem Wege Genveränderungen erfahren haben. Ich will durchaus betonen, daß es sich nach unserem bisherigen Kenntnisstand dabei um positive, neutrale oder negative Konsequenzen handeln kann. (C)

Deshalb stellt die Fraktion der SPD in ihrem Antrag fest - ich zitiere mit Erlaubnis der Frau Präsidentin -:

Ein verantwortbarer technischer Umgang mit lebenden Organismen erfordert daher eine noch viel höhere Einsicht in Zusammenhänge und Folgen, als dies bei den bisherigen Techniken nötig ist. An Übersichtbarkeit, Beherrschbarkeit und Rückholbarkeit sind höchste Anforderungen zu stellen.

Deshalb fordern wir nicht nur die Regelung von Sicherheitsfragen in einem Stammgesetz, sondern wir sagen: Die rechtliche Seite muß ergänzt werden durch die dauerhafte Einrichtung einer gesellschaftlichen und politischen Bewertung, durch Folgenabschätzung und Steuerung in einer Gesamtschau verschiedener Aspekte, die auch alternative Lösungen einbeziehen muß.

Meine Damen und Herren, ich will das noch einmal verdeutlichen. Was wir im Bereich neuer Technologien brauchen, insbesondere aber im Bereich der Bio- und Gentechnologien, ist ein öffentlicher Dialog, ein öffentliches Gespräch, und ich meine, wir sollten bei den künftigen Beratungen über diesen Antrag und über andere Anträge von anderen Fraktionen über diesen Problembereich insgesamt überlegen, ob nicht das neue Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich möglicherweise eine Funktion übernehmen kann, indem es die Aufgabe übernimmt, ein solches öffentliches Gespräch zu moderieren. (D)

Mit der Gentechnik sind hohe Erwartungen verknüpft. Der Antrag meiner Fraktion nennt hierfür stellvertretend fünf Felder, nämlich

1. das wissenschaftliche Verständnis von Lebensprozessen,
2. die Diagnose und Therapie von Krankheiten,
3. Verbesserungen und neue Möglichkeiten in der landwirtschaftlichen und Lebensmittelproduktion,
4. energiesparende, umweltfreundliche und der Arbeitssicherheit dienende Produktionsverfahren und
5. die Beseitigung von Abfällen.

Um diese positiven Möglichkeiten der Gentechnik zu nutzen, aber auch um die Rechts-

(Kuschke (SPD))

- (A) sicherheit zu schaffen, die die Industrie benötigt und einfordert, verlangen wir eine Sicherheitskonzeption, die auf die besonderen Risiken der Gentechnik zugeschnitten ist.

Wir begrüßen es, daß die Bundesregierung Ende letzten Jahres endlich - ich sage bewußt: endlich - Eckwerte für ein Gentechnik-Stammgesetz vorgelegt hat und damit Forderungen nachkommt, die seit geraumer Zeit von Industrie und Gewerkschaften erhoben werden, aber auch z. B. von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Chancen und Risiken der Gentechnologie" formuliert worden sind.

Die SPD-Landtagsfraktion bewertet die sieben Eckwerte der Bundesregierung allerdings als unzureichend. Gestatten Sie mir, dies in einigen Punkten zu erläutern.

Erstens: Zur Arbeit mit gentechnisch veränderten Organismen in geschlossenen Systemen heißt es in den Eckwerten sehr vage, sie seien von vorheriger staatlicher Prüfung und Genehmigung abhängig zu machen - ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin -, "wo nötig".

Wir lehnen diese Formulierung ab. Wir fordern statt dessen die Landesregierung auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, daß gentechnische Arbeiten in Entwicklung und Produktion, daß die Freisetzung und das Inverkehrbringen von genetisch veränderten Organismen entsprechend klarer gesetzlicher Vorgaben genehmigungspflichtig sein müssen.

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Auch für gentechnische Arbeiten sind vorbeugende Sicherheitsüberprüfungen vorzusehen, meine Damen und Herren. Im Interesse eines wirksamen Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzes halten wir bei dem hohen Risikopotential gentechnisch veränderter Organismen ein reines Anmeldeverfahren für unzureichend.

Zweitens: Die Bundesregierung will in ihren Eckwerten den Schutz von Menschen und Umwelt unter anderem durch ökologische Langfristbeobachtungen und nachgehende Überwachung sicherstellen.

Wir fordern darüber hinausgehend die Landesregierung aber auf, dafür einzutreten, daß in einem Gentechnik-Stammgesetz der Widerruf der Genehmigung ohne Entschädigungspflicht ermöglicht wird, wenn nachträglich neue erhebliche Gefahren bekannt werden.

(Champignon (SPD): So muß das sein!)

- Drittens: Meine Damen und Herren, die Eckwerte der Bundesregierung sehen keine Beteiligung der Öffentlichkeit im Genehmigungsverfahren vor. (C)

Wir sagen aber: Geltendes deutsches Recht in eingeführten Standards darf nicht unterschritten werden. Die Genehmigungsverfahren für Produktion, Inverkehrbringen und Freisetzung sind mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Technologiepolitik ist nach unserer festen Überzeugung kein Geschäft, das hinter verschlossenen Türen und in kleinen Expertenzirkeln ausgehandelt werden darf.

(Nagel (CDU): Das ist auch wieder wahr!)

Technologiepolitik ist eine gesellschaftliche Angelegenheit, über die auf verschiedenen Ebenen, an verschiedenen Orten und vor allen Dingen unter Einbeziehung der Betroffenen verhandelt werden muß.

(Zustimmung bei der SPD)

Viertens: Wir haben keine Bedenken gegen eine bundeseinheitliche Bewertung der Gentechnologie. Aber - ich sage dies mit Nachdruck - wir lehnen die Verlagerung von Verwaltungszuständigkeiten auf den Bund ab, so, wie in den Eckwerten der Bundesregierung verlangt wird, daß die Genehmigung von gentechnischen Experimenten mit höherem Risikopotential durch eine Bundesbehörde zu erfolgen habe. (D)

Wir sagen ganz, ganz deutlich - und da gibt es für uns kein Wenn und Aber -: Genehmigungsbehörden sind die zuständigen Landesbehörden; Genehmigung und Kontrolle gehören dabei in eine Hand.

(Zustimmung bei der SPD)

Fünftens: Wir fordern, daß die Legislative - wir selbst also, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen - im Prozeß der Technikfolgenabschätzung und -bewertung gestärkt wird.

Wir unterstützen daher die Empfehlung der Enquete-Kommission "Chancen und Risiken der Gentechnologie", daß beim Deutschen Bundestag ein zentraler Beirat für die Gentechnologie eingerichtet wird, dessen Aufgabe die Vorbereitung grundlegender Entscheidungen zur Abschätzung und Bewertung der gesellschaftlichen Auswirkungen der Gentechnologie sein wird.

(Kuschke (SPD))

- (A) Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie notwendig und richtig die Anforderungen unserer Fraktion an ein Gentechnik-Gesetz sind, zeigen die überraschenden Ergebnisse einer Expertenbefragung, die das Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund durchgeführt hat und zur Zeit in einem Bericht an die Kommission "Mensch und Technik" zur Auswertung übergeben hat.

Die überwiegende Zahl der dort befragten Experten, nämlich Forscher aus naturwissenschaftlichen Fachgebieten, Ingenieure, Vertreter von Unternehmen, Betriebsräten, Verbänden und Gewerkschaften, hat als eines der vorrangigsten Probleme, deren Lösung als besonders wichtig eingeschätzt wurde, den Erlaß verbindlicher Sicherheitsvorschriften genannt. Die in der Öffentlichkeit häufig vertretene Meinung, die Sicherheitsvorschriften in der Bundesrepublik seien zu streng, wird von dieser Expertenbefragung nicht gestützt. Im Gegenteil, die Mehrheit der Befragten plädiert für strengere Sicherheitsvorschriften für die Produktion mit gentechnisch veränderten Mikroorganismen und Zellkulturen.

Der Antrag der SPD-Fraktion "Gentechnik - Chancen verantwortlich nutzen, Gefahren vermeiden" richtet sich auch an die Forschungspolitik in unserem Land. Wir begrüßen die Anstrengungen, die die Landesregierung im Rahmen des Forschungs- und Technologieprogramms Nordrhein-Westfalen "Initiative Zukunftstechnologien" zur Förderung der Bio- und Gentechnologie unternommen hat.

(B)

Wir fordern die Landesregierung aber auch auf, die Sicherheits- und Risikoforschung innerhalb der Forschungsförderung des Landes zu einem integrierten Bestandteil der Forschungs- und Entwicklungsförderung zu machen und dabei einen Schwerpunkt auf die Förderung interdisziplinärer Forschungsgruppen zu setzen.

Ich füge an dieser Stelle hinzu: Ich bin der Meinung, daß wir bei dem vorhin erwähnten Beispiel des Antrags des Max-Planck-Instituts für Züchtungsforschung auf ein Freisetzungsexperiment einen beispielhaften Anfang für eine risikobegleitende Forschung machen sollten.

Wir fordern die Landesregierung auf, den ständigen Informationsaustausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Umweltverbänden, Regierung und Parlament im Bereich der biotechnischen Sicherheits- und Risikoforschung zu institutionalisieren.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Gentechnik wird hinsichtlich ihrer Sozial-

und Umweltverträglichkeit, aber auch hinsichtlich ihrer Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern daran zu messen sein, ob es sich bei dieser Technologie um eine fehlerfreundliche Technologie handelt, ob Lernprozesse nach Irrtümern möglich bleiben. Wir müssen uns der Frage stellen, welche gentechnischen Entwicklungsmöglichkeiten wir allein deshalb nicht verantworten können, weil die Folgen nicht voraussehbar sind und nicht nach dem Versuchs- und Irrtumsprinzip korrigiert werden können, da die Folgen nicht umkehrbar sind.

(Champignon (SPD): Ganz genau!)

Neue Erkenntnisse der Grundlagenforschung können die heutigen Besorgnisse entkräften oder verstärken, aber auch neue Fragen aufwerfen, die regelungsbedürftig sind.

Dies enthebt uns nicht der Verantwortung, gegen erkennbare Gefährdung des Menschen und seiner Umwelt vorbeugend Schutzwälle zu errichten. Diese Ziele verfolgen wir mit unserem hier eingebrachten Antrag. Ich würde mich freuen, wenn wir über diesen Antrag eine engagierte, sachliche Diskussion führen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Kuschke, für die Begründung des Antrages. - Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. von Unger für die Fraktion der CDU das Wort.

(D)

von Unger (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch wir begrüßen, daß wir uns über dieses Thema unterhalten können, heute hier, dann in den Ausschüssen, danach abschließend wieder hier. Wir begrüßen, daß sich dieses Parlament darüber Gedanken macht, wie es die Regierung beauftragt, im Bundesrat Stellung zu nehmen zu der Gesetzgebung, die der Bund in seiner Kompetenz im Augenblick unternimmt.

Gentechnik - das ist eines von vielen Verfahren der Biochemie, der Biotechnik, betrifft Erbinformationen und ist natürlich eigentlich uralte. Ich sage das, damit die gelegentliche Hysterie, die diese Diskussion begleitet, ein wenig abschwilt.

Die zum Teil bis zur Geschmacklosigkeit verzüchteten Hunde sind dafür ebenso Beispiel wie die viele tausend Liter Milch im Jahrgebende Kuh und die Nahrungsmittel, die so weit reichen, weil das gelobte Land mit Trauben und Erträgen dem Landmann heute in die Hand gegeben ist, wenn er den Acker

(von Unger (CDU))

- (A) einsät. Gentechnik ist neu insoweit, weil die Eingriffe nicht mehr von außen nach innen gehen, sondern weil man gelernt hat, die Erbinformationen in den Zellen in der DNS-Säure zu lesen, mehr noch, daß man zum Teil versteht, diesen Schriftsatz zu verändern.

In der Sache aber ist es nichts Neues gegenüber dem, was Menschen mit der Gestaltung ihrer Um- und Mitwelt seit Jahrtausenden getan haben. Wir erwarten von dieser neuen Technik viel: Bekämpfung von Krankheiten, die wir bisher nicht bekämpfen konnten - selbst von Erbkrankheiten. Wir erwarten Nahrungsmittel für 6 Milliarden und mehr Menschen auf diesem Globus. Wir erwarten eine umweltverträgliche Versorgung und Entsorgung aller Bedürfnisse und Hinterlassenschaften der Menschen auf diesem krabbelvollen Erdball - und das in einer umweltverträglichen Weise und in einer Weise, die für den Erhalt des ökologischen Gleichgewichts in einer intakten Umwelt sorgt.

Befürchtungen sind um so größer, je inkompetenter diejenigen sind, die die Materie zu beurteilen haben. Die Angst ist eben eine Schwester der Unwissenheit. Schon 1975 hat in Assilomar im schönen Kalifornien eine Diskussion über die grundsätzliche Risikoabschätzung dieser Technik stattgefunden. Festgestellt wurde: Es ist kein besonderes Risiko. Diese Erkenntnis ist bis heute gültig. Sie ist Grundlage der US-Richtlinien wie auch Vater der bei uns bestehenden Richtlinien. Selbstverständlich ist Entwicklung und Ausbreitung heute schneller möglich, die Aufmerksamkeit gegenüber den Verfahren und ihrer Entwicklung deshalb größer.

(B)

Ich habe aber an manchen Stellen den Eindruck, daß die Texte des Antrages der SPD die Assilomar-Erkenntnisse nicht immer zu den ihren gemacht haben. Immerhin arbeiten in Deutschland heute in etwa 800 Labors - weltweit sind es 10 000 Labors - Wissenschaftler in der Genchemie. Bis vor kurzem sind 2 Millionen Gentransfere gemacht worden. Binnen kurzem werden es 3 Millionen sein. Und bisher hat es keinen einzigen gentechnischen Unfall gegeben.

Wir brauchen aber ein Gen-Stammgesetz. Dieses Stammgesetz - deswegen sollten wir uns auch darauf beschränken - wird sich nicht mit der Human-Fortpflanzungsmedizin beschäftigen - dem gilt ein eigenes Gesetz -, sondern hier geht es um die Regelung der Fragen der Gentechnologie an Pflanzen, Tieren, in Medizin und Züchtung, Viren, Mikroorganismen, Pilzen, Hefen, Säugetierzellen zwecks medizinischer Anwendung, heute

schon bekannt Insulin, erhofft für morgen gegen Krebs und vielleicht gegen Aids.

(C)

Es geht also hier nicht um die Befürchtung, daß am menschlichen Erbgut manipuliert wird. Das sind Fragen, die in anderem Zusammenhang gesetzlich zu klären sind.

Wir brauchen aber ein Gesetz aus zwei Gründen: einmal, weil eine Fülle von Richtlinien diese Materie behandelt und es deswegen zur Verwirrung kommt. Wir brauchen also ein Dach. Und: Wir haben die Gen-Richtlinien des Bundes in ihrer fünften Fassung. Erstaunlich dabei: Mit größerer Kenntnistiefe sind diese Richtlinien immer elastischer geworden. Man hat also gelernt, daß das Risikopotential nicht ganz so groß ist wie anfangs vermutet.

Der Nachteil ist, daß diese Richtlinien nur bei Bundeszuschüssen greifen, sofern sie diesbezügliche Experimente begleiten. Ihr Vorteil ist, daß sich die Industrie freiwillig selbst an diese Richtlinien gebunden hat. Aber wegen der Zunahme der Beschäftigten in dieser Materie ist die freiwillige Regelung wohl doch nicht ausreichend.

Wir haben weiter das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das mit seiner vierten Verordnung in diese Materie eingreift, das Wasserschutzgesetz, die Unfallverhütungsvorschrift, die Gefahrstoffverordnung nach dem Chemikaliengesetz, wir haben schließlich die EG-Richtlinien, die am 27.06. im Bundestag eingebracht worden sind. Und wir werden voraussichtlich eine Gesetzgebung haben, die über das Naturschutzgesetz ebenfalls diese Materie berührt.

(D)

Deswegen einige Bemerkungen zu dem, was angesichts der Technik, die wir erwarten, nicht sein darf, damit diese Technik nicht unnötig behindert wird. Damit greife ich schon einige Punkte aus Ihrem Antrag auf.

Grundsätzlich sollte die Beweislastumkehr nicht sein. Diese Möglichkeit würde zu einer Inflation von Behauptungen über Schädigungen und damit zu Unbeweglichkeiten in der Sache führen. Wenn in einigen Fällen überhaupt Beweislastumkehr, dann ganz abgegrenzt!

Es kann auch nicht ein allgemeines Verbot dieser Technik mit Genehmigungsvorbehalt geben. Abgesehen davon, daß dies eine Pervertierung unseres Rechtssystems wäre, ist es grundgesetzlich wahrscheinlich gar nicht haltbar. Es darf auch nicht sein, daß Forschung, Entwicklung, Umsetzung bis zur Fertigungsreife, Produktion, Anwendung und Freisetzung nach gleichen Kriterien behandelt

(von Unger (CDU))

- (A) werden. Das würde Forschung und Entwicklung zurückwerfen. Unsere Position in der Welt ist in diesem Zusammenhang ohnehin schon geschwächt.

Es darf nicht sein, daß wir mit dem Blick auf das Mögliche in der Zukunft ein Spektrum verbieten, das es uns ermöglicht, das Machbare und Verantwortbare heute zu tun, nur weil man die Gefahren, die in der Zukunft liegen, nicht voll abschätzen kann. Damit wäre - das wird jeder einsehen - ein viel zu großer Sektor ausgeblendet. Es muß also eine die Entwicklung begleitende Genehmigung sein. Das heißt auch, daß die Daten, die sich in der Entwicklung befinden, nicht in das Gesetz gehören, sondern in Verordnungen, die sich den Veränderungen schneller anpassen können.

Das bewährte Verfahren, nach dem die Zentrale Kommission Biologische Sicherheit, eine Behörde des Bundesgesundheitsamts, mit ihren Fachleuten im Gespräch mit der Forschung und der Industrie ist, sollte erhalten bleiben und nicht zu früh durch die Öffentlichkeit und ihre Beteiligung unterlaufen werden. Was heute ist, ist schon bedrohlich, wenn es einem Falle 800, in einem anderen Falle 1 800 Einsprüche gegeben hat, die es abzuarbeiten galt.

- (B) Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß es richtig ist, wenn vorgefertigte Einspruchsformulare in die Hausbriefkästen geworfen werden. Das führt zu einer Behinderung der Genehmigung der Produktion. Sie hat sich heute schon als die Ursache dafür herausgestellt, daß ein Teil der Forschung aus der Bundesrepublik in die USA zurückgegangen ist, weil die Umsetzung in Anwendung hier zu langer Zeit bedarf.

Wenn es zu einem Gesetz kommt, dann erwarten wir von ihm eine Schlagkräftigkeit wie bei dem dänischen Gesetz, bei dem die Öffentlichkeit zwar beteiligt ist, ein Genehmigungsverfahren aber nicht länger als drei Monate dauert.

Es darf auch nicht sein, daß wir angesichts der europäischen und weltweiten Dimension dieser Aufgabe die Genehmigungen zu weit nach unten aufsplitten. Ich kann mir deswegen nicht gut vorstellen, die Genehmigung der Landesbehörde zu überlassen. Sie müssen sehen, daß eine europäische Richtlinie dann einer je einzelnen Provinzgesetzgebung gegenübersteht. Ich bitte um Verzeihung, daß ich aus europäischer Sicht das Land Nordrhein-Westfalen unter "Provinz" eingeordnet habe.

(C) Wir müssen darauf Rücksicht nehmen, daß das Thema bereits in europäischen Dimensionen ist. Bei Hoechst gibt es das Kuriosum, daß eine Fabrik für 60 Millionen DM in der Nähe von Heidelberg gebaut worden ist, die wegen der vielen Einsprüche nicht in Betrieb gehen kann. Eine gleiche Fabrik wird wenige Kilometer davon entfernt in Straßburg von einem US-Konzern gebaut und wird in kurzer Zeit die medizinischen Mittel liefern, die wir dann in unseren Apotheken kaufen können. Wir müssen also dafür sorgen, daß wir uns mit unserer Gesetzgebung nicht selbst ein Bein stellen, was die Entwicklung dieser aussichtsreichen Technik angeht, die die biochemische Technik der Zukunft sein wird. Hier dürfen wir uns nicht ausblenden.

Wir wissen, daß die EG zweierlei Gesetzesmöglichkeiten vorsieht: zum einen die, die die Mitgliedstaaten bindet, und zum anderen die, die nur eine Mindestnorm vorschreibt, wobei jedes Land draufsetzen kann. Es ist bereits jetzt signalisiert, daß es sich bei der EG-Gesetzgebung hierzu um die letztere handeln wird. Wer also draufsetzt, muß wissen, welche Belastungen er dieser Wirtschaft vorgibt.

Schließlich müssen wir für eine Akzeptanz sorgen. Gut gemeinter Populismus, der die Gefahren als groß darstellt, hilft nicht weiter. Wir müssen für Akzeptanz werben und sagen, daß die unkontrollierte Ausbreitung eher unwahrscheinlich als wahrscheinlich ist und daß wir nur da, wo sie wahrscheinlich ist, entsprechende Gegenmaßnahmen treffen. Wir müssen deutlich machen, daß Science fiction unreal ist. Es wird nicht die zum Elefanten großgezogene Ameise sein, die sich wie die Karnickel vermehrt und die Welt bedroht. Davon sind wir weit, weit entfernt.

Lassen Sie uns in diese Diskussion hineingehen, nicht um unnötig einzugrenzen, sondern um dort, wo wir es verantworten können, zu öffnen, im Interesse dieser Technik, im Interesse der Wirtschaft, im Interesse der vielen Menschen, die davon profitieren werden. Ich freue mich auf die Diskussion und denke, wir werden ausloten, wo Übervorsicht hinderlich wird. An manchen Stellen werden wir vielleicht auch deutlich erkennen, daß wir zuviel Rücksicht auf jene nehmen, die Gentechnik grundsätzlich nicht wollen. Wir sollten unsere Bejahung und unsere Verantwortung für die Zukunft von Technik und Wissenschaft für die Menschen in diesem Land deutlich zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Ruppert das Wort.

(A) Ruppert (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich an die Debatte denke, die wir im vergangenen Mai im Rahmen einer Aktuellen Stunde hier im Plenum zu diesem Thema hatten, dann muß ich feststellen: Die SPD-Fraktion ist seither einen Schritt vorangekommen. Sie ist auf dem richtigen Weg. Wenn ich noch im Ohr habe, was Herr Kollege Grätz damals sinngemäß gesagt hat, nämlich, es wäre ja vielleicht richtig, daß solche gefährlichen Techniken - und er sprach seinerzeit von einem gentechnischen Produktionsvorhaben der Firma Bayer - nicht im dichtbesiedelten Nordrhein-Westfalen, sondern in der kalifornischen Wüste stattfänden, wenn ich mich daran erinnere, daß er damals voll auf das Thema "Risiko" gesetzt hat, dann sind Sie jetzt mit diesem Antrag, der vor allen Dingen auch die Chancen der Gentechnologie betont, wirklich einen Schritt weiter und auf dem richtigen Weg. Das begrüßen wir.

Uns hat allerdings ein wenig, Herr Kollege Kuschke, das Verfahren irritiert. Wir sind davon ausgegangen - und so war es wohl auch -, daß sich mit diesem Thema die eigens vom Landtag eingesetzte Kommission "Mensch und Technik" auseinandersetzt, deren Vorsitzender ja Sie, Herr Kollege Kuschke, sind, und daß man das zunächst einmal in diesem Rahmen berät.

(B) Die F.D.P.-Fraktion hat daraus die Folgerung gezogen, daß Sie zu diesem Thema einen eigenen Antrag und später noch einen Entschließungsantrag stellen wird. Das schließt aber nicht aus - unser Antrag ist sogar so angelegt -, daß daraus ein Kompromiß, ein Konsens aller Fraktionen des Hauses entstehen kann. Und das wäre richtig, um das Ziel zu erreichen, diese Schlüsseltechnologie, wie Sie sie nennen und für die auch wir sie halten, sich hier im Lande entwickeln zu lassen.

Im übrigen bietet diese Schlüsseltechnologie "Gentechnik" ja nicht nur für die Wirtschaft Chancen. Sie ist eine ganz enorme wissenschaftliche Chance. Sie ist eine Chance bei der Bekämpfung von Krankheiten, bei der Bekämpfung des Hungers in der Welt und auch auf dem Weg zur ökologischen Landwirtschaft. Hier möchte ich ein wenig korrigieren, was Sie im Text geschrieben haben: Auch auf dem Weg zur ökologischen Landwirtschaft könnten gentechnologische Forschungsergebnisse entscheidende Weichen stellen helfen. Das gleiche gilt für den Umweltschutz. Nicht nur die Abfallwirtschaft, sondern auch die Altlastensanierung wird in Zukunft ohne biotechnologische, ohne gentechnologische Verfahren gar nicht denkbar

sein. Hier gibt es große Chancen, die wir nutzen müssen. (C)

Natürlich sehen auch wir - sieht im übrigen auch die Bundesregierung in den Eckwerten zu einem Gentechnologie-Stammgesetz - die Risiken. Schopenhauer hat - merkwürdigerweise war das schon im vergangenen Jahrhundert, als von Gentechnologie noch nicht die Rede war - gesagt:

Wohin Denken ohne Experimentieren führt, hat uns das Mittelalter gezeigt. Aber dieses Jahrhundert

- er meinte das vorige, aber für dieses trafe es wohl noch mehr zu -

läßt uns sehen, wohin Experimentieren ohne Denken führt.

Das wollen wir nicht, Experimentieren ohne Denken. Wir müssen uns sehr wohl der Risiken bewußt sein. In diesem Punkt rennen Sie offene Türen ein, Herr Kollege Kuschke. Und es ist auch so, daß Sie diese Türen nicht nur bei uns, bei der F.D.P.-Fraktion im Landtag, einrennen, denn wenn man zum Vergleich das heranzieht, was die Bundesregierung in ihren Eckwerten zum Stammgesetz beschlossen hat, dann ist das in weiten Phasen fast wörtlich identisch mit dem Antrag, den Sie eingebracht haben. Wir begrüßen das.

Kritische Anmerkungen gibt es natürlich auch. Ansonsten könnte ich sofort sagen: Wir stimmen Ihrem Antrag vollständig zu. Wir teilen nicht Ihren Optimismus hinsichtlich der Möglichkeiten der Gesamtschau. Wenn Sie meinen, alle Aspekte, alle Folgen seien abschätzbar, müßten abgeschätzt werden, dann erwidere ich Ihnen: Das ist heute nicht einmal beim Wetter möglich, und das ist vermutlich noch ein wenig einfacher, als sämtliche Folgen gentechnologischer Veränderungen vorherzusehen. (D)

Das macht - insofern haben Sie recht - das Thema so schwierig, daß man sich heute nicht hinstellen und behaupten kann: Ich kenne alle Folgen, die auftreten werden. Ich füge aber hinzu: Wenn wir neue technologische Entwicklungen in der Vergangenheit nur dann hätten vornehmen wollen, wenn wir über sämtliche Folgen Bescheid gewußt hätten, dann hätten wir keine einzige dieser Entwicklungen vornehmen dürfen. Nichts wäre möglich, wenn wir verlangten, wir müßten alles im voraus wissen. Das ist unser Risiko, aber das darf uns nicht dazu verleiten, die Chancen nicht zu nutzen.

Wir sind auch anderer Auffassung bei der Frage der Genehmigungsbehörde. Wir kommen

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) in das Vereinte Europa. Wir nähern uns dem Binnenmarkt. Und gerade die Gentechnologie, das Wissen um die Grundlagen dieser Wissenschaft, dieser neuen Technik, ist weltweit. Es scheint uns daher nicht angezeigt, die Entscheidungen über die Verfahren auf Landesbehörden zu übertragen. Hier muß es eine bundeseinheitliche Regelung geben, sehr wohl allerdings eine Überwachung und Kontrolle durch die Landesbehörden.

Wir sind auch nicht grundsätzlich gegen, aber doch für eine sehr weitgehend abgestufte Form der Öffentlichkeitsbeteiligung. Wir sehen neben der Notwendigkeit, hier wie bei anderen solchen Entscheidungen die Öffentlichkeit zu beteiligen, auch die Schwierigkeit, die Öffentlichkeit wirklich sachkundig zu beteiligen. Das heißt: Öffentlichkeitsbeteiligung soll sein, aber sie muß abgestuft, je nach den Entscheidungen, um die es geht, eingeführt werden, und sie darf vor allen Dingen nicht dazu führen, daß das Hauptproblem, das bisher schon feststellbar war, nämlich daß die Sorge derjenigen, die Gentechnologie betreiben, über mangelnde Akzeptanz, über unklare Rechtslage, über zu lange Genehmigungsverfahren noch verstärkt wird.

Wir müssen die Öffentlichkeit, da wo es notwendig ist, beteiligen, aber wir müssen dennoch dafür sorgen, daß die Verfahrensdauer in einem überschaubaren Rahmen bleibt und die notwendigen Entscheidungen nicht verhindert.

- (B) Unsere zweite Aufgabe neben dieser Setzung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die Sicherheit schaffen für die Investoren, für die Forscher, aber auch für die Bürger, ist allerdings auch, selbst als Politiker dafür zu sorgen, daß nicht unnötige, unbegründete Ängste geschürt werden. Das ist ja leicht. Gerade weil man die Folgen dieser neuen Technologien, wie eben beschrieben, nicht in allen Einzelheiten vorhersehen kann - es sind in der Tat so schrecklich negative Folgen bisher nicht sichtbar geworden -, schließt das nicht aus, daß Risiken vorhanden sind. Aber man kann bei solchen unbekanntem Risiken um so leichter unbegrenzte Ängste schüren. Wenn wir wollen, daß die Chancen dieser Technologien in Wissenschaft und Wirtschaft genutzt werden, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß die öffentliche Akzeptanz für diese Technologie geschaffen wird und nicht verlorengeht.

(Minister Matthiesen: Fangen wir doch einmal bei Müllverbrennungsanlagen an!)

- Bei Müllverbrennungsanlagen machen ja nicht nur Sie das, Herr Kollege Matthiesen;

- da machen das viele andere wie ich zum Beispiel auch - und inzwischen mit zunehmendem Erfolg. Ich denke, genau wie dort ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß das, was notwendig ist, von den Menschen auch eingesehen wird. Das ist unsere Aufgabe auch bei solchen neuen Technologien. (C)

Unser Vorschlag ist deswegen, daß wir nicht nur über gedrucktes Papier hier im Landtag miteinander reden, sondern daß wir - mein Kollege Achim Rohde hat das vor einem Jahr schon einmal vorgeschlagen - auch hier in den Landtag den Sachverstand der Wissenschaftler und der Industrie unseres Landes holen und zu diesem Thema einmal ein Forum des Landtags veranstalten, das auch öffentliche Wirkung hat und das den Menschen sagt, womit sie es bei der Gentechnologie zu tun haben; das sie aufklärt über die Chancen und das nicht verschweigt, welche Risiken bestehen. Nur wissende Bürger können über ein solches Thema vernünftig urteilen.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abg. Wessel (SPD))

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft das Wort.

- Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der Bio- und Gentechnologie ist Sachlichkeit gefordert. Ich bin sehr dankbar für die hier geführte Debatte, die diesem Grundsatz, wie ich finde, in hervorragender Weise gerecht wird. Ich würde mir aus der Sicht der Landesregierung wünschen, daß wir gerade bei diesem Thema den Stil der notwendigen Auseinandersetzung beibehalten und so viel Konsens auch über Parteigrenzen hinweg ermöglichen, wie es sicherlich sinnvoll ist, wenn wir den von uns allen gewollten Anspruch der rationalen Diskussion in der Öffentlichkeit erfolgreich bestehen wollen. (D)

Der Bereich der Anwendbarkeit der Bio- und Gentechnologie ist seit Vorlage des Berichts der Enquete-Kommission "Chancen und Risiken der Gentechnologien" 1987 weithin bekannt. Durch den Einsatz genetisch veränderter Organismen erhofft man sich ein hohes Innovationspotential für die Volkswirtschaft, mit dem neue Produkte oder Produktionsverfahren kostengünstig und unter wesentlicher Einsparung an Rohstoffen und Energie hergestellt werden können. Es werden neue Lösungsmöglichkeiten gesehen für die Produktion von neuartigen Arzneimitteln, die Produktion von Lebensmittelinhaltsstoffen, die Produktion von Industriechemikalien, die Nutzung von gen-

(Minister Matthiesen)

- (A)** technisch veränderten Pflanzen, die Nutzung von gentechnisch veränderten Tieren und den Abbau von umweltbelastenden Chemikalien.

Diese Anwendungsbereiche, die ich aufgezählt habe, führen zu ganz ernsthaften Fragen nach den ökologischen, nach den ökonomischen und nach den sozialen Folgen, die die Nutzung moderner Technologien im großen Maßstab mit sich bringt. Befürchtungen gelten vor allem spezifischen Risiken, die sich aus dem Umgang mit lebendem Material ergeben.

Angesichts einer neuen Technologie, die Chancen und Risiken in sich birgt, hat, so denke ich, der Staat zwei wesentliche Aufgaben. Zum einen obliegt es ihm, die Innovationskräfte der neuen Technologie nutzbar zu machen und Maßstäbe für die Zukunftsforschung im Sinne eines verantwortlichen Umgangs mit der neuen Technologie in diesem Land zu setzen, was die Beteiligung in NRW beheimateter Forschungsinitiativen an internationalen Vorhaben und eigenständige Forschung beinhaltet.

Zum anderen aber ist der Staat aufgerufen, eine effektive Gefahrenabwehr zu gewährleisten. Dies muß durch eine Rechtsetzung geschehen, die gerade dem Vorsorgeprinzip genügt. Das Vorsorgeprinzip ist deshalb so wichtig, weil die Auswirkungen zur Zeit nicht abschätzbar sind wegen ihrer potentiellen Wirkungsketten der möglichen Eigendynamik und der Auswirkungen auf biologische Systeme.

**(B)**

Nur einige Risiken, die sich aus dem Umgang mit lebendem Material ergeben können, seien hier genannt. Gentechnisch veränderte Organismen, mit denen in Forschung und Produktion umgegangen wird, können die Gesundheit des damit Arbeitenden beeinträchtigen. Freigesetzte Organismen können sich in Umweltmedien unbegrenzt ausbreiten. Damit verhalten sie sich anders als Schadstoffemissionen, denn letztere lassen sich bestimmen, eingrenzen und regulieren. Die Kontrolle der Ausbreitung gentechnisch veränderter Organismen dagegen ist heute technisch nur unzulänglich möglich. Auf der Basis von potentiellen Risiken, die sich aus dem Umgang mit lebendem Material ergeben, haben Überlegungen zu rechtlichem Regelungsbedarf zu erfolgen.

Zu Einzelaspekten der Bio- und Gentechnik sind in den letzten Jahren Regelungen getroffen worden. Es handelt sich dabei um eine von den Berufsgenossenschaften entwickelte Unfallverhütungsvorschrift "Biotechnologie", die im April 1988 vom Bundesminister für

Arbeit und Sozialordnung in Kraft gesetzt wurde. **(C)**

Eine notwendige präventive Kontrolle im Hinblick auf den allgemeinen Gesundheits- und Umweltschutz ist mit ihr aber nicht sicherzustellen.

In der Gefahrstoffverordnung vom Dezember 1987 wird der Gefahrstoffbegriff um das bei der Bio- und Gentechnik anfallende gefährliche biologische Material ergänzt.

Die Abwasserherkunftsverordnung vom Juli 1987 bestimmt unter anderem den Herkunftsbereich, die Herstellung und Verwendung von Mikroorganismen und Viren mit in vitro neu kombinierten Nukleinsäuren.

In die 4. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz wurden mit Ausnahme für die Forschung Anlagen zum Umgang mit gentechnisch veränderten Mikroorganismen und Zellkulturen aufgenommen und damit genehmigungspflichtig gemacht.

Schließlich müssen seit dem 1. September 1988 nach diesen Vorschriften des Immissionsschutzrechtes Anlagen im Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung genehmigt werden.

Seit dem 28. Mai 1986 gibt es dann sogenannte neugefaßte Richtlinien zum Schutz vor Gefahren durch in vitro neu kombinierte Nukleinsäuren, die sogenannten Gen-Richtlinien.

**(D)**

Nun denke ich, meine Damen und Herren - und das haben auch die Herren Vorredner deutlich zum Ausdruck gebracht -, daß es bei vielleicht nuancierten Unterschieden in der einen oder anderen Beurteilung insgesamt Einigkeit darüber gibt, daß die von mir eben genannten Regelungsinstrumente vollkommen unzulänglich sind. Von Rechtssicherheit sind wir in der Bundesrepublik Deutschland weit entfernt.

Sie wissen, daß die Bundesländer die Bundesregierung wiederholt aufgefordert haben, endlich ein Gentechnikgesetz vorzulegen, und daß dies auch aus der Sicht unserer Industrie hinsichtlich der Attraktivität des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland immer dringlicher wird.

(Zustimmung des Abg. Kuschke (SPD))

Die Bundesregierung hat am 13. November 1988 Eckwerte zu gesetzlichen Regelungen beschlossen, auf deren Grundlage, wie zu vernehmen ist, noch vor der Sommerpause ein Gesetzentwurf vorgelegt werden soll. Auch anlässlich dieser Debatte kann die Landes-

(Minister Matthiesen)

- (A) regierung nur Bundesregierung und Bundestag dringlich bitten und dringlichst auffordern, endlich in dem Sinne zu handeln, daß die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden.

(Zustimmung des Abg. Kuschke (SPD))

Maßstab für unsere Forderungen an ein Gentechnikgesetz muß die Realisierung des Schutzzweckes durch Risikovorsorge sein. Wir haben auch stets gefordert, daß für die Abschätzung und Bewertung des Gefahrenpotentials unabhängige Sachverständige vorzusehen sind, die z. B. an der Einstufung der gentechnisch veränderten Organismen in Gefahrengruppen beteiligt werden. Nur unter Einbeziehung von nicht interessegebundenem wissenschaftlichem Sachverstand können Risiken nach dem aktuellen Erkenntnisstand von Wissenschaft und Forschung beurteilt werden. Wir glauben auch, daß die Einbeziehung solcher Wissenschaftler für das Ausmaß der notwendigen öffentlichen Akzeptanz ganz wesentlich ist.

Wir haben uns dafür eingesetzt, daß für eventuelle Schadensfälle über die grundsätzlich bestehende Verschuldenshaftung hinaus die Regelung einer zivilen Gefährdungshaftung für Personen, die gentechnisch veränderte Organismen verwenden, freisetzen oder in Verkehr bringen, vorzusehen ist. Hinzu kommen muß die Forderung nach einem genormten Vollzugs- und Überwachungsverfahren, wie es z. B. in den EG-Richtlinien-vorschlägen nicht enthalten ist.

(B)

Mit dem vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion werden die Möglichkeiten für die Zukunft in den verschiedenen Anwendungsbereichen, aber auch die Unsicherheiten bei der verlässlichen Einschätzung der Risikopotentiale berücksichtigt. Es werden Grundpositionen im Umgang mit einer neuen technischen Entwicklung und daraus folgendem Handlungsbedarf beschrieben. Die aufgezeigten Handlungsnotwendigkeiten betreffen nicht nur rechtliche und organisatorische Regelungen, sondern auch den institutionalisierten Dialog, den auch die Landesregierung für nötig hält.

Gerade dieser Vorschlag zur Institutionalisierung eines sogenannten gesellschaftlichen Dialogs wird deshalb von uns ausdrücklich begrüßt. Wir halten ihn auch deshalb für notwendig, um über erforderliche Transparenz auch hier die notwendige Akzeptanz herbeizuführen. Die Landesregierung sieht darin die Chance zu einem breiten Konsens in der Bewertung der gesundheitlichen, ökologischen, sozialen, ökonomischen und ethischen Aspekte bei der Einführung der neuen Technologie.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wir brauchen sehr schnell sehr klare gesetzliche Regelungen. Die in Nordrhein-Westfalen anhängigen Verfahren zur Genehmigung von Forschungs- und Produktionsverfahren führen uns die Notwendigkeit eines Gentechnikgesetzes drastisch vor Augen. Wir brauchen den gesellschaftlichen Konsens zu dieser neuen Technologie. Deshalb begrüßt die Landesregierung, daß durch den Antrag der SPD-Fraktion die parlamentarische Diskussion zur Gentechnologie im nichtmenschlichen Anwendungsbereich mit großer Sachlichkeit und mit großem Ernst eröffnet worden ist.

(C)

Die Landesregierung wäre nicht nur daran interessiert, sondern auch dafür dankbar, wenn wir uns diese Sachlichkeit und diesen Ernst bei der weiteren Beratung dieses Themas trotz aller politischen Hektik, die ansonsten herrscht, bewahren könnten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Schmidt von der Fraktion der SPD.

Schmidt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Einstieg kann ich wohl sagen: Wir haben offensichtlich Übereinstimmung und sehr sinnvolle Hinweise bekommen, wie wir mit diesem Thema in nächster Zeit umgehen wollen. Das macht mich eigentlich hoffnungsfroh - das haben sowohl Herr von Unger als auch Herr Ruppert und Herr Minister Matthiesen hier angedeutet -, damit vielleicht ähnlich verantwortungsvoll wie mit unserem Antrag zur Fortpflanzungsmedizin umzugehen. Ich will nicht von "Sternstunde" des Parlamentes sprechen, aber ich denke, daß es doch in diese Richtung geht, daß man miteinander redet und nicht aneinander vorbeiredet.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Da gibt es gute Hinweise, wie wir das miteinander tun können.

Gestatten Sie mir dennoch zum Grundsatz unseres Antrages noch einige Bemerkungen! Wir haben ja Schlagzeilen gehört: "Bakterien produzieren Energie", oder auch: "Genexperiment macht Bakterien hochinfektiös". Zwei Schlagzeilen aus den letzten Monaten, die eigentlich die ganze Spannweite von Hoffnungen und auch Befürchtungen, die sich mit dem Begriff Gentechnik verbinden, überdeutlich machen!

Es ist schon eine faszinierende Idee, daß es künftig gentechnisch veränderten Mikro-

(Schmidt (SPD))

- (A) organismen gelingen könnte, Wasserstoff in wirtschaftlich interessanten Mengen zu produzieren. Die Vision von einer sauberen Energie, die praktisch unbegrenzt verfügbar ist und uns von sämtlichen Diskussionen über Kohle und Kernkraft befreit, wird dabei sichtbar.

Auf der anderen Seite wird gefragt, ob wir uns dabei nicht neue Probleme einhandeln. Treiben wir da nicht sozusagen den Teufel mit dem Beelzebub aus? Ist die Gentechnik beherrschbar? Experten aus Wissenschaft und Industrie beruhigen uns da: Die Gefahren der Gentechnik würden weit übertrieben, wird gesagt. Die Sicherheitsrichtlinien, an die man sich zur Zeit freiwillig hält, garantierten wirklich Sicherheit; die Gefahren seien jedenfalls nicht größer als bei der klassischen Biotechnik und sonst in der Chemie.

Aber dennoch: Gentechnik experimentiert mit Lebewesen. Wir wissen alle, daß die belebte Natur, beispielsweise in Form der Mutation, Überraschungen für uns alle bereithält. Bei Bakterien und Mikroorganismen müssen wir wegen der hohen Vererbungsgeschwindigkeit in besonderer Weise mit Überraschungen rechnen. Lebensprozesse können sich selbständigen, sozusagen auf völlig neue Einfälle kommen, wenn ich das einmal so formulieren darf.

- (B) Der Bericht aus der "Süddeutschen Zeitung" vom 12. Dezember 1988 ist ein Beispiel für solche Überraschungen. Obwohl in einer Versuchsreihe ein sogenannter Sicherheitsstamm verwendet wurde, ergab sich irgendwann im Laufe des Experimentes eine Zunahme der gesundheitlichen Gefährdung. Ich will damit nicht behaupten, daß die Gentechnik nicht beherrschbar ist. Wir müssen aber mit diesen Dingen überaus sorgsam umgehen - die Diskussion hat es gezeigt, daß wir uns an diesem Punkt einig sind -, sorgsamer als mit der Chemie. Wir müssen unseren Wissenschaftlern in gewisser Weise noch sehr viel mehr abverlangen als bei der Beurteilung der Kernkraft. Jedenfalls können wir nicht einfach darauf vertrauen, daß harmlose Erreger oder harmlos gemachte Erreger im Verlaufe von Experimenten auch wirklich harmlos bleiben.

Meine Damen und Herren, große Chancen, hohe Risiken! In dem Grundansatz, daß die Chancen genutzt und die Risiken vermieden werden müssen, sind wir uns in diesem Hause und wohl auch in der Bundesrepublik im Prinzip einig. Gerade wenn man die Chance nutzen will, ist aber ein Höchstmaß an Sorgfalt erforderlich. Diese Vorsicht - möglicherweise auch formuliert: Über-Vorsicht -

- (C) muß der Gesetzgeber an den Tag legen und in diesem Bereich materielle und Verfahrensvorschriften erlassen, die Risiken wirklich ausschließen.

Die Gefährlichkeit muß in jedem Fall überprüft werden, und zwar nicht nur von Beteiligten, sondern auch von Unbeteiligten. Diese Kontrolle darf natürlich verantwortliche Forschung nicht behindern: Über organisches Leben wissen wir noch viel zu wenig. Es gibt einen ungeheuren Forschungsbedarf, nicht nur um die positiven Möglichkeiten, die Chancen der Gentechnik zu ermitteln und nutzbar zu machen, sondern auch um diese Technik wirklich beherrschbar und mögliche Folgen voraussehbar zu machen.

Ein Schwerpunkt unseres Antrages liegt daher auf der Forschung, vor allem auch auf der Risikoforschung. Darin liegt keineswegs eine Verhinderungsstrategie, um das hier einmal ganz klar zu sagen. Aber in einen Bereich wie der Gentechnik darf man nicht blauäugig nach dem Motto hineintappen: Es wird schon werden.

Die bei der Entwicklung der Kernkraft gemachten Fehler dürfen nicht noch einmal wiederholt werden.

(Zustimmung bei der SPD)

- (D) Unseren Kindern sagen wir ja auch zu Recht: erst denken, dann reden, dann handeln. Dieser richtige Grundsatz wird nicht falsch, wenn es schwierig und noch schwieriger wird. Forschung erweist sich also als ein weiterer Dreh- und Angelpunkt für die Nutzung der Chancen der Gentechnik.

Meine Damen und Herren, diese Chancen dürfen an unserem Land nicht vorbeigehen. Die Chemieindustrie Nordrhein-Westfalens ist der leistungsstärkste Wirtschaftszweig. Unser Land ist von einem Kohle- und Stahl Land zu einem Chemieland geworden. Diese nüchternen Zahlen belegen: Die Chemieindustrie in Nordrhein-Westfalen muß erhalten und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Dazu gehört, daß die Chancen, die die Gentechnik bietet, auch genutzt werden.

Meine Damen und Herren, trotzdem darf es keinen Zweifel am absoluten Vorrang für den Schutz von Leben, Gesundheit und Umwelt geben!

(Zustimmung bei der SPD)

Abschließend: Wir wissen alle, daß wir in der Bundesrepublik nicht auf einer Insel leben. Forschung und Entwicklung der Gentechnik

(Schmidt (SPD))

- (A) findet auch in unserer Umgebung statt. In den europäischen Gremien werden zur Zeit Grundsätze dazu diskutiert. Die ersten Entwürfe der europäischen Verwaltung bleiben deutlich hinter den Maßstäben der Verwaltung zurück, die wir hier in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen für erforderlich halten. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist es dringend erforderlich, daß wir in der Bundesrepublik Sicherheitsmaßstäbe entwickeln, die Vorbild für eine europäische Regelung sein könnten. Bemühen wir uns auch bei der weiteren Beratung unseres Antrages gemeinsam darum!

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrages an den Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung - federführend -, an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung, an den Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz und an die Kommission "Mensch und Technik". Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

- (B) Neue Entsorgungsstrukturen für die Klärschlammbehandlung

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 10/1435

Meine Damen und Herren, die Fraktion der F.D.P. hat mit Drucksache 10/4179 einen Änderungsantrag vorgelegt, der in die Beratung mit einbezogen wird.

Zur Begründung des Antrages der Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Stump das Wort. Herr Stump! - Wenn Sie verzichten, dann gehen wir in der Rednerliste weiter.

(Stump (CDU): Nein, ich hatte noch eine Besprechung! - Reichel (F.D.P.): Ich dachte, das wäre der Abgeordnete "Stumm" gewesen! - Heiterkeit)

Stump (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion will mit dem eingebrachten Antrag zur Klärschlammverwertung eine Diskussion auslösen, die wir aus umweltpolitischer Sicht als unbedingt notwendig

erachten. Bei vielen anderen umweltrelevanten Fragen geht es immer darum, auf welchem Niveau Grenzwerte festzusetzen sind, um die Natur und damit auch den Menschen vor Schaden zu bewahren. Dabei geht es eigentlich immer nur darum, wie eine Schadensbegrenzung erreicht werden kann, die dann als umweltpolitische Großtat in der Regel gefeiert wird.

Bei der seit Monaten aufgeflackerten Diskussion um die Klärschlammabfuhrung auf landwirtschaftliche Flächen geht es um genau den gleichen Diskussionsinhalt.

Eigentlich sind sich alle Fachleute einig, daß Klärschlämme in ihrer heutigen Zusammensetzung nicht auf die Felder gehören und die Deponien für eine Ablagerung zu schade und auch zu teuer sind. Also bleibt die Frage: Wie kann auch hier eine Schadensbegrenzung, wie zum Beispiel durch eine Behandlung des Klärschlammes oder durch Absenkung der Grenzwerte für Schwermetalle, erreicht werden?

Auch im Zusammenhang mit der Novellierung der Klärschlammverordnung des Bundes wird überlegt, ob gespaltene Grenzwerte - so zum Beispiel bei "niedrigere Sandböden" - festgelegt werden sollen. Für organische Belastungen im Klärschlamm sind Orientierungswerte im Gespräch. Auch wie Dioxineinträge bewertet werden sollen, ist noch ein ungeklärtes Gebiet. Ich will nicht verschweigen, daß die Diskussion um die Novellierung der Klärschlammverordnung notwendig ist und auch Wege aufzeigen muß, selbst wenn sie umweltpolitisch nicht unbedingt immer zu friedenstellend sind.

Das alles entbindet die Politik nicht, Überlegungen anzustellen, die Klärschlammabfuhrung auf landwirtschaftliche Flächen ganz zu stoppen. Es kann nicht unsere Diskussion sein, die darauf abstellt, die Belastungsfähigkeit des Bodens, der ja auch anderen Schadstoffeinträgen ausgesetzt ist, zu testen.

Ein Blick in die Klärschlammverordnung des Bundes und auch in die Verwaltungsvorschriften des Landes zu dieser Verordnung macht deutlich, mit welchen Auflagen, mit welchem Wenn und Aber und mit welchen Bedenken hier Vorsorgepolitik beschrieben wird.

Wendet man sich den Haftungsfragen zu, so wird das ganze Dilemma in den Verhandlungen zwischen den Wasserverbänden, den Gemeindeverbänden und der Landwirtschaft deutlich. Selbst Musterverträge zwischen der Landwirtschaftskammer, dem Deutschen Bauernverband

(C)

(D)

(Stump (CDU))

- (A) und der Abwassertechnischen Vereinigung, die eine Art Haftungsfonds zum Ziele haben, schaffen keine ausreichende Akzeptanz.

Die andere Form der Entsorgung ist die Deponierung. Sie macht ebenso im Hinblick auf knappe Deponien keinen Sinn.

Das Dilemma ist da und die Problematik groß. Circa 15 Millionen Kubikmeter Klärschlämme fallen allein im Jahr in Nordrhein-Westfalen an. Eine weitere drastische Zunahme wird erwartet. Die Zeit drängt also.

Meine Damen und Herren! Mit dem Untersuchungsergebnis der Gehalte an polychlorierten Dioxinen, Furanen und ausgewählten Chlorkohlenwasserstoffen in Klärschlämmen, festgestellt durch das Institut für Organische Chemie der Universität Tübingen, hat der Bundesumweltminister öffentlich dazu aufgefordert, keine Klärschlämme mehr auf Grünland- und Anbauflächen für Feldfutter aufzubringen, was bisher auch schon für Gemüsegärten und Obstplantagen galt.

Die Aufregung der Bundesländer war groß, nach meinem Eindruck auch bei unserem Minister.

(Minister Matthiesen: Bei allen Bundesländern!)

Bis auf Bayern und Bremen sind jedoch alle Länder diesem Aufruf gefolgt, auch das Land Nordrhein-Westfalen.

- (B) Das politische Gebot der Stunde, unabhängig von der Fortschreibung der Klärschlammverordnung, besteht jetzt darin, eine Entsorgungsstruktur mit den Schwerpunkten der Verwertung und der Verbrennung aufzubauen. In fünf bis acht Jahren muß sie vorhanden sein. Inhaltlich hat sich der Umweltausschuß des Landtags Nordrhein-Westfalen dieser Zielsetzung bereits durch eine vorgezogene Diskussion angeschlossen.

Folgt man dem Umweltminister unseres Landes, dann werden wir in Nordrhein-Westfalen diese Entsorgungsmöglichkeiten sehr viel früher zur Verfügung haben, als dies in anderen Bundesländern der Fall sein wird. Herr Minister, wir wollen keine Sprüche hören, sondern Taten sehen; milder ausgedrückt: Wir wollen den Worten Taten folgen sehen. Wir wollen daher von der Landesregierung bis zum 30.06.1989 einen Bericht haben, aus dem konkret hervorgeht, ob und in welchem Ausmaß eine Entsorgungsstruktur geplant ist. Standorte, Zeitpläne, Finanzierungsvorstellungen und anzuwendende Behandlungs- und Verbrennungstechniken sind dabei gefragt.

(C) Wir sind uns hier im Parlament meines Erachtens einig, daß Entscheidendes geschehen muß, bevor auch bei der Klärschlamm Entsorgung Engpässe entstehen, unkontrolliertes Verbringen zur Tagesordnung gehört. Ich denke, eine neue umweltpolitische Aufgabe steht hier vor uns. Wir sollten daher vorsorgen.

Meine Damen und Herren, dem Ergänzungsantrag der F.D.P. stehen wir positiv gegenüber, weil das im Grunde genommen zur Philosophie der Abfallentsorgung gehört: Nicht nur die Verbrennung, sondern auch die Verwertung und Behandlung sind Bestandteile der Bewältigung von Abfällen und hier konkret auch bei den Klärschlämmen.

Wir bitten, dem Antrag der CDU-Fraktion heute die Zustimmung zu geben, damit wir in Bälde in eine tiefere sachliche Diskussion eintreten können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich eröffne die Berätung. Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abg. Gorlas; ich erteile ihm das Wort.

Gorlas (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Antrag der CDU-Fraktion aufmerksam gelesen; ich habe ihn sogar zweimal gelesen. Ich muß aber gestehen: Ich habe ihn weder in seiner Logik noch in seinen Schlußfolgerungen verstanden.

(Kruse (CDU): Das ist Ihr Problem!)

(D)

- Das nehme ich gern an. Aber es gibt auch noch eine zweite Möglichkeit, und welche zutrifft, das werden wir dann gleich sehen.

Es ist sicher richtig, wenn es in dem Antrag heißt, daß Klärschlamm erhebliche Mengen an Nährstoffen, an organischen Massen, Mineral- und Spurenelementen enthält und darum als Dünger gut geeignet ist. Es ist sicher auch richtig, daß je nach Herkunft im Klärschlamm auch Schadstoffe, insbesondere, wie in dem Antrag erwähnt, Schwermetalle enthalten sind. Beides ist eigentlich gar nichts Neues.

Ich stimme der CDU auch zu, wenn sie ausführt, daß das Aufbringen von Klärschlamm auf landwirtschaftlichen Flächen nicht unproblematisch ist. Es ist bei Gott nicht unproblematisch, allerdings: Es ist vieles in unserer komplizierten Welt nicht unproblematisch. Aber nach dieser Zustandsbeschreibung, gegen die ich eigentlich nichts habe, kommt dann die Aussage in dem Antrag:

(Gorlas (SPD))

- (A) Die neuen Erkenntnisse zu der Gefährlichkeit der Klärschlammaufbringung auf landwirtschaftlichen Flächen zwingen die kommunalen Klärwerksbetreiber, sich um alternative Entsorgungsmöglichkeiten zu bemühen.

So steht das hier. Jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren von der CDU: Welchen neuen Erkenntnisse sind das denn? Sie werden in dem Antrag nicht genannt. Die Problematik der Schwermetalle, die genannt wird, ist spätestens seit dem Cadmium-Hearing im Reichstag vom November 1981 allen Interessierten bekannt. Seit 1982 sind Schwermetallwerte für Klärschlamm und für beschlammte Böden festgelegt. Seit 1983 gibt es eine Klärschlammverordnung. Durch ausgefeilte Kontrollverfahren, Problemlösungen an der Quelle, nicht zuletzt auch durch die Indirekteinleiter-Verordnung hat das Problem nicht mehr die Brisanz vergangener Jahre.

Ministerialrat Dr. Lindner vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sagte vor einigen Tagen in einem Vortrag zum Thema "Die Zukunft der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung":

Bisher vorliegende Erkenntnisse über die Entwicklung von Schwermetallen in Schlämmen und in Böden seit Inkrafttreten der Klärschlammverordnung am 01.04.1983 erlauben grundsätzlich eine positive Bilanz.

- (B) Und er führte weiter aus:

Das in der Begründung zur Verordnung genannte Ziel, durch Maßnahmen an der Quelle die Schwermetallbelastungen des Abwassers und damit der Klärschlämme deutlich zu senken, konnte vor allen bei Blei, Cadmium und Chrom erreicht werden. Auch die ermittelten Bodenwerte geben keinen Anlaß zur Besorgnis.

Auch die Aussagen zahlreicher anderer Fachleute in den letzten Monaten lassen nicht erkennen, daß im Bereich der Schwermetalle neue Erkenntnisse einer Gefährlichkeit vorliegen.

Auf einem zweitägigen Symposium im Frühjahr 1988 in Berlin, an dem sich maßgebliche deutsche Fachleute beteiligten, wurde deutlich gemacht, daß sich die Regelungen der Klärschlammverordnung in bezug auf die Schwermetallbegrenzung in Schlämmen und in Böden bewährt haben.

Etwas ganz anderes, meine Damen und Herren, das in dem Antrag der CDU überhaupt

nicht erwähnt wird, ist die Belastung des Klärschlammes mit organischen Stoffen verschiedenster Art. Dieses ist in der Tat, seitdem die Analytik weiter verfeinert wurde, in den Mittelpunkt des Interesses der Fachleute gerückt. Insbesondere die halogenisierten Kohlenwasserstoffe sind das Ziel zahlreicher Untersuchungen. (C)

Ausgangspunkt des CDU-Antrages - dies hat Herr Kollege Stump in seinem Beitrag bestätigt, ich habe es vermutet, da der Text nichts darüber aussagt - ist eine Pressemitteilung von Umweltminister Töpfer vom 16. September vergangenen Jahres, in der er mitteilt, er wolle den Ländern empfehlen, das Aufbringen von Klärschlamm wegen festgestellter Dioxin- und Furangehalte im Vorgriff auf eine Novellierung der Klärschlammverordnung zu untersagen. Diese Mitteilung, die die Akzeptanz der landwirtschaftlichen Klärschlammaufbringung nicht gerade erleichtert hat, war der Versuch - das muß man auch sehen - einer Vorwärtsverteidigung gegenüber einer für den 20. September - also einige Tage später - erwarteten Monitor-Sendung im deutschen Fernsehen zu diesem Thema.

Mit seiner Aussage bezog sich Töpfer wohl auf eine Untersuchung von Professor Hagenmeier "Untersuchungen der Gehalte an polychlorierten Dibenzodioxinen und polychlorierten Dibenzofuranen in Klärschlämmen".

Die von Hagenmeier angegebenen Werte in dieser Untersuchung, auf die sich Töpfer bezieht, wurden von anderen Instituten durch Probenahme von bundesweit rund 60 Kläranlagen überprüft und, wie auf einer Fachtagung in der vergangenen Woche in Aachen berichtet wurde, nicht bestätigt. Alle, die sich dort geäußert haben, haben gesagt, ihre Werte lägen erheblich niedriger, daß von einer gesicherten Erkenntnis als Grundlage von Töpfers Aussage noch nicht die Rede sein kann. (D)

Wie Professor Möller von der Ruhr-Universität Bochum auf der gleichen Tagung berichtete, hat die Abwassertechnische Vereinigung die Untersuchungen koordiniert und dem Bundesumweltminister mit Schreiben von Dezember 1988 mitgeteilt, daß sie auf der Grundlage ihrer analytischen Daten zu der Schlußfolgerung kommt, daß die Einstellung der Verwertung von Klärschlämmen auf Ackerland sachlich nicht zu begründen sei.

Es ist darum, glaube ich, mehr als zweifelhaft, ob die von Töpfer vorgelegten Untersuchungsergebnisse die Grundlage für ein rechtmäßiges Anwendungsverbot liefern können.

(Gorlas (SPD))

- (A) Professor Kampe - inzwischen verstorben - und Dr. Schaaf von der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt in Speyer, die das Problem auch untersucht haben, kommen zu dem Ergebnis, daß weder PCB noch polycyclische Aromate oder halogenisierte Kohlenwasserstoffe von den Pflanzen aufgenommen werden.

Der vorhin schon zitierte Ministerialrat Lindner vom Bundesumweltministerium sagt dazu:

Ein Übergang von Dioxinen und Furanen in Kulturpflanzen wie Weizen und Kartoffeln war auch bei extrem hohen Belastungen nicht festzustellen.

Bei Untersuchungen von Boden- und Aufwuchsproben nach zum Teil extrem hohen Klärschlammgaben auf verschiedene organische Schadstoffe wurde festgestellt, daß Chlorkohlenwasserstoffe keine Anreicherung und keinen Transfer in Kulturpflanzen erfuhren.

Meine Damen und Herren, Professor Lescher vom Institut für Wasser-, Boden- und Luft-hygiene des Bundesgesundheitsamtes in Berlin erklärte vor kurzem in einem Vortrag, daß die Forderung, die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlämmen einzustellen, im Lichte anderer Umweltbelastungen und wegen der noch nicht geklären Umweltfolgen einer derartigen Umorientierung noch viel zu früh gestellt sei.

- (B) Zum Schluß: Friege, Buysch und andere aus dem Landesamt für Wasser und Abfall, also Experten aus unserem Lande, weisen in einer demnächst erscheinenden Veröffentlichung nach, daß bei ihren Untersuchungen mit Klärschlamm beschichtete Flächen nahezu den gleichen Gehalt an Benzo(a)pyren und PCB aufweisen wie unbeschlammte Flächen, während allerdings - das muß man dazusagen - Bodenproben aus Überschwemmungsgebieten deutlich höhere Werte aufwiesen.

Meine Damen und Herren! Halogenisierte Kohlenwasserstoffe sind problematische Substanzen. Die wissenschaftliche Szene der Bundesrepublik beobachtet und untersucht die Situation. Sie sagt mit großer Übereinstimmung, daß zu einer Einstellung der landwirtschaftlichen Schlammverwertung kein Anlaß bestehe.

Die Umweltnisternerkonferenz vom November des vergangenen Jahres hat - nach diesem Vorstoß von Töpfer - erklärt, daß sie aufgrund der bis jetzt vorliegenden Untersuchungsergebnisse keine Notwendigkeit sieht, zu

- (C) einer vollständigen Einstellung der Aufbringung von Klärschlämmen zu kommen. Sie weist im übrigen darauf hin, daß eine Entsorgungsalternative für die bisher landwirtschaftlich verwerteten Klärschlämme im Inland kurzfristig nicht zur Verfügung steht. Sie betont außerdem, daß zur landwirtschaftlichen Verwertung bisher keine sinnvolle Alternative besteht.

Die Deponierung oder Verbrennung von Klärschlämmen könne zwar bei höher belasteten Schlämmen aus Vorsorgegründen notwendig sein, die Rückführung des organischen Materials in den Biozyklus sei im übrigen aber diesem Verfahren aus gesamtökologischen Gründen vorzuziehen.

Die CDU fordert nun in ihrem Antrag, den bisher landwirtschaftlich verwerteten Klärschlamm zu deponieren bzw. zu verbrennen. Hierzu solle die Landesregierung eine Entsorgungsstruktur aufbauen. Ich meine, der Antrag der CDU verstößt gegen den obersten Grundsatz unseres Abfallrechts überhaupt, nämlich, Abfallverwertung vor Abfallbeseitigung zu betreiben. Er sieht das gesamte Problem Abwasserentstehung, Klärschlamm-entstehung, Beseitigung des Klärschlammes nur aus der engen Perspektive des Bauern auf dem Acker. Oder bäuerlich gesprochen: Die CDU zäumt das Pferd vom Schwanz auf.

- (D) Es ist doch nicht richtig, wegen der Klärschlammbelastung primär die Art der Klärschlammverwendung bzw. -beseitigung zu ändern. Konsequenter und sinnvoller ist es doch, den Eintrag der Stoffe durch industrielle Einleiter einzuschränken und auf häusliche Einleiter durch Aufklärung oder - wenn es sein muß - durch Produktionsverbot zu reagieren.

Wirkungsvoll als Maßnahme an der Quelle wäre es, die gefährlichen organischen Stoffe in die Indirekteinleiter-Verordnung nach § 7a Wasserhaushaltsgesetz aufzunehmen. Der Antrag übersieht dieses wichtige Instrument des § 7a WHG.

Der Antrag mißachtet den Grundsatz, an der Quelle anzufangen.

Der Antrag widerspricht der Zielsetzung des Abfallrechts.

Der Antrag ignoriert den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Der Antrag übersieht die geregelten Zuständigkeiten, die sich aus dem Wasser- und dem Abfallrecht zur Errichtung solcher Anlagen ergeben.

(Gorlas (SPD))

- (A) Wir halten ihn darum für ungeeignet und werden ihn ablehnen.

Der Antrag begründet die Forderung nach einer neuen Entsorgungsstruktur mit der Behauptung neuer Erkenntnisse zur Gefährlichkeit der Klärschlammaufbringung, ohne diese auch nur im Ansatz darzulegen.

Er ist aber auch im Detail nicht zu akzeptieren. Wer ernsthaft fordert, die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm durch eine Deponierung zu ersetzen, der dokumentiert damit eigentlich seine Unkenntnis über die Probleme. Wenn wir in Zukunft mehr Verbrennungsanlagen für Klärschlamm brauchen, dann vor allem, um die Deponierung von Klärschlamm zu beenden; denn organische Stoffe gehören nicht auf die Deponie.

Halogenisierte Kohlenwasserstoffe sind wie Schwermetalle gefährliche Stoffe. Ihr Gefahrenpotential muß drastisch vermindert werden. Das erreicht man nicht durch Deponierung von Klärschlamm nach der Ausweisung von Standorten für dieses unkluge Tun, sondern durch die Beseitigung an der Quelle. Das Zeug darf erst gar nicht ins Abwasser gelangen. Darum ist eine Erweiterung der Indirekteinleiter-Verordnung auf gefährliche Halogenkohlenwasserstoffe ein wichtiger und geeigneter Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Vizepräsident Dr. Riemer: Für die F.D.P.-Fraktion spricht Herr Abg. Ruppert. Ich erteile ihm das Wort.

Ruppert (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann Herrn Kollegen Gorlas zustimmen, wenn er feststellt: Das Deponieren kann auf Dauer nicht die vernünftige Lösung sein. Das gilt im übrigen ja nicht nur für Klärschlamm, aber hier besonders.

Das ist nicht nur ein quantitatives Problem, weil die Deponieflächen natürlich begrenzt sind und auch immer weniger werden, es ist natürlich auch ein qualitatives Problem, weil es in der Tat problematisch ist, organische Stoffe, die belastet sind, zu deponieren.

Im übrigen kommt die Schwermetallbelastung der Klärschlämme hinzu. Die landwirtschaftliche Verwertung, die ja bisher das übliche war - das war einfach und angenehm, man hat die Klärschlämme genommen, hat sie auf die Äcker gebracht, und das Problem war scheinbar gelöst -, scheidet in der Tat aus verschiedenen Gründen heute häufig aus.

Bleibt, so sagt die CDU, die Verbrennung. Natürlich ziehen auch wir die Verbrennung der Deponierung vor, insbesondere dann, wenn mit der Verbrennung auch eine energetische Verwertung verbunden ist, auch dann, wenn, was ja auch möglich ist, die Klärschlämme verwendet werden, um Biogas zu erzeugen; auch hier ist energetische Verwertung möglich. Das gehört sicherlich in ein solches Konzept des Umgangs mit den Klärschlamm hinein. (C)

Gleichwohl gibt es auch bei der Verbrennung Belastungen, die entstehen, die wir nicht übersehen. Die Verbrennung ist gegenüber der Deponierung die bessere Lösung, aber nicht die beste aller Lösungen. Daraus ergibt sich für uns zwingend - und wir haben das mit unserem Änderungsantrag zu dem CDU-Antrag auch deutlich gemacht -, daß wir nicht nur fragen dürfen nach Möglichkeiten der Deponierung, nicht nur fragen dürfen nach Möglichkeiten der Verbrennung, sondern primär fragen müssen nach Möglichkeiten der Verwertung.

Wie schon gesagt, wird auch heute noch Klärschlamm in die Landwirtschaft eingebracht, teilweise in vermindertem Maße wegen der hier diskutierten Problematik. Deswegen scheint es uns notwendig, von diesem Ausgangspunkt wieder auszugehen und zu überlegen: Wie kann man den Klärschlamm wieder so gestalten, in welchem Verfahren kann man es erreichen, daß er wieder, wie das früher üblich war, auf den Äckern verwendet werden kann? (D)

Da ist es also erforderlich, über Trennungsvorgänge nachzudenken, die die Schadstoffe aus dem Klärschlamm eliminieren, und wissenschaftliche Grundlagenforschung zu betreiben und dabei - das will ich nach der Debatte, die wir eben hatten, besonders betonen - eben auch sich der Möglichkeiten der Biotechnologie zu bedienen.

Wir wissen, daß es derartige Bestrebungen in Holland bereits gibt, daß das auch in großtechnologischer Form erprobt wird. Es wäre deswegen zu begrüßen, wenn auch Nordrhein-Westfalen auf diesem Gebiet eine umwelttechnologische Pionierposition einnehmen könnte.

Ich erinnere im übrigen daran, daß noch Anfang der 60er Jahre auch in Fachkreisen kaum jemand geglaubt hat, daß es möglich sei, chemisch stark belastete Abwässer in einer biologischen Kläranlage zu reinigen. Doch bereits 1967 ist das bei Hoechst in Frankfurt zum ersten Mal in einer großen Kläranlage für konzentrierte Chemieabwässer mit Erfolg praktiziert worden.

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) Wir sehen also, der Fortschritt - gerade auch der biotechnologischen Entwicklung, über die wir eben gesprochen haben - bietet viele Möglichkeiten, und er schreitet schnell voran. Im übrigen ist hier wohl noch eine Bemerkung zum Thema Klärschlämme zu machen. Man sagt ja immer: Man muß erst einmal Abfall vermeiden, dann kommt die Verwertung und als drittes die möglichst schadensfreie Beseitigung oder Deponierung. Das Thema Klärschlamm zeigt natürlich, daß auf bestimmten Gebieten die Vermeidung so ohne weiteres nicht möglich ist, daß im Gegenteil gerade die Erfordernisse des Umweltschutzes natürlich zu mehr und zu problematischen Abfällen führen.

Das bedeutet, wir müssen uns dann als zweitbesten Schritt wenigstens um Wiederverwertung bemühen. Deswegen haben wir unseren Änderungsantrag zum CDU-Antrag eingebracht. Wir denken, daß in dieser Zusammenfassung - mit der Ergänzung der F.D.P. -, der Antrag der CDU durch den Landtag sehr wohl zustimmungsfähig wäre.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kruse das Wort.

Kruse (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte eingangs ein paar Bemerkungen zu Ihnen, Herr Gorlas, machen. Sie haben gesagt, Sie verstünden den Antrag der CDU-Fraktion nicht. Ich verstehe, warum Sie ihn nicht verstehen. Denn wer ihn nicht gelesen hat und hier nicht zugehört hat

(B)

(Doppmeier (CDU): Herr Gorlas, hören Sie jetzt einmal zu!)

und wer eine vorgedruckte Rede mitgebracht hat, der ist nicht mehr so flexibel, mitzukommen und das dann zu verstehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Gorlas, ich komme zu Ihnen noch einmal ganz kurz. Ein Zitat aus unserem Antrag:

(Doppmeier (CDU): Herr Gorlas, hören Sie doch jetzt einmal zu und legen Sie Ihre Illustrierte beiseite!)

Dieser Klärschlamm enthält erhebliche Mengen an Nährstoffen wie Phosphor und Stickstoff, organische Massen und Mineral- und Spurenelemente.

Jetzt kommt es:

(C) Diesem Nährstoffanteil stehen Schwermetallbelastungen wie auch toxische Belastungen gegenüber.

Es wäre ganz gut gewesen, wenn Sie sich das vorher einmal angesehen hätten, bevor Sie Ihre Rede in Auftrag gegeben haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich sage auch ganz offen: Ich habe den heißen Verdacht, daß Sie hier in ganz gravierender Weise die Situation verharmlosen und die Brisanz nicht sehen wollen.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gorlas zu?

(Kruse (CDU): Ja, bitte schön!)

Gorlas (SPD): Herr Kollege Kruse! Sie haben richtig aus Ihrem Antrag und mich ja auch zitiert. Ich frage Sie aber: Wo ist denn der Unterschied zwischen der Schwermetallbelastung, von der Ihr Antrag spricht, und die natürlich deshalb interessant ist, weil sie toxisch ist, und dem, was Sie da in dem Antrag ergänzend anführen, daß es eine toxische Belastung ist? Sie meinen doch die Schwermetalle, weil sie eine toxische Belastung sind, und nichts anderes. Sie sprechen von keinen anderen Stoffen als nur von Schwermetallen.

(D) Kruse (CDU): Sie nehmen das vorweg, was ich sowieso gleich sagen wollte. Ich will es Ihnen aber gerne an dieser Stelle schon sagen. Wir meinen damit beispielsweise auch Dioxin, bekannt erst nach Seveso, oder PCB - das ist überhaupt keine Frage. Es gibt noch einige andere Dinge, über die ich im Verlaufe meines Vortrages noch sprechen werde.

Meine Damen und Herren! Früher floß der Schmutz in Bäche und Flüsse, die Natur half sich sozusagen selbst, sie reinigte es selbst. Als die Gewässer es nicht mehr schafften, wurde Klärwerke - zunächst mechanische, dann biologische - gebaut. Die Folge waren immer größere Mengen Klärschlamm. Damit ist das Wasser geklärt, aber nicht die Frage, wohin damit.

Der beste Weg wäre, über die landwirtschaftliche Nutzung den Klärschlamm zur Nährstoff- und Humusversorgung der Böden in den ökologischen Kreislauf zurückzugeben. So ist es auch lange Zeit gewesen. Die Klärschlamm-mengen, die nicht von Landwirten verwertet worden sind und werden konnten, sind auf Deponien untergebracht.

(Kruse (CDU))

- (A) Aber die Ausbringung auf Nutzflächen war nur so lange unbedenklich, wie damit gleichzeitig keine Schadstoffe dem Boden zugeführt wurden. Wer kannte denn schon vor 20 Jahren den Gefährdungsgrad im Gesamtzusammenhang mit Schwermetallen? Wer wußte etwas über Cadmium oder Quecksilberanteile, über Dioxin oder PCB? Ich sagte es bereits.

Darüber hinaus müssen wir, meine Damen und Herren, nicht nur über die industriellen oder gewerblichen Abwässer sprechen, sondern auch über die aus dem häuslichen Bereich. Wer weiß denn etwas über den Gefährdungsgrad der Substanzen, die täglich in hohen Mengen im sanitären Bereich eingesetzt werden? Sie wissen, daß wir gerade in der Bundesrepublik Weltmeister im Gebrauch dieser - ich sage einmal - "schweren Klamotten" sind. Kläranlagen sind nur teilweise imstande, diese herauszufiltern.

Herr Gorlas, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, das Wissen um viele Dinge auch und besonders im Bereich der Umweltgefährdung schlägt sich immer schneller um.

(Minister Matthiesen erhebt sich von seinem Platz.)

- Nicht weglaufen, Herr Minister! Zu Ihnen möchte ich noch etwas sagen.

Ich denke, daß aus diesem Grunde Vorsicht geboten ist. Der Landwirtschaft wird doch in fünf oder zehn Jahren niemand mehr danken, daß sie billig entsorgt hat. Aber was ist, wenn dann festgestellt wird, daß riesige Flächen übermäßig belastet sind und zur Produktion von Nahrungs- oder Futtermitteln nicht mehr in Frage kommen?

(B)

Es ist ganz klar ein ökologischer Zielkonflikt. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD: Wir von der CDU möchten diesen Konflikt lösen, indem wir uns auf die sichere Seite schlagen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir können nicht zulassen, daß heute möglicherweise großflächige Altlasten von morgen geschaffen werden. Das wäre unverantwortlich. Da Umweltpolitik Vorsorgepolitik sein muß, dürfen wir so nicht weiter verfahren.

Herr Minister Matthiesen, mir fällt auf, daß in allen Schriften und Infos über Wasser, Gewässerschutz und Bodenschutz aus Ihrem Hause das Thema "Gefahr durch Klärschlamm" so gut wie nicht auftaucht - ein großes Manko, wie ich nur sagen kann -, und das bei 15 Millionen Kubikmetern im Jahr. Auch in

der Forschung in Nordrhein-Westfalen wird zu diesem Thema so gut wie nichts getan. Hier besteht ein riesiger Nachholbedarf.

(C)

Wer ständig über Gülleausbringung, die Gefahr zu starker Aufbringung mineralischen Düngers, über Pflanzenschutzanwendungsverordnung und anderes spricht und die Problematik der Klärschlammbeseitigung nicht aufgreift, hat die Dimension der davon ausgehenden Gefährdung nicht erkannt.

(Zustimmung bei der CDU)

Dabei reicht es nicht aus, die Klärschlammverordnung zu erwähnen. In diesem Zusammenhang, Herr Matthiesen: Warum unterliegt die Aufbringung von Klärschlamm nicht der Gülleverordnung?

(Zustimmung des Abg. Stump (CDU))

Ganzjährig kann Klärschlamm auf landwirtschaftliche Flächen aufgebracht werden, im Gegensatz zur Gülle, deren Aufbringung aus bekannten Gründen zeitlich beschränkt ist.

(Minister Matthiesen: Kennen Sie den Unterschied zwischen Gülle und Klärschlamm nicht?)

Wenn von der SPD - ich weiß nicht, was Sie, Herr Matthiesen, dazu sagen - das Thema Klärschlamm so verharmlosend behandelt wird,

(Zustimmung bei der CDU)

muß man die Verhältnismäßigkeit der Diskussionslage im Zusammenhang mit der Gülle einfordern. Denn man kann nicht auf der einen Seite Gülle als Gift propagieren und auf der anderen Seite Klärschlamm im Grunde genommen verniedlichen und sagen: alles kein Problem, überhaupt keine Schwierigkeit.

(D)

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

Es ist keine Frage, Herr Gorlas, daß dringend neue umweltfreundliche Produktionsverfahren entwickelt werden müssen, die viele Substanzen erst gar nicht in die Kanalisation und damit in den Klärschlamm gelangen lassen. Die technische Entwicklung zur endgültigen gefahrlosen Beseitigung von Klärschlamm muß endlich Schritt halten mit der Entwicklung der Klärtechnik.

(Zustimmung bei der CDU)

Es wäre wünschenswert - das sage ich ganz klar -, daß der Klärschlamm in absehbarer Zeit von der Beschaffenheit her wieder bedenkenlos im Sinne einer vernünftigen Wieder-

(Kruse (CDU))

- (A) verwertung landbaulich angewandt werden könnte. Dies ist aber zur Zeit nicht absehbar. Weil dies so ist, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt. Wir brauchen dringend neue Entsorgungsstrukturen. Die SPD dagegen wehrt ab, offensichtlich auf Anordnung des Ministers. Ich bitte trotzdem um die Zustimmung zu einer guten Initiative.

{Beifall bei CDU und F.D.P.}

Präsident Denzer: Für die Landesregierung hat nunmehr Herr Minister Matthiesen das Wort.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU wird in seinem Kern der aktuellen Sachlage und den zwingenden Notwendigkeiten nicht gerecht; denn es wird nur ein Bruchteil des Spektrums der neuen Entsorgungstechniken genannt, die im übrigen bereits vom Land und im Lande aufgegriffen und seit langem verfolgt werden. Insofern läuft die CDU der Entwicklung auch in diesem Punkt hinterher.

Der CDU-Antrag geht aber auch in der Frage der landwirtschaftlichen Verwertung und im Aufzeigen neuer Entsorgungsstrukturen fehl. Im Zusammenhang mit den fachlich umstrittenen und politisch fragwürdigen Aktivitäten meines verehrten Herrn Kollegen Bundesumweltminister im vergangenen Jahr trägt die CDU-Initiative dazu bei, die Verunsicherung in der Landwirtschaft über die sinnvolle Verwertung von Klärschlämmen noch weiter zu erhöhen.

(B)

Nachdem der Bundesumweltminister im August des vergangenen Jahres in der Antwort auf eine kleine Anfrage keine Bedenken hinsichtlich neuer Meßergebnisse über organische Schadstoffe im Klärschlamm hatte, kam es im September dann zu der plötzlichen Empfehlung, das Aufbringen von Klärschlämmen auf Grünland und Feldfutteranbauflächen zu untersagen, mit all den Folgen für die Klärschlammverwertung insgesamt.

Ich habe den Bundesumweltminister im September gefragt, ob er die im August bekanntgewordenen Untersuchungen einen Monat später anders als vorher bewertet oder ob ihm neues Datenmaterial vorliegt. Zugleich habe ich ihn gefragt, bis wann mit der von ihm verkündeten Novelle der Klärschlammverordnung zu rechnen sei. Inzwischen schreiben wir März 1989, und ich habe bis heute noch keine Antwort von ihm bekommen.

Präsident Denzer: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linssen? (C)

(Minister Matthiesen: Ja, Herr Präsident, mit dem allergrößten Vergnügen!)

- Dann haben Sie das Wort, Herr Kollege Linssen.

Dr. Linssen (CDU): Herr Minister, da Sie gerade Ihren Kollegen aus der Bundesregierung mit dem Etikett versehen haben, er verunsichere die Landwirtschaft: Würden Sie das gleiche Etikett Ihrer Bundestagsfraktion und insbesondere den SPD-Mitgliedern im Umweltausschuß des Bundestages anhängen, die noch viel vehementer als der Bundesumweltminister gegen eine Aufbringung von Klärschlämmen auf landwirtschaftliche Flächen sind?

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Nicht das gleiche Etikett; aber zu dem Vorgang, den Sie ansprechen, habe ich meine eigene Meinung. Ich glaube, das ist Antwort genug.

Nein, das Problem beim Bundesumweltminister in diesem Zusammenhang war wirklich - Sie kennen den Vorgang -, daß er in einem Monat eine kleine Anfrage aus dem Deutschen Bundestag mit bestimmten Konsequenzen hinsichtlich der Aufbringung des Klärschlammes beantwortet hat, während er einen Monat später durch Untersuchungsergebnisse, die ich nicht bezweifeln will, zu einer ganz anderen Auffassung kommt, dies sehr schnell den Bundesländern und einer erstaunten Öffentlichkeit mitteilt und uns empfiehlt, in einem Husarenritt ab sofort die Klärschlammverbringung auf Grünland und Feldfutterflächen wenn schon nicht zu untersagen, so doch zumindest davon abzuraten. (D)

Das hat, wie Sie, Herr Kollege Linssen, wissen, bei allen Bundesländern zu Unverständnis geführt. Mehrere Kollegen haben wie ich gebeten: Gib uns doch die Untersuchungsergebnisse, die abgesichert sind und auf deren Grundlage du zu solch weitreichenden Empfehlungen kommst. - Die Antwort des Bundesumweltministers steht bis heute aus. Deshalb vermuten wir, daß es eine der üblichen, vielleicht nicht genug abgesicherten Entscheidungen mit Öffentlichkeitswirkung war, die dann aber administrativ und politisch von den Bundesländern ausgebadet werden müssen.

(Kruse (CDU): Das müssen Sie gerade sagen!)

(Minister Matthiesen)

**(A)** Das ist nicht die feine Art.

In der Frage der landwirtschaftlichen Verwertung folgt die Landesregierung dem Beschluß der Umweltministerkonferenz, indem sie in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern konstruktive Beiträge leistet, das vorhandene Datenmaterial aufzuarbeiten und vorsorgliche Anwendungsbeschränkungen zu prüfen. Dies ist etwas anderes als der plötzliche Ausstieg aus der landwirtschaftlichen Verwertung insgesamt.

In der Frage der umweltverträglichen Entsorgung der großen Menge der nichtverwertbaren Klärschlämme verfolgt die Landesregierung das Ziel, im Sinne der sich abzeichnenden Regelungen der TA Abfall die Deponierung von Klärschlämmen in Zukunft nur noch nach einer Vorbehandlung zum Zwecke der Inertisierung und Mineralisierung zuzulassen. Dies erfordert die Entwicklung und den umfangreichen Ausbau von thermischen Behandlungsverfahren und Anlagen.

In welchem Maße die Problemanalyse und der Forderungskatalog des CDU-Antrages hinter dem Umfang und der Intensität der in Nordrhein-Westfalen bereits laufenden konkreten Maßnahmen und Aktivitäten zurückbleiben, macht folgende Auflistung deutlich, aus der Sie erkennen können, daß Nordrhein-Westfalen, verglichen mit anderen Bundesländern, bei der Entwicklung alternativer Entsorgungstechnologien in Sachen Klärschlamm Pionierarbeit leistet.

**(B)**

Industrielle und auch kommunale Klärschlämme werden bereits, wenn Sie es nicht wissen sollten, in mehreren Anlagen verbrannt.

In fast allen geplanten zentralen Entsorgungsanlagen in Nordrhein-Westfalen ist auch eine thermische Behandlung von Klärschlamm vorgesehen und in der konkreten Planung.

Neben den konventionellen Verfahren der Klärschlammverbrennung in Hausmüllverbrennungsanlagen und in Spezialverbrennungsanlagen laufen bei zahlreichen Unternehmen der Ver- und Entsorgungswirtschaft konkrete Untersuchungen über die thermische Behandlung von Klärschlämmen in der Wirbelschichtfeuerung, in der Schmelzkammerfeuerung und in der Drehrohrfeuerung.

Auch das Verfahren der Schwelbrandtechnik, das im CDU-Antrag genannt wird, ist unter den vorgeschlagenen Verfahren in Nordrhein-Westfalen, zumal es von einer Firma vertreten wird, die an einer konkreten Planung in Nordrhein-Westfalen beteiligt ist.

Seit 1986 bereits verfolgt das Land das Verfahren der Niedertemperaturkonvertierung und hat 1988 ein Forschungsvorhaben eingeleitet, nachdem Versuche im Labormaßstab positiv verlaufen sind.

Seit 1988 laufen konkrete Verhandlungen über die Entwicklung eines Verfahrens, mit dessen Hilfe in einem Schmelzyklon Klärschlamm in eine mineralisierte Form übergeführt werden kann. Die Versuche, die aus der Abwasserabgabe gefördert werden, sollen Basisdaten für die Auslegung einer Pilotanlage liefern.

Alle vorgenannten thermischen Verfahren erfordern eine jeweils spezifische Vorbehandlung zur weitergehenden Entwässerung und Trocknung der Klärschlämme. Diese Maßnahmen müssen entweder auf der Kläranlage oder in der Behandlungsanlage oder in Arbeitsteilung auf beiden Anlagen eines jeweiligen Entsorgungssystems entwickelt und eingesetzt werden.

Die Kläranlagenbetreiber sind im Zusammenhang mit der plötzlichen Empfehlung des Bundesumweltministers vom 19. September 1988, die Aufbringung von Klärschlamm auf Grünland- und Feldfutteranbauflächen kurzfristig zu untersagen, darauf hingewiesen worden, daß umgehend Alternativen zur Deponierung unbehandelter Klärschlämme zu entwickeln sind.

Die großen Abwasserverbände sind ebenfalls darauf hingewiesen worden, daß für die Entsorgung der Klärschlämme neue Entsorgungskonzepte zu entwickeln sind, nach denen die konventionelle Ablagerung unbehandelter Klärschlämme in kürzestmöglicher Zeit beendet werden kann. Soweit technologisches Neuland betreten wird, können innovative Entwicklungen aus den einschlägigen Programmen der Technologieförderung gefördert werden.

Diese kurze, aber, wie ich finde, sehr eindrucksvolle Bilanz dessen, was technologisch in Nordrhein-Westfalen bereits läuft, macht deutlich, daß die Landesregierung schon frühzeitig die Weichen für eine neue Strukturierung und Fortentwicklung der Klärschlammverwertung und -behandlung gestellt hat. Es bedarf daher keines Auftrages des Landtages an die Landesregierung, eine Entsorgungsstruktur für Klärschlämme zu entwickeln. Wir sind längst dabei, verehrter Herr Kollege Kruse - im übrigen ganz im Gegensatz zu dem von Ihnen sonst so bewunderten Land Bayern. Das Land Bayern bringt nämlich zwischen 60 % und 70 % der Klärschlämme nach wie vor auf landwirtschaftliche Flächen auf und beabsichtigt auch mittelfristig

**(C)**

**(D)**

(Minister Matthiesen)

- (A) nicht, dies zu verändern, weil die Landesregierung dort sagt, daß dies eigentlich die vernünftigste aller denkbaren Lösungen sei. Gut! Sie haben in Nordrhein-Westfalen eine völlig andere Auffassung. Sie fordern uns zu etwas auf, was wir bereits längst tun. Insofern springen Sie auch bei diesem Thema auf einen schon fahrenden Zug.

Und wenn Sie mich fragen, warum ich Klärschlamm nicht denselben Regelungen wie die Gülle in der Güllerverordnung unterwerfe, dann hat das einen einfachen Grund. Ich bitte Sie, noch einmal nachzulesen, daß nach dem Abfallbeseitigungsgesetz des Bundes das Land ermächtigt ist, solche Güllerverordnungen zu erlassen, die Klärschlammverordnung aber originäre Aufgabe der Bundesregierung ist. Also appellieren Sie nicht an mich, sondern richten Sie, wie in anderen Fällen auch notwendig, den dringenden Appell an Ihren Parteifreund in Bonn mit Namen Bundesumweltminister Töpfer. Das ist die richtige Adresse.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Das Wort hat Herr Abg. Stump von der Fraktion der CDU.

(Rohe (SPD): Nehmen Sie Rücksicht auf das Fußballspiel!)

Stump (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch gerne das Fußballspiel sehen und werde keine langen Ausführungen machen.

- (B) Präsident Denzer: Sie haben nur drei Minuten!

Stump (CDU): Ich weiß es. - Zunächst einmal geht es hier um eine Verfahrensfrage. Herr Gorlas hat angedeutet, daß die SPD-Fraktion dem Antrag, der durch einen Antrag der F.D.P. ergänzt wird, nicht zustimmen kann. Ich denke, das ist ein Punkt, über den wir noch einmal nachdenken sollten. Es ist deutlich geworden, Herr Gorlas, daß Sie unseren Antrag nicht gelesen haben, alle entscheidenden Dinge übersehen haben und auch übersehen haben, daß wir ganz klar gesagt haben, daß die Deponierung kein langfristiges Ziel mehr sein kann. Insofern befinden wir uns sogar auf einem gemeinsamen Weg.

Sie haben allerdings auch deutlich gemacht, daß es keine Probleme gebe. Wenn ich den Umweltminister höre, gibt es schon Probleme, was sichtbar wird, wenn man bedenkt, daß er schon seit 1986 dabei ist, eine Entsorgungsstruktur aufzubauen. Das ehrt ihn! Hier geht es auch gar nicht um ein Erstgeburtsrecht; hier geht es wirklich nicht darum, auf einen

- Zug aufzuspringen, sondern wir debattieren über dieses Thema im Plenum ja zum ersten Mal. (C)

Jetzt ist es doch sicherlich das gute Recht der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion, einmal zu sagen: Beschließen wir doch heute einmal, daß uns die Landesregierung im Fachausschuß anhand all der Daten, die schon bekannt sind, einen Bericht vorlegt, damit wir das Thema in der Sache weiterverfolgen und möglicherweise auch zufriedenstellend beenden können. Warum sollen wir jetzt ausweichen und es hier im Plenum erledigen?

Ich habe die herzliche Bitte, Herr Minister, dem Antrag wohlwollend gegenüberzustehen, damit wir im Fachausschuß eine rein an der Sache orientierte Diskussion führen können. Und ich habe die Bitte an die SPD-Fraktion, ihre Vorabentscheidung zu überdenken und dem Antrag heute die Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung über ihren Antrag gemäß § 88 Abs. 1 der Geschäftsordnung beantragt, so daß wir über den Antrag selbst abstimmen.

- Zunächst stimmen wir jedoch über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/4179 ab. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt. (D)

Wir stimmen nun über den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 10/4135 ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Danke schön! Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe nunmehr den Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Gütesiegel für hochwertiges Fleisch

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 10/4141

Zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abg. Meyer von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

(A) Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Matthiesen, auf Ihrer Pressekonferenz am 20. Februar haben Sie nach dem Hormonskandal des letzten Jahres erneut pauschale Verdächtigungen gegen die Landwirte ausgesprochen. So sagten Sie, daß Sie konkrete Verdachtsmomente hätten, daß in der Tierzucht unerlaubt Mastmittel eingesetzt würden. Um den Verbraucher - und das sind ja viele Wählerstimmen - angeblich zu schützen, zeigen Sie erneut mit dem Finger auf die Landwirte schlechthin. Erneut sprechen Sie von Machenschaften durch Mißbrauch von Masthilfsmitteln. Wieder schüren Sie mit pauschalen Verdächtigungen, daß unsere Bauern die Verbraucher mit schlechter Ware beliefern. Diesmal sind es nicht nur die Kälbermäster, diesmal sind es alle Fleischproduzenten.

Ich halte diese staatlich angeheizte Hysterie eines Rechtsstaates für unwürdig. Herr Minister, warum nennen Sie nicht Roß und Reiter? Dann können Sie sicher sein, daß ich an Ihrer Seite stehen würde, um diese kriminellen Fleischerzeuger gemeinsam mit Ihnen an den Pranger zu bringen. Ich stimme mit Ihnen völlig überein, daß alle kriminellen Praktiken zu unterbinden sind. Ich stimme ferner mit Ihnen überein, daß es notwendig ist, die Verbraucher vor kriminellen Machenschaften zu schützen.

(B) Meine Damen und Herren, Sie alle kennen genau wie ich die Situation, daß man in einem Metzgerladen steht und dort Fleisch ausgelegt ist. Weder Sie noch ich noch der Metzgermeister selber können aufgrund des Aussehens des Fleisches, das ihnen vorliegt, feststellen, wie dieses Fleisch produziert wurde.

(Böse (SPD): Der Metzgermeister ist doch Fachmann!)

- Der kann das aber von außen auch nicht sehen, Herr Böse. Eventuelle Belastungen des Fleisches können lediglich in einem chemischen Labor mit aufwendigen Analyseverfahren festgestellt werden.

Das Problem liegt auf der Hand: Der Verbraucher hat keine Möglichkeit, aufgrund irgendwelcher Merkmale am Fleisch dessen Qualität zu erkennen. Vor den gleichen Problemen steht aber auch der Landwirt, der seine Tiere artgerecht aufzieht und keine Masthilfen einsetzt. Er kann dieses Fleisch nicht kenntlich machen und sein Produkt von anderen Produkten abheben. Hier wird es also notwendig, mit dem Fleisch eine Qualitätsgarantie zu verbinden.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

(C) Wir kennen derartige Qualitätssiegel zum Beispiel aus dem Weinbau, wo die Weine durch die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, wenn sie bestimmte Qualitätsmerkmale erfüllen, ein Gütesiegel verliehen bekommen. Andere Gütesiegel werden zum Beispiel im biologisch-dynamischen Landbau verliehen. Hier unterziehen sich die Landwirte freiwillig Kontrollen und unterliegen bestimmten Anbauvorschriften.

Ähnlich dieser Garantien muß dem Verbraucher auch ein Schutz eingeräumt werden, damit er artgerecht gezüchtetes Vieh und qualitativ besonders hochwertiges Fleisch auf dem Markt vom dem geringerer Qualität unterscheiden kann.

(Erneut Zustimmung bei der F.D.P.)

Hierzu ist es notwendig, daß sich die Fleischproduzenten in Erzeugergemeinschaften zusammenschließen. Diese Gemeinschaften sind dann gehalten, selbstständig entsprechende Erzeugungs-, Qualitäts- und Verkaufsregeln für Ihre Gemeinschaft zu erstellen. Durch die Eigenkontrolle der Landwirte wird garantiert, daß der Verbraucher tatsächlich mit Produkten beliefert wird, denen er Vertrauen schenken kann. Somit enden die Verunsicherungen auf dem Markt, und gleichzeitig wird dem Landwirt ein Instrument in die Hand gegeben, das ihn in die Lage versetzt, seine hochwertigen und artgerecht erzeugten Produkte im Markt von Massenwaren abzuheben und einen kostendeckenden Preis zu erzielen. Dies würde dazu dienen, daß wieder Ruhe auf dem Fleischmarkt einkehrt.

(D) Schlagwörter hatten in den letzten Wochen und Monaten Hochkonjunktur. Ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten aus der Tageszeitung "TAZ" vom 13. März:

Oberflächlich sei der Minister über die eigentlichen Ursachen des Skandals hinweggegangen und habe sich schlagzeilenträchtig als Beafsteak-Khomeni aufgespielt.

(Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich lehne es ab, den Herrn Minister mit Khomeni auf eine Ebene zu setzen, und gehe davon aus, daß auch Sie sich nicht mit diesem Begriff identifizieren.

(Ruppert (F.D.P.): Er ist jünger.)

Es wird Zeit, daß niemand weiter pauschal verunglimpft wird. Hier wäre eine Wiedergutmachung an kleine und mittlere Familienbetriebe angebracht.

(Zustimmung des Abg. Ruppert (F.D.P.))

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.))

- (A) Dies wäre sowohl Verbrauchern wie auch Erzeugern dienlich. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, ein Gütesiegel für diejenigen Fleischprodukte einzuführen, die aus artgerechten Viehhaltungsbetrieben ein qualitativ besonders hochwertiges Fleisch anbieten,

(Erneut Zustimmung des Abg. Ruppert (F.D.P.))

die bestimmte Qualitätsanforderungen erfüllen und sich freiwilligen und eingeschränkten Kontrollen unterziehen.

Mit dem Siegel würde folgendes erreicht:

1. Schwarze Schafe werden ausgesondert.
2. Die Verunsicherung des Verbrauchers wird beendet.
3. Familiäre Landwirtschaftsbetriebe werden gesichert; die Hetzjagd auf die ehrlichen Landwirte wird unterbunden.
4. Freiwillige Selbstkontrolle und jederzeitige Kontrollbereitschaft würden geschaffen.

Ich bitte Sie daher, meine Damen und Herren, der Überweisung unseres Antrags an den Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz zuzustimmen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

- (B) Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter, und eröffne die Beratung. Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Steinkühler das Wort.

Steinkühler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten hier einen Antrag der F.D.P.-Fraktion, den ich einmal - Entschuldigung, Herr Meyer - als einen typischen F.D.P.-Antrag bezeichnen möchte.

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Wie ist das zu verstehen?)

Warum ist das ein typischer F.D.P.-Antrag? Nun, wenn man ihn liest, könnte man denken: Donnerwetter, da wollen die einmal etwas tun, das ist gar keine schlechte Idee, da soll etwas für die Verbraucher und für die Erzeuger getan werden, das ist doch gar nicht schlecht. Beim zweiten Überlesen sieht die Sache schon ein bißchen anders aus. Ich denke, dann kann man nur noch sagen: populistisch, Show, alles heiße Luft!

(Schauerte (CDU): Die wollen mit euch zusammengehen! Sei vorsichtig! - Heiterkeit)

(C) In dem Antrag ist zunächst einmal - Herr Meyer hat das vorhin erwähnt - von den ehrlichen und redlichen Landwirten die Rede - was ich überhaupt nicht in Abrede stelle; ich sage, es ist die Mehrheit der Landwirte -, die durch solche angeblichen Horrormeldungen in Mißkredit gebracht und an den Rand des Ruins getrieben würden. Dann schaue ich in die Zeitung und finde auch so eine Horrormeldung, nämlich, daß vor dem Landgericht in Münster heute das Hauptverfahren gegen einen Landwirt aus dem Kreis Warendorf eröffnet worden ist, der unerlaubterweise mit Hormonmitteln gearbeitet hat.

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Ja, das ist richtig.)

Das andere ist eben in den Aussagen von Herrn Meyer noch einmal klargeworden: Wer ist denn schuld an diesen angeblichen pauschalen Verdächtigungen? Das steht nicht im Antrag, aber man kann es so herauslesen: Schuld ist natürlich der Minister.

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Das habe ich gar nicht gesagt.)

Er wird sich gleich selber wehren, denke ich. Und dann ist unsere gut funktionierende Lebensmittelüberwachung schuld, die solche Verfehlungen einzelner - ich betone: einzelner - aufdeckt, und eben der Minister, der dies dann der Öffentlichkeit mitteilt.

(D) Meine Damen und Herren von der F.D.P., ist es doch wohl die Pflicht und Schuldigkeit der Überwachungsbehörden, auf aufgetretene Mißstände hinzuweisen.

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Wer hat das denn gesagt?)

Damit, Herr Meyer, ist doch niemals eine Kollektivschuld verbunden.

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Nein.)

Wie kommen Sie darauf? Kein Mensch, weder Sie noch ich, käme auf die Idee, sich als Autofahrer, die wir ja sind, an den Pranger gestellt zu fühlen, nur weil es einige rücksichtslose Verkehrsteilnehmer gibt, die durch ihr Verhalten Leib und Leben anderer gefährden. Dadurch fühle ich mich doch überhaupt nicht angesprochen.

Nein, meine Damen und Herren von der F.D.P., wenn es denn ein solches Problem geben sollte oder gibt, dann, denke ich, läßt es sich mit der Hilfe eines staatlichen Gütesiegels nicht lösen. Hier sind in erster

(Steinkühler (SPD))

- (A) Linie die Berufsverbände gefragt. Ich will auf die letzte Ausgabe der "Bauernstimme" hinweisen; ich hoffe, Sie lesen sie auch, Herr Meyer. Da finden Sie die Überschrift: "Markenprogramme kein Ersatz für Agrarpolitik". Das heißt, die Landwirte selbst sehen das auch ein bißchen skeptisch.

Ich darf mit Genehmigung des Präsidenten aus der letzten Ausgabe des "Landwirtschaftlichen Wochenblattes" zitieren. Dort heißt es:

Die Ängste über Rückstände in unserer Nahrung werden durch jeden Skandal neu geschürt. Der Berufsstand sollte dafür sorgen, daß gegen schwarze Schafe, die geltende Bestimmungen verletzen, mit größerer Härte vorgegangen wird. Der Berufsstand muß die Aufklärung seiner eigenen Mitglieder intensivieren, um das Verantwortungsbewußtsein beim Einsatz moderner landwirtschaftlicher Technologien zu stärken. Erst durch diesen Abbau von Angriffsflächen werden die nötigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit geschaffen.

Das heißt, die Verbände sind hier gefragt.

Dann sagen Sie in Ihrem Antrag, das von Ihnen geforderte Gütesiegel solle für nordrhein-westfälische Fleischwaren gelten. Also, das müßten Sie schon einmal etwas näher erläutern. Was sind denn nun "nordrhein-westfälische Fleischwaren"? Sind das Fleischwaren, die in Nordrhein-Westfalen produziert worden sind, ganz gleich, von wo die Schlachttiere kommen? Sind das Fleischwaren, die aus dem Fleisch von in Nordrhein-Westfalen gezogenen Tieren produziert wurden, dann auch außerhalb Nordrhein-Westfalens? Oder sollte es sich gar nur um das Fleisch von den Tieren aus nordrhein-westfälischen Beständen handeln, und sollten dabei die Wurstwaren ganz außen vor bleiben?

(B)

Sie sehen, meine Damen und Herren von der F.D.P.: Sie schaffen mit Ihrem Antrag nur Verwirrung.

Und dann zu dem von Ihnen vorgeführte Paradebeispiel mit dem Wein! Das hätten Sie sich nun wirklich überlegen sollen! Wir war das denn vor einigen Jahren mit dem Wein - trotz Gütesiegel? Da konnten Sie doch getrost den Wein in das Kühlsystem Ihres Autos schütten, und selbst bei strengstem Frost wäre nichts passiert. Ein Gütesiegel konnte das nicht verhindern.

Aber nun zurück zum Gütesiegel! Es gibt, Herr Meyer - ich denke, Sie wissen das -, natürlich solche Auszeichnungen für beson-

dere Qualität. Da wären die bundesweit anerkannten Gütesiegel der CMA und auch der von Ihnen eben erwähnten DLG zu nennen. Daneben könnten nordrhein-westfälische Unternehmen der Ernährungsindustrie das NRW-Herkunftszeichen der Agrar-Genuß-Marketing im Rahmen des NRW-Gemeinschaftsmarketings nutzen und damit auf das Herkunftsland Nordrhein-Westfalen verweisen und sagen: Unser Standard ist Qualität. Außerdem gibt es mittlerweile auf dem deutschen Markt mehr als 20 Markenfleischprogramme, die zum Teil auch auf durchaus kontrollierbaren natürlichen Produktionsverfahren basieren. Daneben nenne ich als Beispiel die holländischen Scharrel, und ich nenne das Neuland-Programm für Fleisch, das aus Tierbeständen stammt, die artgerecht gehalten werden, häufig in alternativen Betrieben. Darüber hinaus ist die CMA zur Zeit dabei, nachprüfbare Qualitätskriterien für ein eigenes Gütesiegel für Qualitätsfleisch zu entwickeln.

(C)

Ich darf hier noch einmal auf das eben schon erwähnte Wochenblatt verweisen. Da wird von einer Tagung im Kreis Minden-Lübbecke berichtet, wo der Geschäftsführer der CMA genau auf diesen Punkt hinweist. Wenn Sie es nicht haben, Herr Meyer, kann ich es Ihnen geben. Ich denke, das reicht aus, und, wie gesagt, die Verbände sollen es machen.

Wir sollten es dabei belassen, meine Damen und Herren, und nicht durch ein zusätzliches staatliches Gütesiegel noch zur Verwirrung und Unübersichtlichkeit beitragen.

(D)

Ich möchte mit einem Satz schließen, den ich im Zusammenhang mit der von Ihnen erwähnten Pressekonferenz des Ministers gelesen habe. Herr Meyer, da ist in Ihrem Pressedienst zu lesen: "Verbraucherschutz oder der große Zampano?" Ich denke, der große Zampano wollte die F.D.P. in diesem Falle mit ihrem unausgegorenen Antrag selber sein. Ich beantrage für meine Fraktion über den Antrag direkte Abstimmung. Die SPD-Fraktion wird diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der CDU hat nunmehr Herr Abg. Jacobs das Wort.

Jacobs (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der F.D.P.-Fraktion - Gütesiegel für hochwertiges Fleisch - weist in der Begründung auf ein wichtiges und sowohl für Landwirte als auch für Verbraucher unzumutbares Problem hin. Dieses Problem heißt: Minister Matthiesen.

(Lachen des Ministers Matthiesen)

(Jacobs (CDU))

- (A) - Ihnen wird das Lachen noch vergehen. Lachen Sie nur ruhig weiter! - Da stellt sich dieser Minister in einer Presseerklärung vor die Öffentlichkeit hin und verdächtigt in einem Rundumschlag Bauern des Einsatzes von unerlaubten Masthilfsmitteln im Bereich der Schweinemast.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Diese pauschale Verdächtigung führte in der Presse zu Schlagzeilen mit dem Thema: Bauern mästen Tiere mit immer neuen Mitteln. Er wagte es auch noch, sich hier gerade eben vor etwa zehn Minuten oder einer Viertelstunde hinzustellen und dem Minister Töpfer eins drüberzubraten, weil er angeblich Aussagen gemacht hat, die noch nicht auf genauen Erkenntnisdaten beruhen. Er stellt sich hin und hat überhaupt keine Erkenntnisse darüber, daß ein solcher Tatbestand da ist, und verdächtigt hier pauschal Landwirte unerlaubter Handlungen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Das finde ich unzumutbar. Vor allem bringen diese pauschalen Verdächtigungen ohne Vorlage eines handfesten Beweises eben unsere Bauern in zusätzliche Schwierigkeiten. Dies hat zu einem erheblichen Markteinbruch

(Zuruf von der SPD)

- (B) - ich hoffe, Sie lesen auch mal Marktnotierungen im Schweinefleischbereich - und zu gravierenden Einkommensverlusten bei unseren Landwirten geführt. Dies ist die eine Seite.

Die zweite Seite ist, daß Sie, Herr Minister, durch das Schüren von Angst vor belasteten Lebensmitteln Verbraucher krankmachen. Sie machen Verbraucher krank dadurch, daß Sie mit dem Phänomen "Angst" arbeiten. Das tun Sie genau in der Absicht, um hier Unruhe zu stiften, um sich selbst damit in ein Rampenlicht zu begeben. Das ist meiner Ansicht nach eine unzumutbare Situation, die Sie sowohl für Verbraucher als auch für Landwirte damit erzeugen.

Wir haben wissenschaftlich belegte Aussagen, daß gerade Angst - meine Damen und Herren, das werden Sie wahrscheinlich auch wissen - vor belasteter Nahrung zu körperlich sichtbaren Reaktionen führen kann. Diese psychosomatischen Zusammenhänge lassen sich in jedem Lehrbuch nachlesen.

Sind Sie sich, Herr Minister Matthiesen, eigentlich bewußt, was Sie mit Ihrer übertriebenen Selbstdarstellung für Bauern und

Verbraucher anrichten? Das Vertrauen der Verbraucher kann besser durch eine sachliche Öffentlichkeitsarbeit,

(C)

(Zuruf von der SPD: Schon ein paarmal gehört!)

bei der Sie, Herr Minister, den hohen Qualitätsstandard unserer Nahrungsmittel und den Hinweis auf das bestausgebaute Kontrollsystem anführen, hergestellt werden als mit einem neuen Gütesiegel. Aus dem Tenor des F.D.P.-Antrages klingt an, daß auf dem Markt ganz unterschiedliche Fleischqualitäten angeboten werden und nur bäuerliche Familienbetriebe einen hohen Qualitätsstandard garantieren. Die Wirklichkeit sieht jedoch ganz anders aus. Agrarfabriken, was immer man darunter versteht, sind in Nordrhein-Westfalen auf dem Schweine- und Schlachtrindersektor so gut wie unbekannt.

(Rohe (SPD): Na, na!)

- Das ist so. Weisen Sie mir hier bitte nach, wo Sie in Nordrhein-Westfalen Agrarfabriken im Bereich der Schweinemast zum Beispiel sehen.

Schlachtvieh wird überwiegend in modern ausgestatteten und rationell arbeitenden Betrieben erzeugt. Das Zuchtmaterial ist insbesondere auf dem Schweinesektor laufend verbessert worden. Schlachttiere von hoher Qualität stammen keineswegs nur aus Primitivhaltungen, sondern gerade auch aus modern geführten Mastbetrieben. Genauso entscheidend wie Zucht und Haltung im landwirtschaftlichen Betrieb sind für die Fleischqualität der Transport der Schlachttiere, die Schlachttechnik und die Weiterbehandlung des Fleisches bis zur Ladentheke.

(D)

Auch in nachgelagerten Stufen der Vermarktung muß dafür gesorgt werden, daß aus gesunden frohwüchsigen Tieren gutes Fleisch wird. Fleischqualität kann man messen. Die Ergebnisse sind nicht an bestimmte Betriebstypen oder Absatzwege gebunden. In Nordrhein-Westfalen haben zahlreiche Schlacht- und Verarbeitungsbetriebe einen sehr hohen Standard, der jeden EG-Vergleich aushält.

Gesundheitlich bedenkliches Fleisch wird als Nahrungsmittel überhaupt nicht zugelassen. Die große Masse der in Nordrhein-Westfalen erzeugten Schlachttiere ist so beschaffen, daß daraus einwandfreies Fleisch hoher Qualität gewonnen werden kann. Die vor Jahren aufgekommene PSE-Problematik bei Schweinefleisch ist gebannt und bereits deutlich abgebaut worden. Zu keiner Zeit war die technologische und hygienische Qualität

(Jacobs (CDU))

- (A) unseres Fleisches so gut wie heute. Das können wir durch wissenschaftliche Erkenntnisse und Ergebnisse abstützen.

Es geht nicht darum, neue Markenfleischprogramme aufzulegen. Davon gibt es bereits mehr als genug, Herr Meyer. Ziel aller Bemühungen muß es vielmehr sein, das Angebot an Schlachttieren in Nordrhein-Westfalen generell aus der Anonymität herauszuheben. Durch kontrollierte Standards muß deutlich werden, daß die Ware den hohen Ansprüchen der Verbraucher an die Fleischbeschaffenheit voll entspricht.

Zu diesem Zweck ist vorerst für den Schweinebereich auf freiwilliger Basis, Herr Meyer, ein Prüfungsprogramm für Schlachthöfe entwickelt worden, das Schwachstellen rasch erkennt und eine zügige Sanierung zuläßt. Über den Schlachthofbereich hinaus sollen im Rahmen dieses Programms alle für den landwirtschaftlichen Betrieb interessanten Daten der Fleisch- und Fettbeschaffenheit und das für die vorgeschriebene Schlachtkörperuntersuchung (Fleischschau) ohnehin notwendige Zahlenmaterial gesammelt und aufbereitet werden und über eine Clearingstelle an den landwirtschaftlichen Betrieb zurückfließen. Sobald einige Daten auf Schwachstellen im Erzeugerbetrieb hindeuten, soll der Mäster darauf aufmerksam gemacht werden können.

- (B) Auf freiwilliger Basis schließt sich danach eine problemorientierte und systemkonforme Beratung an. Das ganze Vorhaben mündet in ein produktions- und produktbegleitendes Kontroll- und Beratungssystem.

Erste Versuche eines Datensammelsystems in drei, maximal in vier Schlachtbetrieben mit jeweils 20 bis 25 angeschlossenen Mästern beginnen in wenigen Monaten. Das Gesamtvorhaben ist frühestens in zwei Jahren einsatzfähig. Es ist so ausgelegt, daß sich alle Schlachthöfe diesem Prüfungs- und Datensammelsystem unterwerfen können.

Die Frage nach einem nordrhein-westfälischen Gütesiegel für den Fleischbereich erübrigt sich fast von selbst. In der Fleischwirtschaft gibt es schon heute eher zu viele als zu wenige Gemeinschafts- und Gütezeichen. Zu nennen wäre in erster Linie das CMA-Zeichen, oft auch mit dem DLG-Gütezeichen verbunden. Hinzu kommt das Herkunftszeichen der AGM in Nordrhein-Westfalen.

Viele Firmen der Nahrungsmittelbranche bevorzugen in erster Linie ihre eigenen Warenzeichen. Ein zusätzliches Gütesiegel in Nordrhein-Westfalen würde den Zeichenwarr noch vergrößern. Es ist nicht geeignet, die Anonymität zu durchbrechen.

Notwendiger als jede Zeichenarbeit bleibt ein konsequent angewandtes produkt- und produktbegleitendes Kontroll- und Beratungssystem, das die Garantie dafür bietet, daß in allen angeschlossenen land- und ernährungswirtschaftlichen Betrieben gesunde und qualitativ hochwertige Fleischwaren erzeugt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wegen der grundsätzlichen Problematik der hier vorgetragenen Sachlage stimmen wir einer Überweisung an den Ausschuß zu, würden uns jedoch bei direkter Abstimmung der Stimme enthalten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Landesregierung hat nunmehr Herr Minister Matthiesen das Wort; bitte sehr, Herr Minister!

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es passiert einem ja viel. Ich habe mir sagen lassen, neulich wäre ich Gegenstand sehr intensiver Berichterstattung auf der ersten Seite brasilianischer Zeitungen gewesen. Und die Bezeichnungen mir gegenüber und die Kommentierungen waren nicht besonders freundlich. Das hatte einen ganz einfachen Grund: Sehr fähige Beamte aus Nordrhein-Westfalen haben nämlich in den letzten Jahren durch intensivste Arbeit zusammen mit der Bundesregierung und anderen wesentlich dazu beigetragen, eine sehr umfangreiche Dokumentenfälschung und Fleischschieberei, von Brasilien ausgehend, verbunden mit EG-Subventionsbetrügereien, aufzudecken. Als ich dann noch - ich glaube, es war in Köln - verdorbenes Fleisch beschlagnahmen ließ

(Schultz (SPD): Das ist aber nicht symptomatisch für den Ort!)

- nein, das ist nicht symptomatisch für den Ort -, hat das zu einer solchen Kommentierung geführt. Über die bin ich aber nicht traurig; denn sie zeigt, wie notwendig eine gut funktionierende Lebensmittelkontrolle ist, und sie macht deutlich, daß sich Nordrhein-Westfalen beim Schutz der Verbraucher von niemandem übertreffen läßt.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere im Zusammenhang mit der Clenbuterol-Diskussion und dem Hormonskandal und den in anderem Zusammenhang notwendig werdenden Grenzkontrollen an der niederländischen Grenze an heftigste Be-

(C)

(D)

(Minister Matthiesen)

**(A)** richterstattung in den Niederlanden. Wir haben, wie Sie wissen, monatelang mit denen verhandelt, und heute stellen wir erfreut fest, daß die wenigen Verstöße, die wir heute noch erleben, in keinem Verhältnis mehr zu der Vielzahl stehen, die wir noch vor einem Jahr hatten. Darüber bin ich sehr froh, und darauf bin ich auch sehr stolz. Deshalb treffen mich, Herr Abgeordneter Meyer, solche komischen Bezeichnungen nicht, die Sie eben auch gewählt haben; denn im Interesse des Verbraucherschutzes des Landes Nordrhein-Westfalen bin ich das gewohnt.

Jetzt füge ich hinzu: Sie haben mich in Ihrer Presseerklärung vom 8. März, offiziell ausgedruckt, als "Henker aufgespielt" bezeichnet.

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Ich?)

- Sie, ja!

Ich nehme Ihnen das gar nicht übel. Nachdem sich Ihr Fraktionsvorsitzender ja heute, für alle lesbar, von der CDU mit deutlicher Signalwirkung uns gegenüber abgesetzt hat, sind wir ab heute von einer neuen Toleranz geprägt.

(Große Heiterkeit bei der SPD)

Aber im Grunde geht so etwas nicht; das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit.

**(B)** Nun zur Sache! Der Verbraucher hat - darin sind wir einig - einen Anspruch auf qualitativ hochwertiges Fleisch aus artgerechter Haltung. Er muß dies auch auf dem Markt erkennen können. Wenn man von einigen schwarzen Schafen absieht, die es ja leider gibt, dann muß man feststellen, daß unsere Landwirte ihren Beruf verantwortungsbewußt ausüben und unseren Verbrauchern in aller Regel Produkte anbieten, die den qualitativen und lebensmittelrechtlichen Anforderungen gerecht werden. Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis einer funktionierenden amtlichen Lebensmittelüberwachung.

Die Forderung nach einem speziellen Gütesiegel ist weder neu noch originell. Wir haben sie selbst in unserer Regierungserklärung seinerzeit als Prüfauftrag angekündigt. Wir haben mit der Wirtschaft, mit den Landwirtschaftskammern, mit Verbänden sehr intensive Gespräche darüber geführt. Im Grunde ist die Diskussion, nachdem sie so intensiv geführt worden ist, in eine andere Richtung gegangen. Und bei allem, was mich sonst vom Herrn Kollegen Jacobs trennt, hat er hier eine ganze Fülle von Argumenten aufgeführt, die mit den meinen deckungsgleich sind und sich auch mit der Auffassung der Landwirt-

schaftsammern, der maßgeblichen Verbände und des Berufsstandes decken. **(C)**

Die Gründe dafür sind folgende. Ein allgemeines Gütesiegel oder auch ein Gütesiegel für Fleisch würde die Anonymität der Produkte nicht beseitigen. Ein neues Gütezeichen beinhaltet die Gefahr der Diskriminierung von Standardprodukten, die die gesetzlichen Anforderungen erfüllen und auch den qualitativen Ansprüchen der Verbraucher genügen. Ein besonderes Gütesiegel sagt noch nichts über die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und Qualitätsanforderungen. Der Weinskandal hat dies sehr deutlich gezeigt.

Es kann nicht Sinn und Zweck eines neues Gütesiegels sein, sich von Produkten aus unlauteren Herstellungsverfahren, die ohnehin die Ausnahmen darstellen und nach dem Lebensmittelrecht verboten sind, abzugrenzen. Das wäre für ein Gütesiegel zu wenig. Gütesiegel werden für besondere Qualitätserzeugnisse verliehen. Deshalb arbeiten unsere Landwirtschaftskammern zur Verbesserung des Schweinefleisch-Images und als Antwort auf offene und unterschwellige Diskriminierung von qualitativ hochwertiger, aber anonymer Standardware, mit Markenfleischprogrammen ebenfalls an der Einführung produktions- und produktbegleitender Kontrolle und Beratungssysteme, die von der Zucht bis zur Schlachtung reichen und letztlich auch zur Gütedeklaration führen sollen.

Das zur Zeit diskutierte westfälisch-lippische Integrationsmodell soll die Produktions- und Qualitätsanforderungen für möglichst viele, insbesondere auch kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe nachvollziehbar und für den Verbraucher durchschaubar machen. Die Landesregierung begrüßt diese Initiativen. Nach unserer Auffassung ist dieser Weg insgesamt besser als ein neues amtliches Gütesiegel, das nicht halten könnte, was man sich davon verspricht. **(D)**

Durch eine intensive amtliche Lebensmittelüberwachung stellt die Landesregierung im übrigen sicher, daß die Wirtschaft ihrer Verantwortung nachkommt. Durch eine lückenlose Verbraucheraufklärung, schonungslose Ahndung illegaler Praktiken und Verfehlungen einzelner Produzenten trägt sie gerade dazu bei, daß die ehrlich und redlich arbeitenden bäuerlichen Familienbetriebe nicht durch einige schwarze Schafe mit in den Strudel gezogen werden und dauerhaftes Vertrauen unserer Verbraucher genießen. Dazu bedarf es keines amtlichen nordrhein-westfälischen Gütesiegels für Fleisch oder Fleischwaren.

Ich sage noch einmal, ein derartiges Gütesiegel würde den Wettbewerb der Gütesiegel

(Minister Matthiesen)

- (A) überstrapazieren - das ist auch die Auffassung der CDU - und eine Sicherheit vorgaukeln, die es nie geben kann, und im übrigen den unterschiedlichen Anforderungen der Wirtschaft nicht gerecht werden.

Erforderlich sind vielmehr eine kritische Überprüfung und Weiterentwicklung der CMA- und der DLG-Güteprüfung, nicht zuletzt im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt und auf den Agrarexport. Notwendig ist eine schnelle Umsetzung der Initiativen, eine kontrollierte Produktion seitens der Landwirtschaft und der berufsständischen Organisationen und Einrichtungen im Sinne der Initiativen unserer Landwirtschaftskammern. Notwendig ist - ich sage das trotz aller teilweise mir gegenüber in diesem Zusammenhang weniger freundschaftlich gemeinter Äußerungen - die Fortführung der bewährten NRW-Lebensmittelüberwachung und Verbraucheraufklärung.

Die Landesregierung rät deshalb von der Einführung eines neuen amtlichen Gütesiegels ab und wird sich im übrigen nicht abhalten lassen von dem klaren Kurs, der da lautet, daß auch künftig die Interessen der Verbraucher höherwertig sind als alle anderen Interessen, wenn sie die Gesundheit möglicherweise gefährden könnten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Für die Fraktion der F.D.P. hat nun Frau Abg. Witteler-Koch das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin!

(B)

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann es für die F.D.P.-Fraktion nur begrüßen, wenn der Minister hier ankündigt, demnächst etwas mehr Toleranz zeigen zu wollen. Nur, mir wäre es lieber, er würde dies auf Anträge beschränken und auch die Mehrheitsfraktion entsprechend motivieren, doch bei einer Empfehlung des Ältestenrates zu bleiben. Meine Damen und Herren, wir sind wieder einmal beim Thema: Wie gehen wir mit diesen Empfehlungen um? Es ist ein Stückchen politische Kultur, dann auch diese Anträge, wie im Ältestenrat beschlossen, hier mit Verweisung in die einzelnen Ausschüsse zu beschließen.

(Meyer zur Heide (SPD): Der Ältestenrat hat auch nicht die Weisheit für sich gepachtet!)

- Ja, da sind sehr viele Leute von Ihnen darin. Deswegen haben Sie sicherlich recht.

Meine Damen und Herren, zur Sache! Ich glaube, daß wir hier wieder eine Chance

vertun, wenn Sie mit Ihrer Mehrheit als SPD-Fraktion, meine Damen und Herren von der SPD, diesen Antrag heute einfach so abbügeln. Ich darf das so bezeichnen. Das Pro und Contra eines Gütesiegels, Herr Minister, kann nicht in einer so kurzen Stellungnahme einfach so vom Tisch geschoben werden, wie Sie das hier getan haben. Unseres Erachtens gibt es sehr viele Gründe, dieses Thema im Detail zu diskutieren.

(C)

Es geht in der Hauptsache darum, den Schaden von den kleinen und mittleren Betrieben wegzunehmen, diese aufzuwerten und für eine Imageverbesserung zu sorgen. Hier gäbe es die Chance, dieses mit einem Gütesiegel - oder wie immer Sie es letztlich bezeichnen sollten - etwas zu tun. Deshalb finde ich es doch sehr fragwürdig, wenn auf der einen Seite heute in der Parlamentsdebatte immer wieder auf die Glaubwürdigkeit der SPD-Mehrheitsfraktion verwiesen wird, hier aber dann dieser Antrag einfach so "über den Tisch gezogen wird". Herr Minister, ich möchte Sie auch daran erinnern, wer denn den Everswinkeler Skandal aufgedeckt hat; das scheinen Sie vergessen zu haben. Ich darf Sie doch darum bitten, bei allen Versprechungen toleranter zu sein, auch etwas mehr Mut zu haben, dies in Bereichen zu tun, die für Sie vielleicht bisher nicht so von Interesse waren.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließe ich die Beratung.

(D)

Wir kommen zur Abstimmung. Bevor ich aber dazu komme, muß ich hier eine Korrektur anbringen. Es ist nicht richtig, Frau Abgeordnete, was Sie hinsichtlich der Haltung des Ältestenrates gesagt haben. Im Ältestenrat hat die SPD-Fraktion angekündigt, daß sie einen Antrag auf sofortige Abstimmung stellen wird. Dies hindert den Ältestenrat nicht, eine andere Entscheidung zu treffen. Aber ich mache der Fairneß halber darauf aufmerksam, daß es das Recht jeder Fraktion ist, einen Antrag auf direkte Abstimmung zu stellen. Insofern muß ich Sie korrigieren.

(Wendzinski (SPD): So ist es!)

Nun kommen wir zur Abstimmung. Die Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung über den Antrag gemäß § 88 Abs. 1 der Geschäftsordnung beantragt, während die F.D.P.-Fraktion die Empfehlung des Ältestenrates aufrechterhält, den Antrag an den Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz zu überweisen.

(Präsident Denzer)

- (A) Da der weitergehende Antrag der Überweisungsantrag ist, lasse ich zunächst hierüber abstimmen. Wer der Überweisung des Antrags an den Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz seine Zustimmung möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! - Gegenprobe! - Danke schön. Damit ist der Überweisungsantrag abgelehnt.

(Ruppert (F.D.P.): Das ist kein Gütesiegel für Parlamentarismus.)

Wir stimmen nun über den Antrag direkt ab. Wer dem Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/4141 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. -

(Aha! bei der SPD)

Danke schön. - Die Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Danke schön. Damit ist der Antrag Drucksache 10/4141 abgelehnt.

Ich rufe nunmehr Punkt 10 Ende der Tagesordnung auf:

Verwirklichung der Autobahnneubaustrecke A 33 von Osnabrück über Bielefeld nach Paderborn und Haaren

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 10/4143

Zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abg. Doppmeier von der Fraktion der CDU das Wort.

(B)

(Dr. Dammeyer (SPD): Wieder einer, der die Landschaft betonieren will.)

Doppmeier (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rohe, wenn Sie nicht wissen, wo die A 33 ist,

(Rohe (SPD): Ich weiß, wo sie ist, aber Du nicht!)

dann bin ich jederzeit gern bereit, Ihnen diesen Plan einmal zur Verfügung zu stellen.

(Eichhorn (SPD): Sie mußten sich doch zeigen lassen, wo sie ist.)

Ihre erregte Reaktion zeigt doch nur, daß Sie ein schlechtes Gewissen gegenüber den Menschen in unserer Region haben. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der CDU - Dr. Brunemeier (SPD): Aua, aua!)

Ich füge hinzu: Die Behandlung des Themas A 33 durch den Ministerpräsidenten dieses

Landes und seine zuständigen Minister ist in Wirklichkeit das Symbol für die systematische Benachteiligung der Region Ostwestfalen-Lippe. (C)

(Beifall bei der CDU - Dr. Dammeyer (SPD): Heul doch!)

- Das ist Ihnen unangenehm, das wundert mich auch nicht. - Dabei sind die Menschen in Ostwestfalen-Lippe erwiesenermaßen besonders tüchtig und fleißig.

(Zuruf des Abg. Rohe (SPD))

Ich bin froh, daß Sie das bei Ihrem Forum am 8. März erstmals auch anerkannt haben.

(Lachen bei der SPD - Böse (SPD): Das hat ihn geärgert.)

- Herr Dammeyer, Sie kriegen ja schon einen roten Kopf.

(Dr. Dammeyer (SPD): Innen und außen, Herr Doppmeier!)

Ostwestfalen-Lippe ist die Spitzenregion in Nordrhein-Westfalen.

(Dr. Brunemeier (SPD): Trotz Doppmeier! - Dr. Dammeyer (SPD): Da wohnen auch meist anständige Leute.)

Ostwestfalen-Lippe ist vergleichbar mit Baden-Württemberg; in einigen Punkten übertrifft die Region schon Baden-Württemberg. (D)

(Dr. Dammeyer (SPD): Was die Höhe der Berge angeht!)

Ostwestfalen-Lippe zeichnet sich aus durch eine Branchenvielfalt, durch ein hervorragendes Wachstum, durch ein günstiges Arbeitsplatzangebot. Und, meine Damen und Herren, die Region Ostwestfalen-Lippe hat die Strukturprobleme in den zurückliegenden zehn Jahren - ich nenne nur Stichwörter wie Möbel und Textil - aus eigener Kraft

(Widerspruch des Abg. Rohe (SPD))

- aus eigener Kraft! - bewältigt. Herr Rohe, Sie müssen ausgerechnet noch auf das Geld zu sprechen kommen. Wissen Sie, was Ihnen die Menschen in Ostwestfalen-Lippe sagen? Daß das Geld aus Ostwestfalen-Lippe in andere Regionen umgeleitet wird,

(Rohe (SPD): Jetzt hör doch auf!)

(Doppmeier (CDU))

- (A) aber nach Ostwestfalen nicht das zurückfließt, was dorthin zurückfließen müßte. Das ist der Punkt.

(Hunger (SPD): Für wen sprechen Sie eigentlich in Ostwestfalen-Lippe, Herr Kollege?)

Meine Damen und Herren, trotz dieser hervorragenden Daten, die die Region aufzuweisen hat, die zurückzuführen sind auf den Ideenreichtum, auf die Phantasie, auf den Fleiß der Menschen, gibt es Standortnachteile, gibt es noch Standortnachteile der Regionen.

Das ist einmal die verkehrsmäßige Randlage. Es ist eben sehr weit, aus den Städten Ostwestfalen-Lippes in die Landeshauptstadt Düsseldorf zu fahren.

(Trinius (SPD): Da fährst Du doch nicht von Süd nach Nord!)

Deshalb ist es notwendig, daß gerade diese leistungsstarke Region so schnell wie möglich die notwendigen Mittel und die erforderlichen Entscheidungen zur Strukturverbesserung dieser Region bekommt.

Ich habe die verkehrsmäßige Randlage genannt; ich will nur einige weitere Stichworte nennen: Uns fehlen noch wichtige Forschungseinrichtungen, wie zum Beispiel Fraunhofer-Institute oder Max-Planck-Institute. Es reicht nicht aus, daß unsere Region immer nur die Krümel kriegt und die großen Tortenstücke und Kuchenstücke an andere Teile des Landes gehen, meine Damen und Herren.

(B)

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich will zu den notwendigen Strukturverbesserungsmaßnahmen nur folgendes anmerken und nenne die beiden wichtigen Dinge im Bereich des Verkehrs: Wir brauchen die Intercity-Strecke von Dortmund über Paderborn nach Kassel. Der Bund hat dieses jetzt ermöglicht.

(Böse (SPD): Wo ist denn das Moos dafür? - Hunger (SPD): Fragen Sie mal Herrn Stoltenberg!)

Wir brauchen die A 33 dringend, und zwar durchgehend von Osnabrück bis unten im Süden von Paderborn mit Anbindung an die Autobahn Dortmund - Kassel, wie das auf dieser Karte sehr deutlich zu erkennen ist.

(Dr. Brunemeier (SPD): Wir kennen die Landkarte!)

- Sie kennen die Landkarte nicht, das ist bedauerlich; dann sollten Sie sich gelegentlich einmal die Zeit zum Kartenstudium nehmen, Herr Kollege.

(C)

Wir brauchen diese wichtigen Infrastrukturmaßnahmen. Der Bund hat alle Voraussetzungen geschaffen, daß diese Autobahnstrecke schnell verwirklicht werden kann. Der Bund drängt seit längerem das Land Nordrhein-Westfalen, nun endlich zu Potte zu kommen. Der Bund mußte kürzlich den nordrhein-westfälischen Verkehrsminister anweisen, für einen bestimmten Teilabschnitt nun endlich die entsprechenden Entscheidungen zu treffen.

Wir müssen festhalten: Wir haben hier eine Landesregierung, die ausweislich des Plenarprotokolls vom 26. Januar 1989 in der Debatte über die Große Anfrage zur Wirtschaftsförderung bis heute nicht erkannt hat oder nicht erkennen will, daß notwendiger Straßenbau ein ganz wesentlicher entscheidender Beitrag zur Strukturverbesserung der Region in unserem Lande ist.

Für die Region Ostwestfalen-Lippe ist die A 33 sehr, sehr wichtig, genauso wie andere Autobahnen - ich denke hier an den Düsseldorfer Raum - für diese Regionen ganz entscheidend sind. Sie haben sich doch, meine Damen und Herren, mit Blick auf das Anwachsen des grünen Wählerpotentials in den zurückliegenden Jahren, nicht zuletzt auch in der Landtagswahl 1985, aus kurzfristigem parteipolitischen Kalkül heraus auf einmal zur Anti-Autobahn-Partei entwickelt.

(D)

(Hunger (SPD): Besser als eine Anti-Ausländer-Partei!)

Sie haben damit in Ostwestfalen-Lippe keinen Beitrag zur Sicherung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geleistet, sondern Sie haben damit die Zukunftschancen der jungen Menschen verschlechtert. Das ist der objektive Tatbestand, soweit es die A 33 betrifft.

Meine Damen und Herren! Der nordrhein-westfälische Verkehrsminister hat bisher in einer unnachahmlichen Weise versucht, als Minister den Streikbegriff "Dienst nach Vorschrift" zu praktizieren. Er macht keinen Hehl daraus, daß er diese Autobahn nicht will. Die Parteifreunde in Bielefeld machen ebenfalls keinen Hehl daraus, daß sie diese Autobahn nicht wollen - zum Schaden der Stadt Bielefeld, Herr Kollege Hunger, wie Sie sehr wohl wissen, mit der Folge, daß Bielefeld zunehmend an Attraktivität verliert; leider, füge ich hinzu.

(Zurufe von der SPD)

(Doppmeier (CDU))

- (A) Meine Damen und Herren! Diese Politik des nordrhein-westfälischen Verkehrsminister "Dienst nach Vorschrift" bedeutet im Klartext: Das ist die Politik, die auf Verhinderung durch Verzögerung zielt.

Es pfeifen die Spatzen von den Dächern: Wenn Minister Zöpel nur wollte und in den letzten Jahren gewollt hätte, wären wir schon ein erhebliches Stück weiter.

(Paus (CDU): Richtig!)

Ein erhebliches Stück weiter in Sachen Autobahn hätte gleichzeitig bedeutet, diese kraftvolle Region könnte heute noch günstigere Wirtschaftsdaten vorweisen. Das haben Sie, Herr Minister, und die Landesregierung unter Ministerpräsident Johannes Rau, der ja den Bielefelder Raum inzwischen auch sehr gut kennen mußte, bisher verhindert. Das haben Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, bisher so durchgehen lassen.

Deshalb möchten wir Sie heute durch unseren Antrag dazu zwingen, einmal Farbe zu bekennen. Jetzt ist der Punkt gekommen, wo die weitere Verzögerung durch die Landesregierung nicht hingenommen werden darf,

(Zustimmung des Abg. Dr. Pohl (CDU))

wo das Parlament aufgefordert ist, der Regierung "Beine zu machen". Dies geht nur, wenn alle hier im Parlament, quer durch alle Parteien, diesem Antrag zustimmen. Ich appelliere vor allen Dingen an die Kollegen der SPD-Fraktion aus Ostwestfalen-Lippe.

(B)

(Trinius (SPD): Und Kolleginnen!)

- Kolleginnen aus Ostwestfalen-Lippe gibt es in Ihrer Fraktion nicht, Herr Trinius. Vielleicht ändert sich das bei der nächsten Landtagswahl.

Ich appelliere an die Kollegen der SPD-Fraktion aus Ostwestfalen-Lippe, die Chance zu nutzen, diesem Antrag zuzustimmen, der Region somit einen großen Dienst zu erweisen. Ich appelliere an Sie, Herr Rohe, als Sprecher der ostwestfälisch-lippischen SPD-Landtagsabgeordneten, auf Ihre Fraktionsführung einzuwirken - wenn Sie es noch nicht getan haben sollten -, daß die SPD-Fraktion insgesamt unserem Antrag zustimmt.

(Rohe (SPD): Diesen Quatsch können wir nicht mitmachen!)

Dies ist für die weitere positive Entwicklung unserer Region dringend erforderlich.

Wer die A 33 weiter verhindern will, wer den durchgehenden Bau der A 33 verzögert, muß wissen: Er verschlechtert die Zukunftschancen der jungen Leute in unserer Region. Das ist keine verantwortliche Politik. Das ist nicht unsere Politik. Deshalb fordern wir Sie auf: Machen Sie mit, stimmen Sie unserem Antrag zu.

(C)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Hunger für die Fraktion der SPD das Wort.

Hunger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Doppmeier hat eben gerade gewürdigt und den Beweis angetreten, daß die ostwestfälisch-lippische Wirtschaft, daß die Bürgerinnen und Bürger in Ostwestfalen auch ohne A 33 in der Vergangenheit hervorragende wirtschaftliche Leistungen erbracht haben.

Wer Woche für Woche diese sogenannte Vernachlässigungstheorie der Landesregierung gegenüber dem ostwestfälischen Raum fälschlicherweise immer wieder in den Raum stellt, der wird mit diesem unsinnigen Gerede genauso scheitern wie die CDU gescheitert ist, als sie im letzten Wahlkampf mit dem "Möbelwagen" polemisiert hat und behauptete, die Bürger würden aus diesem Land ausreisen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich bitte und fordere die CDU auf, endlich zur sachlichen Auseinandersetzung im Interesse einer vernünftigen Politik dieses Landes zurückzukommen.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Ihr Antrag zur Verwirklichung der Autobahnstrecke A 33 von Osnabrück über Bielefeld nach Paderborn und Haaren ist ein zeitgeschichtliches Dokument dafür, daß Sie, meine Damen und Herren von der CDU, aus mehr als 20 Jahren politischer Diskussion über Umweltverträglichkeit beim Straßenbau, über den Ausgleich von Ökonomie und Ökologie und über den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen nichts gelernt haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Man muß es sich auf der Zunge zergehen lassen, daß Sie die Landesregierung auffordern wollen, die Planung der A 33 zwischen Borgholzhausen und der A 2 in Bielefeld so zu beschleunigen - ich zitiere aus Ihrem Antrag -, "daß unverzüglich das Planfeststellungsverfahren eingeleitet wird,

(Hunger (SPD))

- (A) damit möglichst bald gebaut werden kann". Damit wollen Sie den Eindruck suggerieren, als könne man eine Autobahn so schnell und problemlos bauen wie ein Einfamilienhaus in einem Gebiet mit rechtskräftigem Bebauungsplan. Das ist schon ein Stück aus dem Tollhaus. Aber dieses Tollhaus wird bei Ihnen allmählich zum Allgemeinzustand, was bedauert werden muß.

Ihre Aufforderung liest sich so, als hätten Sie noch nichts davon gehört, daß wir wie in anderen Infrastrukturbereichen auch und gerade im Straßenbau ein verfassungsrechtlich begründetes Abwägungsgebot zu beachten haben. Wenn Sie das Ergebnis der Abwägung in Ihrem Antrag vorwegnehmen, dann ist das nichts anderes als Straßenbaupolitik mit der Brechstange, und eine solche Politik lehnen wir ab.

(Zustimmung bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hatte sich in der Diskussion über den am 1. Januar 1986 in Kraft getretenen Bundesfernstraßenplan für die Streichung der A 33 von der B 61 - neu - bis zur Landesgrenze ausgesprochen. Ich will kurz die Gründe nennen, die zu unserer ablehnenden Position geführt haben.

- (B) Der Bau dieser Autobahn führt zu schwerwiegenden Eingriffen in die ostwestfälische Natur- und Parklandschaft mit der Folge, daß Kulturdenkmäler wie Schloß Holtfeld, Schloß Tatenhausen und die Kapelle Stockkämpen beeinträchtigt werden. Der Autobahnbau löst nicht die Probleme der an der B 68 liegenden Gemeinden; das gilt insbesondere für die Stadt Halle. Die durch den Autobahnbau erreichbaren örtlichen Entlastungswirkungen auf der B 68 stehen in keinem angemessenen Verhältnis zu den mit dem Bau der A 33 verbundenen massiven Umweltbeeinträchtigungen.

Wir als SPD-Landtagsfraktion haben statt dessen gefordert, eine Ortsumgehung für Halle-Steinhagen im Zuge der B 68 mit Priorität voranzutreiben. Der Deutsche Bundestag hat, wie wir wissen, anders entschieden. Er hat den gesamten nordrhein-westfälischen Teil der A 33 in die Kategorie "Vordringlicher Bedarf" des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen aufgenommen. Die SPD-Fraktion akzeptiert diese Entscheidung des Bundesgesetzgebers; daran haben wir nie Zweifel gelassen. Aber, meine Damen und Herren von der CDU, die Aufnahme eines Straßenbauprojekts in die Bedarfsplanung des Bundes bedeutet eben nicht, daß damit praktisch schon Baurecht vorgegeben und das weitere Planungsverfahren nicht mehr als eine

- (C) Alibiveranstaltung ist. Genau das aber suggerieren Sie mit dem Antrag, den Sie vorgelegt haben.

In diesem Punkt sehen wir uns durchaus in Übereinstimmung mit der Bundesregierung, die in ihrem Gesetzentwurf zur Fortschreibung des Bedarfsplans für Bundesfernstraßen wörtlich ausgeführt hat - ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten -:

Als erste Planungsstufe ist die Bedarfsplanung auf eine großräumige Betrachtung abgestellt. Sie kann wegen ihres noch groben Maßstabes nur generell sein. Sie schließt ab mit der politischen Entscheidung, ob ein nach Netzverknüpfung und Richtquerschnitt beschriebenes Straßenbauprojekt planerisch weiter zu verfolgen ist.

So die Bundesregierung. Und weiter:

Erst in den nachfolgenden Planungsstufen der Linienbestimmung und der Planfeststellung können die Untersuchungen zu Einzelfragen vertieft und im einzelnen Belange mit dem ihnen jeweils zukommenden Gewicht in die Abwägung eingestellt werden, so daß über die Realisierbarkeit und Gestaltung des Vorhabens abschließend entschieden werden kann.

(D) Die Bedarfsplanung enthält weder eine materiellrechtliche Planrechtfertigung für den Bau bestimmter Straßen noch verleiht sie den für ein solches Vorhaben sprechenden fachplanerischen Belangen zusätzliche rechtliche Durchsetzungskraft gegenüber entgegenstehenden Belangen. Sie kann deshalb Entscheidungen in den weiterführenden Planungsebenen nicht vorwegnehmen oder ersetzen.

Ich habe dies zitiert, um Ihnen einmal zu verdeutlichen, welche Diskrepanz zwischen Ihrem Antrag und der Aussage der Bundesregierung besteht. Das sollten Sie bedenken, bevor Sie einen solchen "Schauantrag" ins Plenum einbringen.

(Zustimmung bei der SPD - Doppmeier (CDU): Das ist doch eine Unverschämtheit, von "Schauantrag" zu reden! - Böse (SPD): Eine Schau für Doppmeier!)

Dann folgt noch ein Satz der Bundesregierung, der Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, nun wirklich zu denken geben sollte. Sie führt nämlich weiter aus:

Das bedeutet beispielsweise, daß auf der Ebene der Bedarfsplanung in der Regel

(Hunger (SPD))

- (A) weder eine ökologische Unbedenklichkeit noch eine endgültige Verwerfung einer Straßenbaumaßnahme ausgesprochen werden kann.

So die Bundesregierung.

Wenn man diese Sätze vor Augen hat, dann kann man wirklich für den aufgeregten Aktionismus, den Sie, Herr Kollege Doppmeier, in der Region und jetzt auch hier, in diesem Hohen Hause, an den Tag legen, kein Verständnis aufbringen.

(Doppmeier (CDU): Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Ich sage noch einmal: Wir akzeptieren die politische Entscheidung des Bundesgesetzgebers, aber wir lassen uns nicht davon abbringen, daß das weitere Planungsverfahren strikt nach Recht und Gesetz und unter sorgfältiger Abwägung aller Belange durchgeführt wird.

(Doppmeier (CDU): Sind Sie nun für oder gegen die A 33?)

Und nichts anderes hat die Landesregierung bisher getan. Was darüber hinaus von Ihnen erzählt wird, ist blanke Unterstellung, blanke Rabulistik und mehr nicht.

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Im Kern geht es doch um eine Frage: Ist es richtig, daß die Landesregierung die A 33 zwischen A 2 und der Landesgrenze als einen Gesamtabschnitt planerisch weiterverfolgt, um dem Abwägungsgebot hinreichend Rechnung zu tragen?

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Hunger, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Doppmeier?

Hunger (SPD): Ja, vielleicht gleich, im Augenblick nicht.

(Lachen bei der CDU)

Hierzu haben die Verwaltungsgerichte deutlich Stellung genommen. So auch das Bundesverwaltungsgericht, wenn es ausführt, daß die Bildung zu kurzer Abschnitte für einen größeren Bereich gegen das Abwägungsgebot verstoßen kann, wenn dadurch ein möglicher und bei gerechter Abwägung gebotener Interessenausgleich verhindert wird. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu grotesk, Herr Doppmeier, wenn Sie die Landesregierung auffordern wollen, dies alles außer acht zu

lassen. Und wenn Sie hämisch jetzt immer wieder die Anweisung des Bundesverkehrsministers ins Feld führen, den Planfeststellungsbeschluß in kurzen Teilabschnitten zwischen der B 476 und der Landesgrenze zu erlassen, (C)

(Zurufe von der CDU: Stimmt es oder stimmt es nicht?)

dann zeigt das nur, wie Sie mit Rechten Dritter und wie Sie mit Umweltbelangen umgehen. Es ist schon bemerkenswert, daß Herr Töpfer auf Bundesebene der CDU etwa durch die Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung einen grünen Anstrich geben will,

(Paus (CDU): Na so was!)

während Sie hier auf Landesebene schon keinen Gedanken mehr daran verschwenden, bei der A 33 dem Abwägungsgebot Rechnung zu tragen.

(Unruhe bei CDU und F.D.P.)

Ich will hier noch einmal die Bundesregierung zitieren, die auf eine Anfrage der SPD-Fraktion zur Berücksichtigung des Bodenschutzes in der Verkehrspolitik ausgeführt hat:

Bei der Durchführung der Maßnahmen werden auf allen Ebenen der Planung Belange des Umweltschutzes sowie des Bodenschutzes berücksichtigt. Unvermeidbare Eingriffe werden weitestgehend ausgeglichen, bei schwerwiegenden Eingriffen wird gegebenenfalls auch ein Verzicht auf das Projekt erwogen. (D)

(Doppmeier (CDU): Herr Kollege, ist jetzt "gleich"?)

Das sagt die Bundesregierung, Herr Doppmeier. Dem ist eigentlich überhaupt nichts hinzuzufügen. Darum beantworte ich Ihnen auch keine Fragen mehr; dies ginge von meiner Redezeit ab.

(Lachen bei der CDU)

Lassen Sie mich noch auf einen weiteren Punkt eingehen, um hier einer Legendenbildung vorzubeugen. Zuletzt war Pressemitteilungen zu entnehmen, daß von der niedersächsischen Seite grünes Licht

(Paus (CDU): Schon wieder grün!)

für die letzten A-33-Kilometer gegeben worden sei. Das ist eindeutig falsch. Auch wenn jetzt in Nordrhein-Westfalen vom Bundesverkehrsminister ein schneller Bau von der Landes-

(Hunger (SPD))

- (A) regierung verlangt wird, so können wir dem so nicht zustimmen und werden dem auch nicht zustimmen.

(Doppmeier (CDU): So nicht oder überhaupt nicht?)

Für den Abschnitt von der Landesgrenze bis zur B 476 ist noch kein Baurecht geschaffen worden, denn das Planfeststellungsverfahren zur Ortsumgehung Dissen in Niedersachsen ist noch gar nicht eingeleitet worden. Das verschweigen Sie ganz bewußt oder stellen es sogar falsch dar.

(Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU))

Auch die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für den nördlichen Folgeabschnitt bis Hilter in Niedersachsen datiert erst vom Frühjahr 1988. Wir treten dafür ein, die weitere Planung der A 33 nach Recht und Gesetz durchzuführen. Und wir stimmen mit der Landesregierung darin überein, daß die Abschnittsbildung so durchgeführt werden muß, daß das grundlegende Abwägungsgebot nicht verletzt wird.

Meine Damen und Herren, man kann über das Für und Wider des Baus einer Straße streitig diskutieren. Man kann auch zum Beispiel den Bau der A 33 unterschiedlich bewerten. Abenteuerlich wird es aber dann, wenn der Bau einer Straße wie etwa der A 33 direkt in einen Zusammenhang mit dem Verlust oder der Schaffung von Arbeitsplätzen und der wirtschaftlichen Entwicklung gebracht wird,

(B)

(Doppmeier (CDU): Das ist aber so!)

wie das Herr Doppmeier eben hier wieder fälschlicherweise behauptet hat.

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Nicht nur für Ostwestfalen!)

Diesen völlig falschen Eindruck vermitteln Sie, Herr Doppmeier. Sie stellen Arbeitslosigkeit in den direkten Zusammenhang mit einer Straße, die es noch gar nicht gibt.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Ein derartiges Treiben der CDU und anderer interessierter Kreise ist schlicht und ergreifend böseartig.

(Doppmeier (CDU): Sie reden drumherum, und ich habe die Sache auf den Punkt gebracht!)

Es gibt eine große Stadt etwas weiter rheinwärts, die besitzt ein Straßennetz, wie es

besser nicht geht, die verfügt über einen Binnenhafen, die ist Eisenbahnknotenpunkt, die betreibt einen internationalen Flughafen, und wenn es einen direkten Zusammenhang zwischen Verkehrsinfrastruktur und Arbeitsmarkt gäbe

(C)

(Schauerte (CDU): Das ist abenteuerlich, was Sie vortragen!)

- dies ist nicht nachweisbar, nicht einmal wissenschaftlich nachweisbar; keiner hat bis jetzt den Beweis angetreten; außer Rabulistik à la Doppmeier gibt es nichts -, wenn es diesen imaginären Zusammenhang gäbe,

(Paus (CDU): Zwischen Rabulistik und Straßenbau, wie?)

dann hätte zum Beispiel die Stadt Köln Voll- und Überbeschäftigung, und in Baden-Württemberg gäbe es hohe Arbeitslosigkeit.

Das Verhalten der CDU überall im Land sieht so aus: Sonntags werden Krokodilstränen um die Umwelt vergossen, ansonsten aber wird weiter Raubbau an der Natur und der Landschaft betrieben! Mit der SPD ist diese Politik nicht zu machen, und deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Es spricht jetzt Herr Abg. Meyer für die Fraktion der F.D.P.

Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer einmal zehn Jahre die B 68 gefahren ist, dem gönne ich es nicht, dies vier Wochen tun zu müssen. Das auszuprobieren würde ich eigentlich Herrn Hunger und dem Herrn Minister auch einmal empfehlen. Ich glaube, dann wären wir längst weiter, und die A 33 wäre hier schon fast vergessen.

(D)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Sie haben vorhin vom Kollegen Doppmeier schon gehört: Ostwestfalens Wirtschaft liegt an der Spitze. So war es bei dem Ostwestfalen-Forum der SPD, hier im Landtag in Düsseldorf, zu vernehmen. Wirtschaftsminister Jochimsen bescheinigt der Region, daß sie ihre Chance wahrgenommen und den Blick nach vorne gerichtet habe.

Diese und weitere positive Nachrichten für und aus Ostwestfalen-Lippe wurden nicht nur von der Regierung, sondern auch vom Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Prof. Farthmann, berichtet.

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.))

- (A) Die Schwächen, die es noch in der Infrastruktur der Region gibt, geraten in Gefahr, darüber vergessen zu werden.

(Doppmeier (CDU): So ist es! - Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Insofern ist der Antrag der CDU richtig, und er kommt auch zum rechten Zeitpunkt. Denn von den Straßenbauversäumnissen hat weder die Landesregierung noch die örtliche SPD gesprochen. Im Kabinett dieser Landesregierung weiß nämlich offenbar die eine Hand nicht, was die andere tut bzw. läßt.

(Hunger (SPD): Das hätten Sie gern!)

Während der Wirtschaftsminister der Region bescheinigt, daß sie ihre Chance wahrgenommen und den Blick nach vorne gerichtet hat, wird der Endausbau der A 33 von Verkehrsminister Dr. Zöpel immer wieder verzögert, obwohl doch inzwischen jedes Kind weiß, wie wichtig die Fertigstellung dieser lebensnotwendigen Verkehrsader für die Erschließung der Region wäre

(Minister Dr. Zöpel: Ist aber so!)

- nicht nur für Ostwestfalen-Lippe, sondern auch für das nördliche Münsterland.

(Mernizka (SPD): Der Beweis ist noch nicht angetreten worden!)

- (B) Für die Montanregionen tut die Landesregierung alles: Die Montanregionen zwischen Rhein und Ruhr verfügen über ein Autobahnnetz, wie es dichter kaum irgendwo anders in der Welt anzutreffen ist.

(Minister Schwier: Deswegen geht es denen auch so gut!)

Aber Ostwestfalen verweigert man die einzige Schnellverbindung von Nord nach Süd, die internationalen Maßstäben gerecht würde.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Meine Fraktion hat immer wieder gefordert, daß auch die Verkehrspolitik im Lande wieder allen Regionen gleiche Chancen einräumen muß.

Wenn die Verkehrspolitik und die Verkehrsinfrastruktur in einem Landesteil wie Ostwestfalen hinter der dortigen wirtschaftlichen Entwicklung herhinken, dann ist dies keine Unterstützung der wirtschaftlichen Kräfte, sondern eine Beeinträchtigung.

(Hunger (SPD): Das ist eine falsche Behauptung!)

(C) Dies sollten Sie, Herr Wirtschaftsminister Prof. Dr. Jochimsen, Ihrem Kollegen und Verkehrsminister Dr. Zöpel im Kabinett einmal sehr deutlich nahelegen, um zu zeigen, daß auch die Landesregierung den Zusammenhang zwischen Verkehrsinfrastruktur und wirtschaftlichem Strukturwandel wenigstens kennt, wenn sie ihn schon nicht verwirklichen will.

Wenn man sich weiterhin vor Augen hält, daß inzwischen in NRW nicht mehr alle unserem Land zustehenden Haushaltsmittel des Bundes für den Bundesfernstraßenbau ausgegeben werden und dafür von anderen Bundesländern verbaut werden, so ist dies eine besonders bittere Erkenntnis.

(Mernizka (SPD): Das ist ein alter Hut!)

Offenbar ist der SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen die Autobahnerschließung im Allgäu oder anderen ländlichen Regionen in CDU-regierten Ländern wichtiger als die Erschließung Ostwestfalens.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch eine Bemerkung zu der häufig von Minister Dr. Zöpel gebrauchten Formulierung machen: "Die Planung erfolgt nach Recht und Gesetz. Das will ich für alle Maßnahmen von Regierung und Verwaltung, für alle Bürger in allen Landesteilen und in allen Verwaltungsangelegenheiten hoffen. Denn das ist das Wesen des Rechtsstaates."

(D) Die Floskel von Recht und Gesetz von Minister Dr. Zöpel bei schwierigen Straßenbaumaßnahmen heißt in Wirklichkeit "alternative, bürokratisch-sozialdemokratische Umständlichkeit und Verzögerung im Rahmen von gesetzlichen Verfahren", um sich nicht in der Bevölkerung bei umstrittenen Maßnahmen einmal zum ökonomischen Fortschritt bekennen zu müssen.

Wer in Kauf nimmt, daß sich der Verkehr durch Städte und Gemeinden auf einer überlasteten Bundesstraße quält, statt auf einer Autobahn außerhalb von Wohngebieten schnell vorbeizufließen, der ist weder für ökologische noch für ökonomische Erneuerung, der bemüht sich nicht ernsthaft um neue Arbeitsplätze, der ist ganz einfach opportunistisch.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Meyer, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Steinkühler?

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Bitte schön!)

(A) Steinkühler (SPD): Herr Kollege Meyer, können Sie mir denn erklären, wie sich die Wirtschaft in Ostwestfalen-Lippe so positiv entwickeln konnte, ohne daß es die A 33 bisher in wesentlichen Abschnitten des Bereiches Ostwestfalen-Lippe überhaupt gibt; denn sie endet ja nach wie vor in Hövelhof?

(Eichhorn (SPD): Das ist ein Renommee!)

Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Das kann ich nicht. Gehen Sie einmal auf Abwege, gucken Sie einmal, wie die Schwerlastzüge über die Landstraßen fahren und dort die kleinen Orte belästigen. Ich kenne das, ich bin zehn Jahre lang diese Strecke gefahren.

(Mernizka (SPD): Es geht um die Wirtschaft!)

Also, Sie brauchen mich nicht zu lehren, woran das liegt. Ich meine, der Lastkraftwagenfahrer hilft sich schon, wenn er wohin will. Aber leider wäre dies ja wohl keine bessere Lösung.

Die Menschen der Region Ostwestfalen haben, geprägt von Sparsamkeit, Sachlichkeit und Fleiß, dazu beigetragen, daß sich der Strukturwandel dort erfolgreich entwickeln konnte. Hierfür gilt allen Beteiligten Anerkennung.

Wenn man diesen Menschen und dieser Region den Ausbau einer durchführenden Nord-Süd-Autobahn vorenthält, so ist das keine Anerkennung, sondern eine Ohrfeige, und die hat dieser Landesteil wahrlich nicht verdient.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Minister Dr. Zöpel das Wort.

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Vorbereitung von Plenarsitzungen ist die Lektüre der Lokalzeitungen wichtig. Die in Halle erscheinende Lokalzeitung hatte heute die Überschrift: "Doppmeier wirft Ministern Dickfelligkeit vor". Ich dachte: Was hat der schon wieder gegen mich? Es war aber ein Vorurteil. Beim zweiten Nachlesen stelle ich fest, daß die Überschrift genau lautete: "Doppmeier wirft Bonner Ministern Dickfelligkeit vor".

(Oh! bei der SPD)

Seitdem bin ich getröstet. Die Angriffe von Herrn Doppmeier gegen mich scheinen wenig mit der Sache, auch nichts mit der Partei zu

tun zu haben, sondern sie richten sich gegen Minister überhaupt - egal, welcher Partei sie angehören oder was sie tun.

(Beifall bei der SPD - Allgemeine Heiterkeit)

Und das ist irgendwie beruhigend, Herr Kollege Doppmeier. Ich vermute, dem Problem wird nur abzuhelpfen sein, wenn Sie selber einmal Minister würden. Aber darauf müssen wir lange warten!

(Allgemeine große Heiterkeit - Zurufe)

Also, mit dieser Relativierung können wir uns jetzt dem Problem der A 33 nähern. Zunächst einmal zu der Sache, um die es eigentlich geht: Es geht um unterschiedliche Abwägungen bei der Frage, ob eine Straße unter allen notwendigen Belangen möglich, notwendig und vertretbar ist oder nicht. Hier ist die Position der Landesregierung eindeutig. In Abwägung der verschiedenen Belange, der verkehrlichen, der ökonomischen, der ökologischen, der denkmalbezogenen, kommt die Landesregierung zu der Abwägung: Diese Straße ich nicht vertretbar.

(Zustimmung des Abg. Mernizka (SPD))

Das ist unsere Grundposition.

Nun führen Sie immer aus, dies schädige die Wirtschaft Ostwestfalens. Sie setzen noch einen drauf: Das habe etwas mit der Vernachlässigung dieser Region zu tun. Auf das zweite könnte ich nun stundenlang eingehen, weil ich mich der Auffassung anschließen, daß die Menschen, die in Ostwestfalen ihre Heimat haben, tüchtige Menschen sind. Manchmal kommen mir da Zweifel, aber weil ich selbst daherkomme, stelle ich die Zweifel, auch bei anderen, zurück. Da habe ich also kein Problem - das stimmt.

Aber Sie haben natürlich recht, die Wirtschaftsdaten sind gut. Sie haben das eben bestätigt, was in demselben Zeitungsartikel zu lesen war: Es gibt keinen Kreis im Bund, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, mit einer so günstigen Industrie- und Gewerbestruktur wie den Kreis Gütersloh! Das stand in der Zeitung, Herr Kollege Doppmeier, von Ihnen!

(Zurufe)

Daß dort irgend etwas sonderlich gefördert würde - -

(Doppmeier (CDU): Sie sollten einmal den ganzen Artikel vorlesen; das wäre hier auch interessant.)

(C)

(D)

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) - Gerne. Sie haben etwas gegen Seiteneinsteiger, gegen professorale Arroganz - damit ist Scholz gemeint, füge ich hinzu. Und so weiter, das kann man alles vorlesen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Allgemeine Heiterkeit)

Ich bleibe bei den Dingen, die dem Kreis Gütersloh helfen - von denen, die Sie genannt haben. Es kann naürlich sein, daß es dem Kreis Gütersloh hilft, wenn dort, in der Gegend Ostwestfalen, keine Tieffliegerei mehr stattfindet, wenn also Herr Scholz sich da bewegt. Ich würde Ihnen recht geben; da ist Ihr Beitrag sinnvoll für den Kreis Gütersloh.

Das letzte ist eine gute Bestätigung dessen, was ich hier auch sagen will. Die Förderung, die ja immer etwas Relatives ist - das heißt, man gibt den Schlechten etwas, damit sie aufholen -, kann für den Kreis Gütersloh nach Ihren eigenen Worten gar nicht nötig sein.

Ich komme zurück zu der Frage "Wirtschaftskraft und Straße". Hier muß ich eines wiederholen, was ich, so meine ich, schon hier im Landtag gesagt habe, was ich im Bundesrat vorgetragen habe und was ja in der Tat frappierend ist. Das Bundesland, das gemessen an seiner Größe die meisten Autobahnkilometer hat, ist das Saarland. Ihm folgt Nordrhein-Westfalen. Gemessen an der Landesgröße die wenigsten Autobahnkilometer hat das Land Baden-Württemberg. Und es ist richtig, daß in Nordrhein-Westfalen der Regierungsbezirk Detmold gemessen an seiner Größe die wenigsten Autobahnkilometer hat.

(B)

Ich glaube, zumindest die Fragestellung wird immer berechtigter, die dahin geht, daß es wohl keinen Zusammenhang zwischen Autobahnkilometern und Wirtschaftskraft geben kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Vielleicht hat der Aufholeffekt Ostwestfalens mit etwas zu tun, was mir schon sehr lange bewußt ist. Der Aufholeffekt weniger dicht besiedelter Regionen mit intakterer Landschaft und intakter Struktur ist beim Wandel zur High-Tech-Gesellschaft eben ein Standortvorteil. Und ein Standortnachteil ist immer mehr zuviel Infrastruktur.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich sage Ihnen das sehr offen: Zuviel Infrastruktur ist aus meiner Sicht inzwischen ein Standortnachteil. Daß die Menschen, die bei der Ausbreitung von Informationstechnologien auch in kleineren Standorten angesiedelt sein

können, in solche Gegenden gehen, halte ich für eine zwangsläufige Entwicklung. (C)

Jetzt zitiere ich positiv; es kann ja nicht nur schlecht über die CDU geredet werden, wenn wir beide miteinander reden, Herr Doppmeier. Also, ich rede jetzt positiv von CDU-Politikern: Diese Auffassung teilt übrigens der baden-württembergische Ministerpräsident. Und da kommen wir vielleicht zu einem interessanten Ergebnis. Der baden-württembergische Ministerpräsident hat im Gegensatz zu Ihnen erkannt, daß man in der Informations- und High-Tech-Gesellschaft Autobahnen nicht mehr braucht. Sie hingegen haben das noch nicht erkannt, so daß der einzige Nachteil Ostwestfalens der ist, daß die ostwestfälischen CDU-Politiker etwas dümmere sind als die baden-württembergischen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Allgemeine große Heiterkeit)

Das scheint mir aus der gesamten Debatte, um die es bei dieser Straße geht, übrigzubleiben.

(Dr. Pohl (CDU): Herr Zöpel ist immer für neue Erkenntnisse gut. - Heiterkeit bei der SPD)

- Ja, Herr Kollege Pohl, nehmen Sie es mir nicht übel - -

(Dr. Pohl (CDU): Den Teil Ihrer Ausführungen werde ich mir einrahmen, wenn Sie nicht mehr da sind!)

(D)

- Ich hoffe auf solche Nachwirkungen, Herr Kollege Pohl.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Aber, geben Sie es mir zu: Es sollte doch ein gemeinsames Bemühen sein, Farbe in diesen neuen Landtag zu bringen. Dazu will ich ein bißchen beitragen.

(Dr. Pohl (CDU): Ich höre Ihnen gerne zu, auch wenn ich Ihren Inhalt nicht teile.)

Nun komme ich zu dem, was Herr Kollege Meyer gesagt hat: Er hielt es für selbstverständlich, daß sämtliches Verwaltungshandeln in Nordrhein-Westfalen nach Recht und Gesetz vor sich gehe. Ich teile diese Auffassung. Nur müßte diese Auffassung zwischen Parlament und Landesregierung unteilbar sein.

Der Antrag, der hier vorliegt, unterstellt der Landesregierung, das sei nicht so. Nur aus diesem Grunde bin ich immer wieder genötigt,

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) darauf hinzuweisen, daß die Behandlung der Planung der A 33 in allen Punkten strengstens nach Recht und Gesetz vor sich geht. Ich füge eines hinzu: daß mir - es tut mir sogar weh, daß ich das feststellen muß - keine Verzögerung durch mein Ministerium oder andere Teile der Landesregierung bewußt ist. Sondern, wir handeln streng nach Recht und Gesetz, wägen ab, bringen unsere Argumente ein. Aber wir haben hier keine Verzögerung vorgenommen und werden das auch in Zukunft nicht tun.

Ich will das kurz zusammengefaßt, weil es ja offensichtlich um der Wahrheit in den Protokollen willen notwendig ist, noch einmal darstellen. Die A 33, die oft selbst von Bewohnern dieser Region hinsichtlich ihrer Teilabschnitte und in der Bewertung dieser Teilabschnitte durch die Landesregierung nicht zureichend unterschieden werden kann, muß ich also einteilen in den Bereich zwischen der A 44 und der A 2, also der Linie nach Kassel und der Linie nach Hannover. Hier gibt es keinen Streit, daß dieser Teilabschnitt, so schnell es geht, gebaut werden muß. Ich versichere Ihnen, daß ich die Altlasten, die dort auf dieser Strecke gefunden wurden, nicht hingelegt habe.

(Rohe (SPD): Die CDU war das!)

- (B) - Auch die CDU hat sie vermutlich dort nicht hingelegt, Herr Kollege Rohe, das ist unser gemeinsames Schicksal. Nur, ich kann nichts dafür, daß sie zunächst beseitigt werden müssen, bevor zügig weitergebaut wird. Es ist meine Hoffnung, daß diese Strecke 1992 durchgehend befahren werden kann.

Hinsichtlich des Teilabschnittes zwischen der A 2 und der B 476 in Borgholzhausen ist festzustellen, daß wir zunächst den in Bielefeld liegenden Teil, also den bis zur B 61 n, seitens der Landesregierung in der Kategorie "vordringlicher Bedarf" angemeldet hatten, daß wir allerdings mit der Stadt Bielefeld verabredet hatten, eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorzunehmen. Diese hat ergeben, daß die ökologischen Nachteile die ökonomischen verkehrlichen Vorteile überwiegen. Aus dem Grunde habe ich die Entscheidung getroffen - und nicht mehr und nicht weniger -, daß dieser Teil nur im Gesamtzusammenhang des ganzen auf nordrhein-westfälischem Gebiet liegenden Teilabschnitts weiterbehandelt werden darf. Diese Entscheidung habe ich getroffen. Ich halte sie für richtig. In Bielefeld einen Teilabschnitt zu bauen, ohne zu wissen, wie es weitergeht, ist nicht sinnvoll und auch nicht rechtmäßig. Dazu will ich gleich noch etwas sagen.

- (C) Bei dem Teilabschnitt zwischen der B 61 n und weiter nach Norden bis zur B 476 ist die Landesregierung grundsätzlich der Auffassung, daß die ökologischen Nachteile überwiegen. Wir müssen hier deshalb dennoch - und das tun wir - ein Planfeststellungsverfahren vornehmen. Wir müssen dabei auch die ökologischen Zusammenhänge mit den entsprechenden Maßnahmen prüfen. Wir müssen dies tun - darum geht es mir jetzt hier -, weil dies die Bestimmungen des Bundesministers für Verkehr erfordern. Die muß ich Ihnen deshalb zitieren, damit Ihnen klar ist, nach welchen Bestimmungen des Bundesministers für Verkehr, der dafür zuständig ist, in Nordrhein-Westfalen die Planfeststellungsverfahren laufen. Diese Bestimmungen des Bundesverkehrsministers besagen wörtlich:

Bei der Vorbereitung der Linienbestimmung ist zu untersuchen, ob die in Frage kommenden Trassen mit den Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu vereinbaren sind und ob zu erwartende Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft entweder durch besondere Maßnahmen bei der Durchführung des Straßenbauvorhabens vermieden oder durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege ausgeglichen werden können. Ergibt sich, daß bei keiner Trassenvariante eine Vermeidung oder ein Ausgleich mit vertretbarem Aufwand zu erreichen ist, und überwiegen nach Abwägung die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege, so ist die Planung aufzugeben.

(D) Das sind die Hinweise des Bundesministers für Verkehr für Planfeststellungsverfahren für Bundesfernstraßen.

Ich muß damit in jedem Falle, vor allem in Fällen, wo es bereits so viele Hinweise gibt, daß das eintreten könnte, dieses prüfen, sonst verhalte ich mich rechtswidrig, und das tue ich nicht.

Im übrigen zur Beurteilung dessen, was mir zur Prüfung vorliegt: Wir haben hier eine Altplanung. Die Linienbestimmung ist 1968 erfolgt. Geringfügige Änderungen gab es 1976. Ein entsprechender Planungsbeitrag zur Umweltverträglichkeit, wie er in den eben zitierten Hinweisen gefordert wird, liegt nicht vor. Die derzeit im Rahmen der Entwurfsbearbeitung laufenden Untersuchungen zur Überprüfung der Umweltverträglichkeit müssen daher dieses Defizit nachträglich ausgleichen. Auch dieses Vorgehen entspricht dem geltenden Recht und den zitierten Hinweisen des Bundesverkehrsministers.

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) Soweit der landschaftspflegerische Planungsbeitrag zur Linienfindung nicht vorliegt, ist die landschaftspflegerische Begleitplanung so aufzustellen, daß sie dessen Inhalt mit einschließt.

Übersetzt heißt das, was früher versäumt worden ist - und es ist versäumt worden -, muß spätestens im Planfeststellungsverfahren nachgeholt werden. Mit dem Abschluß der Untersuchungen ist im Laufe dieses Jahres zu rechnen. Der Landschaftsverband arbeitet auf meine spezielle Weisung mit Nachdruck an der Fertigstellung der Entwurfsunterlagen. Das ist zu diesem Teilabschnitt zu sagen.

Ich komme dann zu dem Abschnitt der A 33 zwischen der B 476 und der Landesgrenze. Hierfür ist die Planung von niedersächsischen Behörden vorgenommen worden. Nach meiner Auffassung, die ich gleich durch ein Urteil belegen kann, liegt hier falsche Abschnittsbildung vor. Aus dem Grunde habe ich die Bearbeitung der Planfeststellung nicht aufgenommen, sondern zurückgestellt. Der Bundesminister für Verkehr hat mich angewiesen, die Bearbeitung aufzunehmen. Ich habe das selbstverständlich getan. Die Aufnahme der Bearbeitung zeigt nun folgendes:

Die Planung wurde, auch hier, bereits 1968 mit der Linienbestimmung begonnen. Erst nach diesem Zeitpunkt sind auch die für die Linienfindung wichtigen gesetzlichen Vorgaben in Kraft getreten. Das sind im einzelnen zum Beispiel das Bundesimmissionsschutzgesetz und das Bundesnaturschutzgesetz, also zwei bundesrechtliche Bestimmungen. Seitdem dieser kurze Abschnitt, um den der Streit geht, linienbestimmt wurde, sind neue bundesrechtliche Vorschriften in Kraft getreten, also nicht einmal das "unsinnige" nordrhein-westfälische Landesrecht, sondern das bundesweit geltende Recht. Diese Vorschriften sind nicht berücksichtigt worden, auch nicht das nordrhein-westfälische Denkmalschutzrecht. Das will ich als sozusagen nordrhein-westfälische "Schuld" gemeinsam auf uns nehmen, daß das auch danach in Kraft getreten ist.

Dieses war bisher nicht berücksichtigt worden. Wir müssen das nachträglich im Planfeststellungsverfahren berücksichtigen. Dieses kostet etwas. Dieses teile ich Ihnen hier mit, und dieses habe ich auch dem Bundesminister für Verkehr mitgeteilt.

Nun wird immer wieder darauf hingewiesen, daß es einen Sachzwang niedersächsischer Art gäbe, hier besonders schnell voranzugehen, nämlich daß die Niedersachsen fertig seien. Davon kann nun keine Rede sein, daß in

Niedersachsen die A 430 - die A 33 fertig sei. (C) Da sehen Sie, ich denke immer an Straßen im Ruhrgebiet, die nicht gebaut werden können. Deshalb hätte ich jetzt fast 430 gesagt.

(Zuruf von der CDU: Ja, ja!)

- "Die im Ruhrgebiet nicht gebaut werden können" habe ich eben gesagt, wenn Sie hingehört hätten, damit Sie nicht an der verkehrten Stelle lachen. Daran sollte man Sie ja hindern.

In Niedersachsen ist die Lage so, daß der Planfeststellungsabschnitt von der B 476 bis zur Landesgrenze auch nicht zusammen mit dem von Niedersachsen planfestgestellten Abschnitt einen nennenswerten Verkehrswert hätte, der die mit dem Vorhaben verbundenen Eingriffe in den Naturhaushalt und in das Landschaftsbild rechtfertigen würde. Ein im Vergleich dazu größerer Verkehrswert dürfte allenfalls erst nach Fertigstellung der Ortsumgehung Dissen bejaht werden können. Das Planfeststellungsverfahren für diesen Abschnitt ist von der niedersächsischen Straßenbauverwaltung bis heute nicht eingeleitet worden. Erst in diesen Tagen sollen die Planunterlagen der Bezirksregierung Weser/Ems zugeleitet werden.

Damit wird eines deutlich: Der Druck, den derzeit der Bundesverkehrsminister nach Ihrer Meinung - ich glaube, es ist kein Druck, sondern er will nur ein ordnungsgemäßes Verfahren - ausübt, wäre völlig unsinnig; denn dort läge ein isolierter Abschnitt, der weder im Norden noch im Süden eine Fortsetzung hätte. (D)

Genau das sind die Zwangspunkte beim Autobahnbau, unter denen die Menschen leiden, zum Beispiel die in Bad Oeynhausen, Herr Kollege Trinius: von rechts an Oeynhausen ran, von links, und nun gelingt keinem, da eine Trasse zu finden. Das sollte man anderen Teilen Ostwestfalens ersparen, daß wir in diese Situation kommen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb kann es nur Sinn machen, nach sorgfältiger Prüfung alles zusammen planfestzustellen. Wenn man dann noch vor Gericht gewinnt - was ich nicht glaube; aber das entscheiden andere, nicht Sie und nicht ich -, dann in Gottes Namen gegen 2010. Aber ich glaube, die Menschen sind dann vernünftiger geworden.

(Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) - Über die Richtung der Vernunft streiten wir dann, wenn wir uns beim Altersschoppen treffen, Herr Kollege Pohl; damit bin ich einverstanden.

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine Auffassung zur falschen Abschnittsbildung wird durch ein jüngstes Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Münster zu einem Teilabschnitt der A 44 bei Mönchengladbach gestützt. Dort ist eine Planfeststellung, die ich getroffen habe, aufgehoben worden, weil ich eben diese Grundsätze richtiger Abschnittsbildung nicht rechtzeitig berücksichtigt habe.

Ich mußte Ihnen das noch einmal darlegen, weil ich, wie Herr Kollege Meyer gefordert hat, für den Grundsatz werben möchte: Die Rechtmäßigkeit der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen ist untrennbar. Die Regierung sollte sie durchführen, der Landtag sie akzeptieren. Sie gilt auch für Fälle, die einem nicht passen. Dann schmerzt es manchmal, wenn rechtmäßig vorgegangen werden muß. Hier wird rechtmäßig vorgegangen. Wir wägen sorgfältig ab, bringen unsere Argumente ein und tun vor allem nichts, was rechtlich nicht erlaubt wäre.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Das Wort hat Herr Abg. Dreyer für die Fraktion der CDU.

- (B) (Zu- und Gegenrufe von allen Seiten des Hauses)

Dreyer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die positive Wirtschaftsentwicklung in Ostwestfalen, die von allen Rednern hier so herausgestellt worden ist, hat überall entlang den Verkehrsachsen stattgefunden. Herr Minister Zöpel, ich darf darauf hinweisen, daß wir ja in Ostwestfalen-Lippe drei in West-Ost-Richtung verlaufende Autobahnen haben, nämlich die A 30 - -

(Dr. Pohl (CDU): Der Minister hört nicht zu. Er holt sich gerade den Beifall seiner Beamten! - Minister Dr. Zöpel: Kollege Pohl, der ist sehr geteilt!)

- Herr Minister, darf ich noch einmal sagen: Wirtschaftsentwicklung hat in Ostwestfalen entlang den Verkehrsachsen stattgefunden, und zwar entlang den Verkehrsachsen A 30, A 2, A 44. Dazwischen gibt es noch vier leistungsfähige Bundesstraßen: die B 61, B 65, B 1, B 64, die zwar noch verbessert werden müssen, aber schon zur Entwicklung beitragen.

Herr Minister, Sie übersehen aber vollkommen, daß die Nord-Süd-Richtung völlig anders aussieht. (C)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dreyer, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Rohe zu?

(Dreyer (CDU): Ich habe ja noch gar nichts gesagt. Wie kann der denn schon etwas fragen? - Heiterkeit)

- Wollen Sie, oder wollen Sie nicht?

(Dreyer (CDU): Na gut, wenn er gern fragen will, dann soll er.)

- Herr Rohe, Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage.

Rohe (SPD): Herr Kollege Dreyer, Sie haben gerade die leistungsfähige B 61 angesprochen. Bestätigen Sie mir, daß die CDU seit Jahren den Weiterbau der B 61 über den Kreis Minden/Lübbecke hinaus verhindert hat?

Dreyer (CDU): Also, wissen Sie: Dann sitzen wir heute nacht um 24 Uhr noch hier, wenn ich Ihnen erzähle, was es im Zusammenhang mit der B 61 alles gegeben hat.

(Zurufe von der SPD)

Wir hatten einmal vor, eine A 30 daraus zu machen. Und Herr Zöpel hat jetzt der B 61 zwischen Bad Oeynhausen und Porta auch noch den Garaus gemacht, sie wird also als Bundesstraße weiter bestehenbleiben mit der Ersatzlösung über B 482. Aber das sind Details, über die wir uns hier heute nicht unterhalten sollten. (D)

Herr Minister, ich wollte Ihnen gern die Straßen aufzählen, die Ihr Vorgänger in Übereinstimmung mit der CDU in den 80er Jahren geopfert hat. Das ist die A 43, die Verbindung von Münster nach Gütersloh. Die A 47 als eine Verbindung zwischen A 44 und A 2 von Erwitte bis Gütersloh mit der Fortführung bis nach Herford ist geopfert worden. Es ist weiter gestrichen worden die A 35 von Bielefeld über Lage/Lemgo bis Bartrup mit dem Ast zum Harz und nach Hannover. Weiter ist die A 5 gestrichen worden.

(Zuruf des Abg. Hunger (SPD))

- Ach, Herr Hunger, nun hören Sie doch einmal zu! Ich habe doch - - Na ja.

Die A 5 ist als wichtige Nord-Süd-Verbindung gestrichen worden. Bremen - Gießen, das war

(Dreyer (CDU))

- (A) eine großräumige Verbindung. Dazu ist damals gesagt worden: Die A 5 ist deshalb nicht erforderlich, weil als Ausweichstrecke die A 33 zur Verfügung steht. Dann gibt es da noch die als leistungsfähig vorgesehene B 239, vierspurig von Kirchlengern bis nach Horn-Bad Meinberg. Und was hat er getan, weil sie ihn nicht gelassen haben? Nichts, gar nichts!

(Zurufe - Heiterkeit)

- Entschuldigung; da war jetzt nicht "sie" großgeschrieben gemeint, Herr Kollege, sondern kleingeschrieben. Ich meinte jetzt, die Menschen vor Ort in Detmold haben sie behindert,

(Allgemeine Unruhe)

und die Werretal-Autobahn ist im Kreis Herford kaputtgemacht worden. Das war jetzt kein Vorwurf an Sie.

Von allen diesen Planungen übriggeblieben ist die A 33 - und die ist nun wirklich zwingend erforderlich, um eine leistungsfähige Verbindung herzustellen.

Herr Minister, im übrigen haben Sie doch 1986 mit dem Bundesverkehrsminister vereinbart - so ergibt es sich aus dem Fünfjahresplan -, daß der Abschnitt A 2 bis B 61 in dem Zeitraum 1986/1990 in Bau gehen soll. Dieses Stückchen ist im Fünfjahresplan grün dargestellt. Der Abschnitt B 476 bis in Höhe von Halle sollte auch in diesem Zeitraum 1986/1990 in Bau gehen; er ist ebenfalls grün dargestellt. Und der dazwischenliegende Abschnitt soll, weil er rot dargestellt ist, nach 1991 in Bau gehen.

(B)

Das heißt also: Noch 1986 haben Sie dies in Übereinstimmung mit dem Bundesverkehrsminister so gesagt. Erst als es dann in Bielefeld Probleme gab, haben Sie sich auf den Standpunkt gestellt: Ich muß den Gesamtabschnitt insgesamt ins Verfahren gehen lassen. Dafür könnte man ja noch Verständnis haben. Aber zwischendurch haben Sie immer wieder erklärt, daß diese Straße gar nicht notwendig ist. Nachdem Sie einmal mit Ihren Kindern dort radgefahren sind - so habe ich das in Erinnerung -, haben Sie doch die Verkehrssituation in Ostwestfalen-Lippe aus der Perspektive des Radfahrers beurteilt. Sie hätten vielleicht einen Hubschrauber nehmen müssen, um einen größeren Überblick zu haben.

(Zurufe von der SPD - Heiterkeit)

Wir dürfen ja Verkehrsplanungen und Verkehrsbau nicht auf der Grundlage heutiger

Verkehrsdaten machen. Wir müssen ja daran denken, daß es bis zum Jahre 2000 noch weitere Verkehrsentwicklung gibt. Die Verkehrsverhältnisse dort sind heute schon unerträglich, und wir meinen, daß es ohne die A 33 in ihrer gesamten Länge wirklich nicht geht. (C)

Für uns, Herr Hunger, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Grundsätze der Rechtmäßigkeit zugrunde gelegt werden. Wir wollen doch nicht gegen Recht und Gesetz verstoßen.

(Zurufe von der SPD)

Aber wir wollen natürlich verhindern, daß rechtlich vorgeschriebene Verfahren dazu mißbraucht werden, Planungen, die der Bund vorgeschrieben hat, kaputtzumachen. Deshalb ist es schon wichtig, daß wir heute diese Debatte geführt haben, in der der Minister zu Protokoll gegeben hat, daß er nicht das Recht mißbrauchen will, um seine politischen Vorstellungen durchzusetzen.

(Zurufe von der SPD - Zuruf des Ministers Matthiesen)

- Ja, Herr Kollege Matthiesen, er hat ja gelegentlich vor Ort erklärt: Was ich will, das setze ich durch, und was ich nicht will, das kriege ich kaputt.

(Zurufe von der SPD)

- Ja, das hat er vor Ort wirklich schon einmal gesagt. (D)

(Zurufe von der SPD - Minister Dr. Zöpel: Das mache ich, wenn ich nach Bonn gehe.)

Herr Minister, unser Anliegen war es nicht, bei diesem Antrag nach rückwärts zu blicken und das, was man Ihnen alles vorwerfen könnte, hier zu servieren. Uns geht es darum, daß Sie sich zu Ihrer Verantwortung und Aufgabe bekennen, das Bundesrecht auch hier durchzusetzen. Sie haben zwar recht, daß im Planfeststellungsverfahren auch eine ganze Menge zu leisten ist. Unser Appell geht dahin, daß Sie nun diese Arbeiten zügig abschließen und den Planfeststellungsbeschuß für den Abschnitt 476 - Hilter erarbeiten.

Ich glaube nicht, daß das, was Sie zur Abschnittsbildung sagen, richtig ist. Alle Ihre Vorgänger in Nordrhein-Westfalen haben es so gehalten, daß sie Autobahnen abschnittsweise und nicht in der Weise gebaut haben, daß immer erst angefangen worden ist, wenn ein Abschnitt fertiggestellt war. Ich

(Dreyer (CDU))

- (A) glaube also, daß Sie hier so schnell wie möglich auch zum Planfeststellungsbeschluß kommen müssen.

In dem zweiten Absatz haben wir gefordert, daß für den Gesamtabschnitt zwischen der B 476 und der A 2 die Entwurfsüberarbeitung nun beschleunigt wird. Daß es da nachzuarbeiten gilt, ist für uns klar. Es gibt eine Fülle solcher Verfahren, wo aufgrund neuer Gesetze Nacharbeiten erforderlich sind. Aber uns liegt daran, daß das so schnell wie möglich geschieht, damit - Herr Hunger, ich wiederhole das, wie es im Antrag steht - möglichst bald gebaut werden kann.

(Zustimmung bei der CDU)

Man hätte das hier auch mit gesetzestech-nischen Begriffen sagen können. Aber das Entscheidende ist ja, daß den Menschen diese Straße zur Verfügung steht.

Wir sind der Überzeugung, daß die Qualität der Infrastruktur in Ostwestfalen-Lippe ein ganz wichtiger Gesichtspunkt für die Entwicklung unseres Raumes ist. Die B 239, Herr Minister, ist keine Ausweichstrecke; das muß man einfach akzeptieren. Ich will den Kollegen Böcker und Paus nicht zu nahe treten; die CDU ist da ja auch nicht ganz unschuldig. Aber die Lipper kommen an der Strecke nicht zu Potte. Die einzige schnelle Süd-Nord-Verbindung in Ostwestfalen-Lippe ist die A 33. Ihr Vorgänger hat noch die A 5 als parallele Autobahn für notwendig gehalten,

(B)

neben der B 239 und der A 33. Wir fordern Sie auf - auch wenn wir Ihre Einstellung zu dieser Straße nicht ändern können -, so zu verfahren, wie Sie es heute erklärt haben. Das heißt also: Zügige Umsetzung der Verfahren.

Ich kann nicht akzeptieren, was Sie hier dazu gesagt haben,

(Zurufe von der SPD)

daß Sie nun das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt B 476 - Hilter an dem Abschnitt, der dazwischenliegt, aufhängen wollen. Ich glaube, Verkehrswert kann in diesen Bereichen nur dadurch entstehen, daß dieser Abschnitt jetzt - -

(Fortgesetzt Zurufe - Unruhe)

- Ja, ihr seid ja alle überzeugt. Ich muß ja ihn überzeugen.

(Zuruf: Mach Schluß! - Weitere Zurufe)

- Ich wollte ja jetzt auch zum Schluß kommen. (C)

(Beifall bei der SPD - Allgemeine Heiterkeit)

Ich möchte also für uns Ostwestfalen noch einmal notifizieren, daß sich der Minister hier heute zu seiner Aufgabe und Verantwortung bekannt hat, die Voraussetzungen für das Baurecht an der A 33 zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen - -

(Zurufe)

- Doch?

(Weitere Zurufe)

- Herr Kollege Doppmeier, bitte schön!

(Zurufe von der SPD)

Doppmeier (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Minister Zöpel hat, wie mir mehrere Kollegen meiner Fraktion eben noch einmal bestätigt haben, in seinem Beitrag eine Passage gehabt

(Aha!-Rufe von der SPD)

- sinngemäß; ich habe das Wortprotokoll natürlich nicht -, daß sich die ostwestfä-lisch-lippischen CDU-Abgeordneten von den Baden-Württembergern dadurch unterscheiden würden, daß offensichtlich die ostwestfä-lisch-lippischen CDU-Abgeordneten dümmer seien,

(D)

(Zurufe von der SPD)

dümmer seien als die Baden-Württemberger. Herr Minister, ich bitte Sie - -

(Mernizka (SPD): Bei Ihnen steht das einwandfrei fest! - Minister Schwier: Nur ein bißchen! - Weitere Zurufe von der SPD - Mernizka (SPD): Bei Ihnen steht das einwandfrei fest!)

Herr Minister, ich bitte Sie - -

(Mernizka (SPD): Bei Ihnen steht das einwandfrei fest! - Weitere Zurufe von der SPD - Heiterkeit bei der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(Doppmeier (CDU))

(A) - Herr Mernizka, ich kann eine ganze Menge wegstecken.

(Mernizka (SPD): Ich auch!)

Wenn Sie das so gesagt haben - und so haben wir es in Erinnerung -, Herr Minister, dann bitte ich Sie, das jetzt hier klarzustellen. So können wir nicht miteinander umgehen.

(Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Minister Dr. Zöpel.

(Fortgesetzte Zurufe - Unruhe)

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kontext um diese Aussage herum war eigentlich einer, der zu dieser ernststen Würdigung keinen Anlaß gäbe. Aber ich bin gern bereit, mich zu korrigieren: Die ostwestfälischen Abgeordneten sind weniger intelligent als die baden-württembergischen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Dr. Brunemeier (SPD): Sitzung des Ältestenrats! - Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, wird die Fortsetzung der Debatte auf diesem Niveau gewünscht?

(B) (Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

- Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich stelle fest, daß weitere Wortmeldungen nicht vorliegen.

(Widerspruch bei der F.D.P.)

- Frau Witteler-Koch noch. Frau Witteler-Koch spricht nicht für Ostwestfalen. Bitte schön!

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte für die F.D.P.-Fraktion sehr ernsthaft den Vorwurf von Herrn Minister Zöpel mit Entschiedenheit zurückweisen.

(Lachen bei der SPD)

- Lachen darf man immer.

(Minister Dr. Zöpel: Die F.D.P. war nicht gemeint!)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Ich habe selten erlebt, daß zu dieser

Stunde das Interesse am weiteren Verweilen in diesem Saal so groß war wie heute. (C)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich kann aber doch jetzt die Feststellung treffen, daß sich nun wirklich keiner mehr zu Wort meldet, obwohl es noch sechs Minuten bis zum Beginn des Fußballspiels sind.

Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung über ihren Antrag nach § 88 Abs. 1 der Geschäftsordnung beantragt. Wir stimmen also über den Antrag selbst ab. Wer dem Antrag Drucksache 10/4143 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir haben das Ende der heutigen Sitzung erreicht. Ich berufe das Plenum für morgen früh, 10.00 Uhr, wieder ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 20.10 Uhr

(D)

Ausgegeben: 30. März 1989

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (0211) 8842439, zu beziehen.

9504

**(A)** Anlage zu TOP 1 (Fragestunde)

Die Mündliche Anfrage 267 des Abg. Wendzinski (SPD), mit deren schriftlicher Beantwortung sich der Fragesteller in der 101. Sitzung einverstanden erklärt hatte (siehe Plenarprotokoll 10/101 Seite 9166 C und D), hat folgenden Wortlaut:

Polychlorierte Biphenyle (PCB)

Polychlorierte Biphenyle (PCB) sind für Mensch und Umwelt hochgiftige, biologisch nicht abbaubare und krebserregende Stoffe.

Den Themenbereich PCB hat die SPD-Landtagsfraktion mehrfach, u. a. mit den Kleinen Anfragen 151, 581 und 1166 sowie mit der Mündlichen Anfrage 234 aufgegriffen.

Einem in der Welt vom 9. Februar 1989 unter der Überschrift "Rätselraten über PCB in der Milch" erschienenen Presseartikel zufolge sind in Niedersachsen bei 27 Milchviehbetrieben in der Rohmilch grenzwertüberschreitende PCB-Belastungen festgestellt worden.

Welche Erkenntnisse liegen in Nordrhein-Westfalen über PCB-Belastungen in der Rohmilch vor, und welche Regionen sind hiervon betroffen?

**(B)** Die von Abg. Wendzinski in der 101. Sitzung angekündigte Zusatzfrage lautet:

Liegen Erkenntnisse darüber vor, daß PCB in Milch verstärkt in solchen Regionen nachgewiesen worden ist, die im Windschatten bestimmter Hochofenanlagen liegen, und ist dieser Tatbestand auf die Verbrennung von PCB-haltigem Altöl in Hochofenanlagen im Bereich von Osnabrück zurückzuführen?

Die am 13. März 1989 eingegangene schriftliche Antwort des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft hat folgenden Wortlaut:

Im Gegensatz zu Niedersachsen wurde in Nordrhein-Westfalen der Schwerpunkt der Untersuchungen auf Milch und Milcherzeugnisse aus nordrhein-westfälischen Molkereien gelegt, um vor allem Erkenntnisse über eine eventuelle Belastung des Verbrauchers zu gewinnen. Die Auswertung ergab, daß von 726 untersuchten Konsummilchproben 2,3 % Werte aufwiesen, die über dem seit Oktober 1988 in der Schadstoff-Höchstmengeverordnung festgelegten Grenzwert lagen. Diese Ergeb-

nisse geben jedoch bezüglich der gesundheitlichen Auswirkung für den Verbraucher wegen der geringfügigen Überschreitung der festgelegten Werte keinen Anlaß zur Sorge.

Zusätzlich wurde im Rahmen eines Dreiländer-Monitorings, an dem sich die Länder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein beteiligten, Untersuchungen im Kreise Herford durchgeführt. Im Rahmen dieser Untersuchungen, bei denen u. a. Rohmilch aus den Anlieferungsbehältnissen oder beim Erzeuger genommen wurde, gelang es in einzelnen Fällen, Betriebe ausfindig zu machen, bei denen die abgegebene Milch zum Teil PCB-Belastungen über dem in der Schadstoffhöchstmengeverordnung festgelegten Grenzwert aufwies. Zum Teil konnten die Ursachen, wie beispielsweise PCB-haltige Wand- und Türanstriche oder zum Binden von Heu und Stroh benutztes Pressgarn, festgestellt werden, teilweise gelang dieses jedoch nicht.

Die Ergebnisse der beiden Untersuchungsreihen wurden zum Anlaß genommen, für NRW ein landesweites Monitoring-Programm vorzubereiten, mit dem in Kürze begonnen wird. Ziel dieses Monitoring-Programms soll es sein, zunächst einmal die Gesamtsituation der milcherzeugenden Bestände im Lande Nordrhein-Westfalen festzustellen.

Die bislang vorliegenden Ergebnisse geben keine Hinweise auf besondere regionale Belastungsschwerpunkte.

Auch liegen keine Erkenntnisse darüber vor, daß PCB in Milch verstärkt in solchen Regionen festzustellen ist, die im Einwirkungsbereich von Hochofenanlagen liegen. Das trifft auch für den Bereich von Osnabrück zu, wo in Hochofenanlagen PCB-haltiges Altöl verbrannt wurde. Rückfragen in Niedersachsen haben ergeben, daß Auffälligkeiten bezüglich einer PCB-Belastung in Milch weder im näheren noch weiteren Bereich von Osnabrück festzustellen waren.

**(C)****(D)**

9506